



# HESSISCHER LANDTAG

25. 09. 2008

## 18. Sitzung

Wiesbaden, den 25. September 2008

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> . . . . .	1091	69. Antrag der Fraktion der CDU betreffend eine <b>Aktuelle Stunde („Die SPD ist für die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verantwortlich“ – der weiteren Geschichtsfälschung durch DIE LINKE Einhalt gebieten)</b>	
<i>Entgegengenommen</i> . . . . .	1091	– Drucks. 17/687 – . . . . .	1103
Vizepräsident Dieter Posch . . . . .	1091	<i>Abgehalten</i> . . . . .	1108
67. Antrag der Fraktion der SPD betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Gesundheit ist keine Ware – Qualität geht vor Rendite im Krankenhaus)</b>		Axel Wintermeyer . . . . .	1103
– Drucks. 17/685 – . . . . .	1091	Gerhard Merz . . . . .	1104
<i>Abgehalten</i> . . . . .	1097	Tarek Al-Wazir . . . . .	1105
Dr. Thomas Spies . . . . .	1091	Janine Wissler . . . . .	1106
Dr. Ralf-Norbert Bartelt . . . . .	1092	Wolfgang Greulich . . . . .	1107
Florian Rentsch . . . . .	1093	Vizepräsident Dieter Posch . . . . .	1108
Sarah Sorge . . . . .	1094		
Dr. Ulrich Wilken . . . . .	1095	70. Antrag der Fraktion der FDP betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Wird die Zukunft Nordhessens auf dem Altar rot-grün-roter Koalitionsfantasien geopfert?)</b>	
Ministerin Silke Lautenschläger . . . . .	1096	– Drucks. 17/688 – . . . . .	1108
Vizepräsident Dieter Posch . . . . .	1097	<i>Abgehalten</i> . . . . .	1114
68. Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Unverantwortliche Geschäftspolitik der Telekom – keine Schließung der Callcenter)</b>		Heinrich Heidel . . . . .	1108
– Drucks. 17/686 – . . . . .	1097	Dr. Andreas Jürgens . . . . .	1109
<i>Abgehalten</i> . . . . .	1102	Marjana Schott . . . . .	1110
82. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend <b>Schließung von Telekom-Callcentern verhindern und Arbeitsplätze sichern</b>		Günter Rudolph . . . . .	1111
– Drucks. 17/703 – . . . . .	1097	Dr. Walter Lübcke . . . . .	1112
<i>Abgelehnt</i> . . . . .	1102	Minister Dr. Alois Rhiel . . . . .	1113
83. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Telekom-Arbeitsplätze in Kassel und Gießen sichern</b>		Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . .	1114
– Drucks. 17/704 – . . . . .	1097		
<i>Angenommen</i> . . . . .	1103	71. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend eine <b>Aktuelle Stunde („Achten Sie nicht auf die Durchsagen am Bahnsteig“ – wir brauchen die kundenfreundliche Bahn)</b>	
Hermann Schaus . . . . .	1097	– Drucks. 17/689 – . . . . .	1114
Wolfgang Decker . . . . .	1098	<i>Abgehalten</i> . . . . .	1120
Jürgen Lenders . . . . .	1099	Frank-Peter Kaufmann . . . . .	1114
Klaus Peter Möller . . . . .	1099	Hildegard Pfaff . . . . .	1115
Margaretha Hölldobler-Heumüller . . . . .	1100	Jürgen Lenders . . . . .	1116
Minister Dr. Alois Rhiel . . . . .	1101	Dr. Walter Lübcke . . . . .	1117
Axel Wintermeyer . . . . .	1102, 1103	Janine Wissler . . . . .	1118
Vizepräsident Dieter Posch . . . . .	1102, 1103	Minister Dr. Alois Rhiel . . . . .	1119
		Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . .	1120

	Seite
27. Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend <b>Senkung der Klassenobergrenzen in den Schulen und Gruppengrößen in den Kindertagesstätten</b>	
– Drucks. 17/378 –	1120
<i>Dem Kulturpolitischen Ausschuss, federführend, sowie dem Sozialpolitischen Ausschuss und dem Haushaltsausschuss, beteiligt, überwiesen</i>	1131
Barbara Cárdenas	1120, 1122
Mathias Wagner (Taunus)	1122, 1126
Heike Habermann	1123, 1129
Dorothea Henzler	1124, 1131
Florian Rentsch	1127
Hans-Jürgen Irmer	1127, 1130
Minister Jürgen Banzer	1130
Vizepräsidentin Sarah Sorge	1131
84. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Abbau des rechtswidrigen „Hüttendorfs“ im Kelsterbacher Wald durch DIE LINKE</b>	
– Drucks. 17/705 –	1131
<i>Dringlichkeit verneint</i>	1134
Axel Wintermeyer	1131
Reinhard Kahl	1132
Mathias Wagner (Taunus)	1133
Florian Rentsch	1133
Vizepräsident Hermann Schaus	1134
<b>Regierungserklärung des Hessischen Ministers des Innern und für Sport</b>	1134
<i>Entgegengenommen</i>	1135
Minister Volker Bouffier	1134
Vizepräsident Hermann Schaus	1135
42. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Durchführung einer Anhörung zur Situation der Privatschulen in Hessen</b>	
– Drucks. 17/622 –	1135
<i>Angenommen</i>	1148
49. Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Ja zu Schulen in freier Trägerschaft</b>	
– Drucks. 17/655 –	1135
<i>Dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen</i>	1148
Dorothea Henzler	1135, 1140, 1144, 1148
Mark Weinmeister	1138, 1147
Heike Habermann	1140
Barbara Cárdenas	1141
Mathias Wagner (Taunus)	1144, 1147
Minister Jürgen Banzer	1147
Vizepräsident Hermann Schaus	1148
<b>4. Fünfter Bericht des Petitionsausschusses betreffend Tätigkeit in der 16. Wahlperiode</b>	
– Drucks. 17/629 –	1148
<i>Entgegengenommen und besprochen</i>	1156
Dr. Andreas Jürgens	1148
Jürgen Lenders	1150
Holger Bellino	1151
Willi van Ooyen	1152
Mürvet Öztürk	1153
Ernst-Ewald Roth	1154
Minister Volker Bouffier	1155
Präsident Norbert Kartmann	1156

	Seite
54. Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Erinnerung als Auftrag für die Zukunft – zum 70. Jahrestag der Pogrome vom November 1938</b>	
– Drucks. 17/660 –	1156
<i>Dem Ältestenrat zur abschließenden Beratung überwiesen</i>	1156
Präsident Norbert Kartmann	1156
8. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Änderung des Hessischen Nachbarrechtsgesetzes und der Hessischen Bauordnung</b>	
– Drucks. 17/642 –	1156
<i>Nach erster Lesung dem Rechtsausschuss, federführend, sowie dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr und dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz, beteiligt, überwiesen</i>	1160
Minister Jürgen Banzer	1156
Heike Hofmann	1157
Ursula Hammann	1157
Margarete Ziegler-Raschdorf	1158
Leif Blum	1159
Präsident Norbert Kartmann	1160
9. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsänderungsgesetzes 2008</b>	
– Drucks. 17/643 –	1160
<i>Nach erster Lesung dem Haushaltsausschuss überwiesen</i>	1162
Minister Karlheinz Weimar	1160
Reinhard Kahl	1160
Frank-Peter Kaufmann	1161
Gottfried Milde (Griesheim)	1161
Leif Blum	1161
Präsident Norbert Kartmann	1162
10. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Anpassung des Beamtenrechts in Hessen an das Beamtenstatusgesetz (Hessisches Beamtenrechtsanpassungsgesetz – HBRAnpG)</b>	
– Drucks. 17/644 –	1162
<i>Nach erster Lesung dem Innenausschuss überwiesen</i>	1163
Minister Volker Bouffier	1162
Präsident Norbert Kartmann	1162
11. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zu dem Elften Rundfunkänderungsstaatsvertrag</b>	
– Drucks. 17/624 zu Drucks. 17/421 –	1163
<i>In zweiter Lesung angenommen:</i>	
<i>Gesetz beschlossen</i>	1163
Lothar Quanz	1163
Präsident Norbert Kartmann	1163
12. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein <b>Gesetz zur Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (HAG/SGB XII)</b>	
– Drucks. 17/630 zu Drucks. 17/46 –	1163
<i>In zweiter Lesung angenommen:</i>	
<i>Gesetz beschlossen</i>	1163
Elke Kühnholz	1163
Präsident Norbert Kartmann	1163

Seite	Seite
57. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Sicherung der Qualität und Schaffung weiterer Plätze im betreuten Wohnen</b> – Drucks. 17/631 zu Drucks. 17/529 – . . . . . 1163 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 1163 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 1163	18. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>erneuerbare Energien in Hessen ausbauen: Absatz von Biokraftstoffen nicht gefährden</b> – Drucks. 17/110 – . . . . . 1175 hierzu: Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucks. 17/201 – . . . . . 1175 <i>Dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . . 1175 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1175
72. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Hessische Steuerberaterversorgung</b> – Drucks. 17/669 neu zu Drucks. 17/506 – . . . . . 1163 <i>In zweiter Lesung angenommen:</i> <i>Gesetz beschlossen</i> . . . . . 1164 Ulrike Gottschalck . . . . . 1164 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 1164	19. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>105-prozentige Lehrerversorgung verbessert die Qualität des Unterrichts und stärkt die Eigenverantwortung aller Schulen</b> – Drucks. 17/129 – . . . . . 1175 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1175 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1175
80. Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein <b>Gesetz zur Einrichtung einer Härtefallkommission (Härtefallkommissionsgesetz – HFKG)</b> – Drucks. 17/699 zu Drucks. 17/679 zu Drucks. 17/109 – . . . . . 1164 <i>In dritter Lesung angenommen:</i> <i>Gesetz beschlossen</i> . . . . . 1170 Hermann Schaus . . . . . 1164, 1167 Mürvet Öztürk . . . . . 1164 Holger Bellino . . . . . 1165, 1168 Wolfgang Greilich . . . . . 1166 Sabine Waschke . . . . . 1166 Florian Rentsch . . . . . 1168 Minister Volker Bouffier . . . . . 1169 Günter Rudolph . . . . . 1169 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 1169	22. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>1.000 zusätzliche Stellen zur Verbesserung der Lehrerversorgung und der Qualität von Schule</b> – Drucks. 17/246 – . . . . . 1175 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1175 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1175
81. Dritte Lesung des Dringlichen Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein <b>Gesetz zur Änderung des Hessischen Sparkassengesetzes (HSpG) und zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung der Frankfurter Sparkasse als Anstalt des öffentlichen Rechts (Fraspa-Gesetz)</b> – Drucks. 17/698 zu Drucks. 17/682 zu Drucks. 17/326 – . . . . . 1170 <i>In dritter Lesung angenommen:</i> <i>Gesetz beschlossen</i> . . . . . 1174 Clemens Reif . . . . . 1170, 1173 Margaretha Hölldobler-Heumüller . . . . . 1170 Dieter Posch . . . . . 1171 Reinhard Kahl . . . . . 1172 Janine Wissler . . . . . 1173 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1174	20. Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>ungewollt Kinderlosen helfen – Kostenübernahme für künstliche Befruchtung wieder herstellen</b> – Drucks. 17/214 – . . . . . 1175 <i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . . 1175 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1175
74. Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Härtefallkommission nach § 23a des Aufenthaltsgesetzes</b> – Drucks. 17/681 zu Drucks. 17/57 – . . . . . 1174 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 1174 Florian Rentsch . . . . . 1170 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1174	21. Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend <b>Gleichstellung der Abgeordneten des Hessischen Landtags in der gesetzlichen Rentenversicherung</b> – Drucks. 17/244 neu – . . . . . 1175 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1175 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1175
17. <b>Bericht des Landesschuldenausschusses nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes über Aufnahme und Verwaltung von Schulden des Landes Hessen vom 4. Juli 1949 (GVBl. S. 93); hier: 56. Bericht über die Prüfung der Schulden im Haushaltsjahr 2006</b> – Drucks. 17/367 – . . . . . 1175 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1175 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1175	23. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Hessen zum Vorreiterland der energetischen Modernisierung werden lassen – Hessen vorn bei Klimaschutz und „Arbeit und Umwelt“</b> – Drucks. 17/256 – . . . . . 1175 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1175 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1175
	24. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Opferschutz in Hessen stärken</b> – Drucks. 17/359 – . . . . . 1175 <i>Dem Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . . 1175 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1175
	25. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Ausverkauf der hessischen Justiz verhindern</b> – Drucks. 17/360 – . . . . . 1175 <i>Dem Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . . 1175 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1175

Seite	Seite
26. Antrag des Abg. Dieter Posch (FDP) und Fraktion betreffend <b>Parkplatzmangel entlang Bundesautobahnen in Hessen wirksam begegnen: Lenk- und Ruhezeiten von Lkw-Fahrern müssen eingehalten werden</b> – Drucks. 17/362 – . . . . . 1175 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1175 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1175	36. Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Stärkung der Autonomie für die hessischen Hochschulen</b> – Drucks. 17/515 – . . . . . 1175 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1175 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1175
28. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Modernisierung des Dienstrechts</b> – Drucks. 17/445 – . . . . . 1175 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1175 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1175	38. Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>gemeinsamen Unterricht ausbauen – Elternwille umsetzen</b> – Drucks. 17/495 zu Drucks. 17/249 – . . . . . 1175 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1175 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1175
29. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Wiedereinführung der Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer</b> – Drucks. 17/449 – . . . . . 1175 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1175 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1175	39. Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>G 8: erste Schritte gemacht – weitere müssen folgen</b> – Drucks. 17/496 zu Drucks. 17/267 – . . . . . 1175 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1175 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1175
30. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Durchführung einer Informationskampagne zur Bleiberechtsregelung (§§ 104a, 104b AufenthG) bei den in Hessen lebenden geduldeten Ausländern</b> – Drucks. 17/478 – . . . . . 1175 <i>Dem Innenausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . . 1175 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1175	40. Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Haus der Logistik und Mobilität (House of Logistics and Mobility)</b> – Drucks. 17/594 – . . . . . 1175 hierzu: Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucks. 17/646 – . . . . . 1175 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1175 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1175
31. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Schaffung einer Einrichtung zum Vollzug der Jugendstrafe in freien Formen</b> – Drucks. 17/497 – . . . . . 1175 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1175 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1175	41. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Erarbeitung und modellhafte Erprobung eines Konzepts „Bildungs- und Erziehungslotsen“</b> – Drucks. 17/609 – . . . . . 1175 <i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . . 1175 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1175
32. Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend <b>gegen jede Verschlechterung des gesetzlichen Jugendarbeitsschutzes</b> – Drucks. 17/501 – . . . . . 1175 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1175 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1175	45. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Renaturierung von Gewässern in Hessen</b> – Drucks. 17/649 – . . . . . 1175 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1175 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1175
33. Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Einführung eines bundeseinheitlichen Einbürgerungstests</b> – Drucks. 17/510 – . . . . . 1175 <i>Dem Innenausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . . 1175 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1175	47. Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Ausbildung von Terroristen im Ausland endlich wirksam bekämpfen</b> – Drucks. 17/653 – . . . . . 1175 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1175 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1175
34. Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Ausweitung der Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen</b> – Drucks. 17/512 – . . . . . 1175 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1175 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1175	51. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Jugendkriminalität in Hessen effizient begegnen</b> – Drucks. 17/657 – . . . . . 1175 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1175 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1175
35. Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Osterferiencamps – lohnende Investition für versetzungsgefährdete Schülerinnen und Schüler: Erfolge würdigen, Programm weiterentwickeln</b> – Drucks. 17/513 – . . . . . 1175 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1175 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1175	

Seite	Seite
53. Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend <b>keine Verhöhnung von gefallenen Soldaten der Bundeswehr</b> – Drucks. 17/659 – . . . . . 1175 <i>Dem Hauptausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . . 1175 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1175	60. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Abg. Fuhrmann, Dr. Spies, Eckhardt, Kühnholz, Merz, Roth, Yüksel (SPD) und Fraktion betreffend <b>Personalabbau in Kliniken stoppen – Qualität in der Gesundheitsversorgung sichern</b> – Drucks. 17/634 zu Drucks. 17/526 – . . . . . 1175 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 1176 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1176
62. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Abg. Waschke, Görig, Gnadl, Grumbach, Hofmann, Lotz, Müller (Schwalmstadt) (SPD) betreffend <b>Geschäftsführung des Biosphärenreservates Rhön</b> – Drucks. 17/636 zu Drucks. 17/253 – . . . . . 1175 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 1175 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1175	61. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Verschlechterung der Krankenhausversorgung durch Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt stoppen – Hessens Patienten brauchen lebensfähige Krankenhäuser</b> – Drucks. 17/635 zu Drucks. 17/566 – . . . . . 1176 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 1176 Axel Wintermeyer . . . . . 1176 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1176
55. Beschlussempfehlung und Bericht des Europaausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>EU-Gleichbehandlungsgrundsatz weiterentwickeln</b> – Drucks. 17/625 zu Drucks. 17/551 – . . . . . 1175 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 1175 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1175	63. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Verbraucherschutz bei unlauterer Telefonwerbung stärken</b> – Drucks. 17/637 zu Drucks. 17/549 – . . . . . 1176 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 1176 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1176
56. Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>DDR-Unrechtsregime durch Handreichung für Hessens Lehrerinnen und Lehrer aufarbeiten</b> – Drucks. 17/626 zu Drucks. 17/461 – . . . . . 1175 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 1175 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1175	64. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Kurhessenbahn reaktivieren – modernen ÖPNV realisieren</b> – Drucks. 17/640 zu Drucks. 17/483 – . . . . . 1176 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 1176 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1176
58. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Handeln für Hessen: Gute Arbeit braucht soziale Rahmenbedingungen</b> – Drucks. 17/632 zu Drucks. 17/257 – . . . . . 1175 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 1175 Axel Wintermeyer . . . . . 1175 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1175	65. Beschlussempfehlung und Bericht des Ältestenrats zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Missbilligung demokratie- und rechtsstaatswidriger Äußerungen</b> – Drucks. 17/661 zu Drucks. 17/572 – . . . . . 1176 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 1176 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1176
59. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend <b>Starterpaket für sozial bedürftige Schulanfänger</b> – Drucks. 17/633 zu Drucks. 17/417 – . . . . . 1175 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 1175 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1175	73. Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag des Präsidenten des Hessischen Rechnungshofs betreffend <b>Rechnung über den Haushalt des Hessischen Rechnungshofs – Epl. 11 – für das Haushaltsjahr 2007</b> – Drucks. 17/670 zu Drucks. 17/466 – . . . . . 1176 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 1176 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1176

## Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
Erster Vizepräsident Lothar Quanz  
Vizepräsident Dieter Posch  
Vizepräsidentin Sarah Sorge  
Vizepräsident Hermann Schaus

## Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch  
Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner  
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigter  
des Landes Hessen beim Bund Volker Hoff  
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier  
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar  
Minister der Justiz Jürgen Banzer, zugleich mit der Leitung des  
Kultusministeriums beauftragt  
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel  
Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel  
Sozialministerin Silke Lautenschläger, zugleich mit der Leitung des  
Ministeriums für Wissenschaft und Kunst beauftragt  
Staatssekretär Dirk Metz  
Staatssekretärin Oda Scheibelhuber  
Staatssekretär Dr. Thomas Schäfer  
Staatssekretär Karl-Joachim Jacobi  
Staatssekretär Klaus-Peter Güttler  
MinDirig Dr. Stephan Hölz

## Abwesende Abgeordnete:

Thorsten Schäfer-Gümbel  
Silke Tesch

(Beginn: 9.05 Uhr)

**Vizepräsident Dieter Posch:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Plenarsitzung und stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest. Wird dem widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussfähigkeit des Hauses gegeben.

Bevor wir in die Beratungen eintreten, möchte ich einige Erläuterungen zum Stand der Tagesordnung geben. Es sind noch folgende Tagesordnungspunkte offen: die Tagesordnungspunkte 4, 8 bis 12, 17 bis 36, 38 bis 42, 45, 47, 49, 51, 53 bis 65, 67 bis 74 und 80 bis 82.

In der Zwischenzeit ist noch ein Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Telekom-Arbeitsplätze in Kassel und Gießen sichern, Drucks. 17/704, eingegangen. Er liegt auf Ihren Plätzen. Ich darf fragen, ob die Dringlichkeit bejaht wird. – Dem wird nicht widersprochen. Dann ist das der Fall. Wir verständigen uns sicherlich darauf, dass dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 83 wird und nach Tagesordnungspunkt 68, da er sich auf die Aktuelle Stunde zu diesem Thema bezieht, aufgerufen und ohne Aussprache abgestimmt wird. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann können wir bezüglich dieses Dringlichen Antrages so verfahren.

Zum Ablauf der Sitzung – ich habe eben darauf hingewiesen, welche Tagesordnungspunkte noch nicht erledigt sind – haben sich die parlamentarischen Geschäftsführer darauf verständigt, dass wir heute bis zur Erledigung der Gesetzeslesungen tagen. Sie wissen, dass wir unter anderem dritte Lesungen haben. Die Mittagspause beträgt eine Stunde.

Wir beginnen mit den Anträgen für die Aktuellen Stunden, den Tagesordnungspunkten 67 bis 71. Wie bei den Aktuellen Stunden üblich, haben sich die Fraktionen auf eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion pro Aktuelle Stunde geeinigt. Wie bereits ausgeführt, werden nach den Aktuellen Stunden die Dringlichen Entschließungsanträge ohne Aussprache aufgerufen. Nach den Aktuellen Stunden fahren wir dann mit Tagesordnungspunkt 27 fort.

Bevor wir in die Beratungen und Diskussionen in den Aktuellen Stunden gehen: Vorgestern war schon darauf hingewiesen worden, dass die Landtagself gestern gespielt hat. Die Landtagself war gestern bei der Interessengemeinschaft IG-Nied zu Gast. Das war das letzte Spiel in dieser Saison. Es war bereits die dritte Begegnung der beiden Teams. Bislang konnte jede Mannschaft jeweils ein Spiel für sich entscheiden. Das ist dieses Mal nicht zu unseren Gunsten ausgegangen. Vielleicht hat es daran gelegen, dass die beiden Teamchefs Lothar Quanz und Günter Rudolph nicht dabei sein konnten.

Trotz des Fehlens von Herrn Quanz und Herrn Rudolph hat die Mannschaft bis zur 15. Minute gut mitgehalten. Sie geriet erst in der 17. Minute mit 0 : 1 in Rückstand. Christian Losch verkürzte kurz darauf zum 1 : 1, war jedoch ebenso wie seine Mannschaftskollegen beim Doppelschlag der IG-Nied kurz vor der Pause machtlos, den 1 : 4-Rückstand zu verhindern. Auch nach der Pause fand die Mannschaft nicht die Mittel, um die robust angreifenden Gegner in den Griff zu bekommen. So wurde der Keeper Mark Weinmeister in der 42. Minute erneut überwunden, und es stand nun 1 : 5. Mir ist aufgeschrieben worden, in besonderer Weise darauf hinzuweisen, dass Weinmeister insbesondere in der zweiten Spielhälfte immer wieder mit tollen Reflexen glänzte.

(Beifall)

Aber er konnte es nicht verhindern, dass sein Team noch weiter in Rückstand geriet. Kurz vor Spielende erhöhte die IG-Nied noch auf 1 : 6. Das war das Endergebnis. – Aber wir alle wissen, dass das Landtagsteam nicht um der Siege willen spielt bzw. die Siege nicht im Vordergrund stehen, sondern die sportlichen Botschaften des Parlaments für einen guten Zweck. Deswegen hat Mark Weinmeister im Anschluss an das Spiel einen Spendenscheck von Präsident Norbert Kartmann an die Vertreter der Suchthilfe Fleckenbühl überreicht. Herzlichen Dank für das Engagement und das Hinnehmen einer Niederlage.

(Beifall)

So weit zu sportlichen Aktivitäten.

Ich rufe dann den **Tagesordnungspunkt 67** auf:

**Antrag der Fraktion der SPD betreffend eine Aktuelle Stunde (Gesundheit ist keine Ware – Qualität geht vor Rendite im Krankenhaus) – Drucks. 17/685 –**

Ich erteile Herrn Kollegen Dr. Spies das Wort.

**Dr. Thomas Spies (SPD):**

Meine Damen und Herren! Schaut man sich die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ von heute Morgen an, titelt sie mit „Krankenhäuser in Not“. Wir sprechen über ein spezielles Krankenhaus, das auch seine liebe Not hat. Am 13. September berichtete die „Oberhessische Presse“ und am 17. September die „Frankfurter Rundschau“, gegenüber dem Universitätsklinikum Gießen-Marburg liege die Behauptung der unzureichenden Behandlung von Patienten vor, die vom Klinikum bestritten werde. Ob und was an diesen Fällen dran und vorwerfbar ist, muss einer geordneten Prüfung und Klärung der zuständigen Aufsichtsbehörde zugeführt werden. – Punkt zu diesem Teil.

Meine Damen und Herren, solche Berichte über unzureichende Personalausstattung reißen nicht mehr ab. Eine Abteilungsleiterin beklagt einen Stellenabbau von 25 % in ihrer Klinik. „Abenteuerliche Vorkommnisse in einer Klinik“ stehen in einer Zeitung. Eine frisch gebackene Mutter klagt über zu wenig Personal, das ihr beim Stillen helfen könnte. Die Personalvertretung konstatiert eine kontinuierlich zunehmende Überlastung des Personals, dem aus den daraus resultierenden Folgen keinerlei Vorwurf gemacht werden kann.

Neben faktischen Problemen besteht allerdings – das ist viel schlimmer – eine fundamentale Vertrauenskrise. Die Hälfte der Missstandsbeschreibungen von Patienten, die man in der Stadt, auf der Straße und bei zufälligen Begegnungen erzählt bekommt, ist schon beim ersten Hinsehen nicht haltbar. Das eigentlich Beunruhigende daran ist, dass das Vertrauen so tief erschüttert ist und Menschen ganz andere Ursachen damit in Zusammenhang bringen. Jetzt rächen sich die Fehler, die der Herr Ministerpräsident – er ist leider nicht da – bei diesem Leuchtturmprojekt, das diese Landesregierung durchgeführt hat, begangen hat.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Was soll das wieder?)

Der Verkauf war nicht nur falsch, er war vor allem handwerklich in einem Maße dilettantisch, das seinesgleichen sucht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Deshalb haben die Menschen kein Vertrauen mehr. Diese Landesregierung und der Ministerpräsident haben in ihrer wahrhaft provinziellen Selbstüberschätzung im absoluten Mehrheitswahn alle Warnhinweise und den Willen der Mehrheit der Menschen vor Ort vollständig ignoriert. Sie wussten ganz genau, welche Risiken mit einer Privatisierung durch Personalabbau verbunden sind. Sie haben sich nicht darum gekümmert.

Uniklinika haben nämlich schon immer eine besonders knappe Personaldecke, die kränksten Patienten und die kürzeste Liegezeit. Schon immer arbeitete das Personal an der Grenze der Belastungsfähigkeit. Deshalb konnte Ihr Leuchtturmprojekt gar nicht funktionieren. Statt Sicherungen in Bezug auf Personalstärke und Arbeitsbedingungen, statt Transparenzregelungen und einer verantwortungsbewussten Mitspracherolle des Landes haben Sie nach der Devise: „aus den Augen, aus dem Sinn“, agiert.

Auch der Betreiber muss sich fragen lassen, ob er die in einem solchen Fall gebotene Transparenz zu jedem Zeitpunkt hat wahren lassen. Dementi statt Transparenz sind nicht der richtige Weg. So sichert man keine Qualität und kein Vertrauen. Das ist das, worauf es ankommt. Es kommt darauf an, in der Region das Vertrauen in diesen Betrieb zu sichern. So falsch der Ausverkauf der Hochschulmedizin war, so wenig kann irgendjemand wollen, dass das Ganze jetzt schiefgeht.

(Beifall des Abg. Torsten Warnecke (SPD))

So wenig kann irgendjemand wollen, dass diese Klinik durch die Fehler, die in der Vergangenheit gemacht worden sind, Schaden nehmen. Nötig sind klare Vorgaben für die Personalausstattung, vor allem eine systematische, neutrale Untersuchung der Auswirkungen der Privatisierung insgesamt. Das hätte man von Anfang an einplanen und vereinbaren müssen. Die Tatsache, dass Sie das nicht gemacht haben, ist der fundamentale Fehler dieser Landesregierung in der Privatisierung.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Dringend nötig ist auch eine Klärung der Interessenkonflikte, in die Sie die ausgeliehenen Landesbediensteten durch diese Privatisierung gebracht haben.

Gesundheitsversorgung ist keine Ware, die in Fabriken hergestellt wird, sondern ein öffentliches Gut. Deshalb wollen die Menschen sie in öffentlichen Einrichtungen gesichert und bereitgestellt bekommen. Wer das ignoriert, wird daran scheitern. Die Landesregierung ist allerdings bei dieser Frage, Vertrauen zu schaffen, bei Weitem nicht mehr satisfaktionsfähig. Sie hat durch ihr unqualifiziertes Vorgehen ein umstrittenes Projekt, das man wenigstens hätte gut machen müssen, gefährdet und damit Arbeitsplätze und Versorgung weit über das hinaus in Gefahr gebracht, wie es hätte bei einer Privatisierung umgangen werden müssen. Meine Damen und Herren, deshalb sind Sie in Mittelhessen abgewählt worden.

Eine neue Landesregierung wird unsere Universitätsklinik wieder zu dem machen müssen, was sie waren. Sie muss den Beschäftigten und den Ärzten dabei helfen, Leuchttürme der Wissenschaft, der Lehre und der erstklassigen Versorgung zu garantieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank. – Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Dr. Ralf-Norbert Bartelt das Wort.

#### **Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir Christdemokraten finden es nicht gut, wenn das Schicksal einer Patientin mit einem bösartigen Tumor der Leber politisch instrumentalisiert wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Was ist denn in der Universitätsklinik Gießen-Marburg geschehen? Eine 62-jährige Patientin begab sich zur Abklärung unklarer Oberbauchbeschwerden ins Krankenhaus. Nach einem zweiwöchigen Aufenthalt behauptete die betreuende Hausärztin, die ihren Namen nicht nennen möchte, die Diagnostik und Therapieempfehlungen seien fehlerhaft gewesen. Ohne das fachlich zu substantiieren, behauptete sie zudem eine Kausalität, dies liege an der Privatisierung, der private Träger stelle Wirtschaftlichkeit vor medizinische Sorgfalt.

Nun sahen politische Kräfte, die aus ideologischen Gründen ohnehin etwas gegen die Privatisierung von Träger-schaften haben, ihre Chance. Mittlerweile wurde der Verlauf aber aufgeklärt. Nach Mitteilung des Ärztlichen Geschäftsführers Seeger wurde ein Karzinom richtig diagnostiziert. Die Vorgehensweise wurde mehrfach in der Tumorkonferenz interdisziplinär diskutiert.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Weiß das der Spies nicht?)

Eine spezifische Therapie wie Chemotherapie, Strahlentherapie bzw. Immuntherapie konnte bedauerlicherweise nicht angeboten werden. Der Patientin wurde wegen der Tragik und der Schwere des Falls angeboten, die Zweitmeinung einer anderen Universitätsklinik einzuholen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Herr Spies weiß das nicht!)

Auch die derzeit behandelnde Onkologin, die nicht im Klinikum arbeitet, sagte, dass es keine Hinweise auf ärztliche Fehler gebe. Sie äußerte sich zudem entsetzt, dass versucht wurde, aus dem Thema politische Vorteile ziehen zu wollen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Peinlich als Arzt!)

Das Klinikum erklärte ergänzend, es sei jederzeit bereit, den Fall vor der unabhängigen Schiedsstelle der Landesärztekammer mit unabhängigen Gutachtern, denen die Beteiligten zustimmen müssen, überprüfen zu lassen. Genau das ist der Weg, solche Fälle zu beurteilen. Ich kann das nicht beurteilen, was dort war – Sie aber auch nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Folgerichtig kritisierte die kritische Presse: „Heiße Luft füllt Katheter“ – „Wetzlarer Neue Zeitung“ vom 20.09.2008, „Ein Fall wird politisch instrumentalisiert“ – „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 22.09.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Unappetitlich!)

Ihnen geht es doch um etwas ganz anderes, um eine Kampagne gegen private Investitionen in Kliniken.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie greifen, grenzend an Demagogie, zu emotionalisierenden Mitteln, weil Ihnen die Argumente in der Sache ausgehen.



Beachten Sie einmal folgende vier Punkte:

Erstens. Deutschland ist im internationalen Vergleich bei der medizinischen Versorgung weiterhin führend, wie wohl mittlerweile 27 % der Kliniken in Deutschland in privater Trägerschaft sind.

Zweitens. Speziell in Gießen-Marburg werden 40.000 Patienten mit Steigerungsraten stationär jährlich behandelt. Die Zahl der ärztlichen Mitarbeiter stieg von 2006 auf 2008. Im Jahr 2008 werden 50 neue Pflegekräfte eingestellt. 367 Millionen € wurden oder werden in Gebäude und Infrastruktur investiert, 100 Millionen € in eine Stiftung für Hochschulmedizin.

Drittens. Überlastungen im Pflegebereich sind auch nach Angaben von ver.di durch die Unterfinanzierung der Krankenhäuser zu erklären. Eine Gewerkschaftssprecherin erklärte in der „FR“ vom 23.09., bezogen auf Gießen-Marburg, in der nicht privatisierten Uniklinik Frankfurt am Main sei es kaum besser. Pflichtgemäß fügte sie hinzu – ich will es vollständig zitieren –, es scheine wohl in privatisierten Kliniken etwas schlimmer zu sein, ohne dies aber zu belegen.

Viertens. In einer Publikation der BKK, 6/2008, S. 344 ff. – ich kann Ihnen das auch gerne geben – wird die Frage reflektiert: Sparen gewinnorientierte Träger durch Reduktion der Personal- und Sachausstattung an Behandlungsqualität, um profitabler zu werden? Die Antwort ist zusammengefasst im Krankenhausrating-Report 2008:

Krankenhäuser mit einer besseren Wirtschaftlichkeit weisen keine schlechtere Qualität auf, tendenziell eher eine bessere.

Werter Herr Kollege, zudem ist gerade in der Onkologie eine optimale Behandlung nur in Zentren möglich, damit die Betroffenen vom medizinischen Fortschritt profitieren können. Ein onkologisches Zentrum benötigt dringend die Zusammenarbeit mit privaten Geldgebern, sei es über Stiftungsprofessuren, weltweit angelegte Medikamentenstudien mit teuren Biologicals, PPP-Projekte bei Großgeräten für bildgebende Verfahren oder Bestrahlungstherapien.

Abschließend zitiere ich nochmals die „Wetzlarer Zeitung“:

Hinter all diesem

– gemeint ist diese Kampagne –

steht vielmehr der durch Oskar Lafontaine gezüchtete Reflex, dass alle Privatisierungen schlecht und gefährlich seien. Festzuhalten bleibt, dass die anonymen Strippenzieher dieser Kampagne unverantwortlich gehandelt haben.

Da ist etwas dran. Denken Sie darüber nach. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank, Herr Kollege Dr. Bartelt. – Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Rentsch das Wort.

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bewundere Herrn Kollegen Dr. Bartelt, der das mit sehr viel Contenance vorgetragen hat. Herr Kollege Dr. Spies, ich muss sagen, Ihnen ist in diesem Haus nichts zu billig.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich habe viel Verständnis dafür, dass wir uns hier politisch auseinandersetzen, dass wir über Sachverhalte streiten. Aber die SPD ist mittlerweile an solch einem Tiefpunkt angelangt, dass Ihnen wirklich kein Antrag zu billig und geschmacklos ist, um ihn in diesem Landtag zu stellen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Kollege Dr. Spies, ich weiß noch, wie Sie uns gemeinsam mit Ihrer Fraktion in den vergangenen Monaten hier erklärt haben, was man in einer Aktuellen Stunde nicht thematisieren darf und soll. Sie thematisieren das Schicksal einer 62-jährigen Patientin in fünf Minuten und wollen damit einzig und allein Effekthascherei nach dem Motto betreiben: Die Privatisierung in Marburg ist schlecht gelaufen. – Es ist eine gnadenlose Unverschämtheit, was hier passiert.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Herr Dr. Spies, ich habe keine Lust mehr auf Ihre politischen Geplänkel nach dem Motto: Wir ziehen einen Einzelfall, ein Schicksal einer Frau hoch, um ein politisches Taktikspielchen zu betreiben.

(Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Ich will Ihnen ehrlich sagen: Ich habe die Presseberichterstattung zu diesem Fall gelesen. Wenn Sie den Sachverhalt komplett zitiert hätten, hätten Sie sagen müssen, dass der Sachverhalt mittlerweile aufgeklärt ist. Herr Kollege Dr. Bartelt hat das wunderbar gemacht. Wenn man hier einen solchen Sachverhalt schildert, dann muss man ihn vollständig und nicht nur teilweise schildern.

Außerdem versuchen Sie, hier den Tatbestand zu konstruieren, dass durch die Privatisierung der Uniklinika Gießen und Marburg und den Verkauf an die Rhön-Kliniken ein Sachverhalt eingetreten sei, dass Patienten schlechter versorgt seien, dass dadurch mehr Krankheits- und Todesfälle einträten. Das war übrigens Ihr Vorwurf schon damals, als die Privatisierung im Raum stand. Damals haben Sie den Leuten in Gießen und Marburg prognostiziert, es werde mehr Todesfälle geben. – Ich muss sagen, das ist für einen Politiker dieses Landes, für ein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und vor allem für einen Arzt absolut indiskutabel.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Es ist schön, dass einige Kolleginnen und Kollegen in Ihren Reihen jetzt den Kopf schütteln. Aber ich muss Sie wirklich fragen: Ist das die Sozialdemokratische Partei der Zukunft, die im Niveau noch weiter heruntergeht, der nichts zu billig und nichts zu peinlich ist? Frau Kollegin Ypsilanti, Sie schütteln gerade den Kopf.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, der Sachverhalt zeigt eindeutig, dass in jeder Klinik unseres Landes Fehldiagnosen passieren können. Ich sage das aus eigener Erfahrung. Meine Mutter ist vor einigen Jahren in einer öffentlichen

Klinik durch Behandlungsfehler gestorben. Sie können sich vorstellen, dass solche Sachverhalte für jeden in irgendeiner Weise Traumata auslösen, dass so etwas mit Sicherheit in keiner Weise akzeptabel ist, dass bei Angehörigen und Betroffenen Wut über behandelnde Ärzte und Kliniken ausbricht. Aber den Vorwurf zu konstruieren, eine private Rechtsform sei für so etwas verantwortlich, ist einfach unterirdisch, Herr Kollege Spies.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich glaube, wir können nicht mehr von Ihnen erwarten. Wir haben das in den letzten Tagen gesehen, wie sich die SPD hier aufstellt. Aber vielleicht sollten Sie irgendwann einmal an die Betroffenen und an die Angehörigen denken, wenn Sie hier solche Sachverhalte hochziehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Die FDP ist der festen Überzeugung, dass die Privatisierung richtig war. Der Investitionsstau an diesen beiden Kliniken ist endlich aufgelöst worden. Wir haben durch viele Gespräche vor Ort vieles erfahren. Es gibt unterschiedliche Meinungen, aber es gibt sicherlich keine überwiegende Meinung, dass die Privatisierung schlecht war.

Die Investitionen in beide Häuser waren dringend notwendig. Die Rhön-Klinken haben ein anderes Behandlungskonzept, aber sie haben ein Behandlungskonzept, das aus meiner Sicht für die Patienten sehr nachhaltig und sehr gut ist.

Herr Kollege Dr. Spies, sollten Fälle auftreten, wo es zu Fehldiagnosen oder Fehlbehandlungen kommt, dann sind wir als Landtagsabgeordnete gemeinsam aufgefordert, diese Sachverhalte aufzuklären. Dafür steht Ihnen der Sozialpolitische Ausschuss jederzeit mit einer Sondersitzung zur Verfügung. Die Ministerin steht Ihnen als Fachaufsicht an dieser Stelle genauso zur Verfügung, Herr Dr. Spies. Aber ich sage Ihnen ganz klar: Für politische, taktische Schauspielerereien in diesem Haus ist ein solcher Fall wirklich zu schwerwiegend.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Gernot Grumbach (SPD))

– Herr Grumbach, ich muss sagen, dass ich vom Kollegen Spies nicht mehr gewöhnt bin. Das ist richtig. Aber Sie haben sich durch Ihre Zwischenrufe gerade wieder einmal absolut disqualifiziert. Sie müssen sehen, der Boden hört hier auf. Dass Sie immer noch einen Stock heruntergehen, ist nicht mehr zu übertreffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir machen solche Kaspereien nicht mit. Sie haben jederzeit die Möglichkeit, im Sozialpolitischen Ausschuss den Sachverhalt ordnungsgemäß mit uns zu diskutieren. Dafür stehen wir gerne zur Verfügung. Wir stehen gemeinsam mit der Ministerin auch für Sondersitzungen zur Verfügung, wenn Sie das wollen. Wenn Sie Kaspereien wollen, dann machen Sie nur so weiter. Die SPD ist mittlerweile an einem Tiefpunkt angelangt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Kollegin Sorge das Wort.

#### **Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte, ehrlich gesagt, allen Vorrednern und allen Fraktionen der Vorredner raten, in dieser Diskussion ein bisschen abzuschichten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Herr Dr. Bartelt, Sie waren in der letzten Legislaturperiode, als die Privatisierung von der Mehrheit hier im Landtag beschlossen wurde, noch nicht im Hause. Ich kann Ihnen sagen, dass einige der Argumente, die Sie genannt haben, absolut nicht wahr sind. Das Argument war nie, dass wir generell gegen Privatisierungen wären, sondern wir sind und waren ganz definitiv gegen die Privatisierung einer Uniklinik, weil ein ganz deutlicher Unterschied zu „normalen“ Krankenhäusern besteht.

Unikliniken haben neben dem Auftrag der Gesundheitsversorgung den Auftrag, die Freiheit von Forschung und Lehre zu wahren. Genau hier sahen und sehen wir nach wie vor ein Problem. Wir sagen Nein zur Privatisierung von Unikliniken.

Meine Damen und Herren, wir GRÜNEN haben das in der Debatte zur Privatisierung der Unikliniken in Hessen immer sehr differenziert betrachtet. Wir haben auch immer gesagt, dass wir nicht auf der Seite derjenigen stehen wollen, die mit dem Argument in die Debatte treten, Privatisierung sei Mord.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Nicola Beer (FDP): Das ist richtig!)

Wir sind nach wie vor gegen die Privatisierung der Unikliniken in Mittelhessen. Wir glauben, dass es eine falsche Entscheidung war, und wir schauen sehr genau hin. Es gibt kritische Stimmen gerade beim Thema Freiheit von Forschung und Lehre.

Aber wir haben ein generelles Problem der Krankenhäuser. Das hat nichts mit Unikliniken und dem Thema Privatisierung von Unikliniken zu tun, sondern mit der Krankenversorgung generell. Deswegen gehen heute in Berlin auch, so vermute ich, mehrere Tausend Menschen auf die Straße, und das mit Recht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber ich finde, dass diese Debatte an eine andere Stelle gehört. Lieber Kollege, Herr Dr. Spies, ich muss sagen, dass ich Ihnen als Vertreter einer Partei, die inzwischen auf Bundesebene schon mehrere Jahre die Bundesgesundheitsministerin stellt, raten würde, hier nicht die Ängste zu schüren, sondern tatsächlich an richtigen Lösungen interessiert zu sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Auch die Finanzierung von Unikliniken hat mit der Diskussion auf Bundesebene zu tun. Sie hat mit der Umstrukturierung in Richtung DRG zu tun. Und sie hat auch damit zu tun, dass man nach wie vor überlegen sollte, ob nicht Unikliniken bei diesen DRGs noch einmal gesondert behandelt werden, weil sie einen besonderen medizinischen Auftrag und besonders schwere Fälle zu behandeln haben. Diese Diskussion steht schon lange im Raum, aber eine Lösung ist noch nicht in Sicht.

Aber ich habe gesagt, dass ich mit den Argumentationen der drei Vorredner unzufrieden bin. Ich muss sagen, wenn wir in der Zeitung lesen, dass die Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter der Unikliniken inzwischen Angst haben, Missstände überhaupt aufzuzeigen, wenn Kranke in dieses Krankenhaus gehen und das Gefühl haben, dass sie nicht richtig versorgt werden, und wenn die Pflegerinnen und Pfleger sagen, dass sie so überlastet sind, dass sie nicht mehr in der Lage sind, die Kranken ordentlich zu versorgen,

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist jetzt abrüsten!)

dann, Herr Kollege Hahn – –

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist jetzt abrüsten!)

– Herr Kollege Hahn, ich habe sehr deutlich hier in beide Richtungen argumentiert, und ich bitte Sie, hier auch anzunehmen, dass da auch bei Ihnen etwas falsch ist, nämlich dass Sie nicht anerkennen, dass hier in der Gesundheitsversorgung tatsächlich Gefahren bestehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nur bei Ihnen ist nichts falsch! Frau Sorge weiß alles!)

Herr Kollege Hahn, wir haben durch diese missliche Situation hier im Hessischen Landtag das Glück, dass die Wissenschaftsministerin inzwischen gleichzeitig die Gesundheitsministerin ist. Dann möchte ich doch die geschäftsführende Landesregierung dringlich auffordern, genauer hinzusehen und sich vor Ort kundig zu machen, was mit diesen Vorwürfen ist.

Es gibt jetzt diese Internetseite [www.rhoenwatch.de](http://www.rhoenwatch.de), auf der die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch die Kranken sowie die Mediziner vor Ort Fälle eintragen können, bei denen sie der Meinung sind, dass die Versorgung nicht ordnungsgemäß läuft. Frau Lautenschläger, ich finde, dass es Ihre Aufgabe ist, das auch ernst zu nehmen.

Das ist es, was ich der Seite von der CDU und der FDP hier in der Debatte vorwerfe. Sie sagen zu Herrn Dr. Spies, er würde Ängste schüren. Aber genauso kann man in Ihre Richtung sagen – und das tue ich hiermit –, dass Sie diese Ängste auch nicht ernst nehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sagen einfach nur, dass Sie schon immer gegen die Privatisierung waren, und Sie schüren Ängste. Aber die Leute vor Ort haben diese Ängste ja real. Deswegen rate ich dazu, abzuschichten und keine Ängste zu schüren, sondern sich dieser Probleme anzunehmen, statt hier nur von beiden Seiten polemisch in die Debatte einzutreten. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank, Frau Kollegin Sorge. – Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Wilken das Wort.

#### **Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es geht hier doch nicht um einen Einzelfall. Und es geht schon gar nicht um eine politische Instrumentalisierung. Heute sind nach Agenturmeldungen ca. 60.000 Menschen in Berlin, um auf die Missstände in unseren Krankenhäusern hinzuweisen. Aus Hessen sind in den frühen Morgenstunden 7.000 Kolleginnen und Kollegen aufgebrochen. Herr Bar-

telt, wenn Sie dahinter anonyme Strippenzieher mit dem Namen Lafontaine verbinden,

(Michael Boddenberg (CDU): Ist der kein Strippenzieher?)

dann weiß ich nicht, ob ich mich darüber freuen soll oder Sie nicht doch hoffnungslos überschätzen, welchen Einfluss wir in der Gewerkschaftsbewegung haben.

(Michael Boddenberg (CDU): Nicht den Lafontaine kleinreden! Wenn der das erfährt, gibt es Ärger!)

Meine Damen und Herren, die Finanzierungslücke auch in den hessischen Krankenhäusern hat für Patientinnen und Patienten sowie Personal gleichermaßen bedrohliche Ausmaße angenommen. Das gilt für alle Krankenhäuser. Das hat nichts mehr mit privatisierten Krankenhäusern zu tun. Patientinnen und Patienten beklagen in allen Krankenhäusern fehlende pflegerische und ärztliche Betreuung. Die Arbeitsverdichtung durch Stellenabbau, Gehaltsabsenkungen, Notlagentarifverträge, Befristung von Arbeitsverhältnissen und Beschäftigung von Leiharbeitskräften sind Massenphänomene in den Krankenhäusern geworden. Es geht hier nicht um einen Einzelfall.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer die Kliniken so kaputtspart, nimmt den Niedergang der stationären Versorgung in Kauf. Wenn das Ausbluten unserer Kliniken noch gestoppt werden soll, müssen wir auch hier im Land die Krankenhausfinanzierung schnellstens umsteuern. Ich glaube, darum geht es auch der SPD in ihrem Antrag.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir müssen feststellen – ich glaube, auch von Ihnen war der eine oder andere in den letzten Wochen in Kliniken und hat sich die Situation sehr genau angesehen –, dass der Druck, der auf die Beschäftigten ausgeübt wird, zunehmend auch bei den Patienten ankommt. Der Pflegerat – eine nicht gerade als linksradikal verschriene Organisation – und andere, die sich mit der Patientensicherheit beschäftigen, stellen fest, dass dieser Druck mehr und mehr in eine rationalisierte Versorgung, quasi in eine Fließbandversorgung in Krankenhausfabriken mündet. Diese Art der Versorgung wird selbstverständlich von den Pflegekräften nicht gewollt. Aber sie müssen die schnellstmögliche Versorgung der Patienten gewährleisten – ungeachtet der massiven Pflegeprobleme, die damit verbunden sind.

Patienten schildern dies als riesiges Problem. Sie fühlen sich selbstverständlich außerordentlich unwohl. Der Druck, der in den Kliniken auch aufgrund neuer Finanzierungsgrundsätze herrscht, führt am Ende dazu, dass sich die Krankenhäuser gegenseitig noch massiven Konkurrenzdruck schaffen, der in der letzten Konsequenz dann wiederum die Beschäftigten trifft. Deswegen sagen wir zusammen mit ver.di: Der Deckel muss weg.

(Beifall bei der LINKEN und des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Der Abbau von Pflegekräften und technischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den letzten zehn Jahren hat zu einer unerträglichen Arbeitsverdichtung geführt. Das Personal kommt aufgrund der durch das Fallpauschalengesetz erzwungenen Konzentration der Leistungen an seine psychischen und physischen Belastungsgrenzen. Wenn weitere Mittel- und Personalkürzungen wie z. B. in

den privatisierten Kliniken passieren, dann werden diese Prozesse noch weiter verschärft.

Die Auswirkungen dieser dramatischen Sparpolitik – das sage ich noch einmal – sind aber in fast allen Krankenhäusern zu spüren. Patientinnen und Patienten klagen über längere Wartezeiten, weniger Zuwendung und belastetes Personal. Patientinnen und Patienten werden schnellstmöglich aus den Krankenhäusern entlassen, ohne dass eine gute nachstationäre Versorgung gewährleistet wäre. Und – das geht vor allen Dingen uns hier im Land an – der bauliche Zustand vieler Kliniken ist besorgniserregend. Wegen mangelhafter hygienischer Bedingungen kommt es dann zu einer Zunahme von Infektionen.

Auch für die Kolleginnen und Kollegen in den Krankenhäusern gilt: Unbegrenzte Leistungen zu begrenzten Kosten sind nicht möglich. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank, Herr Dr. Wilken. – Für die Landesregierung erteile ich Frau Staatsministerin Lautenschläger das Wort.

#### **Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will drei Punkte festhalten. Zum einen glaube ich, dass es nicht richtig ist, in einer Aktuellen Stunde über tatsächliche Vorwürfe in Einzelfällen bei dem eigentlich wichtigsten Gebiet, das Menschen betreffen kann, zu diskutieren.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Minister Stefan Grüttner: Da klatscht der Spies! Das ist ja nicht zu fassen!)

Denn wer sich in ein Krankenhaus begibt, der hat zum Teil tatsächlich ganz existenzielle, ganz persönliche Sorgen, Ängste und Nöte. Sie taugen nicht dafür, zum Aufmacher und dadurch auch zum Spielball von Interessen zu werden. Ich glaube, es ist deswegen ganz wichtig, dass wir auf der einen Seite jegliche Beschwerden in Krankenhäusern sehr ernst nehmen.

Frau Kollegin Sorge, dazu möchte ich schon sehr deutlich machen: Egal, aus welchem Krankenhaus oder von wem sonst ein Patient bei uns Sorgen, Nöte, aber auch Missstände vorträgt – es kommt immer wieder vor, dass Patienten das Sozialministerium direkt anschreiben oder wir durch andere Quellen aufmerksam werden –, wir gehen jedem Fall nach. Ich bin froh, dass die anonymen Vorwürfe, die im Raum standen – es ist immer der schlechteste Fall, wenn man über anonym erhobene gegenseitige Vorwürfe sprechen muss –, inzwischen geklärt sind.

Es ist ganz wichtig, dass wir uns gerade im Bereich der Medizin um den Patienten und um den Menschen kümmern, der Vertrauen braucht. Es ist auch im politischen Bereich von uns allen zu erwarten, dass wir dieses Vertrauen nicht aufs Spiel setzen, sondern die Arzt-Patienten-Beziehung sehr ernst nehmen, damit entsprechend umgehen und versuchen, wenn nötig, Aufklärung zu schaffen. Wir müssen zwar jedem Einzelfall nachgehen, aber wir sollten nichts aufbauschen und hoffen, wenn man anonym gegen etwas vorgeht, dann wird schon etwas hängen bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Das ist nicht im Sinne der Patienten, das ist nicht im Sinne unseres Gesundheitssystems. Ich möchte sehr ausdrücklich sagen, dafür dürfen wir uns nicht missbrauchen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Wenn wir heute schon über Krankenhäuser diskutieren, kommen weitere Punkte hinzu. Die Patienten wollen in den Kliniken gut versorgt werden. Auf der anderen Seite geht es um die Arbeitsbedingungen in den Kliniken. Es ist zum Glück in einigen Beiträgen angeklungen, dass das relativ wenig damit zu tun hat, ob es sich um einen gemeinnützigen Träger, einen kommunalen oder einen privaten Träger handelt. Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, bei allen hinzuschauen.

Interessant war, dass der Kollege Wilken heute Morgen nicht mehr die Forderung erhoben hat, über den Rückkauf von Kliniken zu sprechen.

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Darum ging es auch nicht!)

– Man muss schon sehr genau hinhören und hinschauen, wann Sie welche Forderungen stellen und wann Sie versuchen, etwas zu instrumentalisieren.

(Zurufe von der CDU)

Der eigentliche Punkt ist, dass Sie mit irgendeinem Dreck werfen und hoffen, dass ein bisschen Dreck schon hängen bleiben wird.

(Marjana Schott (DIE LINKE): Das hätten Sie gerne!)

Das ist nicht im Sinne der Medizin, nicht im Sinne der Pflegekräfte, nicht im Sinne der Ärzte und schon gar nicht im Sinne der Patienten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich will sehr deutlich sagen: Wir alle wissen, dass die Frage, wie das Gesundheitswesen in Zukunft finanziert wird und wie hoch die Mittel sind, die an die Krankenhäuser fließen, viele Menschen in unserem Lande umtreibt und deshalb auch viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Kliniken umtreibt. Da will ich sehr deutlich machen, Herr Kollege Wilken: Schauen Sie sich wenigstens zuerst einmal die Zahlen an. Vielleicht gehen Sie auch einmal ins Saarland, wo Ihr Kollege Lafontaine einmal Ministerpräsident war, und schauen Sie in seine Regierungszeit zurück, wie er die Krankenhäuser finanziert hat. Schauen Sie sich dann bitte einmal an, was seit dem Jahr 2000 in Hessen an Mitteln für diesen Bereich aufgewandt worden ist, und versuchen Sie, zu vergleichen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich gebe Ihnen gerne ganz aktuelle Statistiken, nicht vom Hessischen Sozialministerium, sondern bundesweite Vergleiche. Dann werden Sie sehen, dass Hessen zu den Ländern gehört, die ihre Hausaufgaben machen, die sich dieses Bereichs angenommen haben und ihn ausbauen, die es unternommen haben, Investitionsstaus aufzulösen. Das hat aber nichts mit dem zu tun, was Sie hier vortragen. Es ist einfach unanständig, verschiedene Dinge zu vermischen, zu verrühren und dann zu hoffen, dass irgendetwas hängen bleibt.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Das müssen Sie den 7.000 Leuten erklären, die heute demonstrieren!)

Ich möchte ganz deutlich machen: Wir haben uns hier immer gemeinsam dafür eingesetzt, dass zum einen der Deckel gehoben wird – was nach langen Verhandlungen in Berlin endlich passieren wird – und dass wir zum anderen endlich wieder zu sachlichen Diskussionen zurückkommen, dass wir Patientenanzeigen ernst nehmen, jeder einzelnen nachgehen. Dabei geht es auch um anonyme, im Internet veröffentlichte Anzeigen. Auch die sollte man ernst nehmen. Man muss jedem Einzelfall nachgehen, darf aber nicht versuchen, irgendetwas aufzubauschen, damit etwas hängen bleibt.

Die Krankenhäuser brauchen transparente Strukturen. Wir brauchen dort Qualität. Auch in diesem Fall ist festzustellen, dass es in den Kliniken Strukturen gibt, die solchen Fällen – unabhängig von uns – nachgehen und sie von Ärzten beurteilen lassen. Wir sollten alles daransetzen, die Gesundheitsversorgung nicht schlechztreden. Menschen in Not, Kranke brauchen Hilfe.

Wir müssen das Arzt-Patient-Verhältnis ernst nehmen, wir dürfen nicht versuchen, es hier kaputtzureden, sondern wir müssen erkennen, dass es zur Heilung eines Grundvertrauens bedarf. Ich denke, die Politik ist insgesamt gefordert, dafür zu sorgen, dass das auch in Zukunft in unserem Land so bleibt und die Gesundheitsversorgung nicht Spielball politischer Interessen wird. Dafür werde ich mich auch persönlich weiterhin einsetzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank, Frau Kollegin Lautenschläger.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich stelle fest, dass die Aktuelle Stunde abgehalten worden ist.

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 68** auf:

**Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffen eine Aktuelle Stunde (Unverantwortliche Geschäftspolitik der Telekom – keine Schließung der Callcenter) – Drucks. 17/686 –**

Hierzu rufe ich die **Tagesordnungspunkte 82 und 83** auf:

**Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Schließung von Telekom-Callcentern verhindern und Arbeitsplätze sichern – Drucks. 17/703 –**

**Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Telekom-Arbeitsplätze in Kassel und Gießen sichern – Drucks. 17/704 –**

Ich erteile zunächst Herrn Kollegen Schaus das Wort.

#### **Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Fraktion, DIE LINKE, hat mit dem vorliegenden Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde einen Entschließungsantrag verbunden, der sich mit der aktuellen Gefährdung von 350 Arbeitsplätzen in den hessischen Regionen Kassel und Gießen auseinandersetzt; denn Politik hat die Aufgabe, die mit diesen 350 Arbeitsplätzen verbundenen Schicksale plus die Schicksale der betroffenen Familien nicht sich selbst, nicht den freien Kräften des Marktes und auch nicht der in diesem Fall höchst unsocialen Beschäftigungspolitik der Telekom zu überlassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Politik hat vielmehr die Aufgabe, sich für die Menschen so einzusetzen, dass für die betroffenen Regionen sowie für die einzelnen Menschen der Verlust von Arbeitsplätzen verhindert werden kann, sofern es irgend möglich ist. Dass dies bei entsprechendem Willen der beteiligten Akteure möglich wäre, will ich hier kurz aufzeigen.

Zunächst ein kurzer Blick auf die Ursache des Problems. Per Vorstandsbeschluss der Deutschen Telekom sollen 83 Callcenter in bisher 63 Städten in Deutschland auf nur noch 24 Standorte reduziert werden. Hiervon sind auch die Callcenter in Kassel und Gießen mit insgesamt 350 Beschäftigten betroffen. Die Telekom spricht in diesem Zusammenhang aber nicht von Kündigungen, sondern davon, dass die Beschäftigten aus Kassel und Gießen künftig einfach in Fulda und in Eschborn eingesetzt werden. Dies ist blanker Zynismus, denn von den 350 Beschäftigten sind über 70 % Frauen, ein großer Teil davon aus familiären Gründen in Teilzeitbeschäftigung. Dazu gibt es eine sehr hohe Zahl von Schwerbehinderten, weil die Tätigkeit in Callcentern Schwerbehinderten immer eine Beschäftigungsmöglichkeit bietet.

Bei diesen Beschäftigten – ich sage es nochmals: überwiegend Frauen mit Familien und ein überproportional hoher Anteil an Schwerbehinderten – von einem „Angebot“ zu sprechen, wenn sie künftig pro Tag zwei bis vier Stunden Fahrzeit zum Arbeitsplatz und zurück in Kauf nehmen sollen, ist schlicht und ergreifend unmöglich. Wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur zu unannehmbaren Bedingungen weiterhin beschäftigt werden sollen, dann handelt es sich um Kündigungen durch die Hintertür und um das Anlegen von Daumenschrauben bei gleichzeitigem Aufsetzen von Unschuldsmienen. Gegen eine solche Politik, die mit dem wirtschaftlichen Schicksal von Menschen spielt, muss sich der Landtag entschieden aussprechen.

Es gibt auch gar keinen Grund, warum Callcentergespräche von einem anderen Ort aus besser zu führen sein sollen; denn Anrufe können an jeden Arbeitsplatz in Deutschland geroutet werden. Die Präsenz in der Fläche wäre wegen einer größeren Kundennähe und einer höheren Mitarbeiterzufriedenheit unternehmenspolitisch sogar ein Vorteil.

Dass nun trotzdem 350 Menschen täglich zusätzlich zwei bis vier Stunden pendeln sollen, um in größeren, weit entfernten Callcentern zu arbeiten, ist arbeitsökonomisch, sozialpolitisch, in Bezug auf die Unternehmensperspektive und auch ökologisch so unsinnig, dass wir nach den eigentlichen Gründen der Telekom-Beschäftigungspolitik suchen müssen.

Verständlicher wird das sogenannte Angebot erst dann, wenn man weiß, dass die Callcenter in Eschborn und Fulda überhaupt nicht die Kapazität besitzen, weitere Arbeitsplätze in dieser Größenordnung anzubieten. Es müssten also zusätzliche Flächen angemietet oder gebaut werden.

Viel entscheidender ist aber, dass es für die Beschäftigten einen Kündigungsschutz gibt und dass dieser Kündigungsschutz jetzt durch die Hintertür sozusagen zunichte gemacht werden soll.

Verständlicher wird die Entscheidung, wenn man weiß, dass es Vereinbarungen zur Beschäftigungspolitik zwischen der Konzernleitung, dem Betriebsrat und den Gewerkschaften gibt, die von der Neustrukturierung erst aus den Medien erfahren durften.

Verständlicher wird die Entscheidung aber auch erst dann, wenn man weiß, dass die Telekom weiterhin großflächig aus den bestehenden Tarifverträgen aussteigt und bis zum Jahresende in Deutschland weitere mehr als 6.000 Beschäftigte aus den Netzzentren in Servicegesellschaften auslagern möchte. Hiervon wären in Hessen 1.400 Beschäftigte an den Standorten Darmstadt, Heusenstamm, Fulda und Frankfurt betroffen.

Ich komme zum Schluss. Es ist nicht hinnehmbar, dass ein ehemals stolzes Staatsunternehmen, das der Privatisierung zugeführt wurde – in dem die Bundesrepublik Deutschland mit über 30 % Anteil aber immer noch der Hauptaktionär ist –, seine verfehlte Kunden- und Beschäftigungspolitik und seine weltweiten Expansionsgelüste auf den Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer austrägt.

**Vizepräsident Dieter Posch:**

Herr Kollege Schaus, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Die Bundesregierung muss im Aufsichtsrat endlich handeln und hier Einhalt gebieten. Insofern unterstützen wir die Proteste der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die morgen in Bonn stattfinden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Decker das Wort.

**Wolfgang Decker (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es mag die 16. oder 17. Welle der Neustrukturierung der Telekom sein. Sie überrollt nunmehr auch die Callcenter in Kassel und Gießen.

Wir wissen, dass sich auch ein Unternehmen wie die Telekom Modernisierungs- und Neustrukturierungsprozessen stellen muss. Wir wissen, dass es das machen muss, um auf dem immer härteren Markt wettbewerbs- und zukunftsfähig zu bleiben. Wir wissen aber auch eines: So geht man mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht um.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Die Art und Weise, wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter quasi über Nacht vor vollendete Tatsachen gestellt wurden, war kein guter unternehmerischer Stil. Schon in der Vergangenheit haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhebliche Zugeständnisse machen müssen und auch Einbußen hingenommen – und das alles, um ihre Arbeitsplätze zu sichern.

Umso bitterer ist die bevorstehende Schließung der Callcenter an diesen Standorten. Sicher hat die Telekom – nach ihren eigenen Worten – alle Anstrengungen unternommen, um die Standortschließungen und Arbeitsplatzverlagerungen sozial verträglich zu gestalten. Aber seien wir einmal ehrlich und sehen es ganz pragmatisch: Das nützt einer Teilzeitkraft mit ein oder zwei Kindern gar nichts, wenn sie dafür jeden Tag nach Fulda oder nach Eschborn 100 km hin- und wieder zurückfahren muss.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir sind ebenso der Auffassung, dass die Schließungspläne nicht einer Standortverantwortung gerecht werden, die auch ein solches Unternehmen an den Tag legen sollte. Wir haben zudem die nicht unbegründete Sorge, dass die Telekom aufgrund der Standortschließungen in Kassel und Gießen gerade in diesen Regionen einen Vertrauensverlust bei den Kunden, die ihr bisher treu geblieben sind, wird hinnehmen müssen.

Bisher waren fast jedes Mal, wenn eine solche Welle rollte, Kassel und Gießen betroffen. Dies hat die einstmaligen traditionellen Standorte – ehemals der Post, später der Telekom – bereits mehrere Hundert Arbeitsplätze und, was uns am meisten ärgert, auch Ausbildungsplätze gekostet.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Es ist aus unserer Sicht auch strukturpolitisch in keiner Weise vertretbar, wenn Standorte mit relativ hoher Arbeitslosigkeit geschlossen und die Arbeitsplätze an Standorte mit relativ geringer Arbeitslosigkeit verlagert werden. Der Hinweis darauf, dass durch diese Umstrukturierung in Hessen insgesamt 400 zusätzliche Telekom-Arbeitsplätze entstanden sind, mag aus Sicht der geschäftsführenden Landesregierung positiv bewertet werden. Ich will das gar nicht negativ darstellen. Aber den betroffenen Menschen an den Standorten Gießen und Kassel nützt das gar nichts.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Übrigens sehen wir bisher keinen nachvollziehbaren Grund – es gibt auch keine Fakten, die das belegen –, warum ein Callcenter, dessen Mitarbeiterzahl von 400 auf 700 wächst, künftig rentabel arbeiten soll. Ich bin unserer Fraktionsvorsitzenden Andrea Ypsilanti sehr dankbar dafür, dass sie sich klar und deutlich für einen Stopp der Verlagerungspläne eingesetzt hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich will auch dem Kasseler Oberbürgermeister, den Stadtverordnetenversammlungen beider Städte sowie den Abgeordneten vor Ort danken, die sich dafür eingesetzt haben.

Leider haben wir dieses Engagement bei der geschäftsführenden Landesregierung nicht in gleicher Weise wahrnehmen können. Oder es ist im Verborgenen geschehen.

(Heiterkeit bei der SPD – Günter Rudolph (SPD): Wahrscheinlich!)

Das ist im Übrigen auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vor Ort aufgefallen. Es kursierte dort die Vermutung, die Landesregierung sei bereits im Vorfeld von den Verlagerungsplänen informiert gewesen. Das reichte bis zu der Vermutung, man habe aus bestimmten Gründen die Standorte Fulda und Eschborn präferiert.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wer hat das wohl gestreut?)

Herr Staatsminister Dr. Rhiel hat allerdings in einem persönlichen Schreiben versichert – das will ich an der Stelle konzedieren –, dass dies nicht zutreffend sei. Deshalb will ich nicht weiter darauf eingehen.

Sehr wohl will ich an dieser Stelle anmerken, dass das Gefühl zurückbleibt, dass die geschäftsführende Landesregierung in dieser Sache einiges mehr hätte tun können.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es noch eine kleine Chance geben sollte, diese Standortverlagerung zu verhindern, sollte sie sofort genutzt werden.

Wir fordern daher hier und heute die Landesregierung auf, beim Vorstand der Telekom zu intervenieren und für die Beibehaltung der beiden Standorte zu kämpfen. Auf jeden Fall muss dem Vorstand die Zusage abgerungen werden, dass wir in anderen Telekom-Geschäftsbereichen in Kassel und Gießen adäquate Arbeitsplätze anbieten können, damit die Betroffenen nicht hin- und herfahren müssen.

Im Übrigen verweise ich auf den von uns vorgelegten Dringlichen Antrag. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank, Herr Kollege Decker. – Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Lenders das Wort.

#### **Jürgen Lenders (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es denn richtig wäre, was in diesem Antrag unterstellt wird, müsste man ernsthaft darüber nachdenken. Aber es entbehrt nun einmal jeglicher Grundlage.

Es ist zutreffend, dass es zu den Schließungen der beiden Standorte in Gießen und in Kassel kommt. Aber diese Arbeitsplätze werden, entgegen dem Eindruck, den man hier zu erwecken versucht, nicht abgebaut, sondern sie werden verlagert. Mit der Aufrüstung der beiden anderen Standorte entstehen in Hessen 400 neue Arbeitsplätze.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU) – Zurufe von der SPD und der LINKEN)

Es ist sicherlich ein Problem, wenn Mitarbeiter umziehen müssen bzw. eine neue Arbeitsstätte haben und damit längere Anfahrtswege in Kauf nehmen müssen. Das gilt vor allen Dingen dann, wenn sie nicht mobil sind. Aber gerade Bürgerinnen und Bürger, die aus Osthessen kommen, sind es seit Jahrzehnten gewohnt, ins Rhein-Main-Gebiet zu pendeln. Gerade Osthessen ist übrigens mittlerweile zu einer Region geworden, in die man einpendelt, statt aus ihr auszupendeln.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der SPD)

Mit den Mitarbeitern wurden Gespräche geführt. Vielleicht wurde nicht mit jedem Funktionär der Gewerkschaft eine einvernehmliche Lösung gefunden.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der SPD: Ui, ui, ui!)

Mit den Mitarbeitern wurde gesprochen. Die Härtefälle wurden abgefedert. Soziale Aspekte wurden berücksichtigt. Das hat dazu geführt, dass man sich für die Standorte Fulda und Eschborn entschieden hat. Wenn es sich um einen Härtefall handelt, werden die Fahrtkosten bezahlt. Die Telekom übernimmt die Umzugskosten. Man muss auch einfach sehen, dass am Ende den Mitarbeitern, die nicht mobil sind, adäquate alternative Arbeitsplätze an ihrem alten Standort angeboten werden.

Das wird nicht immer einvernehmlich geschehen. Aber Herr Decker hat es eben schon angesprochen: Es gibt

wirtschaftliche Notwendigkeiten. – Ganz ohne Verwerfungen bekommen Sie eine solche Aktion nicht hin. Das geht nun einmal nicht.

(Beifall bei der FDP)

In Hessen wird kein einziger Arbeitsplatz abgebaut werden.

(Wolfgang Decker (SPD): Es werden an der falschen Stelle welche geschaffen!)

Nicht ein Arbeitsplatz wird abgebaut. In die Standorte, die erhalten bleiben, wird die Telekom in den nächsten Jahren 70 Millionen € investieren.

Meine Damen und Herren, ich verstehe den Inhalt Ihrer Initiative nicht. Er bezieht sich auf das, was die Telekom tun will. Die Telekom ist sicherlich ein Unternehmen, auf das man öfter kritisch schauen darf. Die Verlagerung ist aber wirtschaftlich notwendig. Die Mitarbeiter sind einbezogen worden. Das geschah also einvernehmlich. Hessen gewinnt in Fulda und in Eschborn 400 Arbeitsplätze. Deshalb sind der Dringliche Entschließungsantrag und der Dringliche Antrag von der Sache her falsch. Sie werden von uns abgelehnt werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Vielen Dank. – Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Kollegen Möller das Wort.

#### **Klaus Peter Möller (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben Verständnis für die Befürchtungen und die Probleme der betroffenen Mitarbeiter an den Standorten Gießen und Kassel. Dieses haben wir aus verschiedenen Gründen. Es betrifft in beiden Fällen Städte, die ohnehin schon eine stark belastete Arbeitsmarktstruktur haben. Dort sind die Arbeitslosenquoten erheblich höher als im Landesdurchschnitt. Es betrifft also ausgerechnet zwei eh schon belastete Standorte.

Ich möchte als Beispiel Gießen nehmen. Dort sind es 150 Arbeitsplätze, die, wie sie momentan vorhanden sind, sehr wohl ernst zu nehmen sind. Deswegen haben wir vollstes Verständnis.

Wir haben auch Verständnis für die Kritik an der Art des Kommunikationsweges, über den die Entscheidung der Telekom übermittelt wurde. Ich möchte irgendwelchen Mutmaßungen den Boden entziehen. Selbst die Stadt- oberhäupter wurden von der Entscheidung sehr kurzfristig informiert. Es betrifft also nicht nur uns alle, dass wir das mehr oder weniger über die Zeitung und andere Medien erfahren haben. Selbst die Oberbürgermeister haben erst sehr spät von der bereits getroffenen Entscheidung erfahren.

Das ist alles zu kritisieren. Das wurde in einem Gespräch in Gießen, an dem die Vorsitzenden aller Fraktionen, der Oberbürgermeister und Vertreter der Telekom teilgenommen haben, ausführlich und sehr offen erörtert. Die Kritik an der Kommunikationspolitik wurde von der Telekom auch angenommen.

Unser Verständnis für die Betroffenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde ebenfalls akzeptiert. Aber die Vertreter der Telekom haben sich auch die Mühe ge-

macht, zu erklären, warum es zu der Entscheidung gekommen ist. Die Entscheidung müssen wir schlichtweg zur Kenntnis nehmen. Ich denke, wir werden auch lernen müssen, sie zu akzeptieren.

Dass eine Verlagerung der Arbeitsplätze nach Eschborn und Fulda stattfinden wird, ist natürlich unter einem Gesichtspunkt wirklich nicht nachvollziehbar. Dazu muss man sich die Situation anschauen, die morgens auf der A 5 herrscht. Es werden dann alle quasi mit dem Strom fahren müssen. Sie können dann nicht mehr gegen den Strom fahren.

Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, dass Callcenter aufgrund struktureller Gegebenheiten nur noch ab einer gewissen Mindestgröße arbeiten können. Sie sind nur ab einer gewissen Mindestgröße funktionsfähig und wirtschaftlich.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich die Telekom zusammen mit dem Personal dafür entschieden hat, die Arbeitsplätze kleinerer Standorte zu den größeren zu verlagern und nicht umgekehrt. Das geschah vor dem Hintergrund, dass möglichst wenig Menschen von einer solchen Entscheidung betroffen werden.

Wie die Betroffenheit aussieht, wurde übrigens auch vor dem Hintergrund der Zumutbarkeit abgefragt. Für den Standort Gießen kann ich sagen: Eine einzige Arbeitskraft hat sich dahin gehend geäußert, dass ihr die Arbeitsplatzverlagerung nicht zumutbar ist. Verständlicherweise wird für diese einzige Arbeitskraft jetzt vor Ort ein adäquates Angebot gesucht.

Der Kollege der FDP hat es bereits erwähnt: Alles andere wird durch Haustarifverträge und anderes mehr weitestgehend abgedeckt. – Das reicht bis zur Arbeitszeitgestaltung hin. Das wurde schon angesprochen. Dabei ist die Telekom sehr auf die Belange der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingegangen.

Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass man die Telekom nicht isoliert betrachten kann. Vielmehr steht sie im Wettbewerb. Wenn man es genauer betrachtet, erkennt man, dass sich der Wettbewerb in den letzten Jahren für die Telekom alles andere als rosig darstellt. Deshalb ist es nachvollziehbar, dass betriebswirtschaftliche Entscheidungen gefällt werden müssen, die eben hier und da zu erheblicher Beunruhigung und zu erheblicher Verängstigung führen.

In den letzten Jahren, also von dem Jahr 1998 bis zum Jahr 2008 – das sind zehn Jahre –, ist der Umsatz der Telekom um 2 Milliarden € gesunken. Bei allen anderen hat sich der Umsatz von 11 Milliarden € auf 33 Milliarden € erhöht. So konnten sie in das Geschehen eingreifen. Das bedeutet: Probleme, die es früher nicht gab, gibt es heute sehr wohl. Deshalb muss die Telekom, die übrigens nicht, wie eben behauptet wurde, mehrheitlich im Besitz des Staates ist, sondern zu 63 % in Streubesitz, auf diese Herausforderung reagieren können.

Ich will Zahlen nennen. Das betrifft die DSL-Anschlüsse. Im Jahr 2001 beherrschte die Telekom mit 97 % der Anschlüsse noch den Markt. Heute sind es gerade noch einmal 49,2 %. Das bedeutet: Sie befindet sich in einem harten Wettbewerb.

Es wurde dankenswerterweise schon erwähnt, die Telekom ist gerade am Standort Hessen sehr stark vertreten. Wenn wir die Telekom unterstützen wollen, damit sie in ihre Betriebsstätten am Standort Hessen weiter investieren kann, dann müssen wir auch dafür sorgen, dass ein sol-

ches Unternehmen wirtschaftlich arbeiten kann und entsprechende Umsätze erzielt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Ich habe Verständnis für die Betroffenen. Ich habe vor allem auch Verständnis für die Menschen, die an den beiden Standorten leben. All das, was gesagt wurde, ist richtig. Das sage ich auch vor dem Hintergrund des Inhalts des Dringlichen Antrags der Fraktion der SPD. Wir werden den Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD unterstützen.

Ich sage aber auch: Wir müssen aber auch akzeptieren lernen, dass Unternehmen, die sich ehemals allein im Staatsbesitz befanden, heute einem harten Wettbewerb in Deutschland und Europa ausgesetzt sind. Wir müssen anpassen, dass diese Wettbewerber stabil bleiben. Sie müssen ihre Infrastruktur erhalten können. Darüber hinaus soll die Infrastruktur in Hessen sogar ausgebaut werden.

Ich möchte noch einmal eine Zahl nennen und mich dabei auf den gleichen Zeitraum beziehen: Die Anzahl der Beschäftigten ist bei der Telekom trotz all dieser Herausforderungen stabil geblieben. Auch deswegen sollte man das Unternehmen weiter unterstützen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank für die Punktlandung. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Hölldobler-Heumüller das Wort.

#### **Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrten Damen und Herren! Ich stelle fest: Wir unterstützen die Bemühungen der Beschäftigten um den Erhalt ihrer wohnortnahen Arbeitsplätze. Wir kritisieren die Art und Weise, wie mit den Beschäftigten umgegangen wurde, wie die Informationsflüsse und wie auch die Informationsflüsse zur Politik waren.

Herr Kollege Lenders, lassen Sie mich Folgendes sagen: Wenn man die Rahmenbedingungen für Arbeitsplätze verändert, dann gefährdet man unter Umständen auch Arbeitsplätze. Es ist sicherlich richtig, dass es bei der Telekom einen Kündigungsschutz gibt, der bei den letzten Tarifverhandlungen ausgehandelt wurde. Aber man kann Arbeitsplätze auch so unattraktiv gestalten, dass es den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wirklich schwerfällt, diesen Arbeitsplatz weiterhin anzunehmen.

Es wurde darauf hingewiesen, dass es sich zum großen Teil um Arbeitsplätze von Frauen handelt, die in vielen Fällen doppelt und dreifach belastet sind und die durch die Fahrzeiten noch zusätzlich belastet würden. Das Gleiche gilt für die Schwerbehinderten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Darauf haben die Vorredner schon hingewiesen: Dazu kommt, dass die Beschäftigten der Telekom in den letzten Jahren erhebliche Einschnitte zu verkraften hatten. Jetzt sollen sie erneut belastet werden.



Wir bedauern, dass die Arbeitsplätze überhaupt verlagert werden sollen. Ich kann das Argument nicht nachvollziehen, ein Callcenter könne erst ab 400 Beschäftigte wirtschaftlich arbeiten. Da gibt es ganz andere Beispiele. Wir bedauern deswegen, dass die Arbeitsplätze überhaupt verlagert werden sollen. Insbesondere bedauern wir, dass die Arbeitsplätze aus strukturschwachen Regionen in strukturstarke Regionen verlagert werden sollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Ich glaube, damit wird ein falsches Signal gesetzt. Das sage ich auch als Fuldaerin. Denn ich glaube, wir haben in Fulda aufgrund der Stärken, die es in der Region gibt, eine gute Arbeitsplatzsituation. Alle haben die Verpflichtung, in den strukturschwachen Regionen umso mehr für jeden Arbeitsplatz zu kämpfen, der dort überhaupt irgendwie erhalten werden kann. Da sehe ich die Telekom in der Verantwortung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Das ganze Vorgehen ist auch ein schlechtes Aushängeschild für ein Unternehmen, das sich doch sehr intensiv mit der Bereitstellung technischer Lösungen beschäftigt und eigentlich auch Techniken anbietet, die Arbeitswege vermeiden können.

Wir fordern unermüdlich in den ländlichen Regionen Hessens schnelle Internetzugänge, damit auch dort wertvolle Arbeitsplätze geschaffen werden und erhalten bleiben können. Wäre es nicht ein sinnvolles Signal, wenn die Telekom Callcenter in diesen Regionen belässt? Es wäre sicher auch sinnvoll, wenn man bei den Arbeitsplätzen zusätzlich diskutieren könnte, welche Arbeitsplätze davon Heimarbeitsplätze werden könnten. Im Zuge von Familienfreundlichkeit wäre das ein gutes und wichtiges Signal.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nicht zuletzt sind natürlich die zusätzlichen Belastungen unter Umweltaspekten und die finanziellen Belastungen durch zusätzliche Fahrtkosten Argumente, dass die Telekom an dieser Stelle noch einmal nachdenken und umdenken sollte. Wenn wir uns die Geschäftspolitik der Telekom der letzten Jahre anschauen, dann wundert es nicht, dass sie zunehmend Kunden verloren hat, denn das, was sie getan hat, war kein Beitrag zur Kundenbindung. Es gab viel Problematisches.

Jeder kann Geschichten von der Telekom erzählen, wie schwierig es ist, als Privatkunde überhaupt einen Anschluss zu bekommen. Man muss sich echt manchmal Tage durchkämpfen. Das vergrault Kunden. Sinkende Kundenzahlen schlagen sich irgendwann auf Arbeitsplätze nieder. Von daher war das kein verantwortliches Handeln.

Der SPD-Antrag fasst die Problematik aus unserer Sicht sehr gut zusammen. Deswegen unterstützen wir den SPD-Antrag. Der LINKEN-Antrag ist uns an einigen Stellen etwas unscharf. Deswegen bedauern wir, dass DIE LINKE den Antrag nicht noch einmal in den Ausschuss geben wollte, damit wir zu einem gemeinsamen Antrag kommen. Ich glaube, das wäre an dieser Stelle ein sehr gutes Signal gewesen, nachdem auch die CDU den Antrag der SPD unterstützen will. Aber ich habe im LINKEN-Antrag auch Probleme mit dem Passus der Arbeitsplatzvernichtung und des Lohndumpings, denn das ist doch eine massive Kritik an den ver.di-Verhandlungsergebnissen des letzten Jahres.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU) und Jörg-Uwe Hahn (FDP) – Heiterkeit bei der SPD)

Das kann ich an dieser Stelle nicht nachvollziehen. Deswegen werden wir uns enthalten. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank, Frau Hölldobler-Heumüller. – Für die Landesregierung, Herr Staatsminister Dr. Rhiel.

(Günter Rudolph (SPD): Jetzt wollen wir wissen, was Herr Rhiel gemacht hat!)

#### **Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehen Sie, Herr Rudolph, ich will Ihnen gleich die Antwort geben. In einem kurzfristig – in Gießen und Kassel war das nur kurzfristig möglich – anberaumten Gespräch konnten ich persönlich und der Staatssekretär nicht dabei sein, weil wir andere Verpflichtungen hatten. Deswegen war der Abteilungsleiter, Herr Jäger, bei diesem Gespräch im Kasseler Rathaus. Herr Rudolph, die Landesregierung nimmt schon ihre Pflicht wahr. Deshalb bedurfte es dieses Einwurfes nicht.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Punkt zwei. Ich glaube, dass diese Frage, wie sie sich aus der Debatte ergeben hat, eine vielschichtige Frage ist. Die erste Frage – darauf stützen sich zu Recht alle in ihrer Argumentation – ist immer die Frage, was mit den Betroffenen passiert. Wir wissen, dass jeder Veränderungsprozess auch unangenehme Folgen für die unmittelbar Beteiligten hat. Deswegen will ich gar nicht hintanstellen und gleich deutlich sagen: Für alle Betroffenen, die ihren Arbeitsplatz am bisherigen Standort verlieren, auf den sie sich hinorientiert haben – möglicherweise auch mit ihrem Wohnort –, ist das ein harter Schlag.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dennoch wird in dieser Debatte deutlich, dass es keine Alternative gibt. Wie in keinem anderen Bereich als der Telekommunikation ist durch den technologischen Fortschritt der letzten Jahre der Wettbewerb intensiviert worden. Hätten wir die alte Fernmeldebehörde noch, wäre sie heute schlicht und einfach pleite, weil sie bei Ihnen allen nicht konkurrenzfähig wäre.

Sie alle, wir alle wechseln zu dem Anbieter, der uns die gleiche Leistung zu günstigeren Preisen gibt. Das gilt sicherlich auch für die Fraktion der LINKEN, denn sonst müssten Sie freiwillig einen Zuschlag bezahlen. Dieser freiwillige Zuschlag von Ihrer Seite ist mir bisher nicht bekannt, wenn es um Ihren eigenen Geldbeutel und Ihr eigenes Portemonnaie geht.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb sollten wir uns neben dieser unmittelbaren Betroffenheit hüten, durch großsprecherische Aktionen und Aussagen

(Günter Rudolph (SPD): Na, na, na!)

– Herr Rudolph – Hoffnungen bei den Menschen zu wecken, die nachher in einer größeren Enttäuschung und einem größeren Leid enden.

(Günter Rudolph (SPD): Dafür einsetzen! Was erwarten Sie? Unglaublich!)

Deswegen müssen wir dies realistisch sehen. Realistisch betrachtet, heißt das zunächst einmal in der Bilanzierung eines:

Der hessische Telekommunikationsstandort ist in den letzten Jahren nicht geschwächt, sondern, bezogen auf die Arbeitsplatzzahl, gestärkt worden. Insgesamt beschäftigt nämlich die Telekom neben all den Privaten, die zusätzlich auf den Markt gekommen sind und einen großen Beschäftigungsanteil haben, nach wie vor 16.800 Menschen. Darüber sollten wir uns freuen und dankbar sein und diesen Standort nicht schlechtreden, sondern stärken. Das tut die Landesregierung.

(Beifall bei der CDU)

Durch die Verlagerung der Arbeitsplätze ist – das will ich als Mitglied der Landesregierung, als Wirtschaftsminister, deutlich unterstreichen – der Standort Hessen, bezogen auf die Beschäftigtenzahlen, gestärkt worden. Statt bisher 1.012 Arbeitsplätzen werden in Zukunft 1.419 Arbeitsplätze im Bereich der Callcenter vorhanden sein.

Das betrifft natürlich auch mit dem negativen Akzent die Beschäftigten, die in Zukunft aus Bad Kissingen oder aus Würzburg nach Fulda, auch die, die aus Kassel nach Fulda kommen müssen. Aber glücklicherweise – das sollte nicht unterschlagen werden – sind die öffentlichen Verkehrsverbindungen zwischen diesen Standorten inzwischen so gut, dass die Fahrzeit auf der Schiene zwischen Kassel und Fulda wie zwischen Kassel und Würzburg nur noch eine halbe Stunde beträgt. Mit dem Fahrkostenzuschuss des Arbeitgebers ist die Belastung auf ein Minimum reduziert und nicht größer, als sie im Ballungsraum Rhein-Main allgemein üblich ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das gilt auch für den Standort Eschborn, wo in Zukunft aus Mainz die Beschäftigten eine Beschäftigung an einem neuen Standort finden. So weit, so gut zu diesem Thema.

Ich möchte noch einen dritten Aspekt erwähnen. Das interessiert vielleicht auch Herrn Frankenberger als Kasseler Abgeordneten. Deswegen sage ich es an dieser Stelle.

Wir haben in Deutschland natürlich nicht eine statische Wirtschaft, sondern einen permanenten Veränderungsprozess. Deswegen muss man auch sehen, dass es in Kassel selbst Veränderungen gibt, in dem Fall nicht bezogen auf die Callcenter der Telekom. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie waren zum Teil dabei. Ich war mit dem Oberbürgermeister beim Richtfest, bei der Grundsteinlegung. Dort in Kassel ist vor wenigen Tagen ein Callcenter in Betrieb genommen worden, das inzwischen 400 Beschäftigte hat.

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herr Staatsminister, ich wollte Sie nur auf die Redezeit hinweisen.

#### **Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Ich bin ja schon am Resümee. – Deswegen sollte man positiv hervorheben, dass gerade der Standort Kassel unter dem Aspekt Angebote für Beschäftigte in Callcentern ein neues Angebot mit zusätzlichen Beschäftigten hat – Herr Abg. Lübcke war mit mir dort gewesen –, das Möglichkeiten für Menschen gibt, die in dieser Branche tätig sein wollen, das Unternehmen zu wechseln und am selben Standort in einem anderen Unternehmen einen zukunftssicheren Arbeitsplatz zu haben.

(Beifall des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Unter dem Strich: Sicherlich Verständnis für die Betroffenen, aber es gibt eine Regelung innerhalb des bisherigen Arbeitgebers. Und es gibt am Standort Kassel zusätzliche Chancen mit neuen Unternehmen, die in diesem Bereich mit Millioneninvestitionen zukünftige Arbeitsplätze anbieten und damit eine Zukunft für die Menschen mit darstellen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank, Herr Staatsminister Dr. Rhiel. – Mir liegen zu diesem Tagesordnungspunkt betreffend eine Aktuelle Stunde keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung der beiden Anträge.

Ich rufe zunächst den Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucks. 17/703, auf. Wer für die Annahme dieses Antrags ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Stimmen von SPD und LINKEN. Gegenstimmen? – Das sind die Stimmen von CDU und FDP. Stimmenthaltungen? – Das sind die Stimmen der GRÜNEN.

(Wortmeldung des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

– Herr Kollege Wintermeyer.

#### **Axel Wintermeyer (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte vor der nächsten Abstimmung nur darauf hinweisen, dass wir dabei über einen normalen Antrag abstimmen, nicht über einen Entschließungsantrag. Nach § 32 Abs. 9 unserer Geschäftsordnung kann eigentlich nur über Entschließungsanträge unmittelbar abgestimmt werden, aber wegen der Wichtigkeit der Sache – das hat der Kollege Möller betont – werden wir uns an dieser Abstimmung jetzt beteiligen.

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herr Kollege Wintermeyer, eingangs, als wir in diese Beratung eingetreten sind, habe ich darauf hingewiesen, dass wir bei dieser Aktuellen Stunde zu diesem Tagesordnungspunkt über beide Anträge mit abstimmen wollen. Die eine Abstimmung ist erfolgt und hat das Ergebnis erbracht, das ich eben festgestellt habe.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben noch keines festgestellt!)

Zugestimmt haben dem Antrag der LINKEN: DIE LINKE und die SPD; dagegen gestimmt haben CDU und FDP; Stimmenthaltung hat die Fraktion der GRÜNEN geübt.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Und damit ist der Antrag abgelehnt!)

– Ja, damit ist der Antrag abgelehnt.

(Zurufe)

**Axel Wintermeyer (CDU):**

Herr Präsident, mir ging es jetzt nicht um den Antrag der LINKEN, sondern um den Antrag der SPD. Das ist ein Dringlicher Antrag, und in unserer Geschäftsordnung heißt es:

Anträge zur Sache können nicht gestellt werden. Ausgenommen hierbei sind Entschließungsanträge, die einer sofortigen Abstimmung unterliegen.

Obwohl das so in unserer Geschäftsordnung steht, werden wir jetzt dennoch gerne mit abstimmen, auch aus dem Grund der Solidarität gegenüber dem, was hier miteinander diskutiert wurde.

**Vizepräsident Dieter Posch:**

Herr Kollege Wintermeyer, ich möchte nur darauf hinweisen, dass ich auf dieses Verfahren bereits hingewiesen habe, als ich beide Anträge – den Antrag und den Entschließungsantrag – zusammen mit der Aktuellen Stunde aufgerufen habe.

Damit komme ich zu der Abstimmung über den Dringlichen Antrag – –

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben das Ergebnis der ersten Abstimmung noch nicht festgestellt! – Gegenrufe von der CDU und der FDP: Doch, hat er!)

– Herr Kollege Kaufmann, ich habe festgestellt, dass der Antrag damit abgelehnt ist.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wurde aber bestritten! Es fehlen so viele! – Hermann Schaus (DIE LINKE) und Abgeordnete der SPD: Auszählen!)

Wir befinden uns jetzt in der Abstimmung zu dem Antrag der SPD, Drucks. 17/704. Wer für die Annahme dieses Antrags ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Stimmen von LINKEN, SPD, GRÜNEN und CDU. Gegenstimmen? – Das sind die Stimmen der FDP. Damit ist der Antrag angenommen und der Tagesordnungspunkt abgehandelt.

Dann rufe ich **Tagesordnungspunkt 69** auf:

**Antrag der Fraktion der CDU betreffend eine Aktuelle Stunde („Die SPD ist für die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verantwortlich“ – der weiteren Geschichtsverfälschung durch DIE LINKE Einhalt gebieten) – Drucks. 17/687 –**

Ich erteile Herrn Kollegen Wintermeyer das Wort.

**Axel Wintermeyer (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was wir gestern hier im Hessischen Landtag erlebt haben, zeigt, wie DIE LINKE insgeheim über demokratische Parteien denkt. Sie hat meine Partei, aber auch andere Parteien als „schießwütig“ bezeichnet und uns im Hinblick auf den

Krieg im Irak und in Afghanistan als „Schreibtischtäter“ bezeichnet.

Wir wissen, wie DIE LINKE insgesamt mit Geschichte umgeht, auch mit ihrer eigenen. Bis heute leugnen Sie, dass Sie eine direkte Nachfolgepartei der Organisation SED sind, obwohl fast 80 % Ihrer Mitglieder – der Partei DIE LINKE – ehemalige Mitglieder der SED sind.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): So ist es!)

Sie haben viermal den Namen gewechselt, um diese Tatsache zu verschleiern.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Aber sie sind dieselben geblieben!)

Meine Damen und Herren, eines ist eindeutig und klar, und dem wird auch Herr van Ooyen nicht widersprechen können – –

**Vizepräsident Dieter Posch:**

Meine Damen und Herren, ich darf doch bitten, die vielen Gespräche hier mitten im Plenum zu beenden und die Möglichkeit zu nutzen, die Gespräche außerhalb des Plenarsaals zu führen.

**Axel Wintermeyer (CDU):**

Auch das wird der Herr Kollege van Ooyen nicht leugnen können: Der letzte Vorsitzende der SED ist heute der Vorsitzende der Linkspartei, es ist nämlich Gregor Gysi.

(Holger Bellino (CDU): Unmöglich! – Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Falsch!)

Wenn wir über Geschichte reden, dann gibt es auch etwas zu Herrn van Ooyen zu sagen, Ihrem Fraktionsvorsitzenden. Er geht mit seiner Geschichte nicht so um, wie wir das erwarten. Er leugnet bis zum heutigen Tage, dass er von Erich Honecker und seinen Schergen für seine angebliche Friedensarbeit Geld bekommen hat – immerhin über 2,5 Millionen DM bis zum Jahr 1989.

Von dieser Stelle aus darf ich durchaus an sogenannte DDR-Einflussagenten der Deutschen Friedensunion erinnern, die Teile der Friedensbewegung im Sinne der SED missbraucht haben. Einziges Ziel dabei war damals der Sieg des Kommunismus in Europa.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe der Abg. Marjana Schott und Janine Wissler (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren, wenn wir über Geschichtsklitterung der LINKEN reden, dann darf ich auch an Lafontaine erinnern. Das ist auch einer ihrer Ko-Vorsitzenden. Er erdreistet sich, statt von der Zwangsvereinigung von SPD und KPD, von einem „freiwilligen Zusammenschluss“ zu reden. Meine Damen und Herren, mit dieser Relativierung beleidigt er Zehntausende von aufrechten Demokraten, die in Arbeitslagern landeten oder gar umgebracht wurden, und verhöhnt sie auf das Übelste.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, hier im Hessischen Landtag gibt es eine Frau Wissler, die in einem Gespräch mit der kommunistisch orientierten Zeitung „Junge Welt“

(Marjana Schott (DIE LINKE): Lesen Sie die jetzt auch? Sollen wir Ihnen ein Abo schicken?)

vom 10.09. dieses Jahres in einem Interview forderte,

(Janine Wissler (DIE LINKE): Zitieren Sie bitte vollständig, Herr Wintermeyer, zitieren Sie das bitte vollständig!)

die SPD solle erst einmal ihre eigenen Verantwortlichkeiten wie die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht aufarbeiten.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Zitieren Sie den Satz vollständig!)

Meine Damen und Herren, Frau Wissler, das, was Sie hier in Richtung SPD gesagt haben, entbehrt jeder geschichtlichen Wahrheit. Das ist ein Skandal.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren, wir als Union haben nicht die Notwendigkeit, die SPD zu verteidigen. Sie kann das selbst.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Wir werden sehen, ob sie zu diesen geschichtsverfälschenden Anschuldigungen weiter schweigen wird – bis auf einen einzigen Leserbrief, den wir dazu in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ gefunden haben. Aber als Demokraten dürfen wir zu dieser Historienfälschung ebenso wenig schweigen wie von dem von Ihnen geplanten Systemwechsel vom Umsturz unserer Gesellschaft. Die Linkspartei ist und bleibt eine linksradikale Partei,

(Beifall bei der CDU und der FDP)

die ein gebrochenes Verhältnis zu unserem Rechtsstaat hat, zu demokratischen Parteien, und die gerade in dieser Plenarwoche eindrucksvoll gezeigt hat, welcher Wolf in diesem Schafspelz, in ihr, steckt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich fordere DIE LINKEN auf: Stellen Sie sich Ihrer eigenen Geschichte.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ich bin mit meiner Geschichte im Reinen!)

Legen Sie endlich Ihre wahren Ziele auf den Tisch. Frau Wissler, nehmen Sie hier und heute Ihre unsägliche Behauptung zurück, die SPD sei für die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verantwortlich.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren, wie sagte neulich ein Berliner Politiker: Niemand kann so kreativ mit der Wahrheit umgehen wie DIE LINKE.

(Marjana Schott (DIE LINKE): Ich kenne Menschen, die das noch besser können! – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Ich habe dem noch hinzuzufügen: Gebieten wir dieser Geschichtsklitterung, dieser Form von kommunistischer Kreativität, umgehend Einhalt.

Mit ihren Beschuldigungen gegenüber der SPD hat Frau Wissler alle Demokraten angegriffen. Wir, die Union, sind bereit, gemeinsam diesem Angriff entschieden entgegenzutreten. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Merz das Wort.

#### **Gerhard Merz (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn es noch eines Belegs bedurft hätte, aus welchem Grund diese Aktuelle Stunde heute von Ihnen beantragt worden ist, dann hat ihn Kollege Wintermeyer eben abgeliefert.

Natürlich geht es der CDU nicht um die Verteidigung der SPD – auf die können wir, Herr Kollege Wintermeyer, in der Tat gerne verzichten.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Es geht Ihnen auch nicht um die historische Wahrheit über den Tod von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Es geht Ihnen nicht um zwei tote Kommunisten, sondern um sechs lebendige – oder um das, was Sie dafür halten.

(Beifall von der SPD und der LINKEN – Anhaltende Zurufe von der CDU und der FDP)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, Herr Kollege Wintermeyer!

(Anhaltende Zurufe)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Meine Damen und Herren, das Wort hat der Kollege Merz.

#### **Gerhard Merz (SPD):**

Meine Damen und Herren, die Hessische SPD weicht der historischen Debatte nicht aus. Wir sind stolz auf die Geschichte der SPD als der Partei von Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Solidarität.

(Beifall bei der SPD)

Wir kennen aber auch die Fehler, die es in der Geschichte unserer Partei gegeben hat, einer Partei, die mehr Krisen, Kriege und Diktaturen überstanden hat als alle anderen heutigen Parteien zusammengenommen, und die deswegen auch mehr Gelegenheiten hatte, Fehler zu machen.

(Zuruf von der CDU: Aber heute brauchen Sie die sechs Kommunisten?)

Meine Damen und Herren, sprechen wir nun über Verantwortung. Die einzige Kraft, die von Anfang bis zum Ende für die Weimarer Demokratie Verantwortung übernommen hat, war die SPD.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daher ist sie in der gesamten Geschichte der Weimarer Demokratie sowohl von rechter als auch linker Seite Difamierungen ausgesetzt gewesen. Die Parolen „November-Verbrecher“ und „Dolchstoß“ dienten als Rechtfertigung für den politischen Mord von rechts.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Da haben Sie völlig recht!)

Die Sozialfaschismuspropaganda vertiefte die Spaltung der Arbeiterbewegung und diente als Legitimation für ei-

nen Kurs der KPD, der am Untergang der Weimarer Republik keinen geringen Anteil hatte.

(Beifall bei der SPD, der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Parallelen trafen sich damals nicht im Unendlichen, sondern im Ende der Weimarer Republik.

Meine Damen und Herren, die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ist eines der scheußlichsten politischen Verbrechen der deutschen Geschichte. Die Täter waren moralisch verrohte und ideologisch verblendete Männer. Männer dieses Schlages waren für die große Mehrzahl der unzähligen politischen Morde in der Weimarer Republik verantwortlich: Freikorps, Feme-Organisationen, nationalistische, völkische, antisemitische Geheimbünde aller Art, genährt von den tiefen Krisen der Zeit und bezahlt mit dem Geld mächtiger, politischer und wirtschaftlicher Kreise.

Die SPD hatte für die entstehende demokratische Republik Verantwortung übernommen. Daraus ergab sich die Verantwortung der SPD, insbesondere von Gustav Noske, für die Niederschlagung des sogenannten Spartakusaufstandes. Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ist natürlich nur vor diesem Hintergrund erklärbar. Aber die Quellen, die Noske und damit die SPD unmittelbar oder mittelbar für diese Morde verantwortlich machen, sind und bleiben in höchstem Maße fragwürdig. Das gilt insbesondere für den Major Pabst, der tatsächlich den militärischen Befehl zum Mord gab. Deswegen muss, wer eine solche Beschuldigung aufrechterhält, den historischen Beweis dafür erbringen.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Meine Damen und Herren, wie der sogenannte Spartakusaufstand selbst sowie seine Niederschlagung durch die damalige Reichsregierung zu bewerten sind und ob man sich dabei tatsächlich der Hilfe der Freikorps bedienen durfte oder musste, darüber streitet die historische Forschung von Anfang an. Arthur Rosenberg, der eine noch immer lesenswerte Geschichte der Weimarer Republik geschrieben hat und dessen politischer Weg über die USPD, die KPD und nach dem Jahre 1927 in die SPD führte, urteilt z. B. folgendermaßen:

Man konnte von der Regierung nicht verlangen, dass sie, ausgestattet mit dem Vertrauen der großen Volksmehrheit, vor ein paar tausend Bewaffneten kapitulierte. ... Seine

– also Noskes –

Fehler im Januar und den folgenden Monaten liegen überhaupt nicht auf dem moralischen, sondern auf dem politischen Gebiet. Das Verhängnis für die deutsche Republik kam nicht dadurch, dass Noske Gewalt anwandte, sondern mit welchen Truppen er Gewalt anwandte.

Ich komme nun zum Schluss. Rosa Luxemburg und auch Karl Liebknecht bleiben große Figuren der deutschen Arbeiterbewegung. Der Respekt vor ihrer Person und ihrem Schicksal sollte daran hindern, ihren grausamen Tod für die politische Tagesauseinandersetzung zu instrumentalisieren

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

oder alte Mythen und Legenden künstlich am Leben zu erhalten – von welcher Seite und in welchem Interesse auch immer. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herr Kollege Merz, herzlichen Dank. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Al-Wazir das Wort.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Kollegin Wissler hat in einem Interview mit der Zeitung „Junge Welt“ auf die Frage, was sie dazu sagt, dass der rechte Flügel der Hessen-SPD die Forderung durchgesetzt hat, DIE LINKE müsse auf das Grundgesetz schwören und sich von der DDR distanzieren, gesagt:

Wir haben bisher schon mehrfach deutlich gemacht, wie wir zur DDR und zum Grundgesetz stehen, wir brauchen keinen Aufarbeitungsprozess. Umgekehrt könnten wir ja auch von der SPD fordern, ihre eigenen Fehler aufzuarbeiten... Oder dafür, dass die SPD für die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verantwortlich ist.

Ich habe einmal auf die Internetseite der Partei DIE LINKE geschaut, die ihren Sitz im Karl-Liebknecht-Haus am Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin hat. Auf der Internetseite der Partei DIE LINKE wird gesagt:

Die Erinnerung an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die beiden aus der Sozialdemokratie hervorgegangenen Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), die im Januar 1919 von rechten Freikorpsoldaten ermordet wurden, hat das Jahrhundert der Extreme überlebt.

Das deutet darauf hin, dass es eine zumindest sehr eingeschränkte historische Sicht ist, da selbst auf der Internetseite der LINKEN gesagt wird, wer nun wirklich für die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verantwortlich ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD)

Ich zitiere Heinrich August Winkler:

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die beiden Führer der KPD, waren entschiedene Gegner der „bürgerlichen“ Demokratie, wie sie in Deutschland aus der militärischen Niederlage und der Revolution hervorging. Die Ordnung, für die sie kämpften, konnte aber schon deswegen nicht demokratisch sein, weil sie nicht die geringste Chance hatte, eine Mehrheit zu finden. Die Erhebung einer linksradikalen Minderheit,

– da ging es um den Spartakusaufstand –

der sich Luxemburg mit sehr viel größerem inneren Widerstreben als Liebknecht anschloss, *musste* niedergeworfen werden – wenn auch gewiss nicht mit den Gewaltexzessen, für die in hohem Maße der sozialdemokratische Volksbeauftragte Gustav Noske verantwortlich war. Aber auch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht hatten zu der Gewaltes-

kalation beigetragen, deren Opfer sie im Januar 1919 wurden.

Ich möchte von meiner Seite noch hinzufügen: Es war ein hinterhältiger Mord – nichts anderes. Ich finde, wenn diese Debatte zu irgendetwas beitragen kann, dann vielleicht dazu, dass die Union heute sagt, dass eine Interpretation, wie sie noch im Jahre 1962 unter der Regierung Adenauer im Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung zu lesen war, dass nämlich die damaligen Ereignisse eine standrechtliche Erschießung gewesen seien, der historischen Wahrheit ebenfalls widerspricht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FDP und der LINKEN)

Frau Wissler, ich habe am Montag dem „Spiegel“ entnommen, dass in Ihrer Wohnung ein Bücherregal steht, in dem zweieinhalb Reihen durch die dicken blauen Schwestern der Marx/Engels-Gesamtausgabe belegt sind. Sie sagten hierzu, ein theoretisches Fundament sei nun mal in der Politik wichtig. Dem stimme ich ausdrücklich zu. Aber es gibt nicht nur eine Wahrheit; und Geschichte wurde schon immer unterschiedlich interpretiert. Daher glaube ich, dass man sein Geschichtsbild nicht allein den Büchern von Bernt Engelmann sowie Veröffentlichungen im Pahl-Rugenstein Verlag entnehmen sollte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der CDU – Zuruf des Ministers Volker Bouffier)

– Herr Minister Bouffier, nicht allein. – Karl Marx hat einmal gesagt, die Philosophen hätten die Welt lediglich unterschiedlich interpretiert, es komme aber darauf an, sie zu verändern. Daher ist es immer gut, Bücher zu lesen, aber eben nicht nur bestimmte.

Liebe Kollegin Wissler, wenn man im Vorstand der Partei sitzt, die heute ihren legitimen Sitz im Karl-Liebknecht-Haus hat, dann hat man eine besondere Verantwortung und sollte schauen, was aus den theoretischen Anleitungen real geworden ist. Daher sind wir der Meinung, dass die Partei DIE LINKE eine ganz besondere Verantwortung dafür hat, die Geschichte der DDR sauber zu interpretieren sowie genau zu wissen, welche dramatischen Fehler aufgrund theoretischer Anleitungen erwachsen sind.

Frau Wissler, damit Sie am Wochenende etwas zu lesen haben, schenke ich Ihnen ein Buch mit dem Titel: „Geboren am 13. August. Der Sozialismus und ich“. Es ist ein Buch, das sich mit einer Lebensgeschichte in der DDR befasst. Der Autor ist Jens Bisky. Sie können Ihren Parteivorsitzenden, Herrn Lothar Bisky, fragen, ob sein Sohn recht hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank, Herr Kollege Al-Wazir. – Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Frau Wissler das Wort.

#### **Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bemerkenswert an dieser Aktuellen Stunde ist zweierlei, erstens dass die CDU Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg durch eine Aktuelle Stunde im Hessischen Landtag würdigt.

Zweitens bekommt die Aktuelle Stunde eine ganz neue Bedeutung. Das Ereignis, über das wir hier reden, liegt immerhin 90 Jahre zurück.

(Widerspruch bei der CDU)

Vielleicht erleben wir auf Antrag der CDU-Fraktion in Zukunft im Rahmen der Aktuellen Stunden spannende Debatten wie: „Prager Fenstersturz verurteilen“, „Europäische Stabilität sichern“ oder „Mord an Julius Cäsar aufklären“, „Recht und Ordnung des Römischen Reiches bewahren“.

(Beifall bei der LINKEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Eigenartige Dialektik!)

Jetzt zur Sache. Die CDU bezieht sich auf eine Äußerung von mir, in der ich die historische Verantwortung der SPD für die Ermordung der beiden Sozialisten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht erwähnt habe. Ich frage: Interessiert Sie das wirklich, oder wollen Sie von meiner Fraktion ein Bekenntnis zu Luxemburg und Liebknecht haben? – Das können Sie gerne haben. Karl Liebknecht hat als einziger Reichstagsabgeordneter 1914 gegen die Kriegskredite gestimmt. Für den Ausruf „Nieder mit dem Krieg“ am 1. Mai 1916 musste Karl Liebknecht bis Kriegsende ins Zuchthaus.

So auch Rosa Luxemburg. Auf einer Massenveranstaltung in Frankfurt im September 1913 rief sie – ich zitiere –:

Wenn uns zugemutet wird, die Mordwaffen gegen unsere französischen oder andere Brüder zu erheben, dann rufen wir: Das tun wir nicht.

Das kostete sie ein Jahr Gefängnis.

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg konnten den Krieg nicht verhindern. Aber sie haben entscheidenden Anteil daran gehabt, dass die Soldaten und Arbeiter 1918 in ganz Deutschland mit einer revolutionären Erhebung den Massenmorden ein Ende bereiteten. Beide haben sich für eine demokratische sozialistische Gesellschaft ohne wirtschaftliche Ausbeutung und ohne politische Unterdrückung eingesetzt.

Ihnen geht es aber um etwas anderes. Sie wollen die Abwahl dieser Regierung verhindern. Das wird Ihnen nicht gelingen. Wohlmöglich hoffen Sie, dass ich am Ende Frau Ypsilanti die Schuld an der Ermordung von Luxemburg und Liebknecht geben werde. Das werde ich nicht tun. Ich habe im Übrigen auch nie von Schuld und, Herr Al-Wazir, auch nie von direkter Täterschaft gesprochen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sondern? – Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Ich habe von Verantwortung gesprochen. Das ist ein großer Unterschied. Alles, was ich sage, ist Folgendes: Die geschichtlichen Fakten können Sie nicht ändern.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Also ist die SPD verantwortlich! – Clemens Reif (CDU): Das aus Ihrem Mund! Das ist nicht zu glauben!)

Die Geschichte von 1919 zeigt auf dramatische Weise, was passiert ist, als die SPD damals mit den Rechten zusammengearbeitet hat. Zu der Zeit gab es in Deutschland eine SPD-geführte Regierung. Es hatten sich Arbeiter- und Soldatenräte gebildet. Es gab revolutionäre Aufstände in ganz Deutschland. Der SPD-Reichswehrminister Gustav Noske war für die blutige Niederschlagung des Spartakusaufstandes 1919 verantwortlich. Im Zusammenhang mit diesen Gräueltaten wurden auch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet. Generalstabsoffizier

Waldemar Pabst gab damals den Befehl zu den Morden. Er gab später zu Protokoll, dass er vor den Morden mit Noske telefoniert habe und Ebert dabei anwesend gewesen sei. Die wirklichen Auftraggeber aber waren andere.

Pabst wurde vom Leiter der antibolschewistischen Liga – der Leiter hieß Stadtler – zu den Morden an Liebknecht und Luxemburg aufgefordert. Alle Beteiligten sollen dafür aus dem Antibolschewisten-Fonds Geld für ihre Tat erhalten haben. Dieser Spendentopf von Großindustriellen war eingerichtet worden, um Gruppen zu fördern, die gegen die revolutionären Sozialisten vorgehen.

Die Aussage von Waldemar Pabst kann man sicher bezweifeln. Tatsache ist, dass Waldemar Pabst für seine Tat nie angeklagt wurde. Er starb 1970 als reicher Mann. Zuletzt war er Mitglied in der NPD. In seinem Nachlass fand sich ein von ihm verfasstes Schriftstück, das ich Ihnen nicht vorenthalten möchte. Zitat:

Dass ich die Aktion ohne Noskes Zustimmung nicht durchführen konnte – mit Ebert im Hintergrund – und auch meine Offiziere schützen musste, ist klar.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Unglaublich!)

Aber nur ganz wenige Menschen haben begriffen, warum ich nie vernommen oder unter Anklage gestellt worden bin.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Also sind Ebert und Noske verantwortlich! Das ist unglaublich!)

Ich habe als Kavalier das Verhalten der damaligen SPD damit quittiert, dass ich 50 Jahre lang das Maul gehalten habe über unsere Zusammenarbeit.

Nun war die SPD-Regierung um Ebert und Noske nicht die SPD. Das ist vollkommen richtig. Das wollte ich so nicht verstanden wissen. An der Basis war die Stimmung eine andere. Es gab damals infolge seiner Rolle bei der Niederschlagung der Aufstände Anträge gegen Noske, um zu verhindern, dass er wieder als Reichstagsabgeordneter aufgestellt wird. Nach 1945 sorgte unter anderem Kurt Schumacher dafür, dass Noske in der Partei keine Rolle mehr spielte.

Ich bin nicht der Meinung – das habe ich mit dem Interview zum Ausdruck bringen wollen –, dass wir wechselseitig eine Aufarbeitung vermeintlicher oder tatsächlicher historischer Fehler fordern sollten. Wir sollten Roland Koch lieber gleich abwählen.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Ich will mit einem Zitat von Rosa Luxemburg schließen, das wir uns immer vor Augen halten sollten, liebe Kolleginnen und Kollegen: „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden. Zu sagen, was ist, bleibt die revolutionärste Tat.“ – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank, Frau Kollegin Wissler. – Für die FDP erteile ich dem Kollegen Greilich das Wort.

#### **Wolfgang Greilich (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn es noch eines Beleges bedurft hätte, dass diese Aktuelle Stunde sehr aktuell ist, dann haben wir den eben erlebt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Frau Kollegin Wissler, es geht hier nicht um eine Aktuelle Stunde zu dem, was vor 90 Jahren passiert ist. Es geht um eine Aktuelle Stunde zu dem, was heute hier aktuell ist. Was heute aktuell ist, das ist die Geschichtsklitterung, die Sie auch hier wieder versucht haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Deswegen ist das Zitat von Ihnen, das Anlass zu der Aktuellen Stunde war, eigentlich nur der Ausgangspunkt. Womit wir uns hier befassen müssen, ist das Ergebnis, dass wir nach jetzt bislang 17 Plenartagen mit der Linksfraktion festzustellen haben: Das sind verschiedene Facetten des gleichen Tatbestandes Geschichtsklitterung. DIE LINKE verklärt das Bild der DDR. Sie leugnet geschichtliche Wahrheiten, wie den Schießbefehl und die Unterdrückung von Millionen von Menschen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ich habe gar nicht über die DDR gesprochen!)

Sie verleumdet die SPD, deren Vorsitzende – das finde ich bezeichnend – diese Debatte gar nicht selbst verfolgt. Gleichzeitig begehen die Mitglieder der Landtagsfraktion vorsätzlich und mit offener Ankündigung Rechtsbruch im Kelsterbacher Wald.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Diese Partei und ihre Mandatsträger zeigen damit ihr wahres Gesicht. Rechtsstaat und Verfassung sind für diese Leute nicht verbindlich, nicht das Maß aller Dinge. Deshalb muss die Linkspartei wegen ihrer verfassungsfeindlichen Tendenz auch weiterhin vom Verfassungsschutz genau beobachtet werden.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn man sich mit dem Thema Geschichtsklitterung durch Herrn van Ooyen und anderen beschäftigt, dann empfiehlt sich Quellenstudium. Gehen wir zurück an die Wurzeln. Ihre Vorgängerpartei PDS hatte auch einmal ein Grundsatzprogramm in der Nachwendezeit verabschiedet.

(Marjana Schott (DIE LINKE): Ich dachte, wir reden hier über Rosa Luxemburg!)

Dort heißt es wörtlich – ich zitiere –:

Die Deutsche Demokratische Republik hat unter Führung der SED der Macht des deutschen Imperialismus Grenzen gesetzt. Vier Jahrzehnte lang war in einem Teil Deutschlands die Herrschaft der Monopole und Banken beseitigt.

Damit ist die Bundesrepublik Deutschland gemeint.

Die Befreiung vom Faschismus hatte dem deutschen Volk günstige Möglichkeiten für die Schaffung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung in ganz Deutschland eröffnet. Allerdings wurde diese Chance in konsequenter Weise nur im östlichen Teil, in der sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR, genutzt.

Meine Damen und Herren, diese sozialistische Alltagsprosa verklärt und versucht, die brutale Unterdrückungs-

politik zu verdecken, die zu antifaschistischen Glanzleistungen umfrisiert werden soll.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Thema verfehlt!)

Heute ist das nicht anders. Romantisierung und verklärende Ostalgie beherrschen das Weltbild der Kommunisten und Sozialisten der Linkspartei.

(Zuruf des Abg. Dr. Norbert Herr (CDU))

Man kann durchaus auf sehr junge Quellen zurückgreifen. Ich gehe zu dem Bundesparteitag dieser Partei vom 24. und 25. Mai in Cottbus zurück. Ich weiß nicht, wer von Ihnen da war, Herr van Ooyen bestimmt. Dort hat Ihr Vorsitzender Lafontaine, der aus einer anderen ehemals großen Partei stammt,

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

erklärt, dass manches in der freien BRD eben nicht besser gewesen sei, sondern in der DDR besser war. Ich zitiere wörtlich:

... mehr soziale Gleichheit, mehr Gleichstellung der Frauen in Beruf und Gesellschaft, mehr soziale Sicherung, ein besseres Gesundheitswesen und eine gute Schulbildung.

Er hat dann weiter ausgeführt, die DDR sei unter anderem gescheitert, weil die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu wenig Mitbestimmung hatten.

Meine Damen und Herren, die Wahrheit ist – das sage ich hier zum wiederholten Male –: Die DDR war kein Kuschelstaat, wie Sie glauben machen wollen. Der Fanklub für eine menschenverachtende Diktatur, der hier drüben sitzt, hat keinen Platz in unserer Demokratie, und eigentlich dürften Sie auch keinen Platz in diesem Parlament haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE))

– Herr Dr. Wilken, nein, Sie haben keinen Platz in der Demokratie, weil Sie sich außerhalb der Demokratie aufstellen. Das ist das Thema.

(Marjana Schott (DIE LINKE): Was haben Sie denn für ein Demokratieverständnis? Uns den Platz in der Demokratie abzusprechen! Wir sind frei gewählte Abgeordnete! – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

– Frau Schott, ich setze mich mit Ihnen auseinander, ob Ihnen das wehtut, ob es Ihnen gefällt oder nicht. Ich könnte hier noch so einiges von der Kollegin Cárdenas anführen, die sich bei hr-online als Fidel-Castro-Fan dargestellt hat, oder ein Zitat von Sahra Wagenknecht über die Stalin-Zeit nennen. Ich will das der Zeit wegen nicht im Einzelnen ausführen. Ich habe das Gefühl, dass Sie uns noch öfter Gelegenheit dazu geben werden.

Das Thema Ihres gespaltenen Verhältnisses zum Rechtsstaat haben wir gestern ausführlich diskutiert. Ich kann mich deshalb auf die Feststellung beschränken: Sie begehen mit öffentlicher Ankündigung Rechtsbruch im Kels-terbacher Wald. Die Partei DIE LINKE und Sie, die Mandatsträger dieser Partei, zeigen damit ihr wahres Gesicht.

Ich wiederhole: Rechtsstaat und Verfassung sind für Sie offenbar nicht verbindlich. Die Einstufung der Linkspartei als verfassungsfeindlich bestätigt sich immer wieder.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

### Vizepräsident Dieter Posch:

Herzlichen Dank. – Mir liegen zu diesem Tagesordnungspunkt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aktuelle Stunde abgehalten.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 70** auf:

### Antrag der Fraktion der FDP betreffend eine Aktuelle Stunde (Wird die Zukunft Nordhessens auf dem Altar rot-grün-roter Koalitionsfantasien geopfert?) – Drucks. 17/688 –

Das Wort hat Herr Kollege Heidel.

### Heinrich Heidel (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Es ist bezeichnend, dass wir uns heute Morgen in der Aktuellen Stunde damit befassen müssen, wie die Zukunft einer Region in Hessen, die im Zentrum der wiedervereinigten Bundesrepublik liegt, die im Zentrum des sich erweiternden Europas liegt, nur um des simplen Machtgewinns für einige Personen willen aufs Spiel gesetzt werden soll.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Dass die Irritationen sehr groß sind, kann man beim Studium der Presselandschaft der letzten Tage sehr gut beobachten. Frau Kollegin Ypsilanti, deshalb sollen Sie die Möglichkeit haben, hier und heute, von diesem Pult aus Farbe zu bekennen, wie Sie mit der Region Nordhessen in Zukunft umgehen. Es ist Ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit, das zu tun.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Dr. Walter Lübcke (CDU): Jetzt ist sie da!)

Sie haben gesagt, Sie wollten mit Zähnen und Klauen alles verteidigen. Die Zähne werden Ihnen an der einen oder anderen Stelle einzeln gezogen.

(Zuruf von der SPD: Oh!)

Während Sie in vielen anderen Bereichen ganz klare Vorstellungen haben, ich sage nur Sozialpolitik, Bildung, Prävention

(Zuruf der Abg. Andrea Ypsilanti (SPD))

– beim Thema Rechtsstaatlichkeit, das haben wir gerade gehört, gibt es noch ein paar Probleme –, haben Sie sich zum Thema Nordhessen auf der Regionalkonferenz nur sehr schwammig geäußert.

(Günter Rudolph (SPD): Sie waren nicht dabei!)

Der Presse ist zu entnehmen: Sie haben drei Stunden geredet und nicht ein Wort zu Nordhessen gesagt.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Lachen des Abg. Reinhard Kahl (SPD) – Zurufe von der SPD)

Herr Kollege Rudolph,

(Günter Rudolph (SPD): Ich war dabei!)

ich will deutlich machen, um das Argument gleich zu nehmen, es geht nicht nur um die drei Projekte, die in den Medien gehandelt werden, es geht um viel, viel mehr. Es geht um eine ländliche Region, um Dorferneuerung, um DSL, um Umgehungsstraßen, um Denkmalschutz und vieles mehr. Das sind die Themen, die in den letzten Jahren in



diesem Haus sehr intensiv und sehr zum Wohle der Menschen in den ländlichen Regionen bearbeitet worden sind. Dazu müssen Sie auch Stellung beziehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Wie bitte?)

Das will ich Ihnen gleich einmal sagen: Hans Eichel, seines Zeichens einmal Ministerpräsident des Landes Hessen, hat in seiner Zeit nicht einen Finger für Kassel-Calden krummgemacht.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Lothar Quanz (SPD))

Herr Kollege Kahl, gehen Sie Ihre Haushaltsansätze der letzten Jahre durch. Der letzte positive Haushaltsansatz für Kassel-Calden war in der Zeit, als Alfred Schmidt Wirtschaftsminister in diesem Land war.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich bin es leid, dass so getan wird, als werde man alles richten. Bei den vielen Pressemeldungen weiß man gar nicht, wo man anfangen soll. Da kommt Herr Kollege Schmitt nach Melsungen

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Ein ausgesprochener Nordhesse!)

und sagt, es müssten Klarheit und Transparenz hergestellt werden. Wir machen die Fensterscheiben zu – davor stellen wir beispielsweise ein Brett – und schicken die Presse-menschen auf die Straße. Dann erklärt er: Ich, Norbert Schmitt, habe das Hausrecht in Melsungen auf der Straße.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

– Das waren Sie, Herr Kollege Schmitt, das war ich doch nicht.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Das ist glatt gelogen!)

Herr Kollege Schmitt, lassen Sie mich einmal eine Überschrift zitieren: „SPD-Mitglieder bangen um Verkehrsprojekte, Chaotenklub oder mutige Nordhessen“. – Da sind nicht wir angesprochen, da sind Sie angesprochen. Dazu müssen Sie sich äußern.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das sind auch nicht unsere Mitglieder und unsere Wähler, die sich äußern; das sind Ihre Wähler und Ihre Mitglieder, die von Ihnen von diesem Pult aus Wahrheit und Klarheit haben wollen.

(Zuruf des Abg. Lothar Quanz (SPD))

– Herr Kollege Quanz, es passt gut, dass Sie dazwischenrufen. Sie haben sich zu diesem Thema auch geäußert. Ich bin gespannt, wie Herr Kollege Quanz an den Maßstäben, die er selber gesetzt hat, festhalten wird.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich will noch etwas zu dem Thema sagen, das Hans Eichel aufgegriffen hat, nämlich zum „Verkehrslandeplatz“. Er hat in seiner Amtszeit dazu beigetragen, dass dieser „Verkehrslandeplatz“ schon fast hätte geschlossen werden müssen, weil er dort nichts investiert hat.

(Zuruf der Abg. Sabine Waschke (SPD))

Ich will Ihnen sagen, was die IHK an dieser Stelle fordert. Die IHK sagt, es gibt keine Alternative zum Ausbau von Kassel-Calden.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Hildegard Pfaff (SPD): Nehmen Sie sich überhaupt noch ernst?)

Es gibt keine Alternative zur A 44 und zur A 49. Die Menschen in der Region haben ein Recht darauf, hier und heute zu erfahren, wie Sie mit diesen Projekten in Zukunft umgehen wollen.

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herr Kollege Heidel, ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

#### **Heinrich Heidel (FDP):**

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. – Frau Kollegin Ypsilanti, bei aller Wertschätzung, die ich für Sie habe,

(Demonstrativer Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

ich hätte kein Verständnis dafür, wenn Sie heute Morgen nicht an dieses Pult treten und klar Farbe bekennen, wie Sie damit umgehen wollen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank, Herr Kollege Heidel. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Dr. Jürgens das Wort.

#### **Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Regionalmanagement Nordhessen gilt bekanntlich der Spruch: Die Lage ist gut. – Das meint, Nordhessen liegt in der Mitte Deutschlands, im Herzen Europas, es meint aber auch, es geht voran mit Nordhessen.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Sehen Sie das etwa anders?)

Wir haben im August dieses Jahres erst den Helaba-Volkswirtschaftsresearch zur Kenntnis genommen. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf liegt in Nordhessen inzwischen über dem von Nordrhein-Westfalen und der Zuwachs über dem von Mittelhessen und von Südhessen. Allein in der Stadt Kassel – wir konnten es lesen – sind die sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze von 2005 bis 2007 um 6,5 % gestiegen. Die Telekom wird allerdings wieder ins Kontor schlagen, wie wir vorhin gehört haben.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Der Wirtschaftsminister hat zugehört!)

Die Arbeitslosenquote ist von 19,2 auf 13,8 % gesunken.

Sie wissen alle, das weltweit größte Ersatzteillager von VW liegt in Baunatal. Kali + Salz ist Weltmarktführer und schreibt einen Rekordgewinn nach dem anderen. Nur nebenbei bemerkt: Sie könnten einen kleinen Teil dafür einsetzen, um die Werra wieder zu einem Süßwasserfluss zu machen. Der wäre sicherlich sinnvoll angelegt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

SMA in Niestetal exportiert seine Wechselrichter in alle Welt und sucht ständig neue Mitarbeiter. Es geht bergauf mit Nordhessen, und dies alles ohne einen neuen Flughafen und ohne eine neue Autobahn.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Nach einem Rekordbesuch der documenta im letzten Jahr kann niemand mehr behaupten, Nordhessen sei schlecht erreichbar. Aus aller Welt sind die Menschen nach Kassel gekommen, ohne einen Flughafen Kassel-Calden und ohne neue Autobahnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der LINKEN – Dr. Walter Lübcke (CDU): Na, na, na!)

Eines ist sicher, der wirtschaftliche Aufschwung der Region ist nicht abhängig von der Menge an Beton, mit der die Landschaft zugekleistert wird. Während die Landespolitik noch Strukturpolitik von vorgestern betreibt, hat Nordhessen längst die Zukunft entdeckt. Das ist das Entscheidende. Die Innovationskraft der Menschen in der Region, der Unternehmen, der Universität und der Netzwerke in Nordhessen haben die Region vorangebracht, und nicht die Konzepte von vorgestern, die Sie immer noch predigen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Walter Lübcke (CDU): Der Wolf ist auch wieder da!)

Es gibt z. B. die Initiative nordig, Nordhessen digital, die einen schnellen Internetzugang für ganz Nordhessen schafft. Das brauchen wir auch, Datenautobahnen und nicht Betonpisten. Das ISET, dessen 20-jähriges Bestehen wir morgen feiern, wird demnächst Fraunhofer Institut. Die Weltgeltung Nordhessens als Solarregion wird damit anerkannt und noch gesteigert, alles ohne Flughäfen.

Metakus, das Anwendungszentrum Metallformgebung in Baunatal, ist eine aktuelle Ausgründung der Uni Kassel Transfer GmbH. Das ist auch wichtig: den Wissenstransfer von der Universität in die Wirtschaft anwendungsbezogen zu organisieren. Hiervon braucht die Region mehr und nicht Flughäfen und Autobahnen. Die Menschen haben Besseres verdient als Wirtschaftspolitik mit dem Betonmischer.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hierfür wollen wir von grüner Seite die Mittel sinnvoller einsetzen, die Sie für einen unsinnigen Flughafen verbrennen wollen. Das Regionalmanagement Nordhessen, um nur ein Beispiel zu nennen, hat Tausende Ideen, aber hierfür kein Geld. Das wollen wir ihm geben, damit es das endlich umsetzen kann. Anderen geht es ebenso.

Statt der rein virtuellen 1.000 Arbeitsplätze, die mit dem Flughafen versprochen werden, wollen wir nach vorsichtigen Schätzungen mindestens 10.000 Arbeitsplätze schaffen. Ich darf daran erinnern, das Kompetenzzentrum dezentrale Energieversorgung, deENet, hat geschätzt, dass allein im Bereich der erneuerbaren Energien in den nächsten Jahren in Nordhessen 20.000 Arbeitsplätze entstehen können. Die Zukunftsfähigkeit der Region hängt nicht am Flughafen und nicht an neuen Autobahnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Walter Lübcke (CDU): Sie haben mich doch letzte Woche auf der Autobahn überholt!)

Der Tag, an dem der Flughafen aufgegeben und ein Strukturprogramm Nordhessen gestartet wird, wie wir es immer gefordert haben, wird ein guter Tag für Nordhessen sein.

Ich bin natürlich kein Prophet und weiß nicht, was bei möglichen Koalitionsverhandlungen mit der SPD herauskommen wird. Ich weiß nur, was wir wollen, nämlich für Nordhessen einen Politikwechsel.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Gott schütze uns!)

Das ist aber ganz sicherlich nicht der Fall, wenn eine CDU-Betonpolitik durch eine SPD-Betonpolitik abgelöst wird. Wenn künftig Einweihungsbänder für Autobahnen und Flughäfen nicht mehr von einem Schwarzen, sondern von einer Roten durchgeschnitten werden, dann ist das vielleicht ein Politikerwechsel, aber noch kein Politikwechsel.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die Zukunftsfähigkeit gesteigert wird, dass der Politikwechsel vollzogen wird, zum Wohle Nordhessens und zum Wohle seiner Menschen. – Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Jürgens. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Schott für die Fraktion der LINKEN.

**Marjana Schott (DIE LINKE):**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren! Ich finde es unglaublich beruhigend, die FDP auf der Seite Nordhessens zu wissen. Ich hoffe, dass das eine verlässliche Größe ist.

(Florian Rentsch (FDP): Wir waren schon in Nordhessen, Frau Kollegin, da hat es Sie noch nicht gegeben!)

Denn ich finde, es ist ganz wichtig, dass sich viele Menschen für Nordhessen einsetzen. Dass Sie sich jetzt Gedanken um Nordhessen machen, finde ich sehr schön. Ich hoffe, das werden Sie auch in Zukunft tun. Ich hoffe, Sie werden es auch immer im Interesse der Menschen dort tun. Das wird dann davon abhängen, was die Mehrheit der Menschen dort will.

Wenn jetzt Ihre Sorge ist, ob es dort einen Flughafen gibt oder nicht, dann weiß ich nicht, ob es darum geht, dass Nordhessen eine bessere Ausgangssituation bekommt, oder darum, Nordhessen jetzt realistisch zu beurteilen. Ich glaube, es geht einfach nur darum, hier das zu tun, was wir seit Tagen tun, nämlich Spielchen spielen, wer mit wem, wann, warum oder warum nicht.

Ich finde das höchst albern und bedauerlich. Allerdings fände ich es sehr schön, sich darauf verlassen zu können, dass Sie Nordhessen unterstützen werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Schott. – Herr Kollege Rudolph spricht jetzt für die SPD-Fraktion.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Straßensperren, Presse raus, SPD redet zu Nordhessen!)

**Günter Rudolph (SPD):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollege Heinrich Heidel als ein wahrer Vertreter der Interessen Nordhessens: Wir streiten in der Tat gemeinsam dafür,

(Demonstrativer Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

um es Südhessen wie Herrn Hahn gelegentlich deutlich zu machen, dass Nordhessen eine Region ist

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ich bin in Kassel geboren, und Sie?)

– es hat aber nichts genützt –,

(Heiterkeit)

die auf ihre Tradition stolz sein kann, die viel zu bieten hat, die sich weiterentwickelt und nach einer neuesten Studie der Helaba auch gut entwickelt hat. Das sage ich mit einem Selbstbewusstsein: durchaus auch unter vielen Jahrzehnten sozialdemokratischer Regierungsverantwortung. Deswegen können Sie, Herr Kollege Heidel, sich Ihre Krokodilstränen sparen und Ihre Belehrungen, was bei möglichen Koalitionsverhandlungen herauskommt, auch.

(Beifall bei der SPD)

Das zeigt eines: Sie glauben, dass wir das hinbekommen, und recht haben Sie an der Stelle. Deswegen tut Ihnen das weh.

Meine Damen und Herren, die Horrorszenarien, die Sie hier darlegen, sind irgendwie abenteuerlich. Da werden Pressemitteilungen zitiert. Dabei gilt der alte Satz, dass nicht alles, was in der Zeitung steht, stimmen muss. Aber nicht alles ist falsch, da haben Sie übrigens recht.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Was? Journalisten raus! – Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, von daher hat die SPD in ihrem Wahlkampf klare Aussagen zu wichtigen Infrastrukturprojekten getroffen. Das ist der Ausbau des Flughafens Kassel-Calden auf Basis des Planfeststellungsbeschlusses, der gerichtsfest ist. Es geht um die großen Infrastrukturprojekte A 44 und A 49. Das ist unsere Position. Andrea Ypsilanti hat das in der Tat immer auch öffentlich gesagt, zuletzt in Melsungen, zuletzt bei einem „HNA“-Interview.

Herr Kollege Dr. Jürgens, wir werden genauso selbstbewusst in die Koalitionsverhandlungen gehen wie Sie. Das wird eine schwierige Diskussion. Ich lehne mich da an die Äußerung des geschäftsführenden Ministerpräsidenten Koch an, der im Februar zu möglichen Jamaika-Verhandlungen sagte: Kassel-Calden wird ein schwieriges Unterfangen. – Das will ich durchaus bestätigen. Aber wir werden eine vernünftige Lösung an der Stelle hinkriegen.

Herr Kollege Heidel, die CDU hat fünf Jahre absolut regiert, insgesamt neun Jahre, viereinhalb Jahre davon mit Ihnen. Aber bei der A 49 haben Sie keinen Zentimeter hinbekommen.

(Beifall bei der SPD)

Das haben nicht wir verhindert, sondern Sie waren schlicht und ergreifend unfähig, um das deutlich zu sagen. Der von Ihnen viel gelobte Alfred Schmidt hat ein schlampiges Planungsverfahren gemacht, das durch den Verwaltungsgerichtshof aufgehoben wurde.

(Lachen des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Das führte zu jahrelangen Verzögerungen. So weit zu der „Realität“, dass Sie das alles besser könnten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Nordhessen braucht Infrastrukturprojekte. Das ist richtig. Aber Nordhessen hat mehr und kann mehr. Deswegen ist die Infrastruktur das eine. Wir setzen auf einen nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwung durch ein breit gestreutes Infrastruktur- und Innovationsverständnis. Hierzu brauchen wir eine ständige Fort- und Weiterentwicklung insbesondere auch der Universität, die einen enormen Technologietransfer in die Region hinein leistet. Sie ist ein wichtiger Partner, wenn es darum geht, dass aus Ideen Produkte werden und neue Produkte wiederum Arbeitsplätze schaffen.

Beispiele wie ISET und SMA sind ein Beleg dafür. Die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft macht das deutlich. Ich glaube, deswegen ist es richtig, dass Schluss sein muss mit der schlechteren Finanzausstattung der Universität Kassel gegenüber anderen hessischen Universitäten. Das werden wir in der Tat ändern; denn das haben Sie nicht hingekriegt.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen, dass die Menschen in Nordhessen Arbeits- und Ausbildungsplätze finden. Deshalb muss Schluss sein mit dem Abbau von Arbeitsplätzen in der Landesverwaltung, wie Sie das jahrelang in unverantwortlicher Weise getan haben.

(Beifall bei der SPD)

Den Herausforderungen des demografischen Wandels muss entgegengetreten werden. Wir brauchen deshalb beispielsweise mehr Mittel für Dorferneuerungsprogramme und nicht weniger, um die Sicherung und den Erhalt der Infrastruktur in unseren nordhessischen Dörfern und Städten zu gewährleisten.

(Beifall bei der SPD)

Herr Heidel, wir brauchen keine Belehrungen oder Krokodilstränen. Wir gehen selbstbewusst als Nordhessen in diese Koalitionsverhandlungen. Nordhessen ist eine dynamische Region, die Stärken liegen zum einen im Industriesektor,

(Norbert Schmitt (SPD): Und bei den nordhessischen SPD-Abgeordneten!)

in dem die Wettbewerbsfähigkeit in den letzten Jahren enorm gesteigert wurde. Nordhessen ist aber auch führend, wenn es darum geht, sich als Solarregion weiter zu profilieren. Herr Kollege Dr. Jürgens hat es gesagt. Nach einer Studie können bis zu 20.000 Arbeitsplätze in einem modernen, innovativen Bereich entstehen. Das ist moderne Politik für die Menschen in der Region, von der wir alle etwas haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir sind gerne bereit, uns an den Ergebnissen messen zu lassen. Da bin ich sehr sicher. Die Region Nordhessen hat es bei den letzten Wahlen bewiesen. Sie haben die Politik der Regierung Koch sehr

deutlich abgestraft. Herr Kollege Heidel, deswegen gehen wir in die Koalitionsverhandlungen, die nicht einfach werden. Aber das gilt für alle Koalitionspartner miteinander. Das wissen Sie. Es war heute Morgen ein netter Versuch, sich ein bisschen aufzupumpen. Sie wissen, es ist nicht ganz ernst gemeint, was Sie an der Stelle gesagt haben.

(Zurufe von der FDP)

Aber an einer Stelle sind wir uns einig: Bei vielen Projekten in Nordhessen müssen wir Nordhessen gegen andere Begehrlichkeiten zusammenhalten. Das wird uns auch an der Stelle gelingen. Ich bin sicher, die SPD Nordhessen wird sich auch nach Koalitionsverhandlungen sehr selbstbewusst präsentieren, einer Region und den Menschen zuliebe, die sich in den letzten Jahren hervorragend entwickelt hat. Daran haben Sozialdemokraten in den letzten Jahrzehnten viel Anteil, von Georg August Zinn über Holger Börner und Hans Eichel. Mit Andrea Ypsilanti werden wir das so fortsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Rudolph. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Lübcke für die CDU-Fraktion.

#### **Dr. Walter Lübcke (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Werter Kollege Rudolph, wir Nordhessen sind bekannt für klare Worte und für kurze Ausführungen. Die klaren Worte fehlen uns von Ihrer Parteivorsitzenden, ein klares Votum zum Standort Nordhessen und insbesondere zum Flugplatz Kassel-Calden.

Meine Damen und Herren, unsere gemeinsame Heimat, die von Herrn Weinmeister, von Frau Kühne-Hörmann, von Wilhelm Dietzel und von mir aus der CDU-Fraktion,

(Günter Rudolph (SPD): Das sind nicht mehr so viele!)

hat sich in den letzten Jahren als Erfolgsregion präsentiert. Wir haben ein Wirtschaftswachstum von 25 %, und wir haben 29 % weniger Arbeitslosigkeit. Seit 1999 hat die CDU-Fraktion dieses Hauses und die von ihr getragene Landesregierung unter Ministerpräsident Roland Koch mit innovativen Ideen und deren schneller Umsetzung einen aufstrebenden Wirtschaftsstandort im Herzen Deutschlands entwickelt, dessen Ausbau zum europäischen Verkehrsknoten nun zügig vorangeht. Die Erfolge in Nordhessen stehen auf vielen Füßen. Wir haben Tourismus, Hochtechnologie, Kultur, Logistikdienstleistungen. Aber vor allem ruht dieser Erfolg – da müssen Sie einmal zuhören, Herr Rudolph – auf einer verlässlichen, wirtschaftsfreundlichen und zukunftsweisenden Politik dieser Landesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Seit 1999 – das sind immerhin erst neun Jahre, nachdem Nordhessen durch den Mauerfall aus dem Zonenrandgebiet in die Mitte Deutschlands rückte – hat diese Region ihre Perspektiven wahrgenommen. Dies erlaubt mir zu sagen, dass wir seit 1999 damals mit der FDP und jetzt als Regierung mit Roland Koch die Verantwortung übernommen und die Heimat entwickelt haben. Die Tatsache, dass Nordhessen wieder eine Region mit Zukunft ist, hat nicht nur mit der wiedergewonnenen geografischen Mittellage zu tun. Sondern das hat auch damit zu tun, dass

der CDU geführten Landesregierung zugetraut wird, die notwendigen Verkehrsprojekte wie den Weiterbau der A 44 und der A 49 sowie den Neu- und Ausbau des Flughafens Kassel-Calden zu realisieren.

(Beifall bei der CDU)

Herr Rudolph, Ihre Worte höre ich wohl. Ihr Kollege Ernst aus Fritzlar war hier ja einmal Landtagsabgeordneter.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

– Ja, ich glaube Sie waren in Kerstenhausen dabei, als er gesagt hat, er hebe die Hand nicht gegen die A 49. Ihr verehrter Kollege Eichel hat damals den qualifizierten Endausbau verhindert. Die A 49 wurde nicht weiter gebaut. Sie haben das verhindert. Das ist keine vertrauensvolle Politik.

(Beifall bei der CDU)

Viele Firmenansiedlungen sind in letzten Jahren mit dem Vertrauen in die Wirtschaftspolitik erfolgt. Die Wirtschaft vertraut darauf, dass sich dieser Standort infrastrukturpolitisch weiterentwickelt. Wenn es hier noch einmal zu einem Bruch kommt, den wir 1991 schon einmal hatten, dann ist die Wirtschaft nicht mehr in der Lage, sich hier zu orientieren.

Lassen Sie mich folgendes Beispiel erwähnen, weil das sonst wieder von Ihnen herausgestellt wird. Selbst Beberbeck, dieses Leuchtturmprojekt in Hofgeismar, zählt zu den wichtigen Infrastrukturprojekten in Nordhessen. Wir können dort jede Menge Arbeitsplätze schaffen.

(Günter Rudolph (SPD): Gibt es da schon einen Betreiber?)

– Ich glaube, wenn Sie die Zeitung richtig lesen, wissen Sie, dass Investoren vor Ort waren, die sich dort informiert haben.

Die SPD war leider nicht rechtzeitig vor Ort, um sich zu informieren.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Die Straße war gesperrt!)

Herr Rudolph, ich glaube Sie sollten einmal dorthin gehen.

Leider sind diese positiven Entwicklungen noch nicht unumkehrbar. Das haben wir den Bürgerinnen und Bürgern auch vor der letzten Landtagswahl gesagt. Bei einem Wechsel der politischen Mehrheit in diesem Land wäre es möglich, trotz aller bestehenden Verträge den Autobahnweiterbau zu stoppen und den Ausbau des Flugplatzes Kassel-Calden zu verhindern. Wenn dies eintritt, wäre die Erfolgsgeschichte Nordhessens jäh beendet, und die Zukunft wäre verloren, bevor sie überhaupt richtig begonnen hat, Herr Rudolph.

(Beifall bei der CDU)

Ohne die Realisierung dieser Infrastrukturprojekte würde Nordhessen im internationalen Wettbewerb der Regionen chancenlos zurückfallen, und die Menschen in unserer gemeinsamen Heimat würden ihrer Zukunft beraubt. In den letzten Tagen und Wochen mehren sich daher die Lippenbekenntnisse der Sozialdemokraten auf allen Ebenen, besonders aber in Nordhessen. Herr Heidel hat einige Beispiele genannt.

Sie beteuern, dass Sie für den Ausbau der Autobahnen und Flughäfen eintreten und diese nicht zur Verhandlung stünden. Interessanterweise glaubt Ihnen, liebe sozialde-

mokratische Kollegen, genau dies ein Teil ihrer eigenen Basis nicht. Wie sonst wäre es zu erklären, dass die SPD-Basis in den eigenen Reihen Unterschriften sammelt, um diese Projekte zu retten?

(Florian Rentsch (FDP): Aha!)

Herr Rudolph, Sie haben von Gemeinsamkeiten in Nordhessen gesprochen. Wir werden ein gemeinsames Papier verfassen. Wir werden gemeinsam Unterschriften sammeln können. Wir haben immer gemeinsam für die Region gearbeitet. Aber Ihr parteipolitisches Papier, wie Sie es verfasst haben, ist für andere nicht tragbar. Ich rufe Sie hier zu einer Gemeinsamkeit für die Region auf, statt hier irgendwelches Geblubbere loszulassen.

(Beifall bei der CDU)

Ich will Ihnen auch erklären, woher diese Ungläubigkeit und die Tatsache kommen, dass die Leute Ihnen nicht trauen. Das kommt nicht nur daher, dass Sie unter der Führung Ihrer Landesvorsitzenden seit der Landtagwahl fortgesetzten Wortbruch begehen, sondern das kommt auch daher, dass Sie einfach aus machtpolitischen Gründen sicherlich bereit sind, das eine oder andere politische Projekt auf dem Altar der Machtgierlichkeit zu opfern.

(Zurufe von der SPD)

Das haben wir schon einmal erlebt. Es ist nämlich kein Zufall, dass die nordhessische Erfolgsgeschichte erst 1999 und nicht schon 1991 angefangen hat. Der damalige Ministerpräsident Eichel, Ihr Parteikollege, Herr Rudolph, hat sicherlich genau zur gleichen Zeit wie wir erfahren, dass die Mauer gefallen ist.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Kollege Dr. Lübcke, ich darf Sie bitten, zum Schluss Ihrer Rede zukommen.

#### **Dr. Walter Lübcke (CDU):**

Ich komme zum Schluss. – Aber Sie wissen doch genau, was Herr Eichel damals als Oberbürgermeister gemacht hat. Sie wissen auch genau, dass der Vorschlag, der jetzt in der „HNA“ stand, diese Projekte gefährdet. Wir müssen gemeinsam dafür eintreten, dass diese Projekte in der Form, wie sie vorliegen, umgesetzt werden. Dazu rufe ich auf. Lassen Sie uns gemeinsam handeln. Die nordhessischen Abgeordneten sind insbesondere durch die Stimmenabgabe in der Wahlkabine – auch Sie, Herr Rudolph mit ihren Genossen – gefordert, hier dafür zu sorgen, dass wir den Erfolg in Nordhessen nicht gefährden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Lübcke. – Nächster Redner ist Herr Wirtschaftsminister Dr. Rhiel für die Landesregierung.

#### **Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Rudolph hat im Rahmen seines Wortschalles, der vieles verdecken sollte,

(Widerspruch bei der SPD)

einen bemerkenswerten Satz gesagt.

(Günter Rudolph (SPD): Nicht so bescheiden!)

Er hat gesagt: Die Lage in Nordhessen hat sich in den letzten Jahren hervorragend entwickelt.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD – Günter Rudolph (SPD): Das haben Sie jetzt missverstanden!)

Herr Rudolph, ich bedanke mich ausdrücklich dafür, dass Sie so deutlich gemacht haben, dass unter der Verantwortung der Regierung Roland Koch in den letzten fast schon zehn Jahren die Entwicklung in Nordhessen so gut ist, wie sie die Studie der hessischen Landesbank ausdrucksvoll objektiv beschrieben hat.

Die Zuwächse bei den Arbeitsplätzen sind überdurchschnittlich. Die Einkommenszuwächse sind überdurchschnittlich. Nordhessen hat inzwischen fast den hessischen Durchschnitt erreicht, der wahrhaft nicht schlecht, sondern sehr gut ist.

Aber wir wissen auch – das zeigen die neuesten Erhebungen, und Sie können es aktuell in den Tageszeitungen lesen –, dass die Erwartungen der Menschen in Nordhessen inzwischen sehr gedämpft sind. Sie sind deshalb sehr gedämpft, weil sie fürchten müssen, dass diese hervorragende Politik, die zu einem so hervorragenden Ergebnis in Nordhessen geführt hat – da zitiere ich noch einmal Herrn Rudolph –,

(Günter Rudolph (SPD): Da können Sie doch nichts für! – Gegenruf von der CDU: Was?)

sich jäh ändern wird. Dies ist in den letzten Minuten der heutigen Debatte sehr deutlich geworden. Denn wenn die Politik der letzten Jahre so erfolgreich war, warum soll es dann zu einem Politikwechsel kommen, wie ihn Herr Jürgens hier angekündigt und gefordert hat, falls es zu einem rot-grünen und von den Linken getragenen Bündnis in Hessen kommt?

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Herr Rudolph, das spüren die Menschen in Nordhessen jeden Tag. Sie wissen doch allzu genau, dass die Kommunalpolitiker mir, wie beispielsweise letzten Freitag in Eschwege – Herr Quanz ist jetzt hinausgegangen –, wenn ich mit ihnen zusammen bin, ihre Sorgen unmittelbar vortragen. Sie befürchten, dass die Investitionen, die durch diese Landesregierung in der Vergangenheit durchgeführt und unterstützt worden sind, beendet werden sollen.

(Zuruf von der SPD: Welche denn?)

Sie befürchten, dass die positive Entwicklung nicht weitergeht.

(Günter Rudolph (SPD): Was wird denn angeblich beendet?)

Es wird gerade gefragt, welche das sind. – Ich will Ihnen die Antwort auf diese Frage geben. Es geht um 720 Millionen € Zuschüsse des Landes für Nordhessen allein für den Bereich des Schienennahverkehrs und für Ortsumgehungsstraßen. Das sind Maßnahmen, die die Städte und Gemeinden haben aufatmen lassen. Sie haben neue Verbindungen geschaffen.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Und da stellt sich Herr Jürgens hierhin und spricht davon, dass diese Landesregierung eine Betonpistenpolitik betreibt.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Furchtbar!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf noch einmal Folgendes feststellen: Hier in diesem Haus herrschte bei allen bis auf die LINKEN in der Vergangenheit die Überzeugung – –

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Rhiel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Jürgens?

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Nein, vielleicht kann er später noch einmal hierher kommen. Ich möchte das zu Ende führen.

Es ist doch klar, dass die A 44 gebaut werden muss. Wir haben den ersten Bauabschnitt bereits durchgeführt. Der zweite Abschnitt wird gebaut, nachdem er durch Klagen des BUND zweieinhalb Jahre lang blockiert worden ist. Der dritte Abschnitt ist planfestgestellt. Er könnte gebaut sein, aber es wurde wieder eine Klage eingereicht.

Das Gleiche gilt für die A 49. Wir haben das Verfahren wieder nach vorne gebracht.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist doch lächerlich!)

– Herr Rudolph, dazu eine Antwort: Ich habe den Planfeststellungsbeschluss für den ersten Bauabschnitt unterschrieben.

(Hildegard Pfaff (SPD): Wann? – Weitere Zurufe von der SPD)

Allein: Der Bundesverkehrsminister stellt das Geld nicht zur Verfügung. Hinzu kommt, dass ein hessischer Bundestagsabgeordneter aus Marburg dieses Projekt massivst blockiert und dies auch öffentlich so sagt.

(Zurufe von der SPD)

Beschweren Sie sich also nicht bei uns, sondern beklagen Sie sich bei Ihren Parteil Freunden. Die verhindern den Ausbau der A 49.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Lachen bei der SPD)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Minister, darf ich Sie freundlich darauf hinweisen, dass die von den Fraktionen vereinbarte Redezeit abgelaufen ist?

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Ich komme zum Schluss. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht uns allerdings nicht nur um Straßen. Ich will in meinem letzten Satz die Zahlen nennen. Regiotram: 84 Millionen € des Landes Hessen für diese Region; Lossetalbahn: 40 Millionen €; erneute Anbindung von Eschwege an das überregionale Netz, am letzten Freitag mit der Umsetzung begonnen: 90 Millionen €; Kurhessenbahn: 12 Millionen €; Bau eines Güterverkehrs-

und Verteilzentrums: 10 Millionen €; Verbesserung der Infrastruktur: über 20 Millionen €.

Die Krönung ist – deswegen sehen die Menschen in Kassel auf diese Tage in der Sorge, dass unsere erfolgreiche Politik gestoppt werden könnte –, dass die Landesregierung 200 Millionen € für die Erneuerung, für die Wiederherstellung der Kulturlandschaft in Hessen ausgegeben hat. Herr Jürgens, Sie sprechen von „Betonpolitik“. Meine Damen und Herren, diese Zahlen belegen eindeutig, dass der Erfolg Nordhessens auf diese Regierung und die sie tragende Parteien zurückzuführen ist. Dieser Weg darf nicht beendet werden. Das ist die Botschaft des Tages.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Minister. – Damit ist diese Aktuelle Stunde abgehalten.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 71:**

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend eine Aktuelle Stunde („Achten Sie nicht auf die Durchsagen am Bahnsteig“ – wir brauchen die kundenfreundliche Bahn) – Drucks. 17/689 –**

Erster Redner ist Herr Kollege Kaufmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Wirtschaftsminister, ich wollte mich gerade für die schöne Überleitung bedanken, als Sie auf die Bahn zu sprechen kamen. Dann haben Sie aber ein anderes Thema drangehängt.

Ich will jetzt vom Bahnbetrieb reden. Ich spreche damit eines der letzten Abenteuer des 21. Jahrhunderts an: das Bahnfahren in Hessen und in Deutschland.

(Heiterkeit)

Dieses Abenteuer ist, wie Sie wissen, bereits vielfach literarisch aufgearbeitet worden.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

– Auch Sie sollten das einmal nachlesen, Herr Kollege Dr. Lübcke.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Ich fahre gerne Bahn!)

Ich meine bei den Worten literarische Aufarbeitung nicht Klassiker wie „Mord im Orientexpress“ von Agatha Christie, sondern ich beziehe mich auf aktuelle Werke: „Senk ju vor trävelling“, ein empfehlenswertes Buch von Spörrle und Schumacher. Dort erhalten die Leserinnen und Leser wichtige Hinweise, wie sie „mit der Bahn fahren und trotzdem ankommen“ können.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, das Werk ist natürlich eine satirische Überzeichnung der alltäglichen Erlebnisse in Zügen und Bahnhöfen. Dass sich die DB AG seit Erscheinen des Buches vor ungefähr einem Jahr so intensiv darum bemüht, die Satire Realität werden zu lassen, ist dann aber doch ziemlich befremdlich.

(Heiterkeit)

Die DB AG war dereinst unter anderem mit dem Argument der größeren Kundenfreundlichkeit eines privatrechtlich verfassten Wirtschaftsunternehmens gegenüber einem Staatsbetrieb propagiert worden. Jetzt, gerade zu dem Zeitpunkt, wo man sich den Eigentumsprivatisierungsmaßnahmen nähert, erleben wir plötzlich geballte Abschreckungsmaßnahmen gegen möglichst viele Kunden. Da kann man doch nur – wie viele ehemalige Bahnreisende, die jetzt leider wieder im Auto sitzen – mit heftigem Kopfschütteln reagieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Kundenvergraulungsprogramm der Bahn hat Methode. Aus der jüngeren Zeit will ich drei vermeintliche Highlights nennen. Zunächst wurde die Zahl der Reisezentren drastisch reduziert. Das heißt doch nichts anderes, als dass an etlichen Bahnhöfen kein ordentlicher Service beim Vertrieb der Tickets mehr geboten wird. Dies war vor allem eine Maßnahme gegen die treuesten Kunden der Bahn, die nämlich mit dem Internet-Ticketverkauf oder den technisch blamabel ausgestatteten und miserabel funktionierenden Automaten nicht gut zurechtkommen und deshalb eine persönliche Bedienung brauchen.

Ergänzt wurde diese Maßnahme der Einschränkung in den Reisezentren durch zusätzlichen Personalabbau mit der Folge, dass Sie meist nur noch mithilfe vorgefertigter schriftlicher Hinweise bzw. unter Verweis auf Callcenter Auskünfte bekommen oder dass Beschwerden erst gar nicht entgegengenommen werden.

Die nächste Stufe der Kundenabschreckung war die Idee des Bedienzuschlags beim Ticketverkauf in Reisezentren. 5 € mehr für eine Rückfahrkarte, z. B. nach Kassel und zurück. Allein das wäre eine Preiserhöhung von 5,5 % gewesen.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Glücklicherweise hat der geballte Protest – Herr Dr. Lübcke, ich gebe gerne zu, auch der famose Einsatz der Bundeskanzlerin – beim Vorstand der DB AG zwischenzeitlich zum Abgehen von diesem Vorschlag geführt. Wir erwarten jetzt allerdings ständig neue Ideen, um Kunden abzuzocken. Sie wissen, es war bereits von der Fahrscheinkontrollabgabe die Rede, die jedes Mal fällig wird, wenn jemand im Zug die Abteiltür aufmacht und sagt: „Personalwechsel, Ihre Fahrscheine, bitte“.

(Heiterkeit – Dr. Walter Lübcke (CDU): So sind die Sozialisten!)

Meine Damen und Herren, das war leider noch nicht alles. Ein anderer Vorschlag ist aktuell in der Diskussion. Diesmal geht es ausnahmsweise nicht direkt an das Portemonnaie der Kunden, sondern es geht um eine weitere Einsparung. Aber dennoch: Auf 4.500 kleineren Bahnhöfen in Deutschland – und damit etlichen in Hessen – soll es keine Lautsprecherdurchsagen mehr geben, zumindest keine regulären, sondern nur noch die Durchsagen, die die Bahn als unbedingt notwendig erachtet und für die sich zufällig jemand findet und zuständig fühlt. Somit wird es künftig im Bahnhof heißen müssen: Achten Sie nicht auf die Durchsagen am Bahnsteig, denn es wird keine mehr geben.

(Heiterkeit – Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Vielleicht geht es auch nach dem Motto „Fahrplanhinweise erübrigen sich, wenn sowieso kaum ein Zug mehr fahrplanmäßig fährt“.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, der versprochene Ersatz von Schriftbändern hilft übrigens nichts. Erstens kennen wir alle die Funktionsunfähigkeit solcher Schriftbänder an Bahnhöfen, und zweitens: Was machen dann eigentlich Blinde und sehbehinderte Menschen? Die sollen auf den Bahnhöfen doch auch zurechtkommen. Das ist der Bahn offensichtlich ziemlich egal. Da werden zusätzliche Barrieren aufgebaut, anstatt sie einzureißen.

Meine Damen und Herren, notwendig ist, Barrierefreiheit und Kundenfreundlichkeit endlich zu tatsächlichen Handlungsmaximen bei der Bahn zu machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da die DB AG dieses aber offensichtlich nicht hören will, versuche ich es noch einmal in der alten Sprache der Bundesbahn.

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. – Der Satz, an die Bahn gerichtet, lautet in alter Sprache: Der Beförderungsfall Mensch will nicht länger an die Betriebsvorschriften angepasst werden.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Kaufmann. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Pfaff für die SPD-Fraktion.

**Hildegard Pfaff (SPD):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin überzeugt, fast jeder hat folgende Erfahrung schon einmal gemacht: Sie stehen am Bahnsteig, und die Durchsage verkündet: Ihr Zug hat 20, 30 oder noch mehr Minuten Verspätung. – Ein Stöhnen ist vernehmbar. Es ist klar: Die Pendler werden ihre Arbeitsplätze nicht mehr rechtzeitig erreichen, und die Fernkunden verpassen ihre Anschlüsse.

Mittlerweile führen diese Unpünktlichkeiten, diese Verspätungen zu einer tiefen Unzufriedenheit der Bahnkunden, und nur die hohen Benzinpreise halten den einen oder die andere davon ab, wieder aufs Auto umzusteigen. Angesichts dieser Sachlage wäre die DB AG gut beraten, alles, aber auch alles daranzusetzen, dieses Problem so schnell und so wirksam wie möglich in den Griff zu kriegen, anstatt schon wieder – muss man sagen – weitere Einschränkungen im Kundenservice anzukündigen.

Laut Presseberichten beabsichtigt sie, auf allen kleineren Bahnhöfen – 4.500 bundesweit – keine regulären Lautsprecheransagen mehr machen zu lassen. Man wolle die Ansagen der Bahnmitarbeiter durch automatische Band-

ansagen ersetzen. Das sei keine Kürzung, so ein Bahnmitarbeiter, sondern eine Modernisierungsmaßnahme.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): So etwas ist immer gefährlich!)

Gerade Verspätungen sind nicht vorhersehbar, und sie werden deshalb nur schwerlich durch automatische Bandansagen bekannt gemacht werden können.

Unter einer kundenfreundlichen Bahn verstehe ich etwas anderes. Im Ergebnis würde dadurch nämlich ein Zweiklassenservice mit unterschiedlichen Standards geschaffen.

Ich halte das für einen gravierenden Vorgang. Es zeigt wieder einmal, dass Herr Mehdorn kein großes Interesse am Schienenverkehr in der Fläche hat und stattdessen insbesondere auf die lukrativen Verbindungen zwischen den großen Zentren setzt.

Es ist auch aus dem Grund ein ungeheurerlicher Vorgang, weil Herr Mehdorn erst vor wenigen Wochen mit dem geplanten Bedienzuschlag Schiffbruch erlitten hat. Alle Kunden sollten beim Fahrkartenkauf am Schalter einen Zuschlag bezahlen; diejenigen, die ihre Fahrkarte am Automaten kaufen, jedoch nicht. Das hätte vor allem älteren Menschen Probleme bereitet, denn diese tun sich, anders als viele junge Menschen, mit Automaten schwer und wünschen sich die eine oder andere Zusatzinformation.

Herr Kollege Dr. Lübcke, ich bin deshalb sehr froh, dass Frau Merkel und auch Herr Tiefensee diesem Spuk ein Ende bereitet haben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Eines wird daran deutlich: Die Bahn AG will sich für den Börsengang besonders schön machen, und deshalb versucht Herr Mehdorn derzeit nicht nur, Personal einzusparen und den Kundenservice zu reduzieren, sondern er bemüht sich auch – neben hohen Preissteigerungen –, Zusatzentgelte in Millionenhöhe zu erzielen. Dabei ist die Gefahr groß, dass das Kerngeschäft der Bahn auf der Strecke bleibt: Verkehre zu organisieren und, gemäß dem im Grundgesetz verankerten Infrastrukturauftrag, Mobilität gerade auch in der Fläche sicherzustellen.

Zudem soll das Intercitynetz in den nächsten Jahren massiv schrumpfen. Schon zum Fahrplanwechsel im Dezember 2008 wird das Netz ausgedünnt. Das wird auch hessische Städte treffen. Die Städte Gießen, Marburg und Wetzlar befürchten, künftig nicht mehr an das Fernverkehrsnetz angeschlossen zu sein. Das zumindest geht explizit aus einem Gutachten der Beraterfirma KCW hervor, das im Zusammenhang mit dem Börsengang in Auftrag gegeben wurde.

Auf Initiative des Oberbürgermeisters von Marburg haben sich mittlerweile 17 Städte bundesweit zusammenschlossen, um für ihre Anbindung an das Fernverkehrsnetz zu kämpfen. Wir unterstützen diese Initiative ausdrücklich und fordern Herrn Mehdorn auf, von den Planungen endlich Abstand zu nehmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine derartige Politik der DB AG können und dürfen die Länder nicht widerstandslos hinnehmen.

Herr Minister Rhiel, ich fordere Sie auf, bei den anstehenden Verhandlungen zur Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung, die wegen des Börsengangs ebenfalls auf

den Weg gebracht werden muss, die Interessen des Bundeslandes Hessen durchzusetzen.

(Minister Dr. Alois Rhiel: Sie haben doch die Bahnreform mitgetragen!)

Bei der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung dürfen unsere Interessen nicht auf der Strecke bleiben. Dort müssen aus unserer Sicht neben den Leistungen, der Finanzierung und dem Netzzustandsbericht auch der Netzzustand in der Fläche und das Bedienangebot geregelt werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Pfaff. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Lenders für die FDP-Fraktion.

#### **Jürgen Lenders (FDP):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Wettbewerb auf der Schiene fehlt in der Tat. Das haben wir allein schon im Zusammenhang mit dem Thema „Rücknahme des Bedienzuschlags“ gesehen. Das war ein absolut absurder Vorschlag, der jetzt vom Tisch ist. Man sieht allerdings, dass der nächste absurde Vorschlag bereits im Raum steht.

Damit wird deutlich, dass das eigentliche Problem bestehen bleibt: Das ist die Monopolstellung der Deutschen Bahn AG im Schienenfernverkehr. Die Erklärung der Bahn, die planmäßige Ankunft von Zügen im Bahnhof nicht mehr ankündigen zu wollen, ist ein ebenso absurder Plan wie die Einführung eines Zuschlags beim Fahrkartenverkauf am Schalter.

(Beifall bei der FDP)

Ich persönlich halte das – um es einmal diplomatisch auszudrücken – für einen unfreundlichen Akt gerade gegenüber älteren Menschen. Man kann sicher lange darüber philosophieren, ob wir Politiker uns in unternehmerische Entscheidungen einmischen sollten. Aber das Problem ist, dass wir uns nicht bei einem Unternehmen einmischen, dass sich im Markt bewegt und in einem wirklichen Wettbewerb steht, sondern bei einem ehemaligen Staatsmonopolisten. Ich denke, in dem Fall sollten sich die Politiker dazu äußern dürfen.

(Beifall bei der FDP)

Dem Konzern zufolge werden in das Projekt gut drei Viertel der 5.700 Bahnhöfe einbezogen. Damit ist gut ein Fünftel aller Reisenden – vor allem im Regionalverkehr – betroffen. Ob nun der Imageschaden der DB AG oder der Serviceverlust für den Kunden in einem vernünftigen Verhältnis zu möglichen Einsparungen stehen, bleibt wohl ein Geheimnis des ehemaligen Monopolisten bzw. des Monopolisten Bahn.

Nun kündigt die Bahn auch noch an, in den nächsten Jahren auf den kleinen Bahnhöfen neue automatische Ansaagesysteme einzuführen. Herr Kaufmann hat es eben schon angesprochen: Manches kann man wirklich nur noch mit Humor ertragen. Wenn diese Ansaagesysteme dann so funktionieren wie die automatischen Anzeigesysteme beim ICE, können Sie, wenn der Zug Verspätung hat, lesen: Der Zug endet hier, bitte nicht einsteigen. – Dabei würde ich gern erst einmal sitzen bleiben und an dem



Bahnhof ankommen – vor allen Dingen pünktlich ankommen –, zu dem ich eigentlich wollte.

(Beifall bei der FDP)

Wenn das dazu führt, dass es über die automatischen An-sagesysteme heißt: „Es fährt ein der Zug von irgendwo nach nirgendwo“, und wir uns an einem leeren Gleis stehend verwundert die Augen reiben, hat das mit Kunden-orientierung wirklich nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der FDP)

Das Monopol der Bahn muss weg. FDP und GRÜNE ha-ben sich maßgeblich dafür eingesetzt, dass das Schienen-netz – –

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Wir auch!)

– Die CDU hat sich dem dankenswerterweise angeschlos-sen. Sie waren nicht immer ganz dieser Meinung.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Wir sind lernfähig!)

– Sie sind lernfähig. Das ist sehr schön. – Ein wichtiger Be-standteil ist, dass das Schienennetz vom Betreiber ge-trennt wird. Nur so kann ein wirklicher Wettbewerb ent- stehen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Dr. Lübcke, ich wünsche mir, dass die CDU auch an einer anderen Stelle so lernfähig ist: beim Buslinienfern- verkehr. Die FDP-Bundestagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, dies beim Buslinienfernverkehr zu ermög- lichen. Das ist von der Regierung in Berlin abgelehnt wor- den. Ich lade Sie und die GRÜNEN dazu ein, sich bei die- sem Thema etwas mehr zu beteiligen.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Wir haben ja einen Ko- alitionspartner!)

– Herr Dr. Lübcke, dann müssen Sie sich vielleicht einfach einmal durchsetzen. Das kann nicht sein. Das ist am Ende eine faule Ausrede.

(Beifall bei der FDP)

Es ist bemerkenswert: Wenn wir das Monopol der Bahn wirklich aufbrechen wollen, müssen wir auch andere Ver- kehrsmittel in den Wettbewerb einbeziehen. Das sollte ei- gentlich Konsens sein. Die Preise müssen heruntergehen. Die Bahn hat ihre Preise seit 2004 um 23 % erhöht. Das ist eigentlich – wie der parlamentarische Geschäftsführer der FDP sagen würde – unterirdisch. Das kann man sicherlich so sagen.

(Beifall bei der FDP)

Preise runter, Qualität rauf erreichen wir nur mit mehr Wettbewerb. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

### Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Kollege Lenders. – Der nächste Red- ner ist Herr Kollege Dr. Lübcke für die CDU-Fraktion.

### Dr. Walter Lübcke (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kaufmann, anscheinend ist das ein Kon- senssthema. Es wurde gesagt, die Politiker sollten sich zu diesem Thema äußern. Herr Kaufmann, wir beide sagen,

dass sich die Politiker zu diesem Thema äußern müssen. Ich glaube, vieles von dem, was Sie hier im Interesse der Verbraucher – der Nutzer der Bahn – vorgetragen haben, kann man unterstreichen.

Ich will mich hier outen. Viele sagen, ich hätte Flugangst und würde deshalb mit der Bahn fahren. Es ist aber so: Ich genieße es, mit der Bahn zu fahren. – Ich bin von Kassel nach Königsberg gefahren. Herr van Ooyen, Sie würden dazu Kaliningrad sagen. Ich aber sage: Ich bin nach Kö- nigsberg gefahren. – Ich bin auch einmal nach Bologna in Italien gefahren.

Ich war auch viel mit der Eisenbahn in der ehemaligen DDR unterwegs. Ich konnte dort den sogenannten Schie- nenersatzverkehr im Sozialismus erleben. Dort gab es keine Ansagen. Das war schlimm. Ich war in Thüringen und Sachsen unterwegs, dort gab es keine Ansagen.

Herr Kaufmann sagte es bereits. Auch ich bin der Mei- nung, dass die Bahn wegen des diskriminierungsfreien Zugangs für Menschen zum Bahnverkehr dazu verpflich- tet werden sollte. Herr Kaufmann, es sind nicht nur die Blinden und Sehbehinderten. Auch ältere Menschen ste- hen manchmal auf dem Bahnhof und wissen nicht, wie sie sich orientieren sollen. Selbst wir beide stehen manchmal auf einem fremden Bahnhof und wissen nicht, wie wir uns orientieren sollen. Die Durchsagen haben unsere Mobi- lität gestärkt. Sie haben uns geholfen.

Auch Herr Lenders hat das gesagt. Ich glaube, dass wir den Wettbewerb brauchen. Das ist unser Ansatz. Wir brauchen die Privatisierung der Bahn. Die Bahn muss sich endlich dem Wettbewerb stellen. Sie muss durch Kunden- freundlichkeit Kunden gewinnen. Sie sollte nicht nur Kun- den haben, die von ihr abhängig sind.

Frau Pfaff, ich und die anderen Kollegen sind natürlich ho- cherfreut, dass Sie Frau Merkel loben.

(Hildegard Pfaff (SPD): Bitte, gern geschehen!)

Aber ich mache mir Gedanken. Der Herr Mehdorn, der Ihnen etwas näher steht,

(Hildegard Pfaff (SPD): Mir bestimmt nicht!)

wird eigentlich von Herrn Tiefensee beaufsichtigt. Aber erst durch die Intervention der Bundeskanzlerin kam es dazu, dass die Zuzahlung nicht zum Tragen kam. Das zeugt eigentlich von einer starken Frau Merkel. Das Ver- hältnis zwischen Herr Mehdorn und Herrn Tiefensee ist vielleicht etwas gestört.

Frau Pfaff, es gibt aber auch noch etwas anderes, das mich interessiert und erfreut. Bei den ganzen verkehrspoliti- schen Diskussionen stellen Sie sich hierhin und sagen: Das macht Herr Tiefensee, das wird in Berlin gemacht. – Jetzt suchen Sie die Unterstützung unseres starken Wirt- schaftministers Alois Rhiel.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Alois Rhiel soll Sie jetzt unterstützen, weil Sie offensicht- lich keinen Zugang zu Herrn Tiefensee finden. Alois Rhiel hat immer für unsere hessische Politik gestanden. Er steht für die Bürger in Hessen und unsere Region. Es freut mich, dass Sie das jetzt erkannt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Minister Dr. Alois Rhiel: Das ist Balsam für meine Seele! – Zu- rufe)

– Herr Rhiel kommt aus Osthessen, hat aber das gesamte Hessen im Blick. – Frau Pfaff, ich habe herausgehört, dass

Sie bei der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung auf Herrn Alois Rhiel bauen. Es freut mich, dass wir uns da näherkommen.

(Hildegard Pfaff (SPD): Sie sollten sich einmal informieren, das wäre nicht schlecht!)

Ich sage Ihnen: Alois Rhiel ist nicht nur hinsichtlich des Bahnverkehrs aktiv. Er ist auch in anderen Bereichen, wie z. B. der Energie oder dem Wasser, tätig. Er kämpft für die kleinen Leute. Es freut mich, dass Sie auf den Zug aufgesprungen sind. Wir haben Ihnen das Türchen ohne Ansage geöffnet. Ich möchte herausstellen, dass Sie das selbst erkannt haben.

Ich möchte zum Thema zurückkommen. Ich bin folgender Meinung. Uns werden immer technische Neuerungen oder innovative Fortschritte versprochen. Da muss man aber vorsichtig sein. Wir haben es schon ein paar Mal erlebt: Jeder innovative Fortschritt hat auch seine Tücken. – Wir müssen eine Übergangszeit haben.

Ich glaube, dass wir in Nordhessen gerade beim Nordhessischen Verkehrsverbund große Probleme mit den Ansagen haben. Dort gibt es die Regiotram und manches mehr. Es ist dort nicht möglich, dass diese unterschiedlichen Verkehrssysteme entsprechend angekündigt werden.

Ich bin Bahn gefahren und war auf einer Bahnstation mit einem Fahrkartenausgabeautomaten. Wenn er so steht, dass die Sonne auf das Display scheint, dann können Sie nichts ablesen.

(Zuruf)

– Herr Wagner, ja, das sind Kleinigkeiten aus dem Alltagsleben. Wir beide, die Bahn fahren, erleben das. Die anderen lesen nur in der „Bild“-Zeitung, dass da etwas geschehen ist. Herr Wagner, wir treffen uns ab und zu beim Nord-Süd-Verkehr. Wir erleben das. Von so kleinen Problemen erfährt man nur, wenn man mit der Bahn fährt.

Abschließend möchte ich eines noch einmal ganz bewusst sagen. Herr Kaufmann, das betrifft das, was Sie vorgetragen haben. Es ist ausgesprochen wichtig, dass es diese europäische Richtlinie gibt. Sie existiert. Ich glaube, sie soll im Dezember dieses Jahres in Kraft treten. Darin ist auch die Pflicht, zu informieren, geregelt.

Aber unsere Aufgabe als Mitglieder dieses Hauses ist es wirklich, für die Interessen unseres Landes einzutreten. Wir sind nicht nur mit der Bahn generell gut gefahren. Wir wollen für unsere Bürgerinnen und Bürger das optimale Angebot haben.

Frau Pfaff, die IC-Strecke Kassel – Treysa – Marburg – Gießen Richtung Frankfurt ist für unser Land wichtig. Wir brauchen dieses Verkehrsmittel, damit wir diese Strecke absolvieren können. Hessen ist ein Wirtschaftsstandort. Das haben wir schon einige Male diskutiert. Für uns ist es schwierig, abends nach 19.30 Uhr oder nach 20 Uhr von Südhessen nach Nordhessen zu kommen, weil dann kein ICE mehr fährt. Dann steht uns nur noch der IC zur Verfügung. Mit ihm können wir dann noch fahren. Mit dieser Strecke werden gerade Marburg und Gießen angebunden. Der ICE fährt durch Osthessen, durch Fulda. Das heißt, wir haben optimale Bedingungen. Wir müssen dafür eintreten, dass das so bleibt.

Mit der Bahn zu fahren muss Spaß machen. Wir müssen dafür werben, dass die Leute mit der Bahn fahren. Es darf dann nicht irgendwelche Tricks von Herrn Mehdorn geben, wie etwa den Beratungszuschlag in Höhe von 2,50 €.

Es dürfen auch nicht irgendwelche Ansagen gestrichen werden. Das ist wie bei einer schleichenden Inflation.

Lasst uns die Bahn möglichst schnell privatisieren. Lassen Sie uns Netz und Betrieb trennen, damit Kundenfreundlichkeit zum Tragen kommen kann. Ich glaube, dass wir unseren Bürgern in der sozialen Marktwirtschaft dann mehr bieten können. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Dr. Lübcke, vielen Dank. – Als nächste Rednerin spricht für die Fraktion DIE LINKE Frau Kollegin Wissler.

#### **Janine Wissler (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Alle, die mit der Bahn unterwegs sind, wissen, dass es immer wichtiger wird, auf die Bahnsteigansagen zu achten. Denn immer häufiger verspäten sich die Züge oder fallen ganz aus. Die Züge werden voller, die Tickets teurer und die Warteschlangen an den Schaltern länger.

Jüngst gab es eine Debatte um den sogenannten Bedienaufschlag. Der wurde vom Bahnvorstand wieder zurückgenommen. Außerdem soll es automatische Anzeigetafeln statt Durchsagen geben. Das alles ist nur die Spitze des Eisbergs.

Gerade ältere, aber auch viele andere Menschen sind darauf angewiesen, dass es an den Schaltern eine gute Beratung gibt. Die Bahnhöfe müssen übersichtlich gestaltet sein. Außerdem brauchen wir die Durchsagen.

Das Ergebnis der Bahnreform aus dem Jahre 1994 ist eindeutig. Die damals geweckten Hoffnungen wurden nicht erfüllt, die damals gemachten Versprechungen haben sich nicht erfüllt. Das Bahnfahren, also der Personenverkehr, aber auch der Güterverkehr sind nicht populärer geworden. Strecken wurden stillgelegt. 1.000 Bahnhöfe und 10.000 km Strecke wurden stillgelegt. Das ist immerhin ein Viertel des Netzes. Die Stilllegungen haben insbesondere strukturschwache Regionen zu spüren bekommen.

Der Redner der FDP hat mir das schon vorweggenommen. Da bin ich mit Ihnen völlig einer Meinung: Die Preise fürs Bahnfahren sind weit über dem Durchschnitt der Inflation gestiegen. Vom Jahr 2004 bis zum Jahr 2008 stiegen die Preise um 25 %. Rechnet man weitere Gebühren mit ein, kommt man sogar auf eine Preissteigerung von 30 % im Personenverkehr. Das ist nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Walter Lübcke (CDU): Das müssen Sie mir einmal vorrechnen!)

Die Arbeitsbedingungen der bei der Bahn Beschäftigten wurden systematisch verschlechtert. Arbeitsplätze wurden massiv abgebaut. Die Arbeitsdichte hat sich auf diese Weise drastisch erhöht. Bei der Bahn arbeiten heute nur noch 180.000 Menschen. Anfang der Neunzigerjahre waren es noch 380.000 Menschen.

Das Ziel, mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen und damit die Blechlawine auf den deutschen Straßen zu reduzieren, wurde in den vergangenen 15 Jahren kläglich verfehlt.

Herr Lübcke hat vorhin davon gesprochen, es handle sich um ein Thema, bei dem Konsens herrsche. Das gilt vielleicht hinsichtlich der Einschätzung der Probleme. Ja, da herrscht Konsens.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Echt, wir beide?)

Hinsichtlich der Lösung der Probleme muss ich aber störend wirken. Da gibt es keinen Konsens. Denn wir, die Mitglieder der LINKEN, lehnen den Börsengang der Deutschen Bahn ab.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Walter Lübcke (CDU): Da bin ich aber zufrieden!)

Wir lehnen ihn ab, weil damit der Kurs hin zur Gewinnmaximierung noch verschärft wird. Ein Anzeichen dafür ist die nächste, schon angekündigte Preiserhöhung um 4 % zu Anfang kommenden Jahres. Bis zum Jahr 2011 will Herr Mehdorn den Gewinn des Unternehmens mehr als vervierfachen.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Wissen Sie, welcher Partei er angehört?)

Ich frage Sie: Wie soll das gehen, wenn nicht die Fahrgäste und die Belegschaft geschröpft werden sollen? Denn der Vorstand setzt offensichtlich nicht auf eine Erhöhung des Verkehrsaufkommens bei der Bahn.

Die Bahn soll der gesamten Gesellschaft Mobilität flächendeckend und zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung stellen. Diese gesamtgesellschaftliche und volkswirtschaftlich relevante Aufgabe gerät immer weiter aus dem Blickfeld der Entscheidungsträger hinsichtlich der Angelegenheiten der Bahn. Mittlerweile erzielt die Deutsche Bahn 50 % ihres Umsatzes mit Transporten durch Lastkraftwagen. Das ist nicht die Aufgabe der Deutschen Bahn.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Schenker lässt grüßen!)

Bis auf die LINKE favorisieren alle Parteien den Börsengang der Bahn. Der einzige Unterschied besteht darin, dass die einen für eine Teilprivatisierung eintreten, bei der das Netz in direkter Verantwortung des Bundes verbliebe.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Wir können die Reichsbahn wieder aufmachen, so wie es in der DDR war!)

Dieses Modell hat die jetzt ins Straucheln geratende Investmentbank Morgan Stanley vorgestellt. Das verleiht dem Modell „besondere Verlässlichkeit“.

Die Erfahrung mit derartigen Zergliederungen der Bahn in anderen Ländern, wie etwa in Großbritannien oder Schweden, zeigen, dass in der Folge die Ausgaben der öffentlichen Hand für den Erhalt der Netze drastisch steigen. In England sind die Kosten um das Dreifache gestiegen, in Schweden auf das Doppelte. Nach diesem Modell würde die Öffentlichkeit den Rahmen zur Verfügung stellen. Sie würde ihn mit Steuergeldern aufrechterhalten. Private könnten dann auf dieser Grundlage ihre Investitionen vermehren.

Der Berliner Finanzsenator Sarrazin hat im Übrigen ausgerechnet, dass die Privatisierung der Bahn voraussichtlich weitere 50.000 bis 80.000 Arbeitsplätze kosten wird. Die Erfahrungen aus anderen Ländern warnen vor den gesellschaftlichen Kosten und Konsequenzen der Privatisierung. Neuseeland hat beispielsweise kürzlich sein Schienennetz wieder in die öffentliche Hand überführt. In Großbritannien wird dieser Schritt nach den katastrophalen

Folgen der Bahnprivatisierung ernsthaft diskutiert. Wir sollten den Fehler erst gar nicht machen.

(Beifall bei der LINKEN)

70 % der Bevölkerung, aus deren Steuergeldern die Bahn aufgebaut wurde, lehnen die Privatisierung des Unternehmens ab. 80 % sehen die ständigen Preissteigerungen in Verbindung mit dem anvisierten Börsengang. Eine kundenfreundliche Bahn als Personen- und Güterverkehrsmittel muss anders aussehen. Eine Nachhaltigkeitsstrategie, die im Verkehrsbereich die Schiene vernachlässigt, verdient diesen Namen nicht.

Deshalb finde ich es inkonsequent, auf der einen Seite eine kundenfreundliche Bahn zu fordern, aber die Entscheidung über den Kurs in die Hände der Kapitalanleger zu übergeben. Wir lehnen deshalb die Privatisierung der Bahn ab. Sie gehört in öffentliche Hände. Das wäre eine Durchsage, die auf dem Bahnhof gut ankäme.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Wissler. – Für die Landesregierung hat Herr Dr. Rhiel das Wort.

#### **Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese kurze Debatte zeigt, dass man sich dann, wenn man die Weichen – um in der Sprache der Bahn zu bleiben – durch eine Bahnreform falsch stellt, nicht wundern darf, wenn die Ergebnisse am Ende schlecht sind. Wie es im Leben allgemein gilt, so gilt auch hier das Sprichwort: An den Früchten sollt ihr sie erkennen, d. h. also an den Ergebnissen dessen, was man getan hat.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Mit dem Apfel fing alles an!)

Nun muss ich sagen, dass in dieser Debatte einiges durcheinandergeht, weil die Privatisierung der Bahn nicht das ist, was Sie hier zum Teil meinen, und weil man auch nicht übersehen darf, dass die Beförderungsleistung auf der Schiene gerade in Hessen nicht nur eine hohe Qualität erreicht hat, sondern auch einen überdurchschnittlichen Zuwachs. Deswegen ist Bahn nicht Bahn, Schiene nicht Schiene, Bahnreform nicht Bahnreform und Privatisierung nicht Privatisierung. Deswegen müssen wir genauer hinschauen.

Herr Kaufmann, Sie haben zu einem Thema völlig zu Recht gesagt, dass man in einer Gesellschaft, in der Information immer mehr im Mittelpunkt steht, um dem Einzelnen Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten zu geben, in einer solchen Phase Informationen nicht abbauen darf. Deswegen ist die Landesregierung eindeutig dagegen, Frau Pfaff. Wir werden dieses Thema bei der Verkehrsministerkonferenz – also ich – nächste Woche einbringen. Aber das täuscht nicht darüber hinweg, dass man die grundsätzliche Debatte darüber führen muss, warum dies so ist, wie Sie es beklagen. Da hätte ich mir seitens der Sozialdemokraten im letzten Jahr etwas mehr Unterstützung gewünscht,

(Beifall des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

als es darum ging, unsere Vorstellungen, die auch von den GRÜNEN getragen wurden, für eine vernünftige Bahnreform zu unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Bereich des Schienenverkehrs, im Bereich der Energieinfrastruktur, bei der leitungsgebundenen Telekommunikation gilt immer der gleiche Grundsatz: Etwas, was ein natürliches Monopol darstellt, weil es nur eine Leitung gibt, nur eine Schiene, nur einen Schieneninhaber – diese Infrastruktur Schiene oder Leitung darf ich nicht privatisieren. Die Schieneninfrastruktur, darum geht es bei diesem Thema, genauso wie Stationen und Service sind natürliche Monopollangebote, bei dem kein Wettbewerb sein kann. Das muss in ausschließlich staatlicher Verantwortung bleiben. Das ist bei der Reform nicht beachtet worden.

Bei allem, was auf der Schiene passiert, wer also den Fahrgästen ein Angebot für die Beförderung macht, wollen wir wirklichen Wettbewerb haben. Das ist nicht besser darzustellen als am Beispiel der Telekommunikation, wo die Telekom mehr Anbieter durch ihre Netze schicken lassen darf, dass durch diesen Wettbewerb die Qualität besser geworden ist und sich die Preise gesenkt haben.

Daran leidet die Bahnreform: Weil die saubere Trennung von Netz und Betrieb nicht vorgenommen wurde, hat die Bahnholding, die sowohl durch den Bund 75 % und vielleicht dann wenige der Anteile an den Transportunternehmen hält und gleichzeitig zu 100 % für die Schiene und die Stationen verantwortlich ist, natürlich ein Interesse daran, die Holding zu stärken, den Betrieb innerhalb der Holding zu stärken, die an die Börse gebracht worden ist.

Deswegen sucht Herr Mehdorn in dieser Doppelfunktion – darin liegt die Ursache des Übels – an der einen Stelle zu sparen, um das börsenorientierte Unternehmen zu bevorzugen. Das kann man ihm gar nicht vorwerfen,

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist ein Systemfehler! – Widerspruch der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

sondern muss dem Gesetzgeber das vorwerfen, was er mit der Bahnreform verursacht hat, Frau Pfaff. Deswegen muss diese korrigiert werden.

(Beifall bei der CDU – Hildegard Pfaff (SPD): Es ist falsch, wie Sie es darstellen!)

Frau Pfaff, dies führt auch dazu, dass die DB AG in ihrer Verantwortung als Holding für die Schiene, die qua Gesetz Bundeseigentum ist, diejenigen bevorzugen, die ihr nahe stehen. Das ist das börsenorientierte Unternehmen. Deswegen dürfen wir uns nicht wundern, wenn die Investitionen vor allem dort stattfinden, wo sie den Nutzen stiften.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Minister, darf ich Sie darauf hinweisen, dass die für die Fraktionen vereinbarte Redezeit abgelaufen ist?

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Schade!)

#### **Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Ich nehme diesen Hinweis an. – Die Länder tragen für die Strecken die Verantwortung, bestellen Verkehre und haben den Wettbewerb umgesetzt, der Jahr für Jahr dem hessischen Steuerzahler 32 Millionen € spart. Sie haben übrigens diese Ausschreibung und damit die Einsparung bekämpft, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD.

Deswegen müssen wir dafür sorgen, dass, solange dieser Geburtsfehler der Bahnreform besteht, d. h., solange die DB Holding die Verantwortung für die Netze hat, nicht die Regionen und damit die Schienenverkehre benachteiligt werden, die in der Verantwortung des Landes stehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, kämpfen wir für eine Reform, die die Bahnreform wieder rückgängig macht und in die richtige Richtung bringt. Kämpfen wir dafür – das verspreche ich Ihnen für mich –, dass dieser unsinnige Abbau von Informationen auch rückgängig gemacht wird. Das ist unsere Position.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Dr. Rhiel. – Damit ist auch diese Aktuelle Stunde abgehalten, und wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 27:**

#### **Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Senkung der Klassenobergrenzen in den Schulen und Gruppengrößen in den Kindertagesstätten – Drucks. 17/378 –**

Mir liegt allerdings noch keine Wortmeldung vor. Ich weiß nicht, ob irgendwer dazu sprechen möchte. Herr Wilken? – Frau Cárdenas. Vereinbarte Redezeit: zehn Minuten.

#### **Barbara Cárdenas (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dass die Forderungen in unserem Antrag berechtigt und sinnvoll sind, dem – glaube ich – widerspricht kaum einer. Ausgehend von der Forderung, Bildung ist ein Grundrecht, wollen wir, dass die Bildungschancen der Kinder und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den Bildungseinrichtungen verbessert werden.

Eine individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler, eine qualifizierte Integration behinderter und teilleistungsgestörter Kinder, eine qualitativ hochwertige Wochenplanarbeit, eine Anleitung zum kooperativen Arbeiten usw. usf. erfordern kleinere Klassen. Kleinere Gruppengrößen in den Kindertageseinrichtungen sind nötig, damit der Bildungs- und Erziehungsplan endlich umgesetzt werden kann und man nicht immer nur auf die ständige Bereitschaft der Erzieherinnen, noch ein Päckchen mehr zu schultern, setzt.

Die demografische Entwicklung kann entlastend wirken, wenn – wie die GEW fordert – die dadurch frei werdenen Lehrer- bzw. Erzieherstellen im jeweiligen System verbleiben. Beispielsweise sinkt seit 2003/2004 die Zahl der Erstklässler bundesweit um 12 %, im Westen sogar um 14 %. Statt Klassen- und Schulschließungen zuzulassen, sollten wir die Gelegenheit nutzen und aktiv kleinere Klassen herbeiführen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die GEW hat auf ihrer Podiumsdiskussion in der letzten Woche sofort umsetzbare Minimalmaßnahmen in der Grundschule vorgestellt und deren Realisierung gefordert, die unter anderem die schon von uns im Wahlkampf aufgestellten Forderungen aufgreift: Begrenzung der Schülerhöchstzahl auf 25 Schülerinnen und Schüler und Streichung des Notparagrafen, nach dem ein Überschreiten dieser Zahl um bis zu drei möglich ist.

Ich denke, ich muss nicht weiter begründen, warum eine Reduzierung der Gruppen- und Klassengrößen aus pädagogischen Gründen unbedingt erforderlich ist. Darüber haben wir nicht nur schon oft gesprochen, sowohl im Plenum als auch im Ausschuss, sondern es ist auch so, dass die bildungspolitischen Zielvorstellungen aller Parteien diese Option stützen.

Daher verfolgt der vorgelegte Antrag auch das Ziel, dass alle hier anwesenden Fraktionen beginnen, ihre den Bürgerinnen und Bürgern immer wieder gegebenen Wahlversprechen, Zusagen und Beteuerungen, es müsse mehr Geld in die Bildung investiert und endlich eine individuelle Förderung ermöglicht werden usw., auch wirklich umzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Lassen Sie mich hierzu einige Zitate anbringen. Im CDU-Wahlprogramm heißt es:

Die wichtigsten Ziele unserer Bildungspolitik sind bestmögliche Bildungsqualität und -gerechtigkeit für alle. ... Wir wollen daher jedem Schüler ein Höchstmaß an Bildungschancen ermöglichen. Alle Kinder und Jugendlichen sollen ihre Begabungen bestmöglich entfalten können.

So weit die CDU. – Aus dem SPD-Wahlprogramm:

Wir gehen davon aus, dass alle Kinder und Jugendlichen bildungsfähig und bildungswillig sind. Es kommt darauf an, ihre unterschiedlichen Begabungen, Neigungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten optimal zu fördern.

(Beifall bei der LINKEN und der Abg. Elke Künholz (SPD))

Noch weiter aus dem SPD-Wahlprogramm:

(Heike Habermann (SPD): Das lohnt sich!)

Wir wollen einen Schulalltag, der fächerübergreifende Förderung organisieren hilft und Unterricht, Erziehung und individuelle Förderung besser miteinander kombinieren kann. ... Statt auf Auslese und Selektion setzen wir auf Förderung und Integration.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Aus dem GRÜNEN-Wahlprogramm:

Aufbauend auf dem Sofortprogramm werden wir die Voraussetzungen für mehr individuelle Förderung, längeres gemeinsames Lernen, echte Ganztagschulen, kleine Klassen ... schaffen.

(Beifall bei der LINKEN und des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Last, but not least aus dem FDP-Wahlprogramm:

Das Ziel liberaler Bildungspolitik ist es daher, alle Kinder und Jugendlichen in Hessen so zu fördern, dass jeder Einzelne seine individuellen Begabun-

gen erkennt und seine Talente optimal entfalten kann.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich frage Sie: Wie soll das denn gehen, ohne mehr Geld in die Bildung zu stecken, und zwar ohne viel mehr Geld? Bessere Qualität, bessere individuelle Förderung, bessere Bildung, die Sie immer wieder versprechen – bei Klassengrößen von bis zu 33 Schülerinnen und Schülern sowie Tageseinrichtungsgruppen mit 25 Kindern? Sie wissen, das geht nicht.

Kein Lehrer, und sei er noch so gut, kann Kinder und Jugendliche individuell fördern und ihnen gute Bildung zugutekommen lassen, wenn er eine 33er-Klassengröße zu beschulen hat.

Da wir uns diesbezüglich vermutlich einig sind, frage ich nun alle Parteien, auch diejenige, die immer vor einer höheren Neuverschuldung warnt – obwohl sie die, wie wir gestern gehört haben, für die letzten Jahre selbst zu verantworten hat –: Wie gedenken Sie, Ihre Wahlversprechen umzusetzen? Wo ist das „mehr Geld in Bildung“? Es wird immer nur geflickschustert und nicht wirklich etwa substanzial verbessert. Es werden hier und da vielleicht einmal 500 neue Stellen geschaffen oder sollen nur geschaffen werden – obwohl doch die GEW seit Jahren vorrechnet, dass die Lehrerversorgung in Hessen gerade einmal bei 94 % des Bedarfes liegt.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Die konnten noch nie rechnen!)

Danach bedürfte es geschätzter 5.000 weiterer Lehrer und Lehrerinnen in Hessen, nur um eine 100-prozentige adäquate Unterrichtsversorgung – wohlgemerkt bei Klassengrößen von nach wie vor 33 – sicherzustellen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich muss Sie wieder einmal quälen, indem ich Sie an Ihre Verantwortung im Bundestag und Bundesrat erinnere. Dazu zitiere ich dieses Mal etwas ausführlicher die Jusos Hessen-Süd und zwar aus ihrer aktuellen Pressemeldung.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das sind die, die Frau Wissler ausgeschlossen haben? – Gegenruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE): Ich war dort nie Mitglied!)

„Wir brauchen eine Vermögensteuer“, sagen die Jusos, und weiter:

Eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer ist also möglich und sinnvoll. Es kommt nur darauf an, sie politisch zu wollen – und sie gerecht zu gestalten: Mit einem Freibetrag von 500.000 € würde keiner Kleinfamilie ihr Reihenhaus besteuert, und auch das Ansparen fürs Alter bliebe für Normalverdiener(innen) ohne zusätzliche Belastungen.

Dabei hat diese Steuer eine lange Tradition. Sie gab es bereits im antiken Griechenland

– immer noch Zitat –

für die reichsten 1.200 der Bürger(innen) – dort betrug sie zum Teil ganze 12 %. Auch alle anderen westlichen Industrienationen erheben Steuern auf Eigentum und Vermögen. Deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt beträgt beispielsweise in Großbritannien 4,3 %, in Frankreich 3,2 % und in den USA 3,1 %. In Deutschland gibt es seit der Aussetzung der Vermögensteuer nur noch Steuern auf Eigentum (beispielsweise die Grundsteuer), deren Anteil

am Bruttoinlandsprodukt gerade einmal noch 0,9 % ausmacht.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Ich dachte, es sei eine bildungspolitische Debatte! – Gegenruf der Abg. Heike Habermann (SPD): Das müssen gerade Sie sagen!)

Damit gehen dem Staat – in diesem Fall den Ländern – nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung jährlich 16 Milliarden €

– in Hessen sind es 1,2 Milliarden € –

an Steuern verloren. Geld, das fehlt. Beispielsweise für mehr Bildung.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie wahr – selbst im kapitalistischen Vorzeigeland USA tragen Vermögende mehr zur Solidargemeinschaft bei als bei uns. Das ist aber kein Naturereignis oder Gottes Gebot.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sagen Sie einmal etwas zur Vermögensteuer in Russland!)

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist an der Zeit, die parlamentarische Mangelverwaltung aufzugeben, nicht erst die Steuern zu senken und danach die leeren Kassen zu beweinen,

(Wortmeldung des Abg. Mathias Wagner (Taunus)(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

sondern das zu tun, was notwendig ist und wofür wir alle hier im Haus angetreten sind: Geld, viel Geld in die Hand zu nehmen – –

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Frau Kollegin Cárdenas, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wagner?

#### **Barbara Cárdenas (DIE LINKE):**

Nein, ich möchte weiter ausführen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): So geht man doch nicht mit einem Koalitionspartner um!)

Mathias, wir können uns gern hinterher nochmals zusammensetzen.

Geld, viel Geld in die Hand zu nehmen, um wirklich eine bessere Bildung für Hessen zu realisieren, spätestens im nächsten Haushalt.

Wer sich für bessere Bildung, gleiche Chancen für alle, mehr individuelle Förderung usw. hat wählen lassen, wohl wissend, dass Hessen nach der Wahl nicht mehr Mittel haben wird als vor der Wahl, und nun kleinlaut sagt, das eigene Wahlprogramm sei zwar gut gemeint, aber leider nicht finanzierbar, der sollte sich überlegen, ob er sich nicht besser als Insolvenzverwalter verdingen sollte, wobei er allerdings kleinere Brötchen backen müsste. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Cárdenas. – Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Kollege Wagner von den GRÜNEN zu Wort gemeldet.

#### **Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Kollegin Cárdenas, Sie haben viel über die Finanzierung des Bildungsbereichs gesprochen. Über eines haben Sie nicht gesprochen, nämlich darüber, was Ihr Antrag kosten würde. Ich meine, für eine sinnvolle Debatte auch über Finanzierungsvorschläge wäre es gut, wenn Sie, Frau Cárdenas, diesem Haus mitteilen würden, was das, was Sie heute hier beantragen, kosten würde, wie viele zusätzliche Lehrstellen dafür erforderlich wären und was Sie gedenken, konkret davon im Landeshaushalt 2009 umsetzen zu können.

Nur den anderen vorzuwerfen, dass sie sich um eine realistische Finanzierung bemühen, ist etwas wenig. Ich würde bei Ihnen gerne erkennen, dass auch Sie sich um die Finanzierung Ihrer Versprechen bemühen. Denn nur den Schulen etwas zu versprechen, aber keinerlei realitätstaugliche Vorschläge zu machen, wie das zu finanzieren ist, wird keinen einzigen zusätzlichen Lehrer und keine einzige zusätzliche Lehrerin an unsere Schulen bringen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Deshalb bitte ich Sie herzlich: Kommen Sie hier an das Pult und sagen Sie diesem Haus, was der Antrag kosten würde, den Sie hier vorgelegt haben. Ich wäre Ihnen auch noch sehr dankbar, wenn Sie bestätigen könnten, dass, selbst wenn man eine stärkere Vermögensbesteuerung einführen würde – für die auch wir GRÜNE Sympathien haben –, eine solche Reform frühestens in zweieinhalb Jahren wirken könnte und damit also auch für den Haushalt 2009 nichts erreicht wäre.

Frau Kollegin, ich freue mich auf Ihre Ausführungen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU und der FDP – Michael Boddenberg (CDU): Herr Wagner, ich hätte das nicht besser machen können!)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Wagner. – Frau Kollegin Cárdenas hat jetzt Gelegenheit zur Antwort.

(Michael Boddenberg (CDU): Jetzt sind wir gespannt!)

#### **Barbara Cárdenas (DIE LINKE):**

In der Tat gehen die Berechnungen auseinander. Wir haben das sowohl von der GEW als auch vom DGB nochmals berechnen lassen. Ich denke, wir müssen dabei von 400 Millionen € ausgehen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie das etwas lauter sagen?)

– Ich gehe davon aus, dass man von 400 Millionen € ausgehen muss.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Pro Jahr?)

– Ja, soweit ich weiß, pro Jahr. Das werden wir im Ausschuss im Detail besprechen, dann werde ich auch noch genauere Zahlen vorlegen. Ich möchte hier aber noch feststellen, dass nämlich einige Forderungen bereits mit Verordnungen umsetzbar sind. Die Richtgrößenverordnung ist durchaus schon jetzt durchsetzbar. Die entsprechenden Mittel müssten natürlich in den nächsten Haushalt eingestellt werden.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie denn?)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Cárdenas. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Habermann für die SPD-Fraktion.

#### **Heike Habermann (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Cárdenas, mehr Investitionen in Bildung und eine solide Haushaltspolitik schließen einander nicht aus.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Deswegen werden wir als Sozialdemokraten zunächst dafür sorgen müssen, dass wir im Haushalt die Bedingungen dafür schaffen, die Bildungspolitik in Hessen zu verbessern. Das, was Sie hier ansprechen und wofür wir in Teilen viel Verständnis haben, ist schrittweise umsetzbar. Es ist realistisch und kann diesem Haushalt zugemutet werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, kleine Klassen allein sind kein Garant für besseren Unterricht. Aber zu große Klassen verhindern guten Unterricht sowie die individuelle Förderung von Kindern. Ich glaube, darin sind wir uns in diesem Hause einig. Zu große Klassen sind in der Tat ein Relikt der CDU-Bildungspolitik der vergangenen Jahre.

(Mark Weinmeister (CDU): Wer hat die Regelung eingeführt?)

In dem Maße, wie die Realität der Lehrerversorgung nicht mehr mit der versprochenen Unterrichtsgarantie Schritt halten konnte, sind in Hessen die Klassen immer größer geworden.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist schlichtweg falsch!)

Die Verordnung über die Anzahl und Größe von Klassen des Jahres 1992 – diese stammt noch aus rot-grüner Regierungszeit, damit dies kein Debattenredner mehr sagen muss – sollte mit der Möglichkeit, die Klassenhöchstgrenze um drei Kinder zu erhöhen, eine Ausnahmeregelung schaffen. Heute ist diese Ausnahme in Hessen zur Regel geworden. Durch die Richtwerteregelung im Schulgesetz, die glücklicherweise inzwischen der schulpolitischen Vergangenheit angehört, wurden für Schulstandorte Klassenzusammenlegungen und das Ausschöpfen von Höchstzahlen pro Klasse sogar überlebensnotwendig.

Die immer größer werdende Kluft zwischen Anspruch und Realität der Unterrichtsversorgung wurde durch immer neue Berechnungsformeln bei der Lehrerzuweisung scheinbar aufgehoben. Aber was sich durch die Rechen-

kunststücke nicht hat vermeiden lassen, war der Anstieg der durchschnittlichen Klassengrößen.

Meine Damen und Herren, in allen Schulformen ist inzwischen die Überschreitung der Höchstklassenregel ein Normalzustand geworden. Hessen ist im Bildungsmonitor 2008 mit der Grundschule und einem Durchschnitt von 22,4 Kindern pro Lerngruppe inzwischen auf dem letzten Platz der Bundesländer angelangt.

Durchschnittswerte allein sagen jedoch wenig über die tatsächliche Situation an den Grundschulen und weiterführenden Schulen in Hessen aus. Es gibt weiterhin kleine Klassen, in welchen das Arbeiten Spaß macht, Lehrkräfte auf die einzelnen Kinder eingehen und sie fördern können. Es gibt sie insbesondere in Regionen Hessens, in welchen die Auswirkungen der demografischen Entwicklung früher zum Tragen gekommen sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, umso schlechter sind die Lern- und Lehrbedingungen in den Ballungsgebieten und Großstädten. Gerade dort, wo viele Kinder mit schlechteren Startbedingungen in die Schule kommen, resignieren Lehrkräfte vor Lerngruppen, deren Größe keine differenzierte pädagogische Arbeit mehr zulässt – gerade bei Kindern mit hohem Förderbedarf in der sprachlichen und sozialen Entwicklung sowie Kindern, die zu Hause nicht die notwendige Unterstützung finden. Gerade dort ist es besonders notwendig, durch die Zuteilung der Lehrkräfte dafür zu sorgen, dass in kleineren Lerngruppen schlechtere Bildungs- und Startchancen aufgefangen werden können. Deshalb will die SPD, dass die Regelung zur Überschreitung der Klassenhöchstgrenze um drei Schüler aufgehoben wird.

Frau Cárdenas, dies soll nicht mit einem Federstrich in einer Verordnung geschehen, sondern in wohl überlegten Schritten, die wir in unseren Haushaltsberatungen beschließen müssen. Wir wollen das System der Lehrerzuweisung auf eine Orientierung an den tatsächlichen Schülerzahlen sowie auf Indikatoren umstellen, die geeignet sind, die Lernausgangslage von Kindern anhand von Kriterien, wie Migrationshintergrund, soziale Situation der Eltern oder Arbeitslosenquote, einzubeziehen.

Herr Kultusminister, gestatten Sie mir folgende Anmerkung: Um dies zu erreichen, ist es unseres Erachtens wenig hilfreich, wenn das Kultusministerium sozial indizierte Zuweisungsfaktoren ausgerechnet im Hochtaunuskreis erprobt.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Der Antrag der LINKEN ist heute nicht hilfreich, da es darum geht, die Schritte hin zu kleineren Klassen und einer gerechteren Lehrerversorgung festzulegen. Die SPD will die Regelung des Klassengrößenerlasses revidieren. Dazu werden wir den Schulen eine realistische und finanzierbare Perspektive vorlegen. Es genügt nicht, sich in ein Wolkenkuckucksheim zu begeben sowie schlicht zwei Absätze aus einer Verordnung zu streichen.

Damit sind weder zusätzliche Lehrerstellen finanziert noch im Anschluss mit Fachkräften besetzt. Den Schulen ist mit einer realistischen Perspektive für die Verbesserung der Unterrichtssituation und ihrer schrittweisen Umsetzung mehr geholfen, als mit Versprechen, die Sie heute nur deshalb machen, weil Sie sich nicht die Mühe gemacht haben – das muss ich an dieser Stelle sagen –, über ihre Umsetzbarkeit nachzudenken.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir brauchen in Hessen zusätzliche Lehrerstellen, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass aus dem Anspruch – „Kein Kind wird zurückgelassen“ – Realität wird. Ich war sehr dankbar dafür, dass Frau Cárdenas aus unserem bemerkenswerten und noch immer gültigen Programm derart ausführlich zitiert hat.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Aber nicht überzeugend!)

Die SPD steht zu diesem Programm und diesen Versprechen. Wir werden diese Ziele aber nicht mit einem einzigen Schritt erreichen können. Sie haben schon drauf hingewiesen, dass wir in der vergangenen Woche bei einer Podiumsdiskussion der GEW zur Grundschulsituation in Frankfurt waren. Wir waren alle dort, alle bildungspolitischen Sprecher der Fraktionen, bis auf Herrn Irmer, der in Frankfurt keinen Parkplatz fand und die Podiumsdiskussion leider nicht besuchen konnte.

(Heiterkeit bei der LINKEN – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Dort haben wir von den Grundschullehrkräften geschil­dert bekommen, dass in den Jahren der CDU-Regierung 1.000 Lehrerstellen durch veränderte Zuweisungsfaktoren verschwunden sind. Die Zuweisungen für die Differenzierungsstunden wurden sukzessive abgeschmolzen. Hessen ist damit auf dem Weg, die guten Leistungen der Grundschule zu gefährden und damit das Fundament für gleiche Bildungschancen weiter auszuhöhlen.

Meine Damen und Herren, deshalb besteht hier akuter Handlungsbedarf. Seit gestern wissen wir, dass allein die Reduzierung der Klassengröße im Grundschulbereich auf 25 Kinder rund 455 Stellen erfordert. Dazu kommen weitere 475 Stellen für die aus unserer Sicht notwendigen und gut eingesetzten Differenzierungsstunden. Um darüber hinaus in einem Zug die von Ihnen gewünschte Reduzierung der Klassengröße um 20 % in allen Schulformen umzusetzen, brauchen wir ad hoc mehrere Tausend neue Lehrer. Das wurde von Ihnen gerade mit 400 Millionen € per anno quantifiziert.

Frau Cárdenas, Sie können mir im Ausschuss gern eine Antwort auf die Frage geben, wie Sie dies im nächsten Haushaltsjahr komplett finanzieren und diese Lehrkräfte auf dem Arbeitsmarkt dann auch finden wollen.

(Beifall bei der SPD, der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Axel Wintermeyer (CDU): Ja!)

Denn das dürfte in Anbetracht der Situation im Moment schwierig sein.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen. Kleinere Klassen und ein gerechteres Zuweisungssystem sind unser Ziel. Dies muss schrittweise mit einem realistischen Finanzierungskonzept umgesetzt werden. Darüber werden wir mit Ihnen gerne eine Einigung herbeiführen. – Danke.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Habermann. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Henzler für die FDP-Fraktion.

#### **Dorothea Henzler (FDP):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Cárdenas, in der Kopfnote Fleiß würde ich Ihnen mindestens ein Gut geben, falls Sie die Kopfnoten nicht abschaffen wollen. Denn Sie haben sehr fleißig die Wahlprogramme der einzelnen Parteien gelesen und haben sie auch sehr schön hier zitiert. Wenn es allerdings um das Fachwissen in Finanz- und Steuerpolitik geht, dann reicht höchstens ein Mangelhaft.

Ganz besonders haben Sie das in der letzten Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses demonstriert, als es darum ging, auf die Abgeltungssteuer die Kirchensteuer abzuführen. Das war für Sie ganz schrecklich, weil Sie für die Trennung von Kirche und Staat sind. Sie haben gar nicht gemerkt, dass man damit, mit der Abgeltungssteuer auf Vermögen, den Kirchen, die schließlich auch soziale Einrichtungen haben, Geld von den bösen Kapitalisten zuführt. Ich denke, was die Finanz- und Steuerpolitik angeht, sollten Sie noch ein bisschen nachlernen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU sowie des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Zum Thema Ausstattung der Schulen und Bildungseinrichtungen mit Personal. Ich denke, wir sind uns alle darüber einig, dass die Qualität der Schulen sehr von der Qualität des Lehrpersonals und der Lehrer abhängig ist, dass es aber auch darauf ankommt, dass die Quantität des vorhandenen Personals mit der Anzahl der Schülerinnen und Schüler stimmt, die unterrichtet werden müssen. Ich glaube, darüber gibt es zwischen uns allen keinerlei Dissens.

Das Gleiche muss auch für die vorschulischen Einrichtungen gelten, wenn wir es mit dem Gedanken wirklich ernst meinen, dass Kindertagesstätten eben nicht nur Betreuungseinrichtungen, sondern in erster Linie Bildungseinrichtungen sind. Das müssen wir dann allerdings auch nach außen demonstrieren. Deshalb sollten wir die Kindertagesstätten in die Zuständigkeit des Kultusministeriums überführen. Denn das Kultusministerium ist für Bildung zuständig. Demzufolge müsste es auch für die vorschulischen Bildungseinrichtungen zuständig sein.

(Beifall bei der FDP)

Dann wäre es mit Sicherheit auch einfacher, Berichtsanträge zum Thema Bildungs- und Erziehungsplan schneller zu beantworten. Unser liegt bereits seit 1. Juli auf Halde. Ich vermute, dass es auch deshalb etwas länger dauert, weil es einer genauen Abstimmung zwischen zwei Ministerien bedarf.

Bei der Vorlage des Bildungs- und Erziehungsplans hat die FDP sehr deutlich gesagt, dass das nicht zum Nulltarif umzusetzen ist.

(Florian Rentsch (FDP): So ist es!)

Ich kann heute in einem Kindergarten mit 25 Kindern in einer Gruppe mit einem Betreuungsschlüssel von 1,5 keine individuelle Förderung durchziehen. Die Kinder sind heute anders, als es noch die Kinder vor fünf oder zehn Jahren waren. Sie bedürfen sehr viel mehr erzieherischer Tätigkeiten der Erzieher. Um dann noch individuelle Bildung in Kleingruppen durchzuführen, brauche ich schlicht und ergreifend mehr Personal.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)



Allerdings kann die Lösung dieses Bedarfs nicht sein, dass ich mich hierhin stelle und sage: Ich verkleinere die Klassengrößen, ich verkleinere die Gruppengrößen in den Kindertagesstätten. – Das ist nicht ausreichend. Wir fordern, dass wir den Schulen und den vorschulischen Bildungseinrichtungen ausreichend finanzielle Rahmenbedingungen geben und sie dann aber in sehr viel mehr Eigenverantwortung und Flexibilität entlassen, damit sie ihren Betrieb sehr viel besser selbst organisieren können.

Sie kennen unsere Forderung nach einer 105-prozentigen Lehrer- bzw. Geldzuweisung für die Schulen. Mit dieser veränderten Berechnung muss aber auch eine grundlegende Überarbeitung der Lehrerzuweisung für die einzelnen Schulen einhergehen.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Was kostet die denn?)

– Das kann ich Ihnen sagen. Unserer 105-prozentige Abdeckung kostet 100 Millionen €. Wenn Sie davon die 42 Millionen € für die Unterrichtsgarantie plus abziehen, bleiben genau 58 Millionen €. Das haben wir schon immer gesagt. Zu diesen Zahlen stehen wir auch.

Die Lehrerzuweisungen richten sich nach der Zahl der zu bildenden Klassen mit sehr starren Schülerzahlen: 25 + 3. Das haben wir gehört. Das führt dazu, dass es in verschiedenen Regionen zu sehr, sehr unterschiedlichen Klassengrößen kommt. Frau Habermann hat schon darauf hingewiesen: In Frankfurt und auch im umliegenden Rhein-Main-Gebiet sind die Grundschulklassen mit 28 Kindern vollgestopft. Das ist von den Räumen her schlicht und ergreifend zu viel. Das ist auch von der Anzahl der Kinder her zu viel.

Im Schnitt liegt die Klassengröße an den Grundschulen in Hessen bei 22 Kindern. Man kann sich also ausrechnen, dass es Regionen gibt, wo z. B. 29 Kinder eingeschult werden. Das bedeutet, die Klassen werden geteilt, und Sie haben Klassengrößen von 14 oder 15 Kindern. Das ist insgesamt gesehen nicht gerecht. Deshalb müssen sich die Zuweisungsfaktoren völlig ändern.

(Beifall bei der FDP)

Zusätzlich zu dieser starren Lehrerzuweisung kommen bestimmte Faktoren, die nicht immer nachvollziehbar sind. Das führt zu einer sehr großen Intransparenz bei der Lehrerzuweisung für die einzelnen Schulen. Das führt auch zu Neid zwischen den einzelnen Schulen, weil sie nicht nachvollziehen können, warum die eine Schule mehr Lehrerstellen hat als andere. Deshalb sagen wir: Die grundsätzliche Zuweisung von Lehrerstellen muss sich an der Anzahl der Schülerköpfe pro Schule orientieren und nicht an der Anzahl der zu bildenden Klassen. – Frau Habermann, ich bin sehr überrascht. So, wie ich Sie eben verstanden habe, gehen auch Sie diesen Weg plötzlich mit und fordern das Gleiche.

(Heike Habermann (SPD): Sie haben unser Programm nicht so gut gelesen! Da steht das nicht!)

Wir sagen: Die Schulen müssen dann selbst entscheiden können, wie groß sie ihre Klassen machen. Sie müssen so-wieso generell über ihre innere Organisation entscheiden können.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Zusätzlich zu dieser grundsätzlichen Lehrerzuweisung wollen wir drei einfache Faktoren. Das eine ist die Schulform, das andere ist der schulbezogene Sozialindex, und

das Dritte ist das regionale Umfeld der Schule. Frau Habermann, ich sage Ihnen eines: Sie kennen den Hochtaunuskreis augenscheinlich sehr schlecht. Ich kann Ihnen sehr viele Gebiete im Hochtaunuskreis, Stadtteile und Orte, zeigen, wo es sehr große soziale Probleme gibt. Ich denke, gerade an dem Mix im Hochtaunuskreis kann man den Sozialindex sehr genau berechnen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Heike Habermann (SPD))

Aber nicht nur in den Schulen brauchen wir eine veränderte Lehrerzuweisung, Stellenzuweisung, Personalzuweisung. Wir haben mittlerweile alle erkannt, dass es sehr wichtig ist, dass in den Schulen eben nicht nur Lehrer sind, sondern dass wir einen Personalmix brauchen, dass wir andere Berufe brauchen, dass wir Schulassistenten brauchen.

Das Gleiche gilt schlicht und ergreifend auch für die vorschulischen Bildungseinrichtungen. Die Kinder im Kindergarten werden immer jünger. Das wollen wir auch. Wir wollen die Kindergärten für die jüngeren Jahrgänge öffnen, auch schon für Kinder mit eineinhalb Jahren. Demzufolge brauchen wir auch eine andere Personalstruktur in den Kindertagesstätten.

(Beifall bei der FDP)

Wir brauchen hier Personal für einfache Tätigkeiten. Die Kinder müssen gewickelt werden. Die Kinder müssen aus- und angezogen werden. Es muss ein Erwachsener dabei sein, wenn sie mittags schlafen. Das muss keine ausgebildete Erzieherin sein. Dafür kann ich genauso gut anderes Personal verwenden.

Auf der anderen Seite brauche ich für Bildungsaufgaben in den Kindertagesstätten Grundschullehrerinnen, die die Kinder in Kleingruppen auf die Schule vorbereiten. Ich brauche Kinderpsychologen und Förderschullehrerinnen in den Kindertagesstätten. Denn nur wenn ich sehr, sehr früh feststelle, wo Defizite bei den Kindern sind und dann hoch fachkompetent mit den Eltern reden kann, kann ich solche Defizite früher ausbügeln, bevor die Kinder überhaupt in die Schule kommen, wo sich solche Defizite sonst erst feststellen lassen.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP will Kindertagesstätten zu Familienzentren ausbauen, wo Eltern Rat und Hilfe finden, wo sie kompetente Ansprechpartner für kleine, einfache Probleme finden – und sei es, dass die Kinder nicht einschlafen wollen, sei es, dass die Kinder nicht durchschlafen wollen. Dafür brauchen sie Ansprechpartner aus verschiedenen Berufsfeldern, die die Kinder den Tag über in der Einrichtung beobachten können und den Eltern konkrete Hilfestellung leisten können.

Meine Damen und Herren, deshalb fordern wir ein Gesamtkonzept zur vorschulischen Bildung, das folgende Punkte umfasst: Wir wollen die Kindertagesstätten in das Kultusministerium umressortieren. Wir wollen einen Personalmix in den Kindertagesstätten, und wir wollen unsere Kinderschule verpflichtend für alle Fünfjährigen.

(Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Wir fordern aber genauso ein Gesamtkonzept für die schulischen Einrichtungen. Wir wollen mehr Eigenverantwortung für die Schule, eine 105-prozentige Lehrerzuweisung, außerdem einen Personalmix nach Entscheidung der Schule und eine Lehrerzuweisung nach der Kinderzahl und nicht nach Klassengröße.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen einen Systemwechsel. Wir wollen neue Dinge für die Schulen. Dieses Problem kann man nicht mit einem Herumdoktern an Klassengrößen und Verordnungen lösen.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Henzler. – Nächster Redner ist Herr Kollege Wagner für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Internet ist eine gute Erfindung. Als ich den Antrag gelesen habe, kam mir das Zitat „Politik ist die Kunst des Machbaren“ in den Sinn. Ich wollte schauen, von wem das ist. Ich gebe zu, es war mir entfallen. Auf der Suche stieß ich auf ein Zitat, das noch viel besser zu dem Antrag der LINKEN passt. Es ist von dem kubanischen Revolutionär Che Guevara: Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche. – Dieser Gedanke hat wohl bei dem Antrag der LINKEN Pate gestanden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wer könnte gegen das sein, was die Fraktion DIE LINKE heute beantragt hat? Die Fraktion DIE LINKE sagt: Die Klassen in den Schulen sollen endlich kleiner werden, und die Gruppengrößen in den Kindertagesstätten sollen endlich geringer werden. – Das ist etwas, das alle vier Fraktionen des Hessischen Landtags schon seit Jahren vertreten. Jetzt vertritt es auch noch eine fünfte Fraktion. Ich kann nur sagen: herzlich willkommen. Wir sind uns in dieser Frage in diesem Haus vollkommen einig.

Aber jetzt kommt die Frage: Hilft ein solcher Antrag, der eine einzelne Maßnahme herausgreift, wirklich weiter? Frau Kollegin Cárdenas, ich muss Ihnen sagen, ich will noch viel mehr an unseren Schulen und in unserem Bildungssystem erreichen. Kleinere Klassen und kleinere Gruppengrößen in der Kita sind sicherlich wichtige Veränderungen. Ich hoffe, wir sind uns einig, dass noch sehr viel mehr geschehen muss, damit unser Bildungssystem national und international mithalten kann.

Wir GRÜNE haben immer gesagt: Wir wollen relativ schnell ein Sofortprogramm Schule auf den Weg bringen, wir wollen relativ schnell die personelle und sächliche Ausstattung der Schulen verbessern. – Dazu finde ich in Ihrem Antrag nichts.

Wir haben gesagt: Wir wollen die frühkindliche Bildung insgesamt stärken, nicht nur hinsichtlich der Gruppengrößen, sondern auch für den Bildungs- und Erziehungsplan. – Dazu lese ich in Ihrem Antrag nichts.

Wir wollen – da sind wir uns mit den Kollegen von der SPD einig – die schrittweise Einführung der flexiblen Schuleingangsstufe an den Grundschulen. Wir wollen eine Ausweitung des Ganztagschulprogramms an den Schulen. Es muss mehr Möglichkeiten für längeres gemeinsames Lernen dort geben, wo Eltern das für ihre Kinder wollen. Wir wollen bessere Arbeitsbedingungen für Leh-

rerinnen und Lehrer. Wir wollen eine Ausweitung der Schulsozialarbeit und noch vieles mehr.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Herr Kollege Lübcke, ich glaube, es ist auch in Ihrer Fraktion nicht strittig, dass das Maßnahmen sind, die das Bildungssystem verbessern würden. Ich will den ganzen Katalog von notwendigen und wichtigen Maßnahmen einmal aufmachen, um darauf zurückzukommen, dass das mir ursprünglich eingefallene Zitat das Richtige ist, nämlich: Politik ist die Kunst des Machbaren.

Eine verantwortungsvolle Bildungs- und Schulpolitik muss sich anschauen, welche Verbesserungen man für die Schulen und die Kitas benötigt, welches Gesamtkonzept gebraucht wird, welche Maßnahmen besonders prioritär sind und welche Maßnahmen etwas länger warten können. Dann muss man schauen – das ist dann die Politik der Kunst des Machbaren, im Unterschied zu einem Wunschzettel –, wie man das finanzieren und in welchen Schritten man das umsetzen kann. Diese Abwägung und Prioritätensetzung kann und muss man von jeder Fraktion in diesem Hessischen Landtag verlangen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Was ist für die Schülerinnen und Schüler, für die Lehrerinnen und Lehrer und für die Erzieherinnen und Erzieher in diesem Land gewonnen, wenn wir nur aufschreiben, was wünschbar ist? Was ist gewonnen, wo verändert das die Realität?

(Axel Wintermeyer (CDU): Das ist Kommunismus!)

Aus meiner Sicht reicht es nicht, wenn man mit einem Antrag, der noch nicht einmal in die Haushaltsberatungen eingestellt ist, mir nichts, dir nichts 400 Millionen € ausgeben will, ohne sich einer Abwägung zu stellen, welche anderen Maßnahmen vielleicht auch wichtig sind, ohne zu sagen, was man dann nicht machen kann, wenn diese Forderung realisiert wird. Genau dieser Gesamtabwägung stellen Sie sich hier nicht. Unsere Schulen und Kindertagesstätten haben es verdient, dass wir über Gesamtkonzepte reden, für die man vielleicht keinen populistischen Beifall bekommt, die aber tatsächlich an der Situation in unserem Land etwas ändern würden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Wir GRÜNE wollen mehr in Bildung investieren. Frau Cárdenas, Sie haben dankenswerterweise aus unserem Wahlprogramm zitiert. Sie haben dann etwas spöttisch gefragt, auch die Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen, warum das noch nicht umgesetzt ist.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Landtagswahl noch nicht so lange her ist und wir noch keine festen Mehrheitsverhältnisse in diesem Landtag haben. Was ich Ihnen nicht durchgehen lasse, ist, dass Sie die Fraktionen, die sich in ihren Wahlprogrammen mehr oder minder darum bemüht haben, ein Gesamtkonzept zu entwickeln, und sich um die schwierige Abwägung bemüht haben, den Menschen nicht mehr zu versprechen, als in einer Legislaturperiode im Rahmen eines Landeshaushalts realisierbar ist, denunzieren und über diese Mühe spöttisch reden. Das ist nicht richtig. Man kann das machen, man kann „Wünsch dir etwas“ in ein Wahlprogramm schreiben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU und der FDP – Florian Rentsch (FDP): Endlich sagt es einmal einer!)

Der fairere, der offenere und der ehrlichere Umgang ist, so haben zumindest wir GRÜNE das in unserem Wahlprogramm gemacht --

(Michael Boddenberg (CDU): Wir auch!)

– Herr Kollege Boddenberg, ich wollte Sie jetzt nicht vereinnahmen. Ich weiß, Sie hätten es gern, dass wir uns mehr vereinnahmen lassen. Es tut mir leid, das ist heute nicht drin.

(Florian Rentsch (FDP): Von wem lasst ihr euch denn vereinnahmen? – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Ich spreche für unser Programm. Wir haben uns diese Mühe gemacht. – Frau Präsidentin, Herr Kollege Rentsch hat sich zu Wort gemeldet.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herzlichen Dank, ich habe es diesmal gesehen. – Herr Kollege Rentsch möchte eine Zwischenfrage stellen, lassen Sie sie zu?

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Selbstverständlich!)

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Frau Präsidentin, vielen Dank. – Herr Kollege Wagner, Sie haben gerade gesagt, Sie lassen sich nicht von der CDU vereinnahmen. Lassen Sie sich sonst von irgendwelchen Parteien in diesem Haus vereinnahmen?

#### **Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Auch wenn das eine freundliche Aufforderung war, uns von der FDP vereinnahmen zu lassen – nein, Herr Kollege Rentsch, wir sind von Inhalten beseelt und machen unsere Politik davon abhängig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Darauf bauen wir in den nächsten Wochen, Herr Kollege!)

Weil es um diese Inhalte geht, haben wir GRÜNE in unserem Programm sehr präzise beschrieben, was innerhalb einer Legislaturperiode mit den begrenzten Möglichkeiten eines Landeshaushalts für die Bildung möglich ist. Wir wollen eine Menge umschichten. Wir wollen, dass Bildung in diesem Landeshaushalt Priorität bekommt und dass wir deutlich mehr in Bildung investieren. Ja, wir reden in einer Perspektive von fünf Jahren über einen dreistelligen Millionenbetrag, den wir in Bildung investieren müssen.

Dann müssen wir sagen, dieser finanzpolitische Kraftakt wird in einer Legislaturperiode nicht ausreichen, alle Probleme des Bildungswesens zu lösen. Wenn man das einmal akzeptiert, muss man eine Prioritätensetzung vornehmen. Dann muss man sagen, was besonders wichtig ist und was als Erstes und was als Zweites angegangen werden soll. Das haben wir in unserem Wahlprogramm sehr präzise beschrieben, indem wir gesagt haben, wir wollen zuerst ein Sofortprogramm für die Schulen, damit die finanzielle und personelle Situation an den Schulen verbessert wird und sich die Lage an unseren Schulen entspannt. Darauf

bauen weitere Reformen auf, die wir Schritt für Schritt verwirklichen wollen.

Das ist der ehrlichere Ansatz. Das ist der Ansatz, von dem die Lehrerinnen und Lehrer, die Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern etwas haben. Es bringt überhaupt nichts, wenn man sich jede Plenarsitzung ein Thema herausgreift, das gerade in der Zeitung gestanden hat, es zur Forderung erhebt und sich nicht die Mühe macht, es in ein bildungspolitisches Gesamtkonzept einzubinden und schließlich die Antwort schuldig bleibt, wie das finanziert werden soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN, wir können uns vieles wünschen, was der Deutsche Bundestag an Steuergesetzen entscheidet oder nicht. Wir GRÜNE haben da auch viele Wünsche. Herr Kollege Kaufmann hat dafür viele extrem gute Vorschläge. Als Landespolitiker müssen wir uns auch mit der Situation auseinandersetzen, was wir in unserer Verantwortung tun, wenn der Deutsche Bundestag das, was wir vielleicht wollen, steuerpolitisch nicht beschließt. Das müssen wir beschreiben. Das müssen wir den Schulen sagen. Das ist eine verantwortungsvolle Politik.

Es ist aber keine verantwortungsvolle Politik, Pressemitteilungen – von wem auch immer, in denen was auch immer gefordert wird – 1 : 1 in den Hessischen Landtag einzubringen, ohne Gesamtkonzept und ohne Finanzierungsvorschlag. Das ist zumindest nicht der Ansatz für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Wagner. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Irmer von der CDU-Fraktion.

#### **Hans-Jürgen Irmer (CDU):**

Verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist eben sinngemäß formuliert worden, wir müssten endlich einmal Geld in die Bildung stecken, es müsse mehr hinein. – Ich möchte mit einer Mär aufräumen, nach dem Motto, in der Vergangenheit sei nichts geschehen. Ich sage nur einige wenige Kernzahlen zu Ihrer Erinnerung.

Der Bildungsetat im Jahr 2008 liegt um exakt 700 Millionen € höher als im letzten – auch wenn Sie es nicht mehr hören können, Frau Kollegin Habermann, aber ich sage das gar nicht an Ihre Adresse, da Sie es hoffentlich verinnerlicht haben, aber Frau Cárdenas offensichtlich nicht – rot-grünen Jahr. Das sind Fakten.

Wir haben in der Zwischenzeit – und das wissen Sie auch – zusätzlich 3.500 Lehrerstellen. Wir haben heute so viele Lehrer im hessischen Schuldienst wie noch nie. Auch das gehört zur Wahrheit. Die Zahl der Referendarstellen ist um fast 4.000 erhöht worden, und anstelle des Unterrichtsausfalls, den wir vorgefunden haben – das hat auch etwas mit Recht auf Bildung zu tun –, geben wir heute pro Woche 112.000 Stunden Unterricht mehr, Woche für Woche 112.000 Stunden.

Auch die Lehrerzuweisung ist klar und präzise. Das, was den Schülern nach der Stundentafel zusteht, wird ihnen zu

100 % zugewiesen. Die Unterrichtsgarantie ist erfüllt. Es gibt überhaupt keine Diskussion in den Schulen.

Ich war am Montag in vier Schulen meines Wahlkreises. Ich habe ganz bewusst gefragt, wie es mit der Lehrerrzuweisung aussieht, ob es Probleme gibt. Nein, wir sind so gut versorgt wie nie – das ist die klare Aussage von vier unterschiedlichen Schulleitern, von denen kein einziger in der CDU ist, um das am Rande zu sagen, sondern querbeet, ganz unterschiedlich.

Ich glaube, das ist insgesamt ein hervorragender Erfolg der gesamten Bildungspolitik der letzten neun Jahre. Das lasse ich auch nicht kleinreden.

(Beifall bei der CDU)

Frau Cárdenas, was Sie hier machen, ist für mich einmal mehr gnadenloser Populismus.

(Frank Gotthardt (CDU): Mehr Popo als -lismus!)

Sie haben Forderungen aufgestellt, und der Kollege Wagner hat aus meiner Sicht völlig zu Recht darauf hingewiesen.

(Beifall des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Sie haben keine Verantwortung. Sie wollen auch keine Verantwortung übernehmen. Wenn Sie sagen, Sie wollen eine Minderheitsregierung tolerieren, dann fordere ich Sie auf: Treten Sie in diese Regierung ein, damit Sie das, was Sie fordern, auch in die Tat umsetzen können.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Koalition? Plädieren Sie für einen Regierungswechsel, Herr Irmer?)

Das wäre konsequent. Aber sich hierhin zu stellen und sich nicht zu interessieren, wer es bezahlt, das ist keine seriöse Politik.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Verehrte Frau Cárdenas, Sie müssen sich auch daran erinnern lassen: Was machen Sie dort, wo Sie in der Verantwortung sind? Ich erinnere an Ihren heutigen Parteivorsitzenden, den sozialdemokratischen Fahnenflüchtling, den Finanzminister-Fahnenflüchtling, Herr Lafontaine hat in seiner Verantwortung als Ministerpräsident des Saarlandes 11 % der Lehrerstellen abgebaut.

(Michael Boddenberg (CDU): Richtig!)

Er hat gleichzeitig 14 % der Polizeistellen abgebaut – so weit zum Thema Arbeitsplatzabbau, Herr Kollege van Ooyen, Frau Kollegin Wissler.

(Michael Boddenberg (CDU): Der größte Personalabbau in der Geschichte des Saarlandes! – Turgut Yüksel (SPD): Wie bei der CDU!)

Frau Cárdenas, Sie regieren doch in Berlin mit. Ich habe mir die Mühe gemacht, nachzuschauen, wie die Berliner rot-rote Regierungspolitik aussieht. Sie könnten dort wunderbar beweisen, was alles möglich ist, wenn Kommunisten an der Regierung sind. Ich will Ihnen Überschriften aus Tageszeitungen in Berlin vorlesen, der „Berliner Morgenpost“ und anderen: „Junglehrer gehen aus Berlin weg; sie werden nur als Angestellte eingestellt“, „Der Senat plant eine Flexibilisierung“ – das klingt sehr schön – „der Lehrerarbeitszeit (zwei Stunden mehr)“, „Dritte Arbeitszeiterhöhung seit 2001“.

Die GEW, die ich selten zitiere, kritisiert in Berlin, dass keine Lehrer eingestellt werden. 700 Lehrer demonstrieren gegen schlechte Arbeitsbedingungen in Berliner

Schulen. Unterrichtsausfall: 10 % fallen grundsätzlich aus. Kreuzberg hat 88 % Lehrerrzuweisung, Zehlendorf 81 %. Um den Unterrichtsausfall zu reduzieren, hat der dortige Senator jetzt öffentlich erklärt, er holt die bereits pensionierten Lehrer wieder in den Schuldienst zurück. Das sagt Herr Zöllner.

(Michael Boddenberg (CDU): Nein?)

Meine Damen und Herren, das ist Ihre Bildungspolitik. Es gibt einen Schulinspektionsbericht 2006/2007 für das Bundesland Berlin. Der Landeselternausschuss hat diesen Bericht kritisch überprüft und ist zum Ergebnis gekommen – das steht auch dort –, dass in 70 % der zu großen Lerngruppen mit 32 Schülern keine innere Differenzierung stattfindet. Ich zitiere: „An den Berliner Grundschulen fehlen 450 Erzieherinnen und Erzieher.“

Ich zitiere abschließend den Ex-Bildungssenator Böger, der öffentlich erklärt hat, Berliner Klassenzimmer „stinken zum Himmel“ – schlechte bauliche und hygienische Zustände.

Meine Damen und Herren, verehrte Frau Kollegin, das ist die Berliner Politik.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist die Berliner Luft!)

– Berliner Luft könnte man auch sagen. Es stinkt zum Himmel, wie Herr Böger sagt. – Sie sollten sich an dem messen lassen, was Sie woanders selbst verantworten. Aber hier von uns zu fordern, das alles zu machen, das ist nicht ganz seriös.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Barbara Cárdenas (DIE LINKE))

In Ihrem eigenen Antrag ist eigentlich schon ein Widerspruch. Sie sagen im ersten Satz, die Klassenobergrenzen werden um 20 % gesenkt, keine Klasse hat mehr als 25 Schüler. Wenn ich nur diese 25er-Regelung nehme, dann bedeutet allein dies einen rechnerischen Mehrbedarf von 4.000 Stellen. Sie wollen die Klassenobergrenzen um 20 % senken. In der Grundschule liegt sie bereits bei 25 Schülern. Heißt das in Ihrem Antrag – ich formuliere das als Frage –: Sollen die Grundschulen dann 20 Kinder pro Klasse haben? Dann käme zu den 4.000 Stellen, die ich eben genannt habe, noch eine Größenordnung von etwa 2.000 hinzu.

Dass das nicht finanzierbar ist – dass es schrittweise viele Wünsche gibt, wie Kollege Wagner sie genannt hat, ist unstrittig –, dass das in einer Summe nicht auf einen Schlag zu machen ist, das wissen Sie auch, zumal Sie keinen Finanzierungsvorschlag gemacht haben.

In einem Punkt haben Sie recht: Kleinere Klassen führen nicht automatisch zu einem besseren Unterricht. Das ist sicherlich so. Es gibt keine einzige belastbare Studie, die genau dies als Ergebnis hätte. Im Übrigen darf ich darauf hinweisen, dass die IGLU-Studie, die Grundschulstudie, zum Ergebnis gekommen ist, dass die Engländer im Vergleich der Länder in Europa am besten abgeschnitten haben. Die Engländer haben die größte durchschnittliche Kinderzahl pro Grundschulklasse, nämlich 29.

Damit ich nicht missverstanden werde: Dahin wollen wir natürlich alle nicht. Das ist völlig unstrittig. Aber das bestätigt im Kern schon das, was Sie in diesem Punkt ausnahmsweise zu Recht gesagt haben. Es erinnert mich auch an meine eigene Unterrichtszeit am Weilburger Gymnasium, als andere hier regiert haben. Damals waren Klassengrößen von 37 oder 38 Schülern an der Tagesordnung.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen sehr bewusst sagen, wie sich die Schülerzahlen in der Grundschule weiterentwickeln. 1998/99 hatten wir 262.000 Grundschüler, 11.800 Klassen und 8.640 Lehrer, also durchschnittlich 22,2 Kinder pro Grundschulklasse.

Heute haben wir 223.000 Schüler, 10.500 Klassen und 8.670 Lehrer. Im Klartext heißt das, dass wir in der Grundschule heute 39.000 Kinder weniger, aber rund 30 Lehrer mehr haben. Das zeigt, dass die Klassengrößen reduziert werden konnten. Wir haben heute landesweit einen Schnitt von 21,2 Kindern in der Grundschule. Auch das ist etwas, was sich sehen lassen kann.

(Beifall bei der CDU)

Ich verkenne nicht – das hat Frau Kollegin Henzler zu Recht angesprochen –, dass es natürlich, weil es ein Durchschnittswert ist, auch Klassen gibt, die 27 oder 28 Kinder haben. Das ist aber kein Massenphänomen, es sind Einzelpunkte. Wir müssen gemeinsam überlegen, und da stimmen wir mit Sicherheit überein, was man dort tun kann, ob man z. B. die Möglichkeit hat – das wäre aus unserer Sicht eine Chance, ernsthaft darüber nachzudenken –, zusätzliche Differenzierungsstunden in diese großen Klassen hineinzugeben. Dann wäre diesen Klassen, diesen Schulen in letzter Konsequenz etwas geholfen.

Meine Damen und Herren, der Kollege Wagner hat aus meiner Sicht – es ist ungewöhnlich, dass ich ihn schon wieder loben muss –

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nicht unproblematisch für mich!)

zu Recht darauf hingewiesen: Es gibt viele Wünsche. Wir müssen das prioritär abarbeiten. – Das sehe ich genauso. Deswegen möchte ich mir erlauben, verehrte Frau Kollegin Habermann, auf die SPD einzugehen, was sie alles im Wahlkampf versprochen hat. Es sind nur fünf Zeilen.

Sie haben zum Thema Unterrichtsgarantie plus/verlässliche Schule erklärt: Es dürfen nur noch Lehrer in die Schule. Das, was wir heute beschlossen haben, ist im Übrigen ein Wortbruch verglichen mit dem, was Sie im Wahlkampf versprochen haben. Ich rechne einmal um, was das bedeutet.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Irmer, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Ich darf Sie bitten, mit den Umrechnungen relativ schnell fortzufahren.

#### **Hans-Jürgen Irmer (CDU):**

Gut, sehr verehrte Frau Präsidentin. – 1.500 Lehrer dafür. Keine Klasse mehr als 25 Schüler. Das sind 4.000 Lehrer. Eine echte Ganztagschule für Hessen flächendeckend ergibt 6.800 Lehrer. Gemeinschaftsschulen erhalten 20 bis 25 % mehr Lehrerbeteiligung. Das sind 2.000 Stellen. Schulen mit vielen ausländischen Kindern müssen mehr Lehrer erhalten. Das hat Frau Ypsilanti gesagt. Das sind 1.000 Stellen. Der Kollege Schmidt erklärt am 12.12.2007, 2.500 zusätzliche Lehrer für die Grundschulen seien notwendig. Das macht zusammen in der Summe 18.300 Lehrerstellen, die Sie im Wahlkampf versprochen haben.

Ich komme zum letzten Satz. Wenn wir heute gemeinsam zu dem Ergebnis kommen, dass das überhaupt nicht finanzierbar ist, sondern dass wir uns wirklich darauf eini-

gen müssen, Stück für Stück weitere Verbesserungen zu erzielen, dann wären wir einen Riesenschritt weiter. Aber dazu brauchen wir eine entsprechend solide Finanzierung und keinen Populismus.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Irmer. Nun hat sich Frau Kollegin Habermann zu einer Kurzintervention zu Wort gemeldet.

#### **Heike Habermann (SPD):**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Irmer, dass Sie nicht rechnen können, haben wir in den letzten Jahren immer wieder dann gemerkt, wenn Sie davon gesprochen haben, dass die Unterrichtsgarantie in Hessen erfüllt ist.

(Michael Boddenberg (CDU): Das verstehe ich jetzt nicht! Das müssen Sie mal erklären!)

Insofern hätten Sie sich heute die Zahlen, die Sie angeblich unserem Programm entnommen haben, auch schenken können.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das war aus der Presseerklärung!)

Ich will Ihnen lieber noch ein paar andere Zahlen vorhalten. Es wäre nett gewesen, wenn Sie letzte Woche nicht den Weg nach Hause in den Lahn-Dill-Kreis angetreten hätten, sondern wenn Sie den Grundschullehrern in Hessen einmal zugehört hätten, was sie über die Situation in den hessischen Grundschulen zu berichten haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

500 von ihnen haben einen Brief an den Kultusminister geschrieben, in dem sie darauf hinweisen, dass die Klassen zu groß sind. Das trifft nicht nur auf wenige Einzelfälle zu, sondern das trifft zumindest auf alle Ballungsgebiete und Großstädte zu. Sie haben darauf hingewiesen, dass die Zuweisung der Differenzierungsstunden, die laut Stundentafel zwei pro Klasse betragen soll, inzwischen bei 0,7 angekommen ist. Das heißt, dass hier entgegen der Verordnung in den letzten Jahren Lehrerbeteiligung abgebaut worden ist. Dieser Kultusminister hat den Brief bis heute noch nicht einmal beantwortet. Deswegen haben wir uns die Mühe gemacht – und das haben wir gerne gemacht –, über diese Situation in Hessen mit den Grundschullehrkräften zu diskutieren.

Was das betrifft, was Sie über unsere Wahlversprechen gesagt haben, ist die Zeit zu kurz, Herr Irmer, um all diesen Unsinn auseinanderzuklämüern, den Sie eben vorgechnet haben. Aber zur Unterrichtsgarantie plus sage ich Ihnen klipp und klar: Das, was wir in das Gesetz geschrieben haben, bedeutet, dass es keinen Unterricht ohne Lehrkräfte mehr gibt, und wir warten sehnlichst darauf, dass die entsprechende Verordnung und die Ausführungsbestimmungen für die Schulen kommen,

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

die bis heute nicht wissen, was ihnen an Möglichkeiten –

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Frau Kollegin Habermann, Sie müssten zum Schluss kommen. Die Redezeit ist abgelaufen.

**Heike Habermann (SPD):**

Wenn ich noch diesen Satz zu Ende bringen dürfte, bin ich auch schon am Schluss.

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Frau Kollegin Habermann, die Zeit ist überschritten. Ich habe einen Punkt abgewartet. Ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

**Heike Habermann (SPD):**

Sie wissen bis heute nicht, was ihnen an Möglichkeiten durch diese Gesetzesänderung zukommen. – Vielen Dank.

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herzlichen Dank. – Herr Irmer hat die Gelegenheit zur Antwort.

**Hans-Jürgen Irmer (CDU):**

Frau Kollegin Habermann, ich weiß nicht, warum Sie das als Unsinn bezeichnen, wenn ich Sie zitiere. Sie haben am 28.11.2007 in der „FAZ“ öffentlich erklärt, keine Klasse in Hessen dürfe mehr als 25 Kinder haben. Das sind umgerechnet 4.000 Stellen. Das haben Sie den Leuten vor der Wahl versprochen.

(Zuruf der Abg. Heike Habermann (SPD))

Der Kollege Schmitt hat am 12.12.2007 öffentlich erklärt: Wir wollen für die Grundschulen 2.500 zusätzliche Lehrer. – Von allem anderen ganz zu schweigen. Das haben Sie versprochen. Wenn Sie sich jetzt hier hinstellen und das hohe Lied auf die Grundschulen singen, möchte ich Sie gern noch einmal daran erinnern, was wir vorgefunden haben.

Die Jahreswochenstundentafel betrug im Jahr 1999 87 Jahreswochenstunden. Diese Jahreswochenstunden sind in der Klasse 1 bis 4 gegeben worden. Wir haben das auf 92 Stunden erhöht. Diese 87 Stunden standen theoretisch auf dem Stundenplan, aber tatsächlich haben Schüler 78 oder 79 Stunden bekommen. Heute bekommen sie 92, verteilt auf die vier Schuljahre. Das heißt im Klartext: Ein hessischer Grundschüler, der heute die Grundschule nach der Klasse 4 verlässt, hat effektiv über ein Dreivierteljahr mehr Unterricht als während Ihrer Regierungszeit gehabt.

(Beifall bei der CDU)

Das hat etwas mit Recht auf Bildung und mit der Qualität von Bildung zu tun. Deshalb brauchen wir uns nicht von Ihnen vorhalten zu lassen, dass wir dort noch Defizite hätten. Sie würden es sich auf die Fahnen schreiben, wenn es Ihnen gelungen wäre, so viele Lehrer einzustellen, wie wir es getan haben. Es ist nicht wegzudiskutieren, dass insgesamt die Zahl pro Klasse im Schnitt gesunken ist, was nicht ausschließt – ich wiederhole mich –, dass es sehr

wohl Einzelfälle gibt, wo die Klassen zu groß sind. Daran müssen wir arbeiten.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Irmer. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Kultusminister Banzer das Wort.

**Jürgen Banzer, Minister der Justiz, zugleich mit der Leitung des Kultusministeriums beauftragt:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst zu den Zahlen. Es ist gar nicht so einfach, den Antrag der LINKEN in Zahlen zu übersetzen, weil er ein bisschen unklar ist. Aber wenn wir richtig und eher vorsichtig rechnen und das nicht im Interesse von noch kleineren Klassen ausrechnen, kommen wir auf einen Bedarf von zusätzlichen 9.000 Lehrern. 9.000 Lehrer sind 440 Millionen €. Dazu kommt das, was Sie sich noch für die Kindergärten wünschen. Das sind rund 200 Millionen €. Es geht also nicht um 400 Millionen, sondern gut und gern um 650 Millionen €. Dass das unrealistisch ist hat jeder Redner außer Ihnen gesagt. Ich glaube, darüber müssen wir gar nicht weiter reden. Das ist schade um die Zeit.

Trotzdem fand ich die Diskussion sehr nützlich, weil sie deutlich macht, dass die Diskussion im Bereich von Bildungspolitik immer mehr eine Ressourcendiskussion wird. Das wird eine sehr schwierige Fragestellung werden, weil die einzelnen Punkte adressiert sind. Herr Irmer hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es in Hessen noch nie so viele Lehrerinnen und Lehrer gegeben hat wie gegenwärtig. Man könnte jetzt noch ergänzen, dass es aber schon deutlich mehr Schülerinnen und Schüler als gegenwärtig in Hessen gegeben hat. Uns muss nachdenklich machen, dass, obwohl wir so viele Lehrerinnen und Lehrer wie noch nie in der Geschichte Hessens haben und deutlich weniger Schülerinnen und Schüler haben, allgemein die Auffassung besteht, dass wir noch mehr Lehrerinnen und Lehrer brauchen. Man könnte auch insgesamt von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im hessischen Bildungswesen sprechen, weil es auch um andere Stellen wie Schulpsychologen, Verwaltungskräfte oder Sozialarbeiter geht. Das ist eine ganz große Palette von Bedarfen, die für unsere Schulen besteht.

Dann kommen wir zu einer Diskussion, in der wir uns auch einmal mit den Schülerinnen und Schülern des Jahres 2008 beschäftigen müssen. Wir müssen uns schon Gedanken darüber machen, warum denn das Problem so groß ist. Wir werden auch nicht daran vorbeikommen, über Elternhäuser reden zu müssen und darüber zu diskutieren, warum aus den Elternhäusern inzwischen Schülerinnen und Schüler gekommen sind, für die die bisherige Lehrerfrequenz nicht mehr ausreichend ist.

Wir müssen uns Gedanken darüber machen, wie wir darauf einwirken können. Daraus folgt für mich auch, dass wir – und das macht das Konzept so schwierig – mit den bisherigen Überlegungen, wie wir Lehrer zuweisen und wie wir Schule insgesamt organisieren, in Zukunft Schwierigkeiten haben werden. Denn wir müssen sehr viel mehr differenzieren.

In den Ballungsräumen haben wir eine ungewöhnlich inhomogene Schülerschaft. Zur Schülerschaft habe ich eben das gesagt, was ich gemeint habe. Wir haben auch – und das hat etwas mit Demografie zu tun – Landstriche in

Hessen, bei denen wir, wenn wir optimale Schüler-Lehrer-Relationen anstreben würden, Schule nicht organisieren könnten. Denn dort gibt es zu wenige Schülerinnen und Schüler.

Wir werden also nicht mit dem einen Konzept für Sozialindizes oder Schulformen hinkommen. Frau Henzler hat eben davon gesprochen, dass wir auch die regionale Einbettung besprechen müssen. Wir können es auch deutlicher benennen. Wir brauchen einen demografischen Faktor. Das, was wir – vereinfacht gesagt – in Südhessen wahrscheinlich brauchen, um mehr fördern und differenzieren zu können, brauchen wir in Nordhessen, um dort noch Schule in zumutbarer Weise vorhalten zu können.

Das macht es schwierig, und das macht die Schule von morgen doppelt teuer. Deswegen kann es sein, dass wir mit den gleichen Ressourcen weniger erreichen können, als wir in den vergangenen Jahren erreichen konnten. Dazu kommt die Notwendigkeit, darüber nachzudenken, wie man Schule organisiert.

Als Kultusminister bin ich trotzdem dankbar, dass wir über solche Fragen reden, weil ich glaube, dass uns das weiterführt. Für mich gibt es gar keine Zweifel, dass wir zum kommenden Schuljahr zusätzliche Stellen brauchen. Ich glaube nicht, dass wir mit wesentlich unter 1.000 zusätzlichen Stellen auskommen können, um die Situation von Schule für die nächsten Jahre überhaupt sichern zu können.

Das wird aber nicht so toll werden. Wir werden zwar den Einstieg in die maximale Klassengröße von 30 Schülern, was wir bei G 8 geschafft haben, und den weiteren Einstieg im Bereich der Hauptschule, wo wir die Zahl der Schüler pro Klasse ebenfalls reduzieren konnten, weiter fortschreiben. Aber wenn wir außerdem Ganztagschulen, gemeinsamen Unterricht, Förderung und Differenzierung betreiben wollen, dann wird das angesichts der bestehenden Bedarfe sehr eng werden.

Deswegen sage ich noch einmal: Wer in solche Diskussionen und Verhandlungen, wie sie DIE LINKE mit ihrer Forderung nach 9.000 zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrern und 200 Millionen € für die Kindergärten vor sich hat – das wäre wohl ein Fall für die Anwendung des Konnexitätsprinzips, wie Sie das hier beantragt haben –, dem wünsche ich interessante und fantasiereiche Gespräche. Wir werden uns anschauen, was von diesen 9.000 Stellen tatsächlich übrig bleibt, und wir weisen darauf hin, dass Politik auch etwas damit zu tun hat, dass man das Machbare formuliert. Es ist gar nicht so einfach, die große Protestpartei sein zu wollen und ein bisschen mitregieren zu wollen – ein spannendes Experiment, das scheitern wird.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Minister. – Das Wort hat Frau Kollegin Henzler für die FDP-Fraktion.

#### **Dorothea Henzler (FDP):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will uns gar nicht lange von der Mittagspause abhalten.

Bei der Rede von Herrn Minister Banzer ist mir eines sehr deutlich geworden. Er hat zum einen daran erinnert, dass sich viele Dinge in den Elternhäusern verändert haben

und dort vieles nicht mehr gemacht wird, wodurch Probleme in der Schule auftreten. Das zeigt doch sehr deutlich, dass wir Schule nicht ohne die vorschulischen Bildungseinrichtungen betrachten können.

(Beifall bei der FDP)

Entscheidend ist: Was tun wir in den Kindertagesstätten? Sehen wir sie in einem Komplex mit den Schulen verbunden? Wir müssen sehr viel früher anfangen, die Eltern in die Erziehung einzubinden. Wenn wir es erst dann tun, wenn die Kinder sechs Jahre alt sind, ist es einfach schon zu spät. Das muss sehr, sehr viel früher geschehen. Deshalb noch einmal mein Appell, Schule nicht alleine, sondern Schule und vorschulische Bildung als zusammengehörig zu betrachten.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Henzler.

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Es ist vorgeschlagen, den vorliegenden Antrag dem Kulturpolitischen Ausschuss, federführend, und dem Sozialpolitischen Ausschuss sowie den Haushaltsausschuss, mitberatend, zu überweisen. – Da ich keinen Widerspruch sehe, verfahren wir so.

Wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Ich unterbreche die Sitzung und wünsche allen einen guten Appetit. Wir sehen uns um 14 Uhr wieder.

(Unterbrechung von 13.04 bis 14.04 Uhr)

#### **Vizepräsident Hermann Schaus:**

Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie recht herzlich zu unserer heutigen Nachmittagsitzung.

Es ist noch eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ein **Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Abbau des rechtswidrigen „Hüttendorfs“ im Kelsterbacher Wald durch DIE LINKE, Druck. 17/705**. Wird die Dringlichkeit bejaht?

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Nein!)

– Nein? – Herr Wintermeyer, zur Geschäftsordnung bitte.

#### **Axel Wintermeyer (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will, damit wir ihn jetzt gleich behandeln können, die Dringlichkeit und vor allem die Eilbedürftigkeit dieses Dringlichen Entschließungsantrags begründen. Dazu verlese ich zunächst einen Auszug aus einer Pressemitteilung des Magistrats der Stadt Kelsterbach, aus der die Dringlichkeit hervorgeht. Ich zitiere:

Die Stadt Kelsterbach hat die Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag mit Schreiben vom 24. September aufgefordert, ihre Hütte im Kelsterbacher Stadtwald unverzüglich abzubauen und das Baumaterial zu entfernen. Diese Hütte wurde in den zurückliegenden Tagen errichtet und soll am 28. September eröffnet werden. Der Magistrat der Stadt Kelsterbach stellt hierzu fest, dass diese Hütte illegal errichtet wurde. Weder wurde ein Bauantrag zur Errichtung der Hütte bei der Stadt Kelsterbach gestellt, noch wurde mündlich oder schriftlich eine solche Hütte angekündigt. Die Stadt Kelsterbach

als Gemarkungsinhaberin und als Grundstückseigentümerin verwahrt sich gegen eine solche ungesetzliche Vorgehensweise und verlangt daher die unverzügliche Räumung dieser Hütte.

Die Eilbedürftigkeit und auch die sofortige Behandlung unseres Antrags ergeben sich aus folgendem Gesichtspunkt. Mit der Errichtung der Hütte der Fraktion DIE LINKE – das ist ein Fraktionsbüro der LINKEN – wird ein illegaler Zustand verfestigt. Dies muss sofort gestoppt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Eilbedürftigkeit und auch die Notwendigkeit einer sofortigen Behandlung unseres Entschließungsantrags sind gegeben, weil wir gestern im Hessischen Landtag klar und eindeutig gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE beschlossen haben, dass dieser illegale Zustand unverzüglich zu beenden ist. Wenn sich der Hessische Landtag noch ernst nimmt, muss er jetzt darüber debattieren und einen klaren Beschluss fassen. Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Eilbedürftigkeit ist auch deswegen gegeben, weil die Räumungsfrist in wenigen Stunden abläuft und dann die Entscheidung zu treffen ist, ob die Polizei das Räumungsbegehren der Stadt Kelsterbach – diese Verfügung wurde übrigens von einem Ersten Stadtrat der SPD unterzeichnet – umsetzen muss. Wir sind es unseren Polizisten schuldig, sie davon in Kenntnis zu setzen, wie der Hessische Landtag zu dieser Räumungsverfügung steht.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Hermann Schaus:**

Herr Wintermeyer, ich bitte Sie, nur zur Geschäftsordnung zu sprechen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das funktioniert doch nicht! – Zurufe von der CDU)

#### **Axel Wintermeyer (CDU):**

Ich spreche über die Eilbedürftigkeit, Herr Vizepräsident Schaus.

Ich mache gleich bei Ihnen weiter, und das betrifft nicht Ihre Funktion als Vizepräsident, sondern Ihre Funktion als Abgeordneter. Wir halten den Antrag deshalb für so eilbedürftig, dass wir sofort darüber diskutieren müssen, weil Sie in Ihrer Funktion als Abgeordneter gestern von Verabredungen mit der Stadt Kelsterbach gesprochen haben, die die Errichtung der Hütte betreffen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was soll denn das jetzt? – Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Gegenruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Zuhören!)

#### **Vizepräsident Hermann Schaus:**

Herr Wintermeyer, ich bitte Sie nochmals, zur Geschäftsordnung und zur Eilbedürftigkeit zu sprechen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Er spricht zur Dringlichkeit!)

Ansonsten werden ich Ihnen leider das Wort entziehen müssen.

(Zurufe)

#### **Axel Wintermeyer (CDU):**

Die Eilbedürftigkeit ist deswegen gegeben, weil dort, wie gesagt, eine Aussage im Raum steht, die wir dokumentieren wollen. Wir wollen wissen, ob Frau Ypsilanti gestern Abend mit Herrn Gysi auch über diese Frage gesprochen hat. Sie hat sich nämlich gestern Abend mit ihm getroffen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Reinhard Kahl (SPD): Das hat Koch doch auch! – Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

#### **Vizepräsident Hermann Schaus:**

Wir sind in einer Geschäftsordnungsdebatte. Im Rahmen dieser Geschäftsordnungsdebatte erteile ich Herrn Kahl für die SPD-Fraktion das Wort.

(Fortgesetzte Zurufe von der SPD und der LINKEN)

#### **Reinhard Kahl (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Wintermeyer, die Aufregung können Sie sich ein Stück weit schenken. Gestern Abend hat wohl auch ein Gespräch zwischen Herrn Gysi und Herrn Koch stattgefunden. Das haben wir nicht kritisiert.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Zurufe von der SPD)

– Ach, das war ein Streitgespräch. Wunderbar.

(Norbert Schmitt (SPD): Das war ja gar nicht öffentlich! Ein geheimes Gespräch! – Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Herr Kollege Wintermeyer, dieser Hinweis ging wohl wieder einmal völlig daneben.

Wir hatten hier gestern eine intensive Debatte über das Hüttendorf. Wir hatten am Ende der Debatte eine Abstimmung mit einem klaren Ergebnis. Der Landtag hat sich zu dem Hüttendorf klar geäußert. Herr Kollege Wintermeyer, wir hatten ganz klare Abstimmungen dazu.

(Norbert Schmitt (SPD): Ja, eben!)

Die große Mehrheit des Hessischen Landtags hat sich klar dazu geäußert und den Ziffern 1 und 2 Ihres Antrags zugestimmt.

(Norbert Schmitt (SPD): Mit den Stimmen der SPD! – Zurufe von der CDU)

Somit haben wir nichts zurückzunehmen. Das, was jetzt von Ihnen kommt, ist überhaupt nichts Neues. Wir haben uns klar dazu geäußert und deutlich gemacht, wie der Landtag dazu steht.

Jetzt hat die Stadt Kelsterbach von ihrem Recht Gebrauch gemacht, zu handeln. Das haben wir nicht zu kommentieren. Der Hessische Landtag hat gestern deutlich gemacht, wie er dazu steht.



Herr Kollege Wintermeyer, Ihnen geht es in dem Zusammenhang doch gar nicht um die Sache, das wissen wir sehr genau.

(Zurufe von der CDU)

Aufgrund der Tatsache, dass der Hessische Landtag gestern mit großer Mehrheit einen klaren Beschluss gefasst hat, gibt es heute keine neuen Erkenntnisse, die es rechtfertigen, die Behandlung eines Dringlichen Entschließungsantrags auf die Tagesordnung zu setzen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Zurufe von der CDU)

#### **Vizepräsident Hermann Schaus:**

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, die Zwiegespräche einzustellen.

Zur Geschäftsordnung erteile ich nun Herrn Kollegen Wagner das Wort. Ich darf allerdings noch einmal darauf hinweisen, dass wir uns in einer Geschäftsordnungsdebatte befinden.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist Ihnen unangenehm, das ist doch klar!)

#### **Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch wenn man es dem ersten Redebeitrag nicht angemerkt hat, befinden wir uns in einer Geschäftsordnungsdebatte. Es geht um die Frage, ob das, was die CDU-Fraktion hier gemeinsam mit der FDP-Fraktion eingereicht hat, ein Dringlicher Antrag ist, der unverzüglich behandelt werden muss. Mit dieser Frage will ich mich in großer Ruhe und Gelassenheit beschäftigen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Dringliche Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP ist nahezu wortgleich mit einem Dringlichen Entschließungsantrag, den dieses Haus gestern intensiv beraten und über den es entschieden hat. Ich kann nicht erkennen, warum das heute wieder dringlich sein soll, hat doch der Hessische Landtag vor etwas mehr als 24 Stunden eine Debatte darüber geführt und darüber entschieden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Wintermeyer, bei der Debatte zur Geschäftsordnung geht es ausschließlich um die Frage, ob dieser Antrag dringlich ist oder nicht. Ich glaube, man kann eines mit Fug und Recht sagen. Eigentlich könnten das auch die Mitglieder der Fraktionen der CDU und der FDP sagen. Herr Kollege Wintermeyer, ein Antrag, der wortgleich mit einer Initiative ist, die in diesem Parlament vor etwas mehr als 24 Stunden intensiv beraten und über die entschieden wurde, ist mit Sicherheit nicht dringlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern habe ich in Ihren Ausführungen – –

(Zurufe von der Regierungsbank)

– Jetzt wird auch noch von der Regierungsbank dazwischengerufen. Herr Staatsminister Grüttner, ich bedanke

mich ausdrücklich für die wohlwollende Begleitung meiner Rede.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Zur Geschäftsordnung!)

– Zur Geschäftsordnung sprechend, weise ich darauf hin, dass Zwischenrufe von der Regierungsbank unzulässig sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Das verschafft mir Zeit, zur Geschäftsordnung zu reden. Das ist sicherlich gut.

Herr Kollege Wintermeyer hat für die CDU die Dringlichkeit des Antrags bejaht. Wahrscheinlich hat er das für die FDP-Fraktion gleich mit gemacht. Denn Herr Kollege Rentsch hat sich noch nicht einmal zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das war jetzt peinlich!)

Er hat in seiner Begründung vieles gesagt. Er hat aber relativ wenig zur Geschäftsordnung gesprochen.

#### **Vizepräsident Hermann Schaus:**

Herr Wagner, ich darf Sie daran erinnern, dass die Redezeit zur Geschäftsordnung drei Minuten beträgt. Ich bitte Sie, zum Ende Ihrer Rede zu kommen.

#### **Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, auch wenn die Uhr gerade eben erst angestellt wurde, akzeptiere ich das selbstverständlich.

Wir haben vor etwas mehr als 24 Stunden über das Thema geredet. Dringlichkeit ist nicht zu erkennen. Deshalb werden wir die Dringlichkeit ablehnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

#### **Vizepräsident Hermann Schaus:**

Vielen Dank. – Eine weitere Wortmeldung zur Geschäftsordnung liegt mir von Herrn Kollegen Rentsch vor. Er erhält für die FDP-Fraktion das Wort.

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokraten und der GRÜNEN, gestern fiel hier das Wort Deeskalation. Herr Kollege Wintermeyer hat gerade zu Recht auf die Dringlichkeit des Entschließungsantrags hingewiesen. In wenigen Stunden läuft die Frist ab. Dann besteht die Möglichkeit, das Fraktionsbüro der LINKEN zwangsweise räumen zu lassen.

Ich muss wirklich sagen: Wir sollten hier jeden Versuch unternehmen, an den Verstand der Mitglieder der LINKEN zu appellieren, damit wir das unseren Polizisten nicht zumuten müssen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Kollege Al-Wazir, Sie haben sich gestern als der große Deeskalierer dargestellt. Sie haben gestern sehr für Deeskalation geworben. Ich glaube, die GRÜNEN und die Sozialdemokraten sollten wissen, dass man die Be-

schlüsse des Landtags ernst nehmen sollte. Heute soll von hier aus alles unternommen werden, damit es nicht zur Eskalation kommt. Deswegen ist der Entschließungsantrag dringlich.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsident Hermann Schaus:**

Herr Kollege Rentsch, vielen Dank. – Mir liegt keine weitere Wortmeldung zur Geschäftsordnung vor.

Ich lasse über die Dringlichkeit des Entschließungsantrags abstimmen. – Ich bitte, einen kleinen Moment warten zu dürfen. Ich will den Mitgliedern der Regierung die Gelegenheit geben, ihre Plätze einzunehmen.

Wer der Dringlichkeit des Entschließungsantrags, Drucks. 17/705, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Dann stelle ich fest, dass der Antrag auf Dringlichkeit mit den Stimmen der SPD, der GRÜNEN und der LINKEN abgelehnt wurde. Der Dringlichkeit zugestimmt haben die Mitglieder der Fraktionen der CDU und der FDP. Vielen Dank.

(Zuruf: Dann machen wir es anders!)

Herr geschäftsführender Ministerpräsident, die Geschäftsordnung ist mir durchaus geläufig. Vielen Dank für den Hinweis. Ich erteile Herrn Staatsminister Bouffier das Wort zu einer **Regierungserklärung**.

(Norbert Schmitt (SPD): Eine geschäftsführende Regierungserklärung!)

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich hätte Sie gerne im Rahmen einer Debatte unterrichtet. Das ist nicht möglich, weil die Dringlichkeit versagt wurde. Ich halte es jedoch für richtig, Sie über eine bedeutsame Angelegenheit zu unterrichten. Ich halte es insbesondere für notwendig, Sie zu unterrichten, weil es ganz unmittelbar um eine Angelegenheit dieses Parlaments geht. Das betrifft jedenfalls einen Teil des Parlaments unmittelbar.

Ich habe eben in der Debatte gehört, Dringlichkeit sei eigentlich nicht gegeben, weil wir das gestern alles schon einmal diskutiert hätten.

(Reinhard Kahl (SPD): Wir haben dazu beschlossen!)

– Herr Kollege Kahl, wir haben dazu auch etwas beschlossen. – Es gibt einen neuen Sachverhalt. Dadurch ist der Sachverhalt anders als gestern.

Der Magistrat der Stadt Kelsterbach hat am 24. September 2008, das geschah also gestern, an die Landtagsfraktion DIE LINKE in Wiesbaden ein Schreiben gerichtet, aus dem ich nun auszugsweise zitiere:

Die Stadt Kelsterbach ist Eigentümerin des oben angeführten Grundstücks und hat ihre Zustimmung weder zur Errichtung der oben genannten baulichen Anlagen

– da geht es um die Hütte –

noch zur Durchführung von Veranstaltungen erteilt. Eine nachträgliche Genehmigung für die Errichtung der Hütten bzw. eine Genehmigung zur

Durchführung der genannten Aktivitäten am 28.09.2008

– da geht es um die „berühmte“ Eröffnung –  
erteilt die Stadt Kelsterbach nicht.

An anderer Stelle heißt es – das ist wichtig –:

Die Stadt Kelsterbach als Grundstückseigentümerin fordert die LINKE-Fraktion im Hessischen Landtag hiermit auf, die auf dem oben genannten Grundstück der Stadt Kelsterbach widerrechtlich errichtete Hütte unverzüglich,

– hören Sie jetzt gut zu –

d. h. bis spätestens 26.09.08,

– das ist morgen –

abzubauen und das Baumaterial vom Grundstück und aus der Stadt Kelsterbach zu entfernen.

Es folgen weitere Ausführungen.

Mir fällt es schwer, zu verstehen, dass das kein neuer Sachverhalt sein soll.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir stehen schlichtweg vor folgender Fragestellung. Da hat es etwas gegeben, was ich bereits gestern für rechtswidrig gehalten habe. Nun hat der Eigentümer mit unmissverständlichem Fristablauf am morgigen Tag zur Räumung aufgefordert.

(Norbert Schmitt (SPD): Dazu haben wir erst gestern etwas beschlossen!)

Heute besteht in der Plenarsitzung für die Fraktion DIE LINKE Gelegenheit, sich klar und eindeutig zu erklären.

(Zurufe von der FDP – Gegenrufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Meine Damen und Herren, ich verstehe die Unruhe nicht. Es ist ein sehr ernster Sachverhalt. – Der Abg. Schaus hatte gestern in seiner Funktion als Sprecher seiner Fraktion erklärt, man handele als Landtagsfraktion DIE LINKE in Übereinstimmung mit der Grundstückseigentümerin Stadt Kelsterbach.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): So steht es im Protokoll!)

Das können Sie im Protokoll der gestrigen Sitzung nachlesen. Ich stelle fest, dass dies nicht zutrifft. Die Frage, die ich als verantwortlicher Innenminister insbesondere an die betroffene Fraktion vor dem Hause stellen muss: Sind Sie bereit, hier jetzt klar und eindeutig zu erklären, dass Sie der Aufforderung der Grundstückseigentümerin nachkommen, räumen und nichts eröffnen, oder setzen Sie auf Konfrontation, auf Eskalation oder Rechtsbruch? Diese Antwort wollen wir heute haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich will keinen Zweifel daran lassen, gerade weil es jedenfalls in meinen Erinnerungen so ist – ich bin seit 1982 in diesem Hause –, dass es so einen Sachverhalt nicht schon einmal gegeben hätte, dass ein Teil dieses Parlaments Gegenstand polizeilicher Maßnahmen sein würde.

(Axel Wintermeyer (CDU): Unglaublich!)

Herr Al-Wazir, Sie brauchen die Augen nicht zu verdrehen. Es ist schon eine schwierige Situation. Dieses Parla-

ment hat sich gestern in großer Übereinstimmung geäußert.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine breite?)

Nur lasse ich keinen Zweifel daran: Solange ich

(Zurufe der Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP) und Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– jetzt hören Sie gut zu – die Verantwortung als verantwortlicher Innenminister trage, werde ich in engster Abstimmung mit der Stadt Kelsterbach als Grundstückseigentümerin nicht zulassen, dass offensichtlicher Rechtsbruch geduldet wird. Das ist meine Aufgabe.

(Beifall bei der CDU, der FDP und bei Abgeordneten der SPD – Günter Rudolph (SPD): Das ist Ihre Pflicht!)

– Herr Kollege Rudolph, ich bedanke mich für den Zwischenruf. Das ist in der Tat meine Aufgabe. – Unsere gemeinsame Aufgabe als Parlament ist es, den Beamtinnen und Beamten der hessischen Polizei klar zu sagen, was wir von diesem ganzen Kram halten.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Der Sachverhalt bietet alle Gelegenheiten, sämtliche Zweifel auszuräumen.

(Reinhard Kahl (SPD): Das haben wir gestern gemacht!)

Er bietet der Fraktion DIE LINKE alle Gelegenheit, alle Zweifel auszuräumen. Wenn Sie diese Erklärung heute abgeben, ist der Fall erledigt. Dann müssen wir nur schauen, ob Sie auch abbauen. Wenn Sie dies nicht tun, dann bietet es Gelegenheit, allen Zweifel derjenigen auszuräumen, die sich anschicken, gemeinsam zu agieren.

(Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN: Aah!)

– Genau, Herr Kollege Kahl. Deshalb möchte ich Ihnen etwas vorlesen.

(Norbert Schmitt (SPD): Ein richtiger Schauspieler!)

Im „Tagesspiegel“ vom 25.09.2008, also von heute, wird Frau Ypsilanti zitiert. Es geht dort um die strafrechtliche Würdigung verschiedener Telefongespräche, jedenfalls eines ganz besonderen, als ein vermeintlicher Herr Münterfering angerufen hat.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Der war auch noch schlecht!)

Es geht dann um die Frage, warum Sie in diesem Sachverhalt Strafantrag gestellt haben.

(Clemens Reif (CDU): Ich hätte ihn erkannt!)

Sie haben darauf – nach Zitat – wie folgt darauf geantwortet.

(Petra Fuhrmann (SPD): Können wir uns einmal mit Inhalten auseinandersetzen? – Marjana Schott (DIE LINKE): Worum reden wir eigentlich?)

Wer bestehende Regeln bricht ...

Damit Sie es alle wissen, lese ich es noch einmal vor.

Wer bestehende Regeln bricht und auf Milde hofft, ist naiv oder frech.

Das sagt Ypsilanti an die Adresse von „ffn“.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD)

Frau Ypsilanti, Sie haben jetzt alle Gelegenheiten, alles klarzustellen. Wer offensiv ganz bewusst auf Konfrontation setzt, der Grundstückseigentümerin widerrechtlich nicht folgt,

(Reinhard Kahl (SPD): Woher wissen Sie das?)

der hat sozusagen Anspruch darauf, dass die Vorsitzende der SPD-Fraktion und diejenigen, die in diesem Land regieren wollen, heute klipp und klar sagen: Ich erwarte von der LINKEN, dass sie der vom Magistrat der Stadt Kelsterbach ausgesprochenen Aufforderung nachkommt, unverzüglich diesen rechtswidrigen Zustand zu beenden.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Wenn Sie dies jetzt nicht tun, dann wird man seine Schlüsse daraus ziehen.

(Lachen bei der SPD – Petra Fuhrmann (SPD): Och je!)

Aber seien Sie versichert, solange diese Regierung die Verantwortung trägt, werden wir in Abstimmung mit der Grundstückseigentümerin nicht zulassen, dass eine Fraktion bewusst das Recht bricht und die andere versucht, sich an diesem Thema vorbeizumogeln. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Hermann Schaus:**

Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat eine Regierungserklärung abgegeben. Ich frage die parlamentarischen Geschäftsführer – ich eröffne die Aussprache darüber.

(Reinhard Kahl (SPD): Wieso? Das ist eine Regierungserklärung außerhalb der Tagesordnung!)

Wird die Aussprache zu einer Regierungserklärung gewünscht? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann ist die Regierungserklärung abgegeben und der Punkt abgeschlossen.

(Zurufe von der CDU)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 42** auf:

**Antrag der Fraktion der FDP betreffend Durchführung einer Anhörung zur Situation der Privatschulen in Hessen – Drucks. 17/622 –**

gemeinsam mit dem **Tagesordnungspunkt 49:**

**Antrag der Fraktion der CDU betreffend Ja zu Schulen in freier Trägerschaft – Drucks. 17/655 –**

Für die antragstellende Fraktion erhält die Kollegin Henzler das Wort.

#### **Dorothea Henzler (FDP):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist natürlich nicht so ganz einfach.

(Unruhe)

**Vizepräsident Hermann Schaus:**

Entschuldigung, Frau Kollegin. – Ich bitte doch um Ruhe und vor allen Dingen darum, die Gespräche, die jetzt stattfinden, nach draußen ins Foyer zu verlagern. Frau Henzler, Sie haben das Wort.

(Norbert Schmitt (SPD): Der Innenminister muss noch ein paar Regieanweisungen geben, das muss man doch verstehen! – Gegenruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU): Rede nicht so einen Stuss!)

– Entschuldigung. Ich bitte, der Kollegin Henzler zuzuhören. – Frau Henzler, Sie haben das Wort.

**Dorothea Henzler (FDP):**

Vielen Dank, Herr Präsident. – Wir wollen jetzt zu einem Sachthema zurückkommen, das mit Schule und Bildung zu tun hat. Ich glaube, es passt danach ganz gut. Herr Kollege Schmitt, es ist unhöflich und ungebildet, mir so ins Wort zu fallen und darüber den Herrn Minister anzuschreien. Ich denke, ein bisschen Gerechtigkeit und Ausübung von Rechtsstaatlichkeit ist auch etwas ganz Wichtiges, was zum Thema Bildung gehört. Wir sollten uns ernsthaft überlegen, ob das Thema Rechtsstaat in unseren Schulen nicht doch sehr viel mehr zum Thema gemacht werden muss – nach dem, was wir hier erlebt haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich begrüße außerdem auf der Tribüne die Vertreter von Privatschulverbänden.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

– Ja, Herr Schmitt, immer mit der Ruhe, eins nach dem anderen. Es geschieht schon alles. Hören Sie mir nur ruhig zu, dann können Sie ihren Puls wieder runterfahren, und es geht alles in bester Ordnung.

(Norbert Schmitt (SPD), seinen Arm ausstreckend: Wollen Sie einmal fühlen? – Gegenruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP): Norbert, du siehst aber nicht so aus!)

Also: Ich begrüße auf der Tribüne die Vertreter der Privatschulen, der Freien Alternativschulen, die Liga der Waldorfschulen, die Montessori-Schulen und das Kommissariat der Katholischen Bischöfe. Ich bin sehr froh, dass sie hierher gekommen sind, um dieser Debatte zu lauschen, denn es geht um ein sehr wichtiges Thema.

Drei Punkte haben uns bewogen, das Thema Privatschulen – oder wie es eigentlich ganz korrekt heißt: Schulen in freier Trägerschaft – in dieser Plenarsitzung zum Setzpunkt zu machen und damit diesen äußerst wichtigen Bereich der hessischen Schullandschaft der Öffentlichkeit ins Bewusstsein zu rücken.

Der Grund Nummer eins ist: Wir wollen den Privatschulen Gehör verschaffen, da sie dieses Gehör nicht mehr im Ministerium erhalten.

Heute konnten wir in einer Pressemitteilung der Freien Waldorfschulen lesen:

Wir bedauern, dass die Einrichtung eines runden Tisches mit allen Betroffenen, den wir seit über sechs Jahren fordern, vom Kultusministerium noch immer abgelehnt wird.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Axel Wintermeyer und Judith Lannert (CDU))

Grund Nummer zwei ist: Bei der Plenardebatte zur Novellierung des Ersatzschulfinanzierungsgesetzes im November 2006 haben alle Fraktionen, die damals im Parlament vertreten waren, gefordert – und das Ministerium hat das damals zugesagt –, so schnell wie möglich einen Entwurf für das Ersatzschulfinanzierungsgesetz vorzulegen, und zwar mit dem Inhalt einer grundlegenden Umstellung der Finanzierung. Bis heute ist dazu nichts geschehen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aha!)

Grund Nummer drei: Wir sehen eine ernsthafte Bedrohung der Privatschulen von links.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Bei einer rot-grün-roten Koalition in Hessen ist die Zukunft der Privatschulen massiv gefährdet. Die sehr klaren Äußerungen der Abg. Cárdenas von der LINKEN gegen die Existenz aller Privatschulen lassen das Schlimmste befürchten, nämlich einen Kahlschlag in diesem Bereich.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Die schulpolitische Sprecherin der LINKEN hat sich im Ausschuss und auch auf schulpolitischen Diskussionsveranstaltungen sehr dezidiert gegen Schulen und gegen vorschulische Einrichtungen in privater Trägerschaft ausgesprochen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Richtig!)

Im Forderungskatalog der LINKEN steht sehr deutlich die Forderung nach Abschaffung von gewinnorientierten vorschulischen Einrichtungen.

(Demonstrativer Beifall der Abg. Barbara Cárdenas (DIE LINKE) – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sie klatscht auch noch!)

Damit stellt sich die Frage – sie klatscht jetzt auch noch, wunderbar –: Was haben die LINKEN mit der traditionsreichen und gewachsenen Trägerschaft privater Betreuungseinrichtungen in Hessen eigentlich wirklich vor?

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich darf hier Herrn van Ooyen zitieren, vom Landesparteitag der LINKEN in Lollar:

Auch unser Wunsch,

– Wunsch der LINKEN –

die staatliche Einheitsschule, wird mit den GRÜNEN

– Herr Wagner –

nicht so schnell umsetzbar sein. Die haben da noch Gruppen, die gefühlsmäßig der Privatschulidee nahestehen. Also können wir uns da nicht gleich durchsetzen.

Die FDP hofft sehr, dass die GRÜNEN ihre bisher positive Haltung gegenüber den Privatschulen nicht im Hinblick auf ein unsicheres rot-rot-grünes Experiment über Bord werfen.

(Florian Rentsch (FDP): Die Gefahr besteht!)

Ich darf einmal aus einem Parlamentsantrag der GRÜNEN vom 19. April 2006 zitieren.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Tanus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Finanzierung der Ersatzschulen muss sich an dem orientieren, was auch ein Schüler einer staatlichen Schule insgesamt an tatsächlichen Kosten verursacht. ... Dafür ist zum einen eine – gegebenenfalls schrittweise – Annäherung der derzeit erstatteten Kosten an 100 % der tatsächlichen Kosten eines Schülers an einer staatlichen Schule vorzusehen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wenn Sie noch heute dazu stehen, dann kann ich Ihnen nur sagen: Dann wird es nichts mit den Dunkelroten, denn die wollen die Privatschulen abschaffen. Das ist also ein großer Spagat.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir wollen die drohende Verschlechterung der Situation der Privatschulen verhindern. Deshalb fordern wir alle demokratischen Fraktionen in diesem Hause auf, sich klar zu dem Privatschulwesen in Hessen als einer wichtigen Ergänzung für das hessische Bildungssystem zu bekennen, und dass wir uns alle für eine angemessene Unterstützung der privaten Schulen einsetzen – alle demokratischen Fraktionen hier im Hause.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Die Bedeutung der Privatschulen wächst, und es wächst auch ihre Vielfalt. Das beginnt auf der einen Seite mit dem Angebot der Waldorfschulen mit einem sehr anthroposophischen Ansatz und geht mittlerweile bis hin zu den europäischen Schulen, die mit einem bilingualen Ansatz bereits im Kindergarten beginnen. Das alles sind wichtige Ansätze und eine wichtige Bereicherung. Staatliche Schulen sollten sich das genauer anschauen und das Beste davon zum Vorbild nehmen und dem nacheifern.

Die Bedeutung der Privatschulen ist gewachsen, und auch die Anzahl der Privatschüler ist gewachsen.

(Florian Rentsch (FDP): Gott sei Dank!)

Im letzten Jahr betrug der Anstieg 3,2 %, das ist der stärkste Anstieg der letzten Jahre. Dennoch liegt Hessen mit 5,7 % Schülern an privaten Schulen unter dem Bundesdurchschnitt von 7 % und weit hinter sämtlichen europäischen Ländern.

Wir haben gerade erlebt, dass aus der Großen Koalition in Berlin ein Angriff auf Privatschulen in der Weise stattfand, dass man das Schulgeld nicht mehr steuerlich absetzen können sollte. Das ist bei den allgemeinbildenden Schulen gestoppt worden. Zum Glück haben wir uns in Hessen – natürlich bis auf DIE LINKE – darauf verständigt, dass diese steuerliche Absetzbarkeit wenigstens für die beruflichen Schulen ebenfalls erhalten bleibt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Die hessische Privatschulfinanzierung kann sich im Großen und Ganzen sehen lassen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sehr richtig!)

Sie wurde in den letzten Jahren erhöht, insbesondere seit 1999, seitdem die FDP mit der CDU zusammen regiert hat.

(Zuruf des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

Das wurde kontinuierlich weitergeführt. Trotzdem besteht dringender Handlungsbedarf, zum einen in der

Höhe der Förderung, zum anderen bei der Transparenz der Förderung.

Die Finanzierung der Privatschulen hängt sehr eng mit unserer Debatte über die eigenverantwortliche Schule zusammen. Aber die Finanzierung der Privatschulen geht noch sehr viel weiter. Zurzeit wollen wir für alle staatlichen Schulen ein Budget, in dem die verschiedenen Beiträge, die aus den staatlichen Schulämtern kommen, vom Schulträger und vom Land, zusammengeführt werden, um die Schulen dieses Budget selbst verwalten zu lassen.

Der langfristig richtige Schritt – das wäre wirklich ein großer Schritt – wäre es aber, jeder Schule pro Schüler einen angemessenen Betrag zur Verfügung zu stellen und sie damit frei wirtschaften zu lassen, gebunden an die Bildungsstandards und gemessen in einheitlichen Abschlussprüfungen. Dieses System gibt es in vielen Ländern der Welt, und alle diese Länder sind bei Pisa besser als wir.

Ein besonderes Beispiel dafür ist Schweden. Schweden ist das Land der Sozialdemokratie – und da sollten die Sozialdemokraten einmal sehr gut zuhören. Schweden hat nämlich eines der liberalsten Schulsysteme der Welt. Dort kann der Schüler zwischen allen Schulen wählen, ob staatlich, kirchlich oder privat: Immer bezahlt der Staat das gleiche Geld pro Schüler an die jeweilige Schule. Die Finanzierung der Schule ist also von der Anzahl der Schüler abhängig, die sie besuchen, und die Schule muss sich entsprechend verhalten. Ich empfehle allen die Lektüre der „FAZ Sonntagszeitung“, allerdings den Wirtschaftsteil: „Wenn Schüler ihre Lehrer wählen – das Beispiel Schweden“. Dort kann man wirklich sehr viel lernen.

Einer der privaten Schulträger aus Schweden sagt: Die Schüler sind unsere Kunden. Auf die Frage: „Wieso verdienen Sie Geld, wenn Sie genauso viel bekommen wie die staatlichen Schulen?“, antwortet er: „Bei uns bereitet nicht jeder Lehrer seine Schulstunde vor, sondern die besten Lehrer tun das für alle. Die anderen haben dann Zeit, nicht nur 20 Stunden pro Woche mit den Schülern zu arbeiten – wie Lehrer an der staatlichen Schule –, sondern 30 Stunden.“

Hier haben Sie ein Beispiel für das, was wir als Team-Teaching bezeichnen, dass sich nämlich die Lehrer eines Jahrgangs das aufteilen und einer den Unterricht für die anderen mit vorbereitet. Dazu muss ich nur sagen: Hier stehen die hessischen Schulen noch sehr weit am Anfang. Wenn man das anregt, sieht man häufig große Augen.

In Schweden funktioniert dies alles schon längst. Diese Ideen kann man von den Privatschulen abschauen und übernehmen.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Schweden hat also das, was wir immer gesagt haben, bewiesen: dass Wettbewerb auch im Bildungswesen zu besseren Ergebnissen führt. Wir sollten die Fesseln an hessischen Schulen wenigstens in kleinen Schritten lösen. Wir sollten den Mut zu Eigenverantwortung und Freiheit an staatlichen Schulen haben, denn sonst werden diese im Wettbewerb mit den privaten Bildungseinrichtungen niemals die gleichen Chancen haben.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Das alles will DIE LINKE nicht. Da Sie entgegen dem Grundgesetz die Bedingungen für die privaten Einrichtungen erschweren wollen, sage ich Ihnen: Diese werden

Sie niemals abschaffen können. Alle Eltern wollen für ihre Kinder das Beste – und manche fordern dies ausschließlich vom Staat, indem sie ihn für jeden Misserfolg verantwortlich machen und die Schuld niemals bei sich selbst suchen.

Ich weiß nicht, ob Sie das Interview mit Herrn Baumert in der „Zeit“ gelesen haben. Dieser sagt über die Rolle der Eltern, wenn es darum geht, wie Schulkarrieren später aussehen:

Denn bereits am ersten Tag nach der Geburt vergrößern sich die in die Wiege gelegten Unterschiede. Wie liebevoll Eltern für ihre Kinder sorgen, wie sie mit ihnen reden und spielen, wie sie zuhören, ob und was sie vorlesen: Alles wirkt sich im Wechselspiel mit der natürlichen Mitgift auf die Lebenschancen des Kindes aus.

Meine Damen und Herren, das kostet überhaupt kein Geld.

(Florian Rentsch (FDP): Ach!)

Wenn man sich Kindern zuwendet und ihnen vorliest, dann kostet das überhaupt kein Geld. Das ist überhaupt nicht abhängig vom Einkommen der Eltern.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Andere Eltern sind bereit, sich persönlich einzubringen und zum Wohle der Kinder auf vieles zu verzichten. An dieser Stelle geht es wiederum nicht nur ums Geld. Es geht wiederum um Zeit und Zuwendung. Gerade diese Eltern, die sich für ihre Kinder Zeit nehmen und für diese Opfer bringen, werden weiterhin, gerade wenn die linke Einheitsschule kommen wird, den Weg in die Privatschulen suchen – dann wird es in der Schullandschaft eine perfekte Selektion geben. Das will die FDP nicht.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir wollen einen Wettbewerb zwischen staatlichen und privaten Schulsystemen, und zwar – ich betone – auf Augenhöhe. Beide Systeme sind wichtig und in diesem Land unverzichtbar.

Meine Damen und Herren, wir fordern, zum Thema Privatschulen im Landtag ein Anhörungsverfahren durchzuführen, um deren Bedeutung Rechnung zu tragen, deren Zukunft zu sichern und unser gemeinsames Versprechen aus dem Jahre 2006 einzuhalten.

Der Kulturpolitische Ausschuss hat sich intensiv mit den Problemen der staatlichen Schulen beschäftigt. Nun sollten wir einem anderen Teil der Schullandschaft, der nach unserer Meinung für Hessen unverzichtbar ist, unsere Zeit widmen, und zwar den Schulen in freier Trägerschaft. Ich bitte daher um die Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Vizepräsident Hermann Schaus:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Henzler. – Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Weinmeister das Wort.

#### **Mark Weinmeister (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hessen ist nicht nur ein Land der Bildungsvielfalt, sondern vor allen Dingen ein Land der Wahlfreiheit. Neben dem vielfach gegliederten öffentlichen Schulsystem verfügen wir auch

über eine reichliche Schullandschaft in freier Trägerschaft. Wir als CDU sehen diese Schulen in freier Trägerschaft als wichtigen Faktor unseres Schulsystems an.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie sind nicht nur eine wichtige Ergänzung, sondern auch in besonderer Art und Weise ein Faktor der Weiterentwicklung unseres bestehenden Systems. Von den Schulen in privater Trägerschaft gehen immer wieder Impulse sowie neue Ideen für das staatliche Schulsystem aus; und es finden immer wieder Kooperationen statt, die beide Schulsysteme befruchten und beflügeln. Diese Qualität ist an den Schulen in privater Trägerschaft immer wieder anzutreffen. Davon kann ich mich in meinem Wahlkreis immer wieder überzeugen, denn dort gibt es drei Schulen in freier Trägerschaft, die eine hervorragende und qualitativ hochwertige Arbeit leisten.

Frau Henzler ist bereits auf die besonderen Formen der Schulen in freier Trägerschaft eingegangen. Die einzelnen Träger, wie beispielsweise die Montessori-Schulen, die Waldorfschulen sowie die Schulen in kirchlicher Trägerschaft, besitzen ganz unterschiedliche Arten der Ausprägung sowie der Inhalte, die immer wieder zu einer Belebung und Bereicherung des Schulsystems führen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dieser positive Beitrag, den ich soeben versucht habe zu skizzieren, wird von uns gewollt und anerkannt. Diese Breite aller Schulformen in allen Schulstufen und allen Ausprägungen, sei es bei den Grundschulen, Förderschulen, weiterführenden Schulen oder Berufsschulen, wollen wir in Hessen weiterhin in privater Trägerschaft haben.

(Beifall bei der CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle insbesondere die Förderschulen erwähnen. Ich habe in den verschiedensten Pamphleten der LINKEN zum Thema Privatschulen lesen können, dass Privatschulen nur dazu da seien, den Reichen und denjenigen, die sich auf der Sonnenseite des Lebens befinden, nun auch noch eine eigene Schule zu geben. Die Armen, Behinderten und Benachteiligten würden hierbei vergessen.

Herr Kollege Wagner und ich hatten vor ein paar Wochen die Möglichkeit, an Förderschulen in privater Trägerschaft Gespräche zu führen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ach!)

Wir haben festgestellt, dass dort auch Schüler unterrichtet werden, die im normalen Schulsystem nicht mehr unterrichtet werden können. Seitens der Schulen ist uns gesagt worden, sie seien für viele Kinder, die behindert oder benachteiligt seien, die letzte Chance, aufgenommen bzw. gefördert zu werden. Daher kann man nicht behaupten, dass es lediglich um privilegierte Kinder geht, sondern Schulen in freier Trägerschaft helfen gerade auch den Kindern, die benachteiligt sind und unsere Unterstützung brauchen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir, die CDU, stehen hinter den Schulen in freier Trägerschaft. Ich möchte noch einmal daran erinnern – Frau Henzler ist hierauf bereits eingegangen –, was im letzten Jahrzehnt in diesem Bereich alles passiert ist.

Als wir diese Regierung übernommen haben, hatte die rot-grüne Regierung im Jahre 1996 die Zuschüsse des Landes Hessen gekürzt. Wir haben diese Kürzungen zurückgenommen und die Zuschüsse für Schulen ohne be-

sondere pädagogische Prägung von 72,5 auf 75 % erhöht. Wir haben die Anerkennungszeit von Schulen in freier Trägerschaft auf drei Jahre begrenzt; und wir haben zusammen mit der FDP – daran kann ich mich noch genau erinnern –

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ja, ich auch!)

den Gastschulbeitrag, den es damals erst ab dem 20. Kind gab, bereits ab dem ersten Kind zur Verfügung gestellt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Im Jahre 2006 haben wir dies mit einer CDU-Regierung weiterentwickelt. Wir haben die Gastschulbeiträge von 50 auf 75 % erhöht, und wir haben den Schulen zusätzlich 10 Millionen € Investitionszuschüsse zur Verfügung gestellt. Außerdem haben wir für bewährte Träger – auf der Besuchertribüne sitzen einige Vertreter von Schulen in freier Trägerschaft, die sich bewährt haben – die Anerkennungszeit von drei Jahren bei Schulneugründungen komplett gestrichen, sodass diese von vornherein gefördert wurden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich möchte daran erinnern, dass wir in diesem Jahr in den Kulturpolitischen Ausschuss des Hessischen Landtags einen Antrag eingebracht haben, mit dem wir dem Versuch, auf Bundesebene die steuerliche Absetzbarkeit von Schulen in freier Trägerschaft zu minimieren bzw. über längere Zeit auslaufen zu lassen, einen Riegel vorgeschoben haben. Wir haben gesagt: Das wollen wir nicht.

Ich bin der FDP dafür dankbar, dass sie in Bezug auf die Berufsschulen einen Antrag eingebracht hat, da diesen die Möglichkeit zur steuerlichen Absetzbarkeit genommen werden soll. Das wollen wir nicht; und hierzu gibt es noch immer einen Kabinettsentwurf. Wir wollen, dass die steuerliche Absetzbarkeit auch in Zukunft für alle Schulen erhalten bleibt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir haben für die Schulen in freier Trägerschaft im Jahre 1999 – in diesem Zusammenhang verweise ich lediglich auf die Zahlen – insgesamt 118 Millionen € ausgegeben. Wir haben im aktuellen Haushalt 480 Millionen € eingestellt. Das ist eine Steigerung, die in besonderer Art und Weise deutlich macht, wie sehr wir in den letzten Jahren hinter den Schulen gestanden haben.

Jetzt kommen wir zu der Frage, die Frau Henzler aufgeworfen hat, nach der Vergleichbarkeit, den Parametern und der Transparenz der Finanzierung. Ich glaube, wir waren uns in diesem Hause im alten Landtag bisher alle einig, dass wir dort in besonderer Art und Weise Nachbesserungen vornehmen müssen. Die Parameter, die, wenn ich es richtig im Kopf habe, seit 1972 unverändert sind, müssen auf den Prüfstand gestellt werden, und wir müssen auch dort zu neuen Bewertungen kommen. Das Berechnungssystem sollte überarbeitet werden, und die Gespräche mit den Trägern sollten, so auch unser Antrag, den wir heute in die Debatte einbringen, noch in diesem Jahr in Gang gesetzt werden. Von daher stehen wir dem Antrag der FDP positiv gegenüber, noch in diesem Jahr eine Anhörung zu diesem Thema durchführen zu lassen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Sehr vernünftig!)

Denn uns liegt das so am Herzen, dass wir das noch in diesem Jahr machen sollten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Aber vielleicht ist diese Anhörung noch viel wichtiger, als wir im Moment glauben. Denn – Frau Henzler hat darauf hingewiesen – es gibt eine neue Gefahr für die Schulen in privater Trägerschaft.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Es gibt eine deutliche Aussage der neuen Fraktion im Hessischen Landtag, der Fraktion DIE LINKE. Frau Cárdenas hat bei einer Podiumsdiskussion der IHK Wiesbaden am 04.09., in aller Öffentlichkeit, gesagt: „Wir sind gegen Privatschulen.“

(Axel Wintermeyer (CDU): So ist es! – Zuruf der Abg. Barbara Cárdenas (DIE LINKE))

Das macht doch wohl deutlich, welche Geistes Kind Sie sind und in welche Richtung Sie dieses System weiterentwickeln wollen. – Meine Damen und Herren, man könnte nun sagen, das hat nur Frau Cárdenas erzählt; das sei eine Einzelmeinung einer LINKEN. Aber dann schauen wir ein bisschen in der Republik herum. DIE LINKE im Land Brandenburg

(Axel Wintermeyer (CDU): Bedroht unsere Gesellschaft!)

hat im Kommunalwahlprogramm für dieses Jahr, 2008, ganz deutlich stehen: „Der Zuwachs an Privatschulen muss unbedingt begrenzt werden. Wir wollen keine weiteren Privatschulen.“ In der Zukunftswerkstatt Schule, den die Partei der LINKEN veranstaltet hat, hat Herr Prof. Dr. Werner Kienitz, der Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft Bildungspolitik der LINKEN ist, deutlich gesagt: „Die LINKEN müssen erkennen und sind wohl auch auf dem Weg dazu, dass der Einsatz für die Gleichheit der Bildungsmöglichkeiten zwei Stoßrichtungen braucht: den Kampf für die ... staatliche Gemeinschaftsschule und gegen die Entwicklung der privaten Schulen, noch dazu auf Staatskosten.“

(Zurufe von der CDU: Eijejei!)

Das sind ganz deutliche Ausführungen dazu. Richtig kernig wird es aber, wenn man die linke Jugend anschaut. Der Landessprecher der linken Jugend [solid], Fabian Bünne-mann aus Nordrhein-Westfalen, hat gesagt: „Wir fordern ein generelles Verbot von Privatschulen.“

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Hört, hört! – Axel Wintermeyer (CDU): Das darf ja nicht wahr sein!)

Meine Damen und Herren von den LINKEN, der Treppenwitz an der Geschichte ist eigentlich,

(Axel Wintermeyer (CDU): Das ist kein Witz mehr!)

dass Sie, wenn Sie mit Ihren Vorstellungen einer Zwangseinheitsschule durchkommen, ein Konjunkturprogramm für Privatschulen erst auflegen und diese Schulen dann in besonderer Art und Weise fördern werden.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, ich habe es gesagt: Wir stehen zu unseren Schulen in freier Trägerschaft. Sie machen deutlich, dass Sie wieder einmal ein gebrochenes Verhältnis zum Rechtsstaat haben.

(Zurufe der Abg. Dr. Thomas Spies (SPD) und Marjana Schott (DIE LINKE))

Denn das Freiheitsgebot in Art. 7 Abs. 4 des Grundgesetzes gewährleistet die Freiheit der Gründung von Privatschulen. Wir werden das auch in Zukunft garantieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Hermann Schaus:**

Vielen Dank, Herr Kollege Weinmeister. – Für die SPD-Fraktion erteile ich der Kollegin Habermann das Wort.

**Heike Habermann (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich am Anfang zwei Sätze zu den Reden von Herrn Weinmeister und Frau Henzler sagen. Ich hatte erwartet, dass wir uns heute auf die fachliche Debatte über die Situation der Schulen in freier Trägerschaft konzentrieren, und bin etwas enttäuscht, dass auch Sie beide gerade der Versuchung erlegen sind, dieses Thema zu nutzen, um hier Panikstimmung zu erzeugen

(Florian Rentsch (FDP): Keine Panik, Frau Kollegin!)

und Bilder zu stellen, die nicht der Realität entsprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE))

Herr Weinmeister hat dankenswerterweise Art. 7 Abs. 4 des Grundgesetzes zitiert. Deswegen wissen alle, die im Raume sind, dass es unredlich ist, zu behaupten, die Privatschulen, wie es in Frau Henzlers Presseerklärung steht, dürften „nicht einem rot-grün-roten Experiment geopfert werden“.

(Zurufe der Abg. Judith Lannert und Mark Weinmeister (CDU))

Ich glaube, wir sollten jetzt ganz schnell auf den Gegenstand der Debatte zurückkommen. Ich werde das jetzt auch tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Mark Weinmeister (CDU): Sagen Sie etwas zu den Äußerungen der LINKEN!)

Meine Damen und Herren, zum 01.01.2007 hat der Hessische Landtag das Gesetz zur Förderung von Schulen in freier Trägerschaft novelliert.

**Vizepräsident Hermann Schaus:**

Frau Habermann, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Henzler?

(Heike Habermann (SPD): Frau Henzler, bitte!)

**Dorothea Henzler (FDP):**

Frau Habermann, sind Sie bereit, anzuerkennen, dass in den Wahlprogrammen der LINKEN und auch in den Aussagen von Frau Cárdenas sehr deutlich zum Ausdruck kommt, dass sie Privatschulen abschaffen wollen, und würden Sie uns dann bitte einmal erklären, wie die Verhandlungen mit dieser Fraktion aussehen, wenn Sie jetzt behaupten, die Gefährdung bestehe überhaupt nicht?

(Zurufe der Abg. Petra Fuhrmann und Dr. Thomas Spies (SPD))

**Heike Habermann (SPD):**

Frau Henzler, vielleicht ist es die FDP gewohnt gewesen, dass sie in Verhandlungen als kleinste Partei obsiegt. Das ist nicht unsere Erfahrung. Ich kann Sie außerdem darauf hinweisen, dass Sie sehr wohl auch einen Antrag –

(Beifall bei der SPD – Michael Boddenberg (CDU): DIE LINKEN werden ja genagelt! – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Frau Ypsilanti hat erklärt, dass es ihr nicht gelungen ist, die Kommunisten zu nageln!)

– Frau Henzler, könnten Sie mir jetzt einmal zuhören? Sie wollten eine Antwort haben. Sie hätten vorhin auch aus einem Antrag der SPD-Fraktion aus dem Jahre 2004 zitieren können. Sie hätten den Antrag der GRÜNEN aus dem Jahre 2006 nicht gebraucht. Hier steht klipp und klar, um was es geht. Deswegen können Sie sich darauf verlassen, dass das die Position der SPD ist und bleibt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Kommen wir zurück zum Gegenstand der Debatte. Der Novellierung des Gesetzes war in der Anhörung eine intensive Diskussion darüber vorausgegangen, dass die vorgelegte Novellierung nur einen vorläufigen Charakter haben könne, da der Anspruch, eine transparente Berechnungsgrundlage zur Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft zu entwickeln, wegen noch nicht zur Verfügung stehender Zahlengrundlagen nicht eingelöst werden konnte. Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion hatte damals den Antrag gestellt, das Gesetz auf Ende 2007 zu befristen, um zu erreichen, dass die Landesregierung die Vorlage der vielfach angekündigten Zahlengrundlagen nicht unnötig verschleppt. Dieser Antrag wurde von CDU und FDP zwar abgelehnt, aber Kultusministerin Wolff äußerte in der Plenarsitzung vom 23.11.2006 die Überzeugung – ich zitiere –, „dass dieses Gesetz mit Blick auf die grundsätzlichen Berechnungsparameter nur eine überschaubare Gültigkeitsdauer haben wird“.

Meine Damen und Herren, wir wissen inzwischen, welche Gültigkeitsdauer die Vorgaben von Frau Wolff beim geschäftsführenden Kultusminister haben. Aber gerade deshalb ist es völlig unbefriedigend, wenn sich knapp zwei Jahre später feststellen lässt: Geschehen ist bis heute nichts.

Die damalige Kultusministerin hat das Jahr 2007 untätig verstreichen lassen. Der geschäftsführende Kultusminister hat sich in seinem Tempo an seiner Amtsvorgängerin orientiert. Offensichtlich hat die Baustelle G 8 auch die kompletten Kräfte im Kultusministerium in Anspruch genommen, sodass nicht nur bei der Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft politischer Stillstand eingetreten ist.

Die notwendige Auswertung der SAP-Daten zur Erfassung der Schülersachkosten wurde mehrmals für den Sommer 2007 angekündigt. Die ausweichende Antwort auf eine Kleine Anfrage, die ich im Juni 2008 gestellt habe, ist allerdings ebenso ernüchternd wie unbefriedigend. Ich zitiere aus der Antwort des Kultusministeriums:

Bei der letzten Novellierung des Ersatzschulfinanzierungsgesetzes im Jahre 2006 wurde angekündigt, das Berechnungsmodell zur Ermittlung der Personalausgaben pro Schulform grundlegend zu verändern. Die dafür notwendigen Berechnungen werden noch in diesem Jahr durchgeführt.



Also, man merke: inzwischen 2008, nicht mehr 2007.

Nach der Auswertung kann über eine grundlegende Überarbeitung des Ersatzschulfinanzierungsgesetzes beraten werden.

Ich stelle fest, dass die Schulen in freier Trägerschaft mit dem Hinweis auf noch nicht erstellte Berechnungsgrundlagen hingehalten wurden. Zahlen, die für den Sommer 2007 angekündigt wurden, liegen offensichtlich bis heute nicht vor.

Meine Damen und Herren, Herr Kultusminister, ich bestreite nicht, dass es ein Kraftakt ist, ein offensichtlich in den Grundlagen völlig unzureichendes Gesetz unter Einbeziehung der Träger und ihrer Interessen zu einem zukunftsfähigen Instrument umzugestalten. Ich kritisiere aber, dass diese Landesregierung in den vergangenen zwei Jahren offensichtlich nicht den Willen dazu hatte, voranzukommen. Auch ohne eine fertige neue Finanzierungsgrundlage wäre es möglich gewesen, dem Wunsch der Schulen in freier Trägerschaft zu entsprechen und eine Kommission einzurichten, die sich mit den vielfältigen Problemstellungen auseinandersetzt, die neben der Berechnungsgrundlage in einem neuen Gesetzentwurf gelöst werden müssten. In einer solchen Kommission könnten z. B. die Grundlagen für die Erfassung der Schulkosten der kommunalen Schulträger, Wartefristen für Neugründungen sowie Berechnungsintervalle zur Feststellung der Zuschüsse frühzeitig bearbeitet und dafür eine Position erarbeitet werden.

Dieser Wunsch auf Einrichtung einer Expertenkommission wurde von den Trägern mehrfach an die Landesregierung herangetragen. Frau Henzler hat vorhin die Presseerklärung von Herrn Handwerk zitiert. Dieser Wunsch wurde immer ausweichend beantwortet. Es wäre aus unserer Sicht ein guter Schritt, wenn die Schulen in freier Trägerschaft, die Kommunalen Spitzenverbände und das Land versuchen, für die unterschiedlichen Interessenlagen einen gemeinsamen Weg zu finden.

In der Antwort auf meine Kleine Anfrage steht dazu der lapidare Satz: „Eine Entscheidung, ob, wann und wie eine Arbeitsgruppe institutionalisiert werden sollte, ist zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht.“ – Ich erinnere daran, dass andere Bundesländer diesen Weg längst beschritten haben. Wir können am Beispiel Hamburg sehen, dass es auf diese Art und Weise gelungen ist, in Übereinstimmung mit den freien Trägern eine Grundlage für ein Gesetz zu schaffen und Einigkeit darüber zu erzielen, wie finanziert wird. Das würde Hessen auch gut anstehen.

Frau Henzler, deswegen können wir auch das Anliegen im Antrag der FDP-Fraktion nachvollziehen, eine Anhörung durchzuführen. Das heißt gleichzeitig – darauf möchte ich noch einmal hinweisen –, dass das Parlament sich anschickt, an den Hausaufgaben zu arbeiten, die die Regierung bisher verweigert hat.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist unglaublich!)

Zum Antrag der CDU-Fraktion. Sie loben in immer wieder gleichen Worten das Engagement und den Beitrag der Schulen in freier Trägerschaft für Qualität und Vielfalt im Bildungssystem.

(Zuruf des Abg. Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU))

Ich bin sicher, es wäre bei den Trägern noch besser angekommen, wenn dem Lob auch konkrete Handlungsanweisungen an die Regierung gefolgt wären.

(Beifall bei der SPD – Axel Wintermeyer (CDU): Sie haben in Ihrer Regierungsverantwortung gekürzt! – Weitere Zurufe von der CDU)

Ihr Lob beschränkt sich dabei auf allgemeine Würdigungen, sonst müssten Sie auch viele Dinge loben, die in Ihrer eigenen Schulpolitik keinen Platz gefunden haben. Dabei handelt es sich beispielsweise um Lernen ohne Sitzenbleiben, Leistung ohne Noten, Differenzierung ohne Schulformen – das sind Anstöße, die auch die Qualität unseres staatlichen Schulsystems erhöhen könnten –, frühes Erlernen von Fremdsprachen und bilingualen Unterricht.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Damit haben wir angefangen!)

Das sind erfolgreiche Konzepte. Die Verzahnung von allgemeiner und beruflicher Bildung gehört ebenfalls zur Vielfalt dieser Angebote, während sie an staatlichen Schulen leider immer noch Ausnahmen sind.

Förderschulen für unterschiedlichste Behinderungen und Beeinträchtigungen garantieren den Eltern eine ganzheitliche Förderung mit integrativen Konzepten, die die Entwicklung und bestmögliche Förderung des einzelnen Kindes in den Mittelpunkt stellen, und das in Ganztagschulen oder im Internatsbetrieb. Sie sind weit mehr als private Schulen. Herr Weinmeister, ich gebe Ihnen recht, sie erfüllen subsidiär originäre Aufgaben des staatlichen Schulsystems. Immerhin werden fast 15 % der Förderschülerinnen und Förderschüler in diesem Land in Schulen in freier Trägerschaft unterrichtet. Gerade in diesem Bereich führt das völlig veraltete unzureichende Finanzierungsgesetz zu großen Belastungen für die Träger.

Dies sind Impulse und Leistungen, von denen unser Schulsystem lernen kann. Deswegen setzt sich die hessische SPD für einen kontinuierlichen Dialog mit den Schulen in freier Trägerschaft und für ein gerechtes und faires Finanzierungssystem ein. Wir stehen als Sozialdemokraten aus Überzeugung zu einem staatlich verantworteten Bildungssystem. Wir wissen gleichzeitig, dass es viele Ansätze in den Schulen in freier Trägerschaft gibt, bei denen es sich lohnt, sie zu unterstützen.

Es sind nicht nur konfessionelle oder weltanschauliche Überzeugungen, die Eltern dazu bewegen, ihre Kinder in einer Privatschule anzumelden. Es sind vielfach die hervorragenden pädagogischen Angebote und Konzepte, die sie an staatlichen Schulen leider immer noch nicht finden.

Hier gilt es, diese Ansätze zu fördern und gleichzeitig von ihnen zu profitieren, um Schule in Hessen insgesamt zu verbessern. Eine Anhörung des Landtags kann dazu dienen, den Austausch über Anliegen und Angebote der Schulen in freier Trägerschaft zu intensivieren. Es kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Landesregierung diese Aufgabe in den vergangenen Jahren vernachlässigt hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Hermann Schaus:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Habermann. – Für die Fraktion DIE LINKE erhält Frau Cárdenas das Wort.

#### **Barbara Cárdenas (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In einem haben meine Vorredner recht. Es gibt noch keine abgeschlossene Position in der LINKEN zu Privatschulen.

(Zurufe von der CDU)

Wir arbeiten aber daran. In einem Jahr ist noch nicht alles geschafft.

(Zurufe von der CDU)

Herr Irmer, ich kann Ihnen an dieser Stelle aber ausführlich darstellen, welche grundsätzliche und differenzierte Position meine Fraktion zum Thema Privatschulen hat. Ich nehme an – das geht vor allen Dingen an die Kolleginnen und Kollegen auf meiner rechten Seite –, dass Sie, wie auch in der Debatte um den Unterricht zum DDR-System, Ihre Klischees über DIE LINKE nicht in Gänze bedient bekommen. Sie wissen doch sicherlich, warum „das Recht zur Errichtung von privaten Schulen“ in Art. 7 Abs. 4 Grundgesetz ausdrücklich gewährleistet wurde.

(Zuruf der Abg. Nicola Beer (FDP))

Der Sinn bestand nicht darin, Anlagemöglichkeiten für überschüssiges Kapital im Bildungswesen zu schaffen. Dieser Art. 7 gehört zu den Grund- und Menschenrechten.

(Mark Weinmeister (CDU): Was heißt „überschüssiges Kapital im Bildungswesen“? Das müssen Sie erklären!)

– Lassen Sie mich doch bitte einmal reden. – Er resultiert aus den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus, in dem die Schulen gleichgeschaltet waren.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wie in der Ostzone! – Gegenruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD): Das passt bei jedem Thema!)

Der Sinn bestand und besteht darin, die Freiheit der Bildung vor staatlicher Überreglementierung zu schützen. Daher wird das Bestandsrecht von Schulen und Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft grundgesetzlich garantiert. Daran wird auch DIE LINKE nicht rütteln.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Was ist zum Thema Privatschulen aus bildungspolitischer Sicht zu sagen? Als Erstes: Mein von der CDU im Antrag zitierter Satzanfang: „Ich bin gegen Privatschulen“, bedeutet nicht, dass ich in Gegnerschaft zu einzelnen Schulgemeinschaften, ihrer Lehrer-, Eltern- sowie Schülerschaft stehe.

(Zurufe von der CDU)

Im Gegenteil, sehr viele Schulen in freier Trägerschaft mit ihrer aktiven Lehrer- und Elternschaft leisten eine unglaublich engagierte und gute Arbeit.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Warum sind Sie denn dann dagegen?)

Frau Habermann hat schon darauf hingewiesen, sie sind sogar Vorbild, indem sie zumindest in Teilen zeigen, was in der Pädagogik alles möglich ist. Zum Beispiel ist gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse möglich. Verzicht auf Nichtversetzung ist möglich.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Warum sind Sie dann dagegen?)

Verzicht auf Noten ist möglich. Mehrsprachigkeit der Schülerinnen und Schüler als Ressource aufzugreifen ist möglich. Ganztägiger rhythmisierter Unterricht ist möglich. Sie wissen, ich erzähle überall von der ganz hervorragenden evangelischen Ganztagsgrundschule, in die mein Sohn gegangen ist.

**Vizepräsident Hermann Schaus:**

Frau Cárdenas, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abg. Henzler?

**Barbara Cárdenas (DIE LINKE):**

Ich möchte erst zu Ende ausführen. – Integrativer, nicht aussondernder und zugleich an den Bedürfnissen behinderter und teilleistungsgestörter Kinder orientierter Unterricht ist möglich. Team-Teaching – Frau Habermann hat es gesagt, Sie auch, Frau Henzler – als Prinzip für die Kooperation unter den Lehrerinnen und Lehrern ist möglich. Individualisierende und kooperative Unterrichtsformen sind möglich. Verantwortliche Mitwirkung von Eltern ist möglich. Ergo, eine gute Pädagogik ist möglich.

Der eine oder andere Punkt wird natürlich auch an öffentlichen Schulen längst umgesetzt. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch.

In diesem Sinne haben manche dieser Schulen in freier Trägerschaft durchaus eine Vorbildfunktion. Sie zeigen, was an Entwicklung von unten möglich ist.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wer hat denn keine Vorbildfunktion?)

– Sie wollen nur bestimmte Sachen hören, Herr Irmer.

(Beifall bei der LINKEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wir wollen eine konkrete Antwort! – Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

– Meine Güte, fürchterlich. Bitte hören Sie zu, was ich sage. Das ist sehr konkret. Aber Sie wollen nur bestimmte Sachen hören, und die werden Sie sicherlich nicht in der Form hören, wie Sie es möchten.

(Axel Wintermeyer (CDU): Noch nicht!)

In diesem Sinne haben manche dieser Schulen in freier Trägerschaft durchaus eine Vorbildfunktion. Sie zeigen, was an Entwicklung von unten möglich ist – viele Schulgründungen gehen aus privaten Elterninitiativen hervor –, was an pädagogischer Innovation in Hessen und Deutschland tatsächlich möglich ist. Damit haben sie eine große Bedeutung.

Aber ich bin gegen Privatschulen, wenn sie mit Gewinnabsicht eingerichtet werden oder wenn sie die soziale Spaltung der Gesellschaft fördern, statt sie zu bekämpfen. Diese Ausführungen von mir am 04.09. haben Sie von der CDU natürlich nicht mehr zitiert.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das haben Sie auch nicht gesagt!)

– Das habe ich wohl gesagt. – Das Grundgesetz sagt in Art. 7 Abs. 4 dazu:

Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn ... eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird.

Das bedeutet umgekehrt, Schulen in freier Trägerschaft, die über sozial selektierende Zugangsmechanismen verfügen, sind nicht zugelassen. Ich zitiere aus dem letzten diesbezüglichen Urteil des Bundesverfassungsgerichts:

Die Privatschule muss allgemein zugänglich sein, zwar nicht in dem Sinne, dass sie wie die öffentliche Schule jeden Schüler bei Erfüllung allgemeiner Voraussetzungen aufnehmen muss, wohl aber in

dem Sinne, dass sie grundsätzlich ohne Rücksicht auf deren Wirtschaftslage besucht werden kann.

Festzuhalten bleibt, dass Art. 7 Abs. 4 Satz 3 des Grundgesetzes

als verbindliche Verfassungsnorm dazu zwingt, die Ersatzschulgenehmigung zu versagen oder aufzuheben, wenn überhöhte Schulgelder eine Sondernung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern auch nur fördern würden.

Ich kann daher nur fragen: Wie anders denn als Verfassungsbruch im Bereich der Grundrechte soll es zu bezeichnen sein, wenn die Landesregierung beispielsweise der offen profitorientiert arbeitenden Phorms-Schule in Frankfurt, die von der Phorms Management Aktiengesellschaft betrieben wird und Schulgelder zwischen 230 und 990 € monatlich erhebt, die Zulassung erteilt? Wohl gemerkt, das ist eine Schule, die Schulgelder von mindestens 230 € und damit in einer Höhe erhebt, die den Hartz-IV-Regelsatz von Kindern deutlich übersteigt, womit genau das forciert wird, was das Grundgesetz verbietet: eine Standes- und Plutokratenschule.

(Beifall bei der LINKEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Nicht zu fassen!)

Hier muss der Landtag endlich initiativ werden, um die Verfassung zu schützen. Mit Bildungsansprüchen dürfen nicht länger Geschäfte gemacht werden. Auch Träger von als gemeinnützig anerkannten Ersatzschulen wie die AGFS, also die Arbeitsgemeinschaft der Schulen in freier Trägerschaft, beginnen, sich übrigens inzwischen von der Profitmacherei in gewinnorientiert arbeitenden Privatschulen zu distanzieren. Dies zeigt auch die heutige Pressemitteilung der Waldorfschulen. Ich bedanke mich ausdrücklich bei Herrn Handwerk, dass er dies dort so deutlich formuliert hat.

Wir dürfen hier nichts verwischen, indem wir nur allgemein von Privatschulen reden, wie es in dem Antrag der FDP der Fall ist, und alle über den gleichen Leisten brechen. Daher werden wir im Ausschuss darauf hinwirken, zu anderen, differenzierteren Begrifflichkeiten zu kommen.

(Mark Weinmeister (CDU): Und die wären?)

Auf der Tagung der GEW in der letzten Woche zur Grundschule, zu der Sie, Herr Kollege Irmer, wie Frau Habermann schon gesagt hat, als einziger bildungspolitischer Sprecher nicht erschienen sind – Herr Irmer, ich habe mir überlegt, dass ich Ihnen nächstens anbiete, Sie in meinem kleinen roten Mini mitzunehmen, damit Sie auch wirklich einen Parkplatz bekommen –

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Ich wusste gar nicht, dass Sie Sehnsucht nach mir haben! Aber ich fahre lieber selbst, da weiß ich, wo ich hinkomme!)

Auf dieser GEW-Tagung äußerte sich auch eine Lehrerin folgendermaßen. Sie bekannte, zu einer privaten Schule gewechselt zu sein, weil das öffentliche Schulwesen ihrer Meinung nach seinem Bildungsauftrag inzwischen nicht mehr gerecht wird. Sie bekam dafür viel Beifall von den anwesenden Lehrerinnen und Lehrern.

Genau das ist der Knackpunkt. Im Augenblick profitieren private Schulen vom desolaten Zustand des öffentlichen Schulwesens. Sie profitieren davon, dass die Klassen viel zu groß sind, dass keine Stunden für individuelle Förderung zur Verfügung stehen, dass Kinder mit schlechten Noten sitzen bleiben oder abgeschult werden.

Wir sagen, Bildung ist ein Menschenrecht. Auf ein Menschenrecht müssen alle gleichermaßen zugreifen können. Das geht nicht, wenn Schulgeld gezahlt werden muss, d. h. nur Eltern, die es sich leisten können, dem desolaten öffentlichen Schulwesen den Rücken kehren und sich eine Schule für ihr Kind auswählen können, die ihrer Vorstellung von guter Bildung entspricht.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wieso ist das öffentliche Schulwesen desolat? Das ist eine Diffamierung aller GEW-Lehrer!)

– Ich habe die GEW-Lehrer nicht diffamiert. – Die Konsequenz ist: Je schlechter die Rahmenbedingungen in öffentlichen Schulen werden, je mehr das Schulsystem kaputtgespart wird, umso mehr boomen die Privatschulen – wir haben gehört, es gibt einen Zuwachs von 3,2 % –, umso eher schicken Eltern, die es sich leisten können, ihre Kinder auf private Schulen. Manche verschulden sich sogar dafür.

So weit ist der Boom erklärbar. Mit diesem Boom der Privatschulen wird aber wiederum das öffentliche Schulwesen direkt geschwächt. Extreme Konsequenzen sehen wir übrigens in den ostdeutschen Ländern. Öffentliche Schulen haben nicht die Lobby, über die Privatschulen manchmal verfügen. Öffentliche Schulen suchen händeringend nach Eltern, die bereit sind, als Elternvertreter Verantwortung zu übernehmen, nach Sponsoren, die besondere Vorhaben der Schulen finanzieren, dies umso mehr, wenn es sich um Schulen in strukturschwachen Gebieten handelt.

Zur Verdeutlichung möchte ich Ihnen wieder einmal von Dietzenbach erzählen, der liebenswerten, aber von vielen sozialen Problemen geschüttelten Kommune im Kreis Offenbach, in der ich lebe. Nach einer Waldorfschule mit Kindergarten will sich nun auch eine Montessori-Grundschule plus Kindergarten bei uns ansiedeln. Der CDU-Bürgermeister begrüßte die Ansiedlung und stellte der Schule einen hohen zinsfreien Kredit zur Verfügung. Ich persönlich schätze die pädagogischen Leitideen von Maria Montessori sehr. Aber diese Ansiedlung wird die Spaltung der Schullandschaft in Dietzenbach weiter vorantreiben.

(Zurufe von der CDU: Ei, ei, ei!)

Wir haben jetzt schon Grundschulen, in denen über 90 % der Kinder einen Migrationshintergrund haben oder aus bildungsfernen Familien kommen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das wollen Sie doch politisch! – Florian Rentsch (FDP): Es ist doch nicht Ihre Entscheidung, wo die Eltern ihre Kinder hingeben!)

Dadurch ist für die Mehrzahl der Kinder deutlich mehr individuelle Förderung nötig, um ihnen die gleichen Chancen zu sichern. Die sieben öffentlichen Grundschulen befürchten mit Recht, dass die sowieso schon fragile soziale Mischung in der Schülerschaft noch homogener wird, dass z. B. gut situierte, bildungsnahe Familien sich aus den öffentlichen Schulen weiter zurückziehen und in die neuen privaten Schulen gehen. Die Spaltung in arme und reiche Wohnviertel wird weiter vorangetrieben. Das müssten auch Sie ernst nehmen. Damit entwickeln sich auch die Bildungschancen der Kinder auseinander.

Aber in Art. 7 Abs. 4 des Grundgesetzes steht etwas ganz anderes, nämlich dass die Genehmigung nur dann zu erteilen ist, wenn „eine Sondernung der Schüler nach den Besitzverhältnissen ... nicht gefördert wird“. Dieses wichtige

Prinzip ist unseres Erachtens bei Weitem nicht erfüllt. Es gibt zwar eine ganze Reihe von Privatschulen, die einen kleinen Teil der Plätze für Schülerinnen und Schüler vorsehen, die ein reduziertes Schulgeld zu zahlen haben oder denen ein Stipendium gewährt wird. Aber das führt leider immer noch nicht dazu, dass unsere Gesellschaft in den Privatschulen abgebildet werden würde. Das wird von vielen Schulen in privater Trägerschaft selbst so gesehen und von vielen auch gar nicht angestrebt. Manche Privatschulen umgeben sich lieber mit elitärem Flair.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Haben Sie etwas gegen Eliten?)

Warum können wir eigentlich eine so starke Hinwendung zu den Privatschulen verzeichnen? Eltern entscheiden sich doch nicht für eine Privatschule, die sie auch noch viel Geld kostet, weil sie privat geführte Schulen besser finden, sondern weil dort bessere Bedingungen angeboten werden. Das ist nachvollziehbar. Aber wir wollen keine schleichende Privatisierung des gesamten Bildungswesens. Daher können wir nicht zustimmen, den Privatschulen bessere Bedingungen zu geben.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Aha!)

Besonders unter den Bedingungen knapper Kassen müssen alle verfügbaren zusätzlichen Mittel in das öffentliche Bildungswesen fließen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ein gutes Zeichen, wenn, wie gestern im Familienausschuss des Bundestages geschehen, abgelehnt wird, schon in einem Bundesgesetz die Förderung gewinnorientierter Anbieter vorzusehen. Hessen sollte ein Zeichen dahin gehend setzen, dass es dem sogenannten Trend, wie er von der Leyen für den Kitabereich konstatiert wurde, auch privat-gewerbliche Anbieter finanziell zu fördern, eindeutig entgegentritt.

(Beifall bei der LINKEN)

Hessen sollte, wie schon vier andere Bundesländer vor ihm, grundsätzlich im Bildungsbereich privat-gewerbliche Träger aus der Förderung ausschließen.

Die Position unserer Fraktion fasse ich wie folgt zusammen:

Erstens. Es ist wichtig, zwischen Privatschulen, die als gemeinnützig anerkannt sind, und solchen mit Gewinnabsicht zu unterscheiden. Letztere müssen in ihrem Einfluss auf das öffentliche Bildungswesen entschieden zurückgedrängt werden.

Zweitens. Schulen in privater Trägerschaft dürfen sich nicht in Konkurrenz zum öffentlichen Bildungssystem stellen oder dieses schwächen.

Drittens. Auf allen Ebenen, also auf Landes-, Kreis- und kommunaler Ebene, muss geprüft werden, ob die Einrichtung von Schulen in freier Trägerschaft das Gleichgewicht im derzeitigen öffentlichen Schulsystem eher stört oder tatsächlich eine sinnvolle Ergänzung darstellt.

Viertens. Privatschulen können einen wichtigen Beitrag zur innovativen Veränderung im Bildungssystem leisten. Sie sind darüber hinaus vor allem dort wichtig, wo sie inhaltlich ein ergänzendes Angebot zum öffentlichen Bildungswesen anbieten.

Fünftens. Der Landtag hat in erster Linie die Qualität des öffentlichen Bildungssystems im Land zu garantieren oder, zurzeit richtiger, herzustellen. Und er hat die Mittel dafür bereitzustellen. Das ist unsere vorrangige gemeinsame Aufgabe.

Frau Kollegin Henzler, aufgrund dieser grundsätzlichen Positionen unterstützen wir den Antrag der FDP, eine Anhörung durchzuführen. Wir möchten aber dann im Ausschuss darauf drängen, zu präzisieren, welche Art von Privatschulen der Landtag zu unterstützen gedenkt. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Viel erzählt und vorgelesen, aber nicht konkret geworden!)

#### **Vizepräsident Hermann Schaus:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Cárdenas. – Zur Kurzintervention erhält Frau Kollegin Henzler das Wort.

#### **Dorothea Henzler (FDP):**

Herr Präsident! Liebe Kollegin Cárdenas, das, was Sie hier vorgetragen haben, hat genau das bestätigt und unterstützt, was ich eingangs in meiner Rede gesagt habe.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Dass eine Privatschule namens Phorms als eine Aktiengesellschaft organisiert ist, ist für Sie natürlich vom Grundsatz her schon gleich ein rotes Tuch.

(Florian Rentsch (FDP): Böse, böse!)

Sie beschäftigen sich nicht einmal mit den Inhalten dieser Schule. Diese Schule erhebt Schulgeld, abhängig vom Einkommen der Eltern. Diese Schule beachtet, dass sehr viele verschiedene Eltern mit sehr vielen verschiedenen Einkommen ihre Kinder zu dieser Schule schicken. Sollte diese Schule dann trotzdem noch Gewinne machen, dann investiert sie sie in die Schule und hat damit noch mehr Chancen, Kinder aufzunehmen, deren Eltern keinen so hohen Beitrag zahlen können. Das zum einen.

Zum Zweiten haben Sie heute eine Zensur in der Zulassung privater Schulen fertiggebracht. Sie geben die pädagogischen Inhalte vor, wenn sie zugelassen werden will. Und dann darf die Schule auch entsprechend gefördert werden. So was Ähnliches hatten wir schon einmal, dass nämlich nur die mehr bekommen haben, deren pädagogische Konzepte der Regierung gepasst haben. Sie geben vor, wie die Schule aufgebaut sein muss. Sie geben vor, wo diese Schulen überhaupt errichtet werden dürfen. Sie geben vor, welche Art von Schule das sein muss, und Sie geben vor, dass sie auf gar keinen Fall in irgendeiner Form in Wettbewerb zu den staatlichen Schulen treten dürfen. Damit machen Sie das Privatschulwesen und das Schulwesen in freier Trägerschaft in diesem Land kaputt.

(Beifall bei der FDP – Zuruf von der FDP: Das ist doch die Absicht!)

#### **Vizepräsident Hermann Schaus:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Henzler. – Für die Fraktion der GRÜNEN erhält der Abg. Wagner das Wort.

#### **Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich stelle fest, dass es beim Thema Schulen in freier Trägerschaft einen ganz breiten Konsens in diesem Landtag gibt. Die CDU

spricht sich für diese Schulen aus, die FDP spricht sich für diese Schulen aus, die SPD spricht sich für diese Schulen aus, wir GRÜNEN selbstverständlich auch, und auch die Rede der LINKEN habe ich so verstanden, dass sie auf einem guten Weg ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der FDP – Zuruf von der FDP: Nein, nein! Eine Verharmlosung!)

Ich sage ausdrücklich: Das ist auch gut so. Die Schulen in freier Trägerschaft in unserem Land sind eine wertvolle und wichtige Bereicherung unseres Schulsystems. Die Arbeit, die an diesen Schulen geleistet wird, ist hervorragend. Sie bietet viele Impulse auch für das staatliche Schulsystem. Deshalb kann ich Ihrer Rede, Frau Henzler, voll und ganz in dem Teil zustimmen, in dem Sie einen GRÜNEN-Antrag zitiert haben. Herzlichen Dank noch einmal dafür, Frau Henzler. Unsere Position ist da völlig unverändert. Schulen in freier Trägerschaft bieten ein besonderes pädagogisches Profil für die Schülerinnen und Schüler und für die Eltern, die das für ihre Kinder wollen. Das sind pädagogische Profile, die wir teilweise im staatlichen Schulwesen so nicht bieten können. Es ist gut, dass Eltern für ihre Kinder aus einer breiten Auswahl an pädagogischen Angeboten wählen können. Deshalb ist die Arbeit der Schulen in freier Trägerschaft in unserem Land so wichtig und notwendig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist oft so, dass pädagogische Weiterentwicklungen oder pädagogische Anregungen, die nach und nach auch an den staatlichen Schulen umgesetzt werden, von Schulen in freier Trägerschaft ausgehen. Denn dort kann man anders arbeiten, und man ist dort experimentierfreudiger. Man kann dort andere Ansätze verfolgen, weil man sich auf eine Elternschaft stützen kann, die dieses Konzept mitträgt, wohingegen staatliche Schulen selbstverständlich immer die ganze Breite und die Wünsche der Eltern insgesamt im Blick haben müssen. Deshalb ist es gut, dass diese freien Schulen solche Anregungen geben.

Ich möchte das anhand ganz praktischer Beispiele schildern. Gehen Sie zur integrativen Schule nach Frankfurt. Das ist eine Schule in freier Trägerschaft. Ich habe das zu einer Zeit getan, als wir im Hessischen Landtag sehr intensiv darüber diskutiert haben, wie wir den Schulen mehr Selbständigkeit geben können und wie wir Schulen darin stärken können, ihre Verwaltungstätigkeiten selbst zu erledigen. Dann kommt man in diese Schule zu einem Schulbesuch, und dann wird einem wie selbstverständlich erklärt: Natürlich haben wir einen pädagogischen Leiter und einen Verwaltungsleiter. – Denn diese Schule hat sich die Freiheit genommen, sich so zu organisieren. Natürlich können wir bei der Weiterentwicklung des staatlichen Schulsystems von solchen Ansätzen sehr viel lernen, und wir sollten das tun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Dorothea Henzler (FDP))

Diese integrative Schule heißt nicht ohne Grund so. Denn diese Schule praktiziert wie selbstverständlich den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf. Das geschieht sehr erfolgreich. Die Eltern – sowohl die der Kinder ohne sonderpädagogischen Förderbedarf als auch die der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf – sind mit dieser Arbeit sehr zufrieden. Ich glaube, dass wir auch da eine ganze Menge lernen können.

Ein weiteres ganz praktisches Beispiel für die gute Arbeit, die an den Schulen in freier Trägerschaft geleistet wird, möchte ich Ihnen nennen. Bei der letzten Tagung des Ganztagschulverbandes ist Folgendes geschehen. Diese Tagung fand in der Freien Waldorfschule in Frankfurt statt. Die Freie Waldorfschule in Frankfurt hat es sich völlig zu Recht nicht nehmen lassen, ihre Arbeit dort zu Beginn der Tagung vorzustellen. Da wurde das Konzept der Waldorfpädagogik dargestellt und anhand von Beispielen vorgeführt. Da sagte ein Schulleiter, der neben mir saß: Mensch, das führen wir jetzt gerade bei uns auch ein. – Auch das ist ein schönes Beispiel dafür, wie Ansätze, die an Schulen in freier Trägerschaft erprobt wurden, jetzt auch an den allgemeinbildenden Schulen umgesetzt werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben viel über die Ressourcenausstattung der Schulen in staatlicher Trägerschaft gesprochen. Heute früh haben wir auch darüber gesprochen, dass es oftmals so ist, dass an den Schulen in freier Trägerschaft mit eher weniger Mitteln und eher geringerer Bezahlung der Lehrerinnen und Lehrer Vergleichbares geleistet wird. Das soll nicht bedeuten, dass an dieser Stelle die Schulen in freier Trägerschaft das Vorbild seien sollen. Da möchte ich ausdrücklich nicht missverstanden werden. Aber ich will sagen: Hier wird zu Bedingungen, die für die Lehrerinnen und Lehrer an diesen Schulen teilweise schlechter sind als an den staatlichen Schulen, eine ganz hervorragende Arbeit geleistet. Dafür möchte ich auch ein ganz herzliches Dankeschön sagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir über Schulen in freier Trägerschaft reden, dann sollen aber auch die Schulen in staatlicher Trägerschaft auf keinen Fall vergessen werden oder unerwähnt bleiben. Das, was ich Positives über die Schulen in freier Trägerschaft gesagt habe, gilt natürlich auch für die allermeisten Schulen in staatlicher Trägerschaft. Das soll in einer solchen Debatte erwähnt werden. Die Schulen in staatlicher Trägerschaft können sehr viel von den Schulen in freier Trägerschaft lernen, aber das gilt auch umgekehrt. Weder besteht irgendeine Veranlassung, dass Eltern, deren Kinder in Schulen in freier Trägerschaft gehen, mit Hochmut auf Kinder in staatliche Schulen blicken, noch besteht ein Anlass, dass staatliche Schulen mit Misstrauen auf Schulen in freier Trägerschaft schauen. Es geht nicht um besser oder schlechter, sondern um unterschiedliche pädagogische Konzepte, die man für die Schülerinnen und Schüler wählen kann. Das ist die Idee, das ist die große Leistung des staatlichen Schulsystems wie auch des Schulsystems in freier Trägerschaft.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt wird auch diese Debatte dazu benutzt, sehr viel über die Position einer neuen Fraktion in diesem Hause zu spekulieren. Wenn man in die praktische Politik schaut – das ist der Weg, auf den sich die neue Fraktion begeben will, nämlich praktische Politik zu machen, jenseits von Resolutionen –, stellt sich das sehr pragmatisch dar: In der Stadt Offenbach wird zurzeit, maßgeblich initiiert von der dortigen grünen Dezernentin, darüber diskutiert, ob eine Kita und eine Grundschule in freier Trägerschaft in dieser Stadt einen Platz finden sollen. Wir GRÜNEN sind ausdrücklich dafür. Die Dezernentin hat die Vorlagen erarbeitet, dass das so gemacht werden kann. Träger dieser Einrichtung ist die Lehrerkooperative, die ein ähnliches Projekt mit großem Erfolg in Frankfurt betreibt. Ich kann

allen, die in Sorge um die Position der neuen Fraktion sind, sagen: Die LINKE in Offenbach ist ausdrücklich für diese Schule in freier Trägerschaft. Auch hier sage ich: Das ist gut so.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der dortige stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Wolfgang Christian, äußert in der „Frankfurter Rundschau“ vom 25. Juni 2008 Wohlwollen und wird wörtlich wie folgt zitiert: „Wir sind gespannt und bedingt optimistisch.“ Weiter heißt es in dem Artikel der „Frankfurter Rundschau“:

Private Initiativen, ist Christian überzeugt, könnten mit innovativen Ideen unter der CDU-Landesregierung verfestigte und überholte Strukturen im Bildungswesen aufbrechen. Von einer integrierten, mehrsprachigen Erziehungs- und Bildungseinrichtung könnten staatliche Institutionen lernen.

Willkommen auf dem richtigen Weg, Frau Kollegin Cárdenas.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Niemand in diesem Land muss sich Sorgen um die Förderung der Schulen in freier Trägerschaft machen, weil – das haben einige der Vorrednerinnen und Vorredner schon gesagt – der Status der Schulen in freier Trägerschaft im Grundgesetz geregelt ist. Das ist gut so.

(Florian Rentsch (FDP): Wir machen uns trotzdem Sorgen! – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

Im Grundgesetz ist sehr genau beschrieben, was diese Schulen in freier Trägerschaft für unser Schulwesen leisten und dass es ein Anrecht auf solche Schulen in freier Trägerschaft gibt. Insofern: Bauen Sie bitte keinen Popanz auf, erzeugen Sie keine Ängste, sondern akzeptieren Sie einfach, wie es ist.

Herr Kollege Weinmeister, wenn Sie die Finanzen ansprechen: Das ist ein sehr interessanter Punkt. Damit sind wir wieder in der praktischen Politik. Wir reden nicht darüber, was der einen Fraktion unterstellt wird, sondern darüber, was real gemacht wird. In diesem Landtag diskutieren wir mittlerweile – wie ich finde – schon viel zu lange über die Berechnungsgrundlage für die Finanzaufweisungen an die Schulen in freier Trägerschaft. Wir alle, die wir uns mit diesem Thema beschäftigen, wissen sehr genau, dass es bei dieser Finanzierung erhebliche Ungerechtigkeiten gibt. Wir alle wissen, dass wir seit viel zu langer Zeit keine vernünftige Datenbasis haben. Wir mahnen seit viel zu langer Zeit bei Ihrem Ministerium, Herr Banzer, und auch schon bei Ihrer Vorgängerin, Frau Wolff, an, dass es dieses vernünftige Berechnungssystem endlich gibt und dass die Schulen in freier Trägerschaft endlich das bekommen, was ihnen zusteht. Auch das gehört in eine Debatte jenseits der Auseinandersetzungen über Glaubenssätze. Das sind nämlich die realen Fragen, die die Schulen in freier Trägerschaft in unserem Lande interessieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister Banzer, deshalb bitte ich Sie, in der Rede, die sich wahrscheinlich an meine Rede anschließen wird, zu sagen, ob Sie auch in diesem Bereich Versäumnisse Ihrer Amtsvorgängerin ausgleichen und ob Sie uns endlich mitteilen können, bis wann es ein neues Berechnungssystem für die Zuweisungen an die Schulen in freier Trägerschaft geben wird und bis wann es endlich möglich sein wird, die erheblichen Benachteiligungen und erheblichen

Probleme anzugehen, die vor allem die Förderschulen in freier Trägerschaft haben. Ich denke, damit kämen wir für diese Schulen sehr viel weiter.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will einen letzten Bereich ansprechen, nämlich die Entwicklung, dass es zunehmend Schulen gibt, die nicht – wie die bewährten freien Schulen, z. B. die Waldorfschulen, die Montessori-Schulen, die Schulen in kirchlicher Trägerschaft – vor allem dadurch auffallen, dass sie ein anderes pädagogisches Profil haben, sondern dadurch, dass sie ein extrem hohes Schulgeld erheben. Ich finde, alle, die an Schulen in freier Trägerschaft in ihrer bewährten Form ein Interesse haben, sollten diese Entwicklung mit Sorge sehen und sollten nicht marktwirtschaftlichen Blütenträumen erliegen, wie dies die FDP teilweise tut.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der LINKEN – Zurufe von der FDP)

Worum es nämlich bei den Schulen in freier Trägerschaft geht, ist ein anderes pädagogisches Profil. Es geht bei den bewährten Trägern und bei der bestehenden Struktur nicht darum, dass der Geldbeutel der Eltern darüber entscheidet, welche Bildung sich Kinder leisten können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Florian Rentsch (FDP): Das will hier keiner, Herr Kollege! – Weitere Zurufe von der FDP)

– Herr Kollege Rentsch, Frau Henzler sieht das doch wie ich, sie hat Sie nur nicht immer unter Kontrolle, wenn es um blanke Marktwirtschaft geht.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir alle sind gefordert, da sehr genau hinzuschauen.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Ich bin der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen in Hessen ausdrücklich dankbar, dass sie das in ihrer Pressemitteilung vom gestrigen Tage noch einmal ausdrücklich klargemacht haben. Ich möchte daraus zitieren, weil es sich um eine sehr wichtige und richtige Feststellung handelt:

Eine Profitorientierung von Schulen lehnen die Freien Waldorfschulen grundsätzlich ab, da sie die Freiheit der pädagogischen Gestaltungsmöglichkeiten des Erziehungs- und Bildungsprozesses gefährdet. Auch könnte die Zugangsmöglichkeit durch ein Schulgeld, dessen Höhe sich am Gewinn orientiert, eingeschränkt werden.

Ich finde, diese Aussage ist absolut richtig. Man muss keine scheinideologischen Debatten führen, sondern alle, die ein Interesse an Schulen in freier Trägerschaft haben, sollten bei diesen Entwicklungen hochgradig besorgt sein – im Interesse der Schulen in freier Trägerschaft, damit sie gestärkt und nicht geschwächt werden. Das ist unser Ansatz.

Wir wollen diese Schulen – als Bereicherung des Schulsystems – stärken, genauso wie wir die Schulen in staatlicher Verantwortung stärken wollen. In diesem Sinne sind vier Fraktionen in diesem Hause auf einem sehr guten Weg. Die FDP ist in Gefahr, auf einen Abweg zu geraten, und die Fraktion DIE LINKE weiß sich der richtigen Position anzunähern. – Ein herzliches Glückauf und vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Hermann Schaus:**

Vielen Dank, Herr Kollege Wagner. – Zu einer Kurzintervention erhält der Kollege Weinmeister das Wort.

**Mark Weinmeister (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Wagner, eines kann ich hier nicht stehen lassen. Sie haben eben gesagt, dass die Fraktion der LINKEN auf einem guten Weg sei. Ich glaube nicht, dass die jemals auf einem guten Weg war oder jemals auf einem guten Weg sein wird. Das ist von vornherein und prinzipiell ausgeschlossen.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben außerdem gesagt, Herr Kollege Wagner, es müsse sich niemand Sorgen machen. Dazu sage ich einfach: Ein gebranntes Kind scheut das Feuer. Wir müssen nur einmal in die Neunzigerjahre zurückschauen, als SPD und GRÜNE gemeinsam regiert haben – ohne den Druck der LINKEN.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Damals ist eine Novelle gemacht worden, mit der die Mittel für die Schulen in freier Trägerschaft gekürzt wurden, während wir in den Jahren 2000 und 2006 zwei Novellen gemacht haben, mit denen die Mittel aufgestockt worden sind bzw. die Situation dieser Schulen verbessert worden ist. Das sind die realen nackten Zahlen aus den letzten 20 Jahren im Lande Hessen. Daran kommen Sie nicht vorbei. Deswegen sagen wir: Wir passen ganz genau auf, was Sie hier machen wollen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

**Vizepräsident Hermann Schaus:**

Vielen Dank, Herr Kollege Weinmeister. – Zur Erwidern erhält Herr Kollege Wagner das Wort.

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Kollege Weinmeister, um mit dem letzten Teil Ihrer Äußerungen anzufangen: Ja, es hat in der Zeit, die Sie angesprochen haben, Überzeugungskraft gekostet. Ja, nicht immer waren wir GRÜNE in der Frage erfolgreich. Das möchte ich Ihnen ausdrücklich zugestehen.

Aber ich habe für meine Fraktion sehr deutlich gemacht, wie wir in Bündnisgespräche gehen werden. Ich glaube, dass diese Äußerung – da wir uns im Landtag auch mit der Zukunft beschäftigen sollten – an Klarheit nichts zu wünschen übrig ließ.

Dann haben Sie angesprochen, Sie bezweifelten prinzipiell, dass sich eine Fraktion in diesem Haus auf den richtigen Weg begeben könnte. Herr Kollege Weinmeister, da wir uns in einer bildungspolitischen Debatte befinden, möchte ich Sie daran erinnern, dass man jeden dort abholen sollte, wo er steht, und dass man keine Fraktion zurücklassen sollte. An diesem Grundsatz orientieren wir uns.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Hermann Schaus:**

Vielen Dank, Herr Kollege Wagner. – Für die Landesregierung erhält Herr Staatsminister Banzer das Wort.

**Jürgen Banzer, Minister der Justiz, zugleich mit der Leitung des Kultusministeriums beauftragt:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung steht weiterhin dazu, dass es notwendig ist, Ersatzschulen und Schulen in freier Trägerschaft zu unterstützen. All das, was hier gesagt wurde – was letztlich darauf hinausläuft, dass diese Schulen wie Hechte im Karpfenteich wirken –, kann ich nur unterstreichen. Jede Privatschule tut den staatlichen Schulen gut; denn sie müssen sich mit ihnen messen und sich mit ihnen auseinandersetzen.

Ich bin nun einmal ein begeisterter Anhänger des Wettbewerbs. Wer Angst vor dem Wettbewerb hat, der weiß, dass er nicht in ihm bestehen kann. Ich glaube, dass die staatlichen Schulen durchaus ihre Qualitäten haben und Leistungen erbringen und dass sie sich deswegen dem Wettbewerb stellen können.

Das war auch die Politik der Landesregierung in den vergangenen neun Jahren. Ich will Sie nicht mit Zahlen erschlagen. Aber eine Zahl sagt, glaube ich, sehr viel aus: In den vergangenen neun Jahren ist die finanzielle Unterstützung der Schulen in freier Trägerschaft von 120 auf 182 Millionen € erhöht worden, also um 50 %. In der gleichen Zeit ist die finanzielle Unterstützung für das staatliche Schulwesen – obwohl man auch darauf stolz sein kann – nur um 30 % gesteigert worden. 30 % oder 50 %: Das heißt, wir können an dieser Stelle belegen, dass etwas getan wird.

Das hat natürlich auch etwas damit zu tun, dass die Zahl der Schüler, die private Schulen besuchen, steigt. Deswegen geht es den Privatschulen momentan gar nicht so schlecht. Gerade in den letzten Jahren, in denen die Schülerzahlen in den Privatschulen stärker angestiegen sind als in den staatlichen Schulen, hat sich dort ein Hebel verändert und für eine Verbesserung gesorgt.

Zur Diskussion über ein neues Finanzierungssystem, das von den meisten Fraktionen angesprochen wurde: Das ist offensichtlich sehr viel schwieriger, als es in der Diskussion den Anschein hat. Deswegen freue ich mich richtig über die Idee, eine Anhörung durchzuführen; denn dann werden die Fachleute aller Fraktionen erfahren, wo genau das Problem liegt.

Solange wir nämlich nicht den Stein der Weisen finden, wird es bei diesem Modell fast zwingend Gewinner und Verlierer geben – schreckliche Verlierer und ordentliche Gewinner. Es ist anders, als es Frau Cárdenas vermutet: Den meisten Schulen in freier Trägerschaft geht es so rosig nun auch wieder nicht. 2 oder 3 % weniger Finanzierungszuschuss können schon zu existenziellen Problemlagen führen. Das macht das Geschäft so schwierig. Wie können wir die Unterstützung so auf die Schulen verteilen, dass wir nicht am Schluss die reiche Schullandschaft, die wir in Hessen haben, massiv beschädigen und trotzdem mehr Gerechtigkeit haben?

Die einfachste Lösung ist natürlich, dass man mehr Geld verteilt. Es wird keinen geben, der das kritisiert. Aber

auch dort gibt es Begrenzungen, die in der finanziellen Solidität unseres Haushalts begründet sind.

Deswegen haben wir Zeit gebraucht und brauchen sie immer noch. Deswegen glaube ich auch, dass diese Anhörung im Landtag ein probates Mittel ist, um zur Lösung des Problems beizutragen. Ich bin für diese Initiative dankbar.

Ich finde aber auch, dass es notwendig ist, noch ein Wort an die LINKEN zu richten. Wenn man sich nämlich die Debatten an diesen drei Tagen im Landtag anhört, kann man sich wirklich nur darüber wundern, mit welcher schon fast ameisenhaften Emsigkeit die GRÜNEN pausenlos – selbst in den schlimmsten Situationen – Nachhilfeunterricht geben. Die Nachhilfe muss doch auf einem Fundament erfolgen.

(Florian Rentsch (FDP): Richtig!)

Wohin wollen Sie denn?

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keinen aufgeben, Herr Banzer!)

Die SPD versucht es noch besser. Sie bemühen sich sogar, sicherzustellen, dass sie gar nichts sagen; denn wenn sie etwas sagen, wird es nur noch schlimmer.

Ich muss jetzt wirklich sagen: An einigen Punkten habe ich – für den Fall, dass es so weitergeht – Angst vor der Zukunft.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vor Ihrer persönlichen Zukunft! – Zuerufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Das muss etwas heißen. Ich habe selten Angst vor der Zukunft. Ich habe nur Angst davor, dass mir der Himmel auf den Kopf fällt – sonst vor nichts.

(Beifall bei der CDU)

Dann höre ich dieses Negieren, wenn es um Gewinn geht, so, als ob ein Gewinn eine furchtbar schlimme Angelegenheit wäre.

(Beifall bei der CDU)

Dann höre ich diesen Ansatz: Wenn sich irgendetwas freiheitlich bewegt, muss es sofort staatlich kontrolliert werden, damit es sich in die richtige Richtung entwickelt. – Wissen Sie, in der DDR war es lange genug so, dass irgendjemand entschieden hat, wer auf die Uni durfte.

(Florian Rentsch (FDP): So ist es!)

Eine solche Situation wollen wir nicht wieder haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Janine Wissler (DIE LINKE): Wir haben die Studiengebühren abgeschafft, damit jeder auf die Uni kann!)

– Zu Ihrem Glück habe ich Ihren Zwischenruf nicht verstanden.

(Florian Rentsch (FDP): Das ist auch besser so! – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Ich empfehle Ihnen wirklich dringend, sich zu überlegen, worauf sich dieses Land einzulassen droht. Diese Besorgnisse, diese Ängste, diese Begrenztheiten, dieses blinde Vertrauen in den Staat: Damit ist man nicht in der Lage, die Fragen der Zukunft zu lösen. Wir sind gerade deshalb für Ersatzschulen, weil die den Mut haben, andere Wege

zu gehen. Die Ersatzschulen können sich darauf verlassen, dass wir immer auf ihrer Seite stehen.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Hermann Schaus:**

Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Zur Geschäftsordnung, Frau Henzler.

#### **Dorothea Henzler (FDP):**

Herr Präsident, alle Fraktionen sind sich darin einig, dass die Anhörung wichtig und richtig ist. Deswegen bitte ich, dass wir über Tagesordnungspunkt 42, den Antrag der FDP betreffend Durchführung einer Anhörung, sofort abstimmen.

#### **Vizepräsident Hermann Schaus:**

Mir liegt auch kein Überweisungsvermerk vor. Darauf wollte ich gerade eingehen.

Ich lasse abstimmen über Tagesordnungspunkt 42, Antrag der Fraktion der FDP betreffend Durchführung einer Anhörung zur Situation der Privatschulen in Hessen, Drucks. 17/622. Es wird keine Überweisung empfohlen. Insofern kommen wir direkt zur Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Ich stelle fest, dass dem Antrag einstimmig zugestimmt wurde und er somit beschlossen ist.

(Beifall)

Es ist vorgeschlagen worden, Tagesordnungspunkt 49, Antrag der Fraktion der CDU betreffend Ja zu Schulen in freier Trägerschaft, Drucks. 17/655, an den Kulturpolitischen Ausschuss zu überweisen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

#### **Fünfter Bericht des Petitionsausschusses betreffend Tätigkeit in der 16. Wahlperiode – Drucks. 17/629 –**

Berichterstatter ist Herr Abg. Dr. Jürgens. Herr Dr. Jürgens, Sie haben das Wort.

#### **Dr. Andreas Jürgens, Berichterstatter:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich meinen Bericht als Vorsitzender des Petitionsausschusses mit einer Feststellung beginnen: Der Petitionsausschuss ist ein ganz besonderer Ausschuss des Hessischen Landtags.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Tagesordnung aller anderen Ausschüsse wird durch das Plenum des Landtags, die Fraktionen, durch die Landesregierung und andere Institutionen, wie Rechnungshof oder Datenschutzbeauftragter, bestimmt. Nur die Tagesordnung des Petitionsausschusses wird unmittelbar und fast vollständig durch die hessischen Bürgerinnen und Bürger bestimmt.

Kein anderer Ausschuss hat so unmittelbar mit den Menschen in Hessen zu tun wie unser Ausschuss. Die Men-



schen wenden sich in Wahrnehmung ihres Grundrechts aus Art. 16 Hessische Verfassung an den Landtag:

Jedermann hat das Recht, allein oder gemeinsam mit anderen, Anträge oder Beschwerden an die zuständige Behörde oder an die Volksvertretung zu richten.

Diese „Anträge oder Beschwerden“ nennen wir normalerweise Petitionen.

Die Anliegen, die uns erreichen, sind ebenso vielfältig wie die Motive der Petenten, sich an uns zu wenden. Wir haben am Ende des Petitionsberichts wieder einige Beispiele aufgelistet. Damit kann Ihnen vielleicht ein Eindruck der Vielfalt der Anliegen vermittelt werden, die uns vorgetragen werden.

Sicherlich wenden sich viele der Petenten aus Verzweiflung an uns, nachdem andere Versuche, ihr Anliegen zu verfolgen, gescheitert sind. Die Petition ist dann sozusagen der letzte Versuch, weil alles andere nichts geholfen hat. Viele scheuen möglicherweise aber auch einen Rechtsstreit, etwa aus Unsicherheit über die Folgen, oder um Kosten zu sparen.

Dazu muss man allerdings sagen: Das Petitionsverfahren stellt keine Alternative zu dem Verfahren vor der dritten Gewalt dar. Wir kontrollieren als erste Gewalt, als Legislative, vor allem die Aktivitäten der Exekutive, also der Regierung und der Verwaltung. Wir kontrollieren aber nicht die dritte Gewalt, die unabhängigen Gerichte, in deren Entscheidung wir nicht eingreifen. Die Gerichte können wir nicht ersetzen. Deren Entscheidungen können wir auch nicht korrigieren.

Natürlich fühlen sich alle Petenten, die bei uns eine Petition eingereicht haben, durch die Behörden des Landes oder der Kommunen ungerecht behandelt. Eventuell liegen sie auch im Streit mit anderen Bürgerinnen und Bürgern. Viele erbitten von uns zumindest eine unabhängige Überprüfung der ihnen unverständlichen Entscheidungen.

Das erhoffen sie sich von den Abgeordneten, die den Fall eben nicht mit einem juristisch verbildeten oder fachlich eingeschränkten Blick sehen, sondern mit dem, was man gemeinhin den gesunden Menschenverstand nennt. Darauf haben sie einen Anspruch. Darum bemühen sich die Mitglieder des Petitionsausschusses nach besten Kräften.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich haben wir auch querulatorisch veranlagte Petenten. Das kann man nicht verleugnen. Manche beschweren sich buchstäblich über Gott und die Welt, sie sehen sich praktisch von allen, denen sie begegnen, verfolgt und ungerecht behandelt. Es gibt nun einmal Menschen, die kommen mit ihrem Leben und ihren Mitmenschen nicht zurecht und versuchen dann, dies in Beschwerden über alles und jeden zu kanalisieren.

Das ist die absolute Ausnahme. Das gehört aber dazu. Man könnte sagen: Das Leben ist bunt. Die Menschen sind noch viel bunter. All dies bildet sich in seiner ganzen Vielfalt in der Arbeit des Petitionsausschusses ab. Deshalb ist die Arbeit bei uns im Ausschuss so interessant und abwechslungsreich. Deshalb habe ich in dieser Wahlperiode gerne den Vorsitz dieses ganz besonderen Ausschusses übernommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der FDP und bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der Ihnen vorliegende Bericht betrifft den Zeitraum von April 2007 bis April 2008. In der Geschäftsordnung gibt es die Regelung, dass jährlich ein Petitionsbericht zu erstatten ist. Zugleich enthält er auch eine Zusammenfassung der Aktivitäten der gesamten 16. Wahlperiode. Während dieser gesamten fünf Jahre wurde der Petitionsausschuss von meiner Vorgängerin, Frau Abg. Ilona Dörr, geführt, die dem Landtag nicht mehr angehört.

Ich hatte Frau Dörr ausdrücklich eingeladen, an der Debatte um den Bericht heute teilzunehmen. Sie hat mir zurückgeschrieben, dass sie leider keine Zeit hat. So ist das bei vielen Menschen, die im Ruhestand sind. Dann haben sie gar keine Zeit mehr. Ich möchte aber von hier aus einen herzlichen Gruß an die ehemalige Abg. Ilona Dörr richten.

(Allgemeiner Beifall und Beifall des Ministers Volker Bouffier)

Sie hat die Aufgabe der Vorsitzenden mit großem Engagement und einer Fairness wahrgenommen, die von allen Ausschussmitgliedern immer geschätzt wurde und mir, ihrem Nachfolger, als Vorbild dient. Für ihre Arbeit gebührt ihr mein Dank und sicherlich der des ganzen Hauses.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus den Zahlen, die wir Ihnen vorgelegt haben, können Sie ersehen, dass die Anzahl der Petitionen rückläufig ist. Waren es im ersten Berichtszeitraum der letzten Wahlperiode noch fast 1.500 Eingänge, so waren es im letzten Berichtszeitraum, also vier Jahre später, nur noch 1.150 Eingänge. Es handelt sich um einen Rückgang um mehr als 20 %.

Wir haben das im Petitionsbericht dargelegt: Eine wesentliche Ursache ist der deutliche Rückgang der sogenannten Ausländerpetitionen. Das sind die Petitionen, mit denen in der Regel ein Bleiberecht für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger begehrt wird, das ihnen von der zuständigen Ausländerbehörde verwehrt wurde.

Im Berichtszeitraum der Jahre 1999/2000 machten diese Petitionen z. B. noch fast zwei Drittel aller Eingänge aus. Im abgelaufenen Berichtszeitraum entfällt nur noch ein Drittel aller Eingänge auf diese Art Petitionen.

Die hohe Anzahl der Ausländerpetitionen ist ohnehin eine hessische Spezialität. Die Petitionsausschüsse anderer Landtage haben in der Regel sehr viel weniger mit Ausländerpetitionen zu tun. Manchmal ist deren Anteil sogar nur marginal.

Zum Rückgang beigetragen haben sicherlich auch die Bleiberechtsregelung der Innenministerkonferenz vom November 2006 und die sogenannte Altfallregelung vom August 2007. Beides sind aber Übergangsregelungen. Wir werden sehen, ob nach deren Auslaufen – sie sind an Stichtage geknüpft – die Anzahl der Ausländerpetitionen wieder zunehmen wird. Allerdings haben wir in Hessen auch einen Rückgang der Zuwanderung zu verzeichnen.

Außerdem werden wir heute noch im Laufe des Tages – das steht zumindest auf der Tagesordnung – den Gesetzentwurf zur Einrichtung einer Härtefallkommission verabschieden und damit die bisher bestehende Doppelbefassung des Petitionsausschusses und der Härtefallkommission abschaffen. Bisher musste immer eine Petition eingereicht werden, damit es überhaupt zu einer Entscheidung der Härtefallkommission kommen konnte.

Deshalb mussten wir uns im Ausschuss auch mit Petitionen befassen, deren Aussichtslosigkeit von vornherein auch den Petenten klar war. Sie hatten sie überhaupt nur als Durchlaufstation zur Härtefallkommission eingebracht.

Das wird uns dann erspart bleiben. Die Härtefallkommission soll in Zukunft unmittelbar befasst werden können. Ich verspreche mir von dieser Neuregelung auch eine Entlastung unseres Petitionsausschusses.

Meine Damen und Herren, den Zahlen können Sie auch entnehmen, dass nur knapp ein Viertel der Petitionen Erfolg oder teilweisen Erfolg hat. Ein weiterer Teil der Petitionen endet neutral, wird z. B. zurückgezogen, an andere Volksvertretungen abgegeben oder erledigt sich auf andere Weise, wobei wir dann nicht wissen, wie es ausgegangen ist. Man muss aber sagen: Rund 60 % der Petitionsverfahren enden mit einem negativen Ergebnis für die Petenten. In der Mehrzahl der Fälle können wir den Petenten nicht weiterhelfen. Das ist für diese sicherlich unbefriedigend.

Diese Nachricht hat aber auch eine gute Seite: Die Behörden des Landes Hessen haben in der Mehrzahl der uns vorgelegten Fälle rechtmäßig gearbeitet und sind zu angemessenen Entscheidungen gekommen, die von uns nicht zu beanstanden sind. Meiner Ansicht nach hätten wir eher ein Problem, wenn das Zahlenverhältnis umgekehrt wäre, also wenn wir in 60 % der Fälle Fehler beim Handeln der Verwaltung feststellen würden.

Vor allem darf eines nicht unterschätzt werden: Auch die im Ergebnis erfolglosen Petitionen können durchaus eine befriedigende Wirkung haben. Wenn die Petenten den Eindruck gewinnen, der Ausschuss hat ihr Anliegen ernst genommen, hat es sorgfältig geprüft und verantwortlich entschieden, dann können sie das Ergebnis vielleicht besser akzeptieren, obwohl es ihnen immer noch nicht gefällt, weil es trotz der Überprüfung nicht abgeändert werden konnte.

Deswegen ist der Umgang mit den Petenten, mit denen wir in der Regel nur schriftlichen Kontakt haben, so außerordentlich wichtig. Wir haben im Petitionsausschuss und in der Vorprüfungskommission mehrfach darüber gesprochen, ob unsere Schreiben an die Petenten für diese immer verständlich sind. Da müssen wir uns sicherlich ständig prüfen und Abhilfe schaffen, wenn es noch mangelt.

Wir haben in dieser Wahlperiode etwas neu eingeführt. Dies ist eine regelmäßige monatliche Sprechstunde, von der wir uns versprechen, dass wir noch näher an die Bürgerinnen und Bürger herankommen.

Ich möchte die Einbringung des Berichts nicht zu Ende gehen lassen, ohne mich bei allen Mitgliedern des Petitionsausschusses herzlich zu bedanken.

(Allgemeiner Beifall)

Ich danke allen Mitgliedern des Petitionsausschusses der letzten Wahlperiode. Denn es handelt sich um einen Bericht über die 16. Wahlperiode. Ich möchte mich insbesondere bei den Obleuten, Herrn Bellino, Frau Waschke, Herrn Frömmrich und Herrn Rentsch, bedanken.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich möchte ich mich auch bei allen Ausschussmitgliedern der neuen Wahlperiode bedanken. Wir haben die Arbeit mit Schwung aufgenommen. Die Motivation aller

Ausschussmitglieder liegt irgendwo zwischen Elan und Enthusiasmus. – Ich kann nur sagen: Weiter so, ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Aber der Petitionsausschuss wäre natürlich ohne die ermüdliche Zuarbeit des Petitionsreferats der Landtagskanzlei nicht arbeitsfähig, dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ich ganz herzlich begrüßen darf. Sie befinden sich in großer Zahl oben auf der Tribüne.

(Allgemeiner Beifall)

Ich bedanke mich bei Ihnen allen für Ihren engagierten Einsatz, für Ihr immer umsichtiges Wirken und vor allem für Ihre Nachsicht gegenüber den kleinen Eigenheiten des Vorsitzenden und der Ausschussmitglieder. Ganz herzlichen Dank an Frau Bachmann als Bereichsleiterin, Herrn Beck als stellvertretenden Bereichsleiter, Frau Brink, Frau Bicking, Herrn Dingeldein, Frau Krüger, Frau Schalk und Frau Rommelaere. Sehr gern würde ich an dieser Stelle auch denjenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den Dank bekunden, die künftig die derzeit vakanten Stellen im Petitionsreferat besetzen werden. Herr Präsident, es wäre schön, wenn ich das nicht erst in dem nächsten Petitionsbericht in einem Jahr machen könnte, sondern die vakanten Stellen schon vorher besetzt werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, schließlich danke ich noch Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

#### **Vizepräsident Hermann Schaus:**

Vielen Dank, Herr Vorsitzender des Petitionsausschusses Dr. Jürgens. Ich möchte auch Ihnen und dem neuen Petitionsausschuss alles Gute und viel Erfolg im Sinne und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger wünschen.

(Allgemeiner Beifall)

Wir fahren in der Rednerliste fort. Für die Fraktion der FDP erteile ich Herrn Lenders das Wort. Ich darf daran erinnern: Die Redezeit beträgt fünf Minuten.

#### **Jürgen Lenders (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Petitionsrecht ist ein Grundrecht, ist ein Bürgerrecht, das sowohl im Grundgesetz, Art. 17, als auch in der Hessischen Verfassung, Art. 16, als persönliches Recht eines jeden Bürgers verankert ist. Es eröffnet jedermann die Möglichkeit, sich mit Bitten und Beschwerden an das Parlament zu wenden, sofern sich Kritik oder der Unmut auf Entscheidungen staatlicher Stellen bezieht.

Auf diese Weise können jede Bürgerin und jeder Bürger staatliches Handeln überprüfen lassen. Das Petitionsrecht ist damit ein direktes Instrument der Kontrolle der Verwaltung und kann gelegentlich auch Mängel in der Umsetzung von Gesetzen und Verordnungen aufzeigen, die eine Überarbeitung nötig haben.

Die Summe der Petitionen, die innerhalb einer Legislaturperiode eingehen, lässt oft eine Tendenz bzw. Schwerpunkte erkennen, auf die sich die Kritik der Bürgerinnen

und Bürger konzentriert. Dies wird auch in diesem Petitionsbericht deutlich.

Meine Damen und Herren, der Anteil der Ausländerpetitionen ist überragend und fällt auf. Für die FDP-Fraktion und für unsere Abgeordneten kann ich sagen: Wir bleiben bei unserer Auffassung, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und wir endlich ein Einwanderungsgesetz brauchen.

Obwohl das Petitionsrecht als Instrument direkter Demokratie für die Bürgerinnen und Bürger eine effektive Möglichkeit darstellt, sich jenseits der Stimmabgabe bei Wahlen Gehör zu verschaffen, ist dieses Recht in unserem Land viel zu wenig bekannt. Das zeigen letztlich zwei Umfragen, die sicherlich nicht repräsentativ waren. Aber der Petitionsausschuss hat zum Hessestag und beim Tag der offenen Tür im Hessischen Landtag Umfragen durchgeführt, die ein eindeutiges Votum abgeben. Man sieht sehr deutlich, zu viele Menschen wissen überhaupt nicht, dass ihnen dieses Bürgerrecht zusteht.

Deshalb hat der Petitionsausschuss eine Bürgersprechstunde eingerichtet, die in jeder Region Hessens die Bürgerinnen und Bürger zu einem bestimmten Termin dazu einlädt, sich mit ihren Problemen in direkten Gesprächen an die Abgeordneten des Petitionsausschusses und die Mitarbeiter des Petitionsreferats zu wenden.

Meine Damen und Herren, in diesen Bürgergesprächen geht es also nicht darum, über das Land zu ziehen und Petitionen quasi als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme des Petitionsausschusses einzusammeln. Vielmehr geht es darum, der allgemeinen Politikverdrossenheit der Bevölkerung entgegenzuwirken und den Bürgerinnen und Bürgern zu zeigen, dass sie nicht nur das Recht haben, alle fünf Jahre ihre Stimme abzugeben, sondern auch während dieser fünf Jahre eine Stimme haben, die gehört wird.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach meinem Eindruck gibt es einen direkten Zusammenhang zwischen dem geringen Bekanntheitsgrad des Petitionsrechts in der Bevölkerung und dem geringen Ansehen – das muss man leider so sagen – des Petitionsausschusses innerhalb und außerhalb des Parlaments, der in seinem Stellenwert als Stiefkind aller Ausschüsse bezeichnet werden kann. Dies ist sehr kurzsichtig, da alle Parteien und unser demokratisches System insgesamt nur davon profitieren können, wenn die Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, immer eine Anlaufstelle für ihre Sorgen und Nöte zu haben, und auch die Gewissheit spüren, dass ihre Beschwerden gründlich und zeitnah geprüft werden.

Meine Damen und Herren, damit bin ich bei einem weiteren Punkt angekommen, der sehr wesentlich ist. Der Petitionsausschuss ist auf die Zuarbeit der Fachministerien und deren Recherchen bei nachgeordneten Behörden angewiesen. Ich möchte an dieser Stelle eindringlich darum bitten – ich denke, ich spreche im Sinne des gesamten Petitionsausschusses –, uns die notwendigen Informationen zeitnah zukommen zu lassen und damit dem Petitionsausschuss auch den Stellenwert einzuräumen, der ihm zukommt.

Es macht keinen Sinn, über das Land zu ziehen und den Bürger auf sein Grundrecht aufmerksam zu machen, ihn

dann aber so lange auf eine Entscheidung warten zu lassen, dass dieses Bemühen konterkariert und letztendlich der allgemeinen Politikverdrossenheit noch Vorschub geleistet wird.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Petitionsrecht ist ein Grundrecht, ist ein Bürgerrecht. Ich möchte auch im Namen meines Fraktionskollegen und des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden René Rock dem Petitionsreferat danken, namentlich stellvertretend Frau Bachmann, die heute unter uns ist. Vielen Dank an Sie und Ihr gesamtes Team. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Holger Bellino für die Fraktion der CDU.

(Petra Fuhrmann (SPD): Heute gibt es eine Premiere: Ich klatsche ihm Beifall! – Heiterkeit)

#### **Holger Bellino (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir besprechen heute den fünften und damit den letzten Bericht des Petitionsausschusses aus der vergangenen Legislaturperiode. Ich möchte bewusst zu Beginn meiner Ausführungen meinen und unseren Dank allen Beteiligten aussprechen, die dazu beitrugen, dass unsere Arbeit überhaupt erst geleistet werden konnte.

(Allgemeiner Beifall)

– Vielen Dank, aber wir können uns vielleicht auf einen Schlussapplaus einigen. Dann kann ich auch meine fünf Minuten einhalten, und allen soll die Ehre gewährt werden.

(Heiterkeit – René Rock (FDP): Net nervös werden!)

Ich beginne bewusst mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Petitionsreferats. Sie wurden bereits begrüßt. Sie verfolgen diese und auch die eine oder andere Debatte in dieser Runde. Wir fühlten uns – das sage ich für mich persönlich, aber auch für meine Fraktion und, ich glaube, auch für alle anderen Mitglieder des bisherigen und des neuen Petitionsausschusses – bei Ihnen immer kompetent und gut beraten. Ich persönlich meine sogar, dass es sehr oft ein partnerschaftliches Miteinander war.

(Petra Fuhrmann (SPD): Nicht übertreiben!)

Man tauschte sich aus. Man hat nicht nur Informationen erhalten, die weitergeleitet wurden, sondern man konnte hinterfragen. Man diskutierte mitunter. Man hat natürlich als Abgeordneter letztendlich die Entscheidung zu treffen. Aber diese vorgelagerte intensive Beschäftigung hilft uns Abgeordneten dabei, diese für uns nicht immer einfache Arbeit zu leisten.

Ich danke an dieser Stelle auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ministerien. Ich möchte feststellen, dass der Kollege Lenders natürlich richtig liegt, wenn er sagt: Wir wollen möglichst zeitnah informiert werden. – Ich erkenne aber auch an, dass dies in aller Regel der Fall ist und dass die Ministerien häufig eine ganze Menge Vorarbeit

zu leisten haben, wo sie auf nachgelagerte Institutionen und Organisationen zugreifen müssen, um eine sachkompetente Stellungnahme zu erarbeiten und abgeben zu können.

Insofern gilt auch ihnen unser Dank, genauso wie der früheren Vorsitzenden Frau Dörr und den ehemaligen Kolleginnen und Kollegen, die teilweise nicht mehr dem Hessischen Landtag angehören.

(Allgemeiner Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die mehr als 7.000 eingegangenen Petitionen zeigen, dass das Petitionsrecht in unserem Land wahrgenommen wird. Die 6.665 entschiedenen Petitionen – teilweise noch aus der 15. Wahlperiode – zeigen, dass wir auch in der vergangenen Wahlperiode unserer Verpflichtung nachgekommen sind.

Betrachtet man die von uns zu bearbeitenden Petitionen, so können wir sagen, dass wir dieser Aufgabe gerecht wurden. Wenn ich richtig gerechnet habe, haben wir im Saldo 250 Petitionen mehr bearbeitet, als in diesem Berichtszeitraum eingegangen sind.

Ich bin der Meinung, wir sind im letzten Jahr und generell im Berichtszeitraum wie auch in den Vorjahren überparteilich der Pflicht nachgekommen, das Bürgerrecht, das Menschenrecht auf Petition mit Leben zu füllen.

Aber es gilt auch festzustellen, dass die Verankerung im Grundgesetz und in Art. 16 unserer Hessischen Verfassung nur eine von meines Erachtens drei Voraussetzungen dafür ist, dass ein demokratischer Staat vernünftig, angemessen und im Sinne einer menschenorientierten repräsentativen Demokratie Beschwerden der Bürger nachgeht.

Die zweite Voraussetzung ist das von mir schon beschriebene Abwägen, das Hinterfragen, die gemeinsame Suche nach Lösungen. Natürlich gibt es bei den Diskussionen im Petitionsausschuss hin und wieder Unterschiede. Aber ich bin sicher, bei allen standen immer die sachliche Befassung und das gemeinschaftliche Ringen um die richtige, vertretbare, humane Entscheidung im Mittelpunkt der Diskussion.

Wenn ich vom Ringen spreche, so meine ich damit gar nicht so sehr ein politisches Ringen, sondern vielmehr ein mitunter auch persönliches Ringen, in dem jeder für sich entscheiden musste, wie im wahrsten Sinne des Wortes richtig, gerecht zu entscheiden ist.

Die dritte Voraussetzung ist meines Erachtens – darauf wurde bereits hingewiesen –, dass der Petitionsausschuss und das Petitionsrecht als solches bekannt sein müssen. Wer eine Eingabe machen soll, muss auch wissen, dass er dieses Recht hat. Insofern ist es sicher richtig, dass wir wie in der vergangenen Legislaturperiode unsere Aktivitäten in der Öffentlichkeitsarbeit fortsetzen. Ich nenne die Präsenz am Hessentag, die Bürgersprechstunde und andere Aktivitäten. Ich persönlich bin aber auch sicher, dass das alles in gewisser Weise begrenzt sein wird, was den Erfolg angeht. Insofern ist jeder Abgeordnete aufgefordert, in seinem Wahlkreis, in den Wahlkreisbüros, aber auch in Gesprächen immer wieder darauf hinzuweisen, dass wir diese Möglichkeit haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich hoffe, dass wir uns auch in Zukunft darauf verständigen können, eine vernünftige Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Das heißt, dass wir uns in der Öffentlichkeitsarbeit auf das generelle

Tätigwerden begrenzen und nicht versuchen, daraus persönlichen Profit zu ziehen.

Ich hoffe auch, dass es uns in Zukunft gelingt, zu erreichen, dass diejenigen recht bekommen, die recht haben – und nicht die, die am lautesten schreien. Wir müssen auch auf den einen oder anderen Rechtsanwalt aufpassen, der beispielsweise über die Presse dazu aufruft, man solle die Abgeordneten mit entsprechenden Eingaben bombardieren, damit sie wach werden.

Ich bin sicher, die früheren Mitglieder des Petitionsausschusses hatten es nicht nötig, auf diese Weise wachgerüttelt zu werden, und auch wir werden dies nicht nötig haben.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

**Holger Bellino (CDU):**

Insofern noch einmal meinen herzlichen Dank allen Beteiligten. Dem Petitionsausschuss wünsche ich in seiner neuen Zusammensetzung weiterhin viel Erfolg und im wahrsten Sinne des Wortes ein gutes Gelingen im Sinne des Petitionsrechtes. – Besten Dank.

(Beifall bei der CDU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächster Redner, der Abg. van Ooyen für die Fraktion DIE LINKE.

**Willi van Ooyen (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Petitionsrecht ist im Grundgesetz und in der Hessischen Verfassung als Grundrecht verbrieft. Dieses Recht, Anträge oder Beschwerden an das Parlament zu stellen, achten wir als einen wichtigen Teil unseres demokratischen Systems.

In Zeiten, in denen die Bürgerinnen und Bürger in wachsendem Maße das Vertrauen in die staatlichen und parlamentarischen Institutionen verlieren, weil sie – für mich: zu häufig – die Erfahrung machen müssen, dass die Politik ihre Lebenswelt nicht ernst genug nimmt und ihre Entscheidungen an anderen Interessen als den ihren orientiert oder zu orientieren scheint, kommt dem Petitionsrecht und der Arbeit des Petitionsausschusses aus unserer Sicht eine besondere Bedeutung zu.

In diesem Sinne ist der Petitionsausschuss ein Bindeglied zwischen den Bürgerinnen und Bürgern einerseits und dem Parlament andererseits.

Dazu erfüllen Petitionen auch eine wichtige Kontroll- und Informationsfunktion für die Landesregierung. Die Petitionen, die von Bürgerinnen und Bürgern an das Parlament gestellt werden, können ein wichtiger Indikator dafür sein, wo auf der politischen Ebene Handlungsbedarf besteht. Der erhebliche Rückgang der „Ausländerpetitionen“ nach der Neuregelung des Bleiberechts für sogenannte Altfälle zeigt sehr deutlich, dass Petitionen neben ihrer höchst individuellen Fallstruktur auch Rückschlüsse auf größere Zusammenhänge erlauben.

Daher wäre es aus unserer Sicht wünschenswert, wenn künftige Berichte des Petitionsausschusses auch eine verbesserte Statistik enthalten könnten. Dabei sollte nicht nur dargelegt werden, welche Bereiche der Ministerien von den eingegangenen Petitionen betroffen waren; vielmehr wäre es hilfreich, mit einer thematischen Zuordnung die großen Themen zu erkennen, die in den eingegangenen Petitionen behandelt werden.

Die Petitionen und ihre Inhalte spiegeln uns immer auch die gesellschaftliche Realität. Damit können sie als Warnsystem dienen und zeigen, wo politische Eingriffe nötig sind.

In dieser Hinsicht erscheint es uns dringend geboten, die gegenwärtige Abschiebep Praxis grundlegend zu überdenken. Wir brauchen eine entschlossene Wende hin zu echter Integration, zu einem ehrlichen Miteinander der Menschen unterschiedlicher Herkunft, die hier in Deutschland leben. Abschiebungen, wie sie noch heute gang und gäbe sind und den Petitionsausschuss in großer Zahl beschäftigen, stehen einer solchen Politik entgegen. Sie schaffen immer neue Verhärtungen und bestätigen regelmäßig das Bild eines Staates, der nicht entschieden auf Integration setzt, sondern immer wieder ausgrenzt und immer wieder Menschen an den Rand drängt oder über seine Grenzen hinausdrängt.

Ich möchte des Weiteren ausdrücklich anregen, auch über den Umgang mit Straftätern nachzudenken. Auch hier bietet unser – sicherlich noch immer zu verbesserndes – Strafvollzugssystem ungleich bessere Voraussetzungen zu gesellschaftlicher Integration, als dies in den allermeisten Herkunftsländern der Straftäterinnen und Straftäter der Fall ist.

Wir von der LINKEN können uns gut vorstellen, dieses Grundrecht im Sinne einer entwickelten direkten Demokratie auszubauen. Damit könnte es ein wichtiger Beitrag zu mehr Bürgerrechten, größerer Offenheit und Transparenz des Verwaltungs- und Regierungshandelns darstellen.

Mögliche Schritte bei der Weiterentwicklung des Petitionsrechts könnten aus unserer Sicht sein: ein Selbstbefassungsrecht des Petitionsausschusses; ein Überprüfungsrecht bei Entscheidungen von Unternehmen und Dienstleistern der öffentlichen Daseinsvorsorge, auch wenn sie in Teilen in privatrechtliche Formen umgewandelt wurden; die Durchführung von Petitionsverfahren unabhängig von der Entscheidung von Gerichten; transparente und nachvollziehbare Verfahren mit kürzeren Bearbeitungszeiten sowie mehr Öffentlichkeit bei Ausschusssitzungen. Dazu hat auch der Kollege Jürgens einiges gesagt. In dieser Richtung sollte man weiterdenken und diese Ideen prüfen.

Wir unterstützen die Überlegungen, einzelne und vorab angekündigte Themen im Ausschuss öffentlich zu behandeln.

Zum Abschluss bedanke ich mich natürlich auch im Namen unserer Fraktion bei den Kolleginnen und Kollegen des Petitionsdienstes der Landtagskanzlei. Wir Abgeordnete wissen sehr wohl, dass wir ohne ihre großartige Unterstützung nicht in der Lage wären, diese wichtige Aufgabe angemessen wahrzunehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Nächste Wortmeldung, Frau Kollegin Öztürk für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Präsident! Auch ich möchte mich vorab den Dankeswünschen und Grüßen an den Petitionsdienst, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Ministerien anschließen und noch einmal unterstreichen, dass ohne die konstruktive Arbeit dieser Menschen eine sachgerechte Arbeit im Petitionsausschuss fast unmöglich ist. Daher möchte ich mich hier auch im Namen von Herrn Andreas Jürgens nochmals bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ministerien und des Petitionsdienstes bedanken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Müller-Klepper (CDU))

Wir konnten heute schon in den Ausführungen feststellen, dass das Petitionsrecht und die Arbeit im Petitionsausschuss sehr wichtig sind. Wir arbeiten hier im Namen von Bürgerinnen und Bürgern, die gemäß der Hessischen Verfassung das Grundrecht haben, mit ihren Anliegen – wenn sie sonst nicht klarkommen – den Landtag zu befassen. Daher tragen wir hier schon eine größere Verantwortung als vielleicht in anderen Ausschüssen.

Daher ist es hier auch immer sehr wichtig, dass man parteipolitisch unabhängig und sachorientiert agiert. Nach meiner kurzen Erfahrung, die ich bisher im Petitionsausschuss gemacht habe, ist das auch der Fall. Das möchte ich hier ausdrücklich erwähnen, und ich möchte mich für die konstruktive Mitarbeit der Ausschussmitglieder bedanken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Müller-Klepper (CDU))

Ich möchte aber nicht unerwähnt lassen – vor allen Dingen, nachdem ich die Protokolle zu den letzten Berichten gelesen habe –, dass es doch das eine oder andere Ministerium gibt, das sich mit seinen Stellungnahmen sehr viel Zeit lässt. Das möchte ich heute kurz erwähnt wissen, weil das rechtzeitige Erstellen dieser Stellungnahmen für uns eine wichtige Arbeitsgrundlage darstellt. Auf der Basis dieser Stellungnahmen können wir als Politikerinnen und Politiker sachkundig und orientiert arbeiten. Ich möchte daher darum bitten, mit den Stellungnahmen viel schneller beizukommen, da unsere Arbeit sonst behindert wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Torsten Warnecke (SPD))

Meine Damen und Herren, wir haben von Herrn Dr. Jürgens sowie von anderen Vorrednerinnen und Vorrednern die eine oder andere Zahl genannt bekommen. Auch wenn ein Drittel der Petitionen Ausländerpetitionen sind, ist festzustellen, dass wir uns natürlich mit ganz unterschiedlichen Themenbereichen befassen. Wir sind als Ausschussmitglieder – auch das möchte ich erwähnen – natürlich bemüht, Öffentlichkeitsarbeit zu leisten, da es uns wichtig ist, dass die hessischen Bürgerinnen und Bürger von ihrem Petitionsrecht wissen und davon Gebrauch machen.

Da wir heute feststellen mussten, dass die Zahlen rückläufig sind, gibt es hierfür zwei Interpretationsmöglichkeiten: Wir könnten erstens sagen, es gebe weniger Anliegen, daher wende sich keiner an den Petitionsausschuss. Das

ist natürlich in Ordnung. Zweitens könnten wir davon ausgehen, dass viele das Petitionsrecht gar nicht kennen. In diesem Falle wäre es unsere gemeinsame Aufgabe, noch mehr Öffentlichkeitsarbeit zu leisten, um den Bürgerinnen und Bürgern diese Möglichkeit auf keinen Fall zu verwehren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Vonseiten des Petitionsreferats sind bisher sehr gute Ansätze ausgegangen. Das möchte ich noch einmal ausdrücklich loben. Ich bin davon überzeugt, dass es sehr innovative Ansätze sind und dass wir in der nächsten Zeit bestimmt den einen oder anderen Schritt vorankommen werden.

Nun möchte ich noch ganz schnell, da ich sehe, wie die Zeit verrinnt, ein paar Worte über die Ausländerpetitionen verlieren. Wir stellen fest, dass es unter den Ausländerpetitionen sehr viele Fälle gibt – so habe ich das bisher erfahren, und das deckt sich anscheinend mit dem letzten Bericht –, wo sich Menschen sehr verzweifelt an uns wenden, da sie das Gefühl haben, sowohl auf kommunalpolitischer als auch landespolitischer Ebene nicht richtig unterstützt zu werden. Da gibt es, da die Menschen der Meinung sind, wir Abgeordnete sollten noch einmal einen Blick darauf werfen, eine sehr große Diskrepanz. Wenn ich diese sehe, möchte ich darauf hinweisen, dass wir in der Thematik der Ausländerpetitionen umdenken sollten.

Ich möchte nun insbesondere auf die Aufenthaltserlaubnis von Kindern eingehen. Ich glaube, wir müssen unsere politischen Entscheidungen sehr viel stärker an den Bedürfnissen der Kinder ausrichten. Der Aufenthalt von Kindern, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, die Kindergärten oder Schulen besucht haben und hier sozialisiert sind, sollte nicht von einem Stichtag abhängen bzw. davon, an welchem Tag deren Eltern nach Deutschland eingereist sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und des Abg. Torsten Warnecke (SPD))

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir in den letzten Jahren sehr viel stärker über die Themen Zuwanderung und Integration diskutieren. Das begrüße ich ausdrücklich. Die Bundesregierung hat dies nun auch zur „Chefinnensache“ gemacht. Ich kann in diesem Zusammenhang daher überhaupt nicht verstehen, weshalb Menschen, die hier aufgewachsen sind, die deutsche Sprache sprechen und hier zu Hause sind, das Land verlassen müssen – obgleich sie, da sie in die Heimatländer ihrer Eltern abgeschoben werden, mit der Situation vor Ort überhaupt nicht zurechtkommen. Hierfür gab es das eine oder andere Beispiel, und manches konnten wir positiv entscheiden.

Ich möchte ausdrücklich betonen, dass wir in diesem Zusammenhang umdenken müssen. Es gibt unter diesen Kindern viele Chancen und Kompetenzen, die ich für Hessen gewinnen und gestalten möchte. In diesem Sinne werden wir weiterhin eine eher konstruktive als restriktive Politik machen. Ich bedanke mich noch einmal ausdrücklich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ausschusses und der Ministerien und freue mich auf eine konstruktive Zusammenarbeit. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FDP und der LINKEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Das Wort hat jetzt Herr Abg. Roth für die Fraktion der SPD.

(Minister Volker Bouffier: Ach, kommt Herr Roth dran?)

– Im Anschluss kommen Sie, Herr Minister.

(Minister Volker Bouffier: Dann lehne ich mich wieder still und bescheiden zurück!)

#### **Ernst-Ewald Roth (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin im Petitionsausschuss noch neu. Ich meine, am Anfang darf noch ein Bekenntnis stehen, und zwar bin ich froh, dass ich in diesem Ausschuss gelandet bin. Ich arbeite gern und mit viel Freude in diesem Ausschuss. Ein Grund hierfür stellt unter anderem das kollegiale Miteinander in diesem Ausschuss dar. Es ist mir wichtig, dies in dieser Stunde zu sagen, denn wenn man nur die Plenardebatten erlebt, könnte man zu einem anderen Ergebnis kommen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich arbeite aber auch sehr gern in diesem Ausschuss – ich glaube, das gilt für viele meiner Fraktion, die in diesem Ausschuss sind –, weil es mit dem Petitionsreferat ein ausgezeichnetes Miteinander gibt. Deshalb auch von meiner Seite ein ganz herzliches Dankeschön. Ich erlebe in der Zusammenarbeit mit Ihnen so etwas, was ich gern einen modernen Dienstleister nenne. Die Zusammenarbeit ist ganz ausgezeichnet, vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Ich bedanke mich auch ausdrücklich bei den Ministerien, die vorbildlich zuarbeiten. An dieser Stelle darf ich – es muss einem inhaltlich auch nicht immer alles schmecken – das Innenministerium ganz ausdrücklich nennen, welches eine Fülle von Petitionen zu bearbeiten hat. Die Stellungnahmen des Ministeriums sind immer sehr zeitnah da. Dafür sage ich Ihnen meinen herzlichen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Zum Petitionsrecht ist von den Vorrednerinnen und Vorrednern einiges gesagt worden. Ich kann das nur unterstreichen und nehme meinerseits lediglich eine Schwerpunktsetzung vor.

Im Zusammenhang mit den Petitionen wird man sich die Zahl 20 merken müssen, denn die Anzahl der Petitionen ist um 20 % zurückgegangen; und etwa 20 % der Petitionen werden positiv entschieden, wenn ich dies derart verkürzt sagen darf, also im Sinne der Petenten. Umfragen haben aber auch gezeigt, dass ca. 20 % derer, die befragt worden sind – bei der einen Befragung sind immerhin 1.200 Menschen befragt worden, bei der anderen waren es etwa 300 Menschen –, deutlich gemacht haben, dass sie von diesem Grundrecht, eine Petition an den Hessischen Landtag zu richten, überhaupt nichts wissen.

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit muss daher in nächster Zeit sein, unter der Bevölkerung eine deutliche Informationskampagne durchzuführen, damit möglichst viele von ihrem Recht Gebrauch machen. Wenn von 7.000 eingereichten Petitionen immerhin 20 % Erfolg hatten, dann bedeutet das, dass 1.400 Petitionen positiv entschieden wurden. Das bedeutet aber auch, dass wir in den Verwaltungen und Institutionen an der einen oder anderen Stelle tatsächlich noch besser werden könnten.

Ich möchte nun noch auf einen Punkt besonders zu sprechen kommen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Kinder – also Minderjährige – das Recht haben, eine Petition einzureichen. Wir haben gestern im Zusammenhang mit dem Wahlrecht sehr auf Altersgrenzen geachtet. Nun haben wir es mit einem Recht zu tun, das von Minderjährigen wahrgenommen werden kann. In der einen oder anderen Situation wäre es gut, wenn Kinder dies auch wüssten.

Von meiner Fraktion ist bereits vorgetragen worden, und es ist auch mein persönliches Anliegen, dass wir im Rahmen unserer Öffentlichkeitsarbeit eine Kampagne durchführen sollten, gerade im Hinblick auf die Kinder. Wer sich die gesellschaftliche Situation anschaut, der spürt, dass es für Kinder gut wäre, wenn sie eine solche Appellationsinstanz hätten und wenn sie wüssten, wohin sie sich wenden könnten.

(Beifall bei der SPD, der FDP und der LINKEN)

Zu den Ausländerpetitionen ist vieles gesagt worden, was ich ausdrücklich unterstreiche. Ich will nun eine konkrete Ausländerpetition nennen, da wir allein gestern – ich habe nachgezählt – über 71 Petitionen abgestimmt haben.

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, Sie müssen sich nun beeilen.

#### **Ernst-Ewald Roth (SPD):**

Die Mitglieder des Petitionsausschusses kennen die Namen, sonst kennt man hier in der Abstimmung immer nur die Nummern. Hinter diesen verbergen sich aber konkrete Schicksale.

Von daher ist dieser Ausschuss so wichtig. Ich fand es ausgezeichnet, dass wir es geschafft haben, wenn auch mühsam, den Fall – so wurde es immer genannt; das ist für mich eigentlich ein schreckliches Wort –, die Lebenssituation der Familie Kazan so auf den Weg zu bringen, dass wir an dieser Stelle sagen können: Es ist uns gelungen, den Menschen das zu ermöglichen, was sie für ihr Leben brauchen. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Roth, vielen Dank. Ich gratuliere Ihnen zu Ihrer ersten Rede im Hessischen Landtag.

(Beifall)

Das Wort hat der hessische Innenminister Bouffier.

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Die Landesregierung nimmt die Arbeit des Petitionsausschusses sehr ernst. Sie ist uns wichtig. Ich bin mit dem Abg. van Ooyen nicht sehr häufig einer Meinung. Aber an einer Stelle will ich Ihnen ausdrücklich zustimmen: Sie haben, wenn ich es richtig gehört habe, in Ihrem heutigen Redebeitrag darauf hingewiesen, dass Petitionen durchaus auch Anlass sein können, gesellschaftliche Fehlentwicklungen, Verwerfungen oder Lücken in unserem Rechts-

system, wie immer man das bezeichnen will, nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern gegebenenfalls auch in einem politischen Prozess zu behandeln. Ich will das ausdrücklich unterstreichen. Das ist sicher richtig.

Deshalb und aus vielen anderen Gründen nehmen wir diese Arbeit nicht nur ernst, sie ist uns auch wichtig. Ich will mich für die Landesregierung ebenfalls herzlich bedanken, zunächst einmal bei den Mitgliedern des Ausschusses. Aus meiner Sicht war die Arbeit sehr konstruktiv. In vielen Fällen konnten wir ein gemeinsames Ergebnis erzielen.

Herr Kollege Roth, nicht nur Glückwunsch zu Ihrer ersten Rede. Ich will mich auch ausdrücklich bedanken, dass Sie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Innenministeriums in besonderer Weise mit Dank und Anerkennung versehen haben. Ich gebe das gerne weiter. Ich will eines hinzufügen: Selbstverständlich auch aus meiner Sicht Dank an das Petitionsreferat im Hause des Landtags und an die Geschäftsstelle der Härtefallkommission im Innenministerium. Aber ich will noch einen Bereich hinzufügen, der hier noch nicht erwähnt wurde. Ich möchte mich ausdrücklich bei den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kommunalen Ausländerbehörden bedanken. Denn sie sind in der unmittelbaren Konfrontation. Sie haben manchmal Hunderte Menschen auf dem Flur stehen, die aus ihrer Sicht eine positive Entscheidung erwarten, die sie häufig nicht bekommen können. Ich kann nur aus langjähriger Erfahrung sagen: Das, was die Ausländerbehörden leisten, ist nicht nur hoch sachkompetent, sondern geschieht auch sehr häufig mit der gebotenen Sensibilität. Ich finde, gerade wenn wir heute darüber sprechen: Auch denen ist ein Dankeschön angemessen.

(Beifall)

Zur Weiterentwicklung des Petitionsrechts. Herr Präsident, ich glaube, wir haben insgesamt nur fünf Minuten. Deshalb muss ich das in einer kurzen Bemerkung machen. Ich denke, es gab einige Überlegungen, denen ich mich aus Sicht der Landesregierung durchaus anschließen würde. Einige, die Herr van Ooyen genannt hat, halte ich für außerordentlich problematisch.

Ich will ein Stichwort zur Arbeit, gerade was die Petitionen angeht, aufnehmen, das uns immer wieder beschäftigt, das Stichwort Abschiebung. Niemand schiebt gerne ab. Aber die Abschiebung ist die Konsequenz einer Grundentscheidung, die in Deutschland jedenfalls die tragenden Parteien bisher noch nie in Zweifel gezogen haben. Diese Grundentscheidung heißt: Wer in diesem Land kein Aufenthaltsrecht hat, der muss in das Land zurückgehen, aus dem er kommt. Das ist eine Grundentscheidung, die alle Länder der Welt getroffen haben. Es gibt kein Land der Erde, das eine andere Entscheidung getroffen hat. Ich glaube, sie ist richtig.

Dass das mit Härten verbunden ist, dass das auch mit persönlich schweren Schicksalen verbunden ist, wird niemand bestreiten, der die Dinge kennt. Gleichwohl warne ich vor der Illusion, zu glauben, man könnte dieses Problem dadurch lösen, dass man auf Abschiebungen verzichtet. In aller Regel gibt es, bevor wir zu Abschiebungen kommen, ein langjähriges Verfahren. Ich habe es einmal feststellen lassen: Wir haben nach den Verwaltungsentscheidungen im Schnitt über ein Dutzend Gerichtsverfahren. Immer dann, wenn die alle zu einem Ergebnis kommen, nämlich dass ein Aufenthaltsrecht nicht besteht, ist eine rechtsstaatlich gebundene Verwaltung verpflichtet, dieser Gesetzeslage und Grundentscheidung zu folgen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister, gestatten Sie Zwischenfragen?

**Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Ich bitte um Nachsicht. Es wird vielleicht andere Gelegenheiten geben, das zu vertiefen.

In dem Zusammenhang will ich auf eines hinweisen. Sie wissen, dass ich mich sehr um die Bleiberechtsregelung bemüht habe, die die Innenministerkonferenz am 17. November 2006 beschlossen hat. Ich habe als Sprecher der Union für die Union in Deutschland ausdrücklich erklärt: Ich halte dies für richtig. – Wir haben später § 104a und § 104b des Aufenthaltsgesetzes im Bundesrat und im Bundestag gemeinsam beschlossen. Ich bin der Überzeugung, dass es Punkte gibt, wo man nach vielen Jahren einen Sachverhalt zu einem Ergebnis bringen muss.

Diese Bleiberechtsmöglichkeit hat z. B. für Hessen bedeutet, dass bei theoretisch etwa 16.000 Bürgerinnen und Bürgern, die in diesem Land kein Aufenthaltsrecht haben und deshalb dieses Land eigentlich verlassen müssten, in über 5.000 Fällen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt worden ist. Das ist eine außergewöhnliche Leistung. Wir haben aber auch 1.000 abgelehnt, weil die Bleiberechtsregelung nicht zum Tragen kam.

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Dr. Jürgens, Sie haben das in Ihrem Bericht auch angesprochen: Die Tragfähigkeit der Altfallregelung, wie sie jetzt im Bundesgesetz steht, wird sich Ende des kommenden Jahres erweisen. Dort hat man beschlossen und ins Gesetz geschrieben, dass derjenige, der jetzt eine Arbeit findet und aus eigener Kraft seinen Unterhalt finanziert, dann endgültig bleiben kann. Der, der seinen Unterhalt nicht aus eigener Kraft finanziert, muss dann wieder gehen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister, die Fraktionsredezeit ist erreicht.

**Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Ich will noch kurz zwei Gedanken äußern. Sie wissen, ich habe diese gesetzliche Regelung immer für falsch gehalten. Ich habe die Entscheidungen der Innenministerkonferenz immer für richtig gehalten, weil man dort angemessen reagieren konnte und weil dies flexibler ist als jedes Gesetz. Ich prophezeie Ihnen deshalb schon heute: Sie werden zu Beginn des Jahres 2010 eine Fülle von Fällen haben, wo Sie genau das gleiche Problem haben wie vor zwei, drei Jahren. Die Masse dieser Menschen wird sich nicht selbst unterhalten können. Sie sind dann aber noch ein paar Jahre länger hier. Dann wird wieder die gleiche Diskussion anheben. Dann werden Sie eine neue Regelung schaffen müssen. – Ich habe jetzt nicht die Zeit, das alles vorzutragen.

Ich will aber ausdrücklich deutlich machen: Man sollte sich keinen Illusionen hingeben. Hier ist eine wirkliche Gesamtlösung weder in Sicht noch nach meiner Überzeugung machbar.

Letzte Bemerkung an Frau Kollegin Öztürk. Ich glaube, sie sitzt jetzt im Präsidium. Ich bitte um Nachsicht, dass ich Ihnen den Rücken zukehre. Sie haben mit sehr guten Gründen dafür geworben: Kinder müssen hierbleiben, wenn sie hier geboren sind, wenn sie hier aufgewachsen

sind. – Darüber kann man sehr engagiert diskutieren. Was man nicht kann, ist, darauf zu verzichten, dann auch eine Antwort darauf zu geben, was man mit den Eltern macht. Die Debatte darf nicht so geführt werden, wie Frau Öztürk sie geführt hat. Nein, ausdrücklich nicht, weil ich die Kinder nie allein hierlassen kann. Ich kann sie nur mit den Eltern hierlassen. Wenn ich dann Eltern habe – Sie wissen, ich habe gerade in einem Fall entschieden, in dem ich mich sehr schwergetan habe –, die deutlich kriminell sind, wenn ich Eltern habe, die niemals selbst etwas verdient haben, die immer von öffentlichen Mitteln gelebt haben und die kein Aufenthaltsrecht haben, dann privilegiere ich diese Eltern über ihre Kinder. Das kann man für richtig halten. Dann muss man es aber auch sagen. Alles andere ist eine Verkürzung der Diskussion.

Ich komme zu dem letzten Punkt, auf den ich immer wieder hinweise. Gerade Ausnahmeentscheidungen sind dann besonders tragfähig, wenn wir die Aufnahmebereitschaft, die Toleranz und das Verständnis der Bevölkerung nicht überstrapazieren.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sehr gut!)

Deswegen sind Rechtsregeln nicht dafür da, dass wir beschließen, sie konsequent zu umgehen. Petitionen und Härtefälle müssen immer Ausnahmen bleiben. Deshalb kann ich Ihnen nur den Rat geben: Zurückhaltung mit allgemeinen Versprechungen, die niemand einhalten kann. Das Schicksal des Einzelnen ist es wert, dass wir uns mit aller Kraft um ihn mühen. Aber er hat auch das Recht, dass wir ihm aufrichtig sagen, was geht und was nicht geht. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Herr Minister. Vielen Dank auch allen Beteiligten. Herr Dr. Jürgens, auch Ihnen ganz herzlichen Dank für den Bericht.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 54** auf:

**Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Erinnerung als Auftrag für die Zukunft – zum 70. Jahrestag der Pogrome vom November 1938 – Drucks. 17/660 –**

Die Geschäftsführer schlagen vor, so ist es auch vereinbart worden, den Entschließungsantrag zur abschließenden Beratung an den Ältestenrat zu überweisen. Widerspricht dem jemand? – Das ist nicht der Fall, damit ist das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Nachbarrechtsgesetzes und der Hessischen Bauordnung – Drucks. 17/642 –**

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs erteile ich dem Justizminister das Wort.

**Jürgen Banzer, Minister der Justiz:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit diesem ersten Änderungsgesetz zum Hessischen Nachbarrechtsgesetz versuchen wir, eine Anzahl von Regelungen einzubringen, die sich im Laufe der Jahre als re-



gelungsbedürftig erwiesen haben. Das Nachbarrecht ist wahrscheinlich das deutscheste Recht überhaupt. Man muss dabei sehr sorgfältig arbeiten, weil unermesslicher Streit aus einer falschen Regelung entstehen kann. Deswegen haben wir versucht, das sehr sorgfältig zu machen. Ich bedanke mich bei der Fraktion der GRÜNEN, die mit der Anhörung und Beratung ihres Gesetzentwurfs gewartet hat, damit jetzt beide Gesetzentwürfe parallel und gemeinsam beraten werden können. Das wird den Ablauf beschleunigen.

Wir haben insbesondere Regelungen zur Wärmedämmung vorgesehen, bei denen wir auch sehr exakt die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts versucht haben nachzuvollziehen – das ist letztlich die Grenze bei dieser Materie. Was im Gesetzentwurf der GRÜNEN nicht in dem Maße vorgesehen ist: Wir haben unseren Gesetzentwurf ausreichend mit der Hessischen Bauordnung verschränkt, sodass daraus eine besondere Wirksamkeit entstehen kann.

Ein weiterer Regelungskomplex ist die Frage des Überwuchses, der einen beliebten Streitpunkt unter Nachbarn darstellt. Wir schlagen als neue Regelung nicht nur die Beseitigung vor, sondern als milderer Mittel auch das Zurückstutzen der entsprechenden Ärgernisse – soweit Bäume und Sträucher Ärgernisse sein können. Auch für den wild wachsenden Strauch oder Baum bzw. die wild wachsende Pflanze ist eine entsprechende Regelung vorgesehen.

Die Verjährungs- und Einspruchsfristen werden den Regelungen, die sich auch im BGB geändert haben, angepasst. Für die Lagerung des Holzvorrats haben wir eine neue Regelung vorgesehen. Auch das ist eine Frage, die im Rahmen der neuen Entwicklung der Pellet- und Holzheizungen wieder an Bedeutung gewonnen hat. Dabei kann man sicherlich noch über das Ausmaß der Holzstöbe reden.

(Heinrich Heide (FDP): Sie dürfen nicht größer sein als die Hütten!)

Ich habe gehört, dass es dabei noch das eine oder andere Problem gibt. Das sind Themen, die man sehr gut in der Anhörung und in der Ausschussberatung weiterverfolgen kann.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Jetzt die erste Wortmeldung in der Aussprache, Frau Kollegin Hofmann für die SPD-Fraktion.

#### **Heike Hofmann (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Uns als SPD-Landtagsfraktion freut es, dass wir heute erneut das Nachbarrecht beraten können. Die Landesregierung hat heute endlich ihren Gesetzentwurf eingebracht und in Kurzfassung vorgestellt. Die Ersten waren BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die sich dankenswerterweise in der letzten Legislaturperiode dieses Themas angenommen haben. Es ist in der Tat vernünftig und richtig, dass wir jetzt effektiv arbeiten und beide Gesetzentwürfe in einer schriftlichen und mündlichen Anhörung beraten, sodass wir keine Doppelarbeit erledigen müssen. Wir haben zwei sich ergänzende, vielleicht auch konkurrierende Gesetzentwürfe, die wir dann in aller Stringenz entsprechend im Ausschuss und in der Anhörung beraten können.

Herr Minister, mich hat es gewundert, dass Sie die eigentliche Intention Ihres Gesetzentwurfs, nämlich die Stärkung des Klimaschutzes, nicht ausdrücklich benannt haben. Das finde ich etwas merkwürdig. Es ist auch Intention Ihres Gesetzentwurfs, bei nachträglichen Wärmedämmmaßnahmen dem Hauseigentümer zu ermöglichen, Klimaschutz effektiv zu betreiben. So steht es auch im vorliegenden Gesetzentwurf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Wir haben schon bei der vorherigen Gesetzesberatung ausdrücklich gesagt, dass das in Hessen längst überfällig ist. Es gibt sechs Bundesländer, die ihr Nachbarrecht entsprechend geändert und angepasst haben. Wir wissen, dass gerade bei Altbauten ein erheblicher Bedarf besteht, Energieeffizienz zu betreiben, um die Kosten zu senken.

Wir haben schon in der letzten Legislaturperiode in der Anhörung gehört, dass gerade Wärmedämmmaßnahmen von außen der richtige Ansatz sind. Wärmedämmmaßnahmen von innen sind zwar technisch auch möglich, allerdings sind sie schwieriger darzustellen.

Was wir auch beachten müssen – Sie haben es angesprochen –, ist: Wir befinden uns nicht nur in einem hochsensiblen Bereich des Nachbarrechts, in dem es viele Interessenkonflikte gibt, sondern auch in einem verfassungsrechtlich hochkomplizierten Bereich, dem Eingriff in Art. 14 Abs. 1 Grundgesetz. Deswegen müssen wir hier sehr sorgsam vorgehen. Wir müssen die verfassungsrechtlichen Schranken und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts mit Argusaugen betrachten.

Dazu gehört für uns, nicht nur zu prüfen, welche Regelungen in den beiden Gesetzentwürfen am verfassungstauglichsten sind, sondern wir wollen in der Anhörung auch herausarbeiten, welche der vorgeschlagenen Regelungen am praxistauglichsten sind. Das ist für uns als SPD-Landtagsfraktion ganz bedeutend. Insofern sind wir auf gutem Wege. Wir freuen uns auf die Beratungen und die Anhörung und hoffen, dass wir in Hessen ein gutes Gesetz bekommen, das den Klimaschutz vorantreibt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Frau Hofmann. – Ich will die Gelegenheit wahrnehmen, weil es bis jetzt nicht gesagt worden ist, Ihnen herzlich zur Geburt Ihres zweiten Kindes zu gratulieren.

(Allgemeiner Beifall)

Dass die Mutter wohlauf ist, sehen wir. Ich nehme an, dass das für Vater und Kind auch gilt. Alles Gute wünsche ich Ihnen.

Als nächste Wortmeldung ist Frau Kollegin Hammann dran. Bitte schön.

#### **Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister Banzer, Sie machen es mir jetzt ein bisschen schwer. Ich hatte mich darauf eingestellt, kritisch auf das einzugehen, was Sie in den Auseinandersetzungen, als wir den Gesetzentwurf das erste Mal eingebracht haben, gesagt haben. Sie hatten damals sehr viel Kritik an unserem Gesetzentwurf. Es fielen Vokabeln wie „schlampig ausge-

arbeitet“, es wäre etwas, was noch einmal total überarbeitet werden müsse.

(Zuruf der Abg. Elisabeth Apel (CDU))

Frau Kollegin Apel, es wurde davon gesprochen, dass sehr viele Begriffe nicht bestimmbar wären und damit zur Rechtsunsicherheit führten.

Ich will es jetzt einfach einmal dabei belassen und nur so viel dazu sagen: Schauen Sie sich einmal Ihren Gesetzentwurf an. In Ihrem Gesetzentwurf sind sehr viele unbestimmte Rechtsbegriffe enthalten, mehr, als Sie uns damals vorgeworfen haben. Sei es darum, der Weg ist der richtige. Sie sind endlich da angekommen, wo wir schon vor einem Jahr waren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn wir haben damals schon gesehen, dass sehr dringend eine Regelung auch in Hessen notwendig ist. Die hessischen Hausbesitzer waren nämlich nicht in der Lage, Wärmedämmmaßnahmen von außen anzubringen, wenn ihr Hause nahe an der Grenze oder direkt auf der Grenze stand. Das war ein Manko. Andere Bundesländer hatten das schon sehr vorbildlich geregelt. Wir haben uns an gesetzlichen Regelungen in anderen Bundesländern orientiert. Ich nenne insbesondere Baden-Württemberg. Aber auch in Schleswig-Holstein, Brandenburg und Niedersachsen gibt es vernünftige Regelungen.

Wir haben gerade den baden-württembergischen Gesetzentwurf als Grundlage herangezogen, weil das Bundesverfassungsgericht ein Urteil dazu gesprochen hat, noch im Juli des letzten Jahres. Darin war die Aussage, dass das, was dort gesetzlich geregelt ist, verfassungsgemäß ist, dass es umsetzbar ist. So haben wir eine Grundlage genommen, die jetzt noch Bestand hat.

Ich glaube, dass wir auf einem guten Weg sind, wenn Sie dabei angekommen sind, dass es notwendig ist, dies zu regeln. Wir sind schon da, und wir erhoffen uns auch über die Anhörung sehr viel Unterstützung auch vonseiten derjenigen, die Grundbesitz haben, die Hausbesitz haben und die die Notwendigkeit im Hinblick auf Wärmedämmmaßnahmen haben.

Sie wissen, der Energiepass schreibt vor, dass bestimmte Verbrauchsdaten dargestellt werden. Wer keinerlei Chance hat, bei seinem Haus diese Dämmmaßnahmen nachträglich anzubringen, weil der Nachbar es nicht will, der hat natürlich einen Wertverlust bei seinem Gebäude. Das heißt, im Hinblick auf Vermietung und Veräußerung gibt es gigantische Probleme für ihn, was sein Eigentum anbetrifft.

Ich glaube, mit diesen Regelungen, die wir vorgeschlagen haben und die mit der gleichen Intention von der CDU erfolgten, können wir diesen Menschen helfen.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen in der Zeit ergangen ist, als unser Gesetzentwurf damals keine Mehrheit fand. Wir haben unglaublich viele Mails erhalten, in denen ganz viele Hausbesitzer sich an uns gewandt haben und gesagt haben: Dieser Vorstoß ist gut. Wir müssen auf diesem Weg weitergehen, versuchen Sie es bitte wieder. Es kann nicht sein, dass wir in Hessen keine gesetzliche Regelung dazu haben.

Wir werden sehen, wie wir das gemeinsam umsetzen können. Es gibt noch andere Details, die Sie angesprochen haben, Herr Banzer. Es geht zum einen um den Pflanzenrückschnitt, zum anderen um die Lagerung von Brennholz für den Eigenbedarf. Das sind Dinge, die wir in der

Anhörung diskutieren müssen, ob diese Regelung, die Sie jetzt vorgeschlagen haben, genügend ist im Hinblick auf den Einsatz von erneuerbaren Energien, gerade von Biomasse. Aber in der Anhörung können wir das alles besprechen.

Insofern bin ich wirklich guten Mutes, dass wir ein Stück weitergekommen sind. Wir hätten es schon früher haben können. Aber das will ich jetzt nicht besonders betonen. Hauptsache, wir schaffen es.

Darauf setze ich auch in der Anhörung, dass wir eine breite Zustimmung bekommen, die es den Menschen in Hessen erlaubt, Wärmeschutzmaßnahmen umzusetzen und damit auch dem Klimaschutz zu dienen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Elisabeth Apel (CDU))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Die nächste Wortmeldung stammt von Frau Abg. Ziegler-Raschdorf von der CDU-Fraktion.

**Margarete Ziegler-Raschdorf (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sprechen heute über ein Thema, das die Gemüter immer wieder auf das Heftigste bewegt: das Nachbarschaftsrecht. In der Debatte über den Gesetzentwurf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Nachbarrechtsgesetz im Juni-Plenum dieses Jahres hatte Justizminister Banzer einen umfassenderen Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Hessischen Nachbarrechtsgesetzes angekündigt, über den wir heute in erster Lesung beraten. Dieser Regierungsentwurf schlägt zeitgemäße Änderungen im 46 Jahre alten Hessischen Nachbarrechtsgesetz vor.

Damit sollen nachträgliche Wärmedämmungen auch an Außenwänden von Gebäuden ermöglicht werden, die bis zur Grundstücksgrenze reichen. Es geht um die Anpassung von Bestandsbauten an den heutigen Stand der Technik, um den Anforderungen an Klimaschutz und Energieeinsparung zeitgemäß Rechnung zu tragen.

Dieses Ziel ist begrüßenswert. Darüber besteht, wie ich denke, weiterhin große Einigkeit unter den Fraktionen. Wir alle wollen mit einer Änderung des Nachbarrechtsgesetzes mehr umweltfreundliche und energieeffiziente Häuserdämmung unterstützen. Damit kann der Energieverbrauch im Land gesenkt, können CO<sub>2</sub>-Emissionen reduziert, und es kann nicht zuletzt den Hausbesitzern ermöglicht werden, auch ökonomisch durch entsprechende Maßnahmen auf gestiegene Energiepreise zu reagieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, insbesondere Frau Hammann, anders als der bereits vorliegende Entwurf der GRÜNEN ist der Gesetzentwurf der Landesregierung eingebettet in eine umfangreichere Novellierung des Nachbarrechtsgesetzes. Die wichtigste Kernaussage des Entwurfs ist: Ein Grundstückseigentümer ist zur Duldung von Maßnahmen der Wärmedämmung an einem bis zur gemeinsamen Grundstücksgrenze reichenden Haus bei finanziellem Ausgleich auch dann verpflichtet, wenn die anzubringende Wärmedämmung in sein Grundstück hineinragt. Derartige Maßnahmen sollen zulässig sein, wenn es sich bei den übergreifenden Bauteilen um eine

Dämmung handelt, die nicht über die Anforderungen der Energieeinsparverordnung vom 24. Juli 2007 hinausgeht.

Diese Regelung wägt besonders sorgfältig zwischen dem Eigentumsschutz und dem energiepolitischen Interesse der Wärmedämmung ab; denn hierin liegt gerade der Knackpunkt, wie Sie bereits ausgeführt haben, Frau Hammann. Aus diesem Grund wird im Gesetzentwurf zum Schutz desjenigen, in dessen Eigentumsrechte eingegriffen wird, die zu duldende Wärmedämmung an die Bauteil-anforderung der Energieeinsparverordnung gebunden. Jede über diese Anforderung hinausgehende Isolierung muss vom Nachbarn nicht geduldet werden.

Dies ist im Hinblick auf den Eigentumsschutz richtig und geboten. Auf der anderen Seite soll der Nachbar, der die Maßnahme durchführt, aber auch davor geschützt werden, einen nicht vertretbaren Aufwand betreiben zu müssen, etwa einen besonders teuren, dünnen Hochleistungsdämmstoff zu verwenden oder eine Innendämmung vorzunehmen, sofern dies im konkreten Fall erheblich aufwendiger als eine vergleichbare Außendämmung wäre.

Der Entwurf stellt auch klar, dass alle mit der Wärmedämmung zusammenhängenden baulichen Änderungen vom Nachbarn ebenfalls zu dulden sind, z. B. die Erweiterung des Daches, die Verlängerung der Fensterbänke, Unterkonstruktionen und Verputze. Da gibt es bisher auch oft Streit.

Bei allem Wunsch nach Dämmung muss jedoch immer klar sein, dass das betroffene Grundstück nicht oder nur geringfügig beeinträchtigt werden darf. Dies stellt der Entwurf deutlich heraus.

Was die rechtzeitige Anzeige der Dämmmaßnahmen gegenüber dem duldungspflichtigen Nachbarn betrifft, so sieht der Entwurf die geltende Regelung nach § 24 Nachbarrechtsgesetz – zwei Wochen – vor. Ob das angemessen bzw. ausreichend ist, müssen wir in den Ausschüssen klären. Meiner Meinung nach ist es ein Unterschied, ob ich nach einem Naturereignis wild abfließendes Gewässer wieder in seinen ursprünglichen Zustand versetzen will oder eine längerfristig geplante Dämmmaßnahme durchführen möchte. Die Beseitigung der Folgen von Naturereignissen duldet in der Regel keinen Aufschub. Bei geplanten Dämmmaßnahmen sollte das jedoch möglicherweise bereits angespannte nachbarschaftliche Verhältnis nicht durch allzu kurz bemessene Anzeigepflichten unnötig belastet werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auf die weiteren Punkte des Entwurfs bezüglich der Bepflanzung an Grundstücksgrenzen möchte ich nur kurz eingehen. Sie ergänzen im Wesentlichen den Beseitigungsanspruch um das mildere Mittel des Anspruchs auf das Zurückschneiden von Bäumen und Sträuchern, wie es in anderen Bundesländern bereits existiert. Sie nehmen die wild gewachsenen Pflanzen in das Gesetz auf, eine Regelung, die wir ausdrücklich begrüßen. Sie wurde unter anderem wegen zahlreicher Eingaben und Petitionen von betroffenen Bürgern in den Gesetzentwurf aufgenommen. Der zurzeit gültige Beseitigungsanspruch bezieht sich ausschließlich auf Anpflanzungen, nicht auf Gewächse, die sich selbst ausgesät haben und wild gewachsen sind.

Die Regelungen passen schließlich die fünfjährige Ausschlussfrist für die Durchsetzung von Ansprüchen der dreijährigen Regelverjährung des BGB an. Das ist vernünftig, da es in der Vergangenheit hier häufig zu Unsicherheiten gekommen ist.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Ende.

**Margarete Ziegler-Raschdorf (CDU):**

Art. 2 des Regierungsentwurfs sieht entsprechende Änderungen in der Bauordnung vor. Hier geht es um die Holzstapel, die bis zur Größe von 40 m<sup>3</sup> legalisiert werden sollen. Das begrüßen wir grundsätzlich. Über die einzelnen Punkte wird in der Anhörung Weiteres zu erfahren sein. In den Ausschüssen muss diskutiert werden, ob wir hier eine Begrenzung brauchen oder ob sie unter Umständen entfallen kann, ob Regelungen einer gemeindlichen Selbstverwaltung überlassen werden können und ob zwischen Innen- und Außenbereich differenziert werden soll.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Abgeordnete.

**Margarete Ziegler-Raschdorf (CDU):**

Im Ergebnis ist der Entwurf schlüssig und zeitgemäß. Ich freue mich auf die Beratung im Ausschuss zu Einzelfragen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Herr Kollege Blum für die Fraktion der FDP.

**Leif Blum (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist zunächst einmal zu begrüßen, dass jetzt auch der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Hessischen Nachbarrechtsgesetzes vorliegt, weil uns das in die Lage versetzt, endlich in das weitere parlamentarische Verfahren zu dieser Materie einzusteigen. Denn als der Gesetzentwurf der GRÜNEN eingebracht wurde, haben wir uns darauf verständigt, mit Rücksicht auf die geschäftsführende Landesregierung zu warten, bis auch dieser Gesetzentwurf vorliegt. Von daher bin ich froh, dass das jetzt auch der Fall ist.

Die Intention, die in Ihrem Hauptanliegen in eine ähnliche Richtung geht, ist nach wie vor begrüßenswert – keine Frage. Aber damals wie heute gilt es festzuhalten: Das, was hier gesetzlich geregelt werden soll, greift in ein verfassungsrechtlich geschütztes Rechtsgut, nämlich das Eigentumsrecht des betroffenen Nachbarn, ein. Gott sei Dank ist das in unserem Land noch so: An Gesetze, die verfassungsmäßige Rechte Einzelner beschränken, sind hohe Anforderungen zu stellen. Die gilt es abzuarbeiten. An dieser Stelle, Frau Kollegin Hoffmann, sage ich für unsere Fraktion ganz deutlich: Das ist der Hauptprüfungsmaßstab. Die Praxistauglichkeit des Gesetzes steht da sicherlich erst an zweiter Stelle. Zunächst einmal orientieren wir uns daran, dass hier eine mit der Verfassung in Einklang zu bringende gesetzliche Regelung vorgelegt und beschlossen wird, und danach bewerten wir die Frage, ob sich das in der Praxis als tauglich erweisen wird.

(Beifall bei der FDP)

Ich sage ganz deutlich: An dieser Stelle ist es so, dass der Gesetzentwurf der Landesregierung wesentlich deutlicher und wesentlich differenzierter auf die Frage eingeht, unter welchen Voraussetzungen ein solcher Eingriff, so er denn von der Zielsetzung her gewünscht und gewollt ist, erfolgen kann. Die Hessische Landesregierung hat in ihrem Gesetzentwurf ein breiteres Spektrum, einen Tatbestandskatalog aufgezeigt, an dem man sich abarbeiten kann und sollte. Auch dieser birgt natürlich Probleme. Denn am Ende des Tages kommen wir wohl nicht umhin, mit unbestimmten Rechtsbegriffen wie „wesentlichen“, „unwesentlichen“ oder „geringfügigen Beeinträchtigungen“ zu arbeiten, sodass an dieser Stelle weiterhin – das ist aber wohl dem Nachbarrecht zumindest hier in Deutschland immanent – mit Streitigkeiten unter Nachbarn zu rechnen ist.

Es ist aber ein weiter gehender und ausgefeilterer Entwurf als das, was die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgelegt hat. Das mag man vielleicht auch von der Landesregierung mit ihrem Verwaltungsapparat erwarten. Das will ich an dieser Stelle gern zugestehen. Aber es fehlt – das hatte ich auch bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfs der Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ausgeführt – dort an der Bestimmtheit im Gesetz etwas, was die Eingriffsvoraussetzungen angeht.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Da hilft es auch nichts, wenn man sich an anderen Landesgesetzen, wie z. B. dem von Baden-Württemberg, orientiert, Frau Kollegin, weil nämlich das Problem in Baden-Württemberg ist – das ist mittlerweile gut im Internet recherchierbar –, dass sich dort jetzt massenhaft Gerichte damit beschäftigen, ob Wärmedämmung unter die gesetzlichen Regelungen des Nachbarrechts in Baden-Württemberg fällt oder nicht. Von daher sind wir hier mit beiden Gesetzentwürfen – das will ich positiv anmerken – einen wesentlichen Schritt weiter, weil wir das nämlich konkret normieren. Wir sagen: Jawohl, es geht hier um Wärmedämmung und nicht um den Begriff „untergeordnete Bauteile“. Das ist das Problem in vielen anderen Ländern.

Ich glaube, dass es vieles gibt, was man hier noch erörtern muss. Und es gibt vieles, was man sich in der Anhörung von den verschiedenen Interessenvertretern aufzeigen lassen muss, die von diesem Gesetz tangiert sind. Das soll aber nicht die grundsätzlich richtige Richtung beider Gesetzentwürfe schmälern. Ich glaube, so sollten wir auch die weitere Debatte und das weitere Verfahren betreiben. Wir wollen am Ende des Tages ein Gesetz, das beiden Zielen gerecht wird, das nämlich auf der einen Seite den gesellschaftlichen Konsens, den Klimaschutz in all seinen Facetten, auch im Bereich der Energieeinsparung, fördert, aber auf der anderen Seite eben auch klar mit den Vorgaben der Verfassung in Einklang steht und deutlich die Grenzen zieht, die uns die Verfassung vorgibt. Ich denke, das lässt sich zusammenführen. Wir werden unseren Beitrag dazu im weiteren Verfahren leisten.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Damit ist die Aussprache beendet.

Die erste Lesung ist damit durchgeführt, und wir überweisen den Gesetzentwurf zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den Rechtsausschuss, federführend, und an den Wirtschaftsausschuss und den Umweltausschuss, beteiligt.

– Dem widerspricht niemand. Damit ist das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsänderungsgesetzes 2008 – Drucks. 17/643 –**

Er wird eingebracht durch die Landesregierung. Das Wort hat der hessische Finanzminister Karlheinz Weimar.

**Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bringe das Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsänderungsgesetzes 2008 ein. Wir haben die Kommunalen Spitzenverbände zwischenzeitlich informiert, dass, wie immer, im Januar 2009 die erste Rate der Schlüsselzuweisungen ausbezahlt wird. Die zu verteilende Masse wird sich erst einmal an dem Volumen des Haushalts 2008 ausrichten, bis ein Haushalt verabschiedet ist. Ich gehe davon aus, dass das im Januar nicht der Fall sein wird.

Jetzt haben wir das Problem der Übergangsregelung für die Sonderstatusstädte. Dort müssen wir anders als sonst beim FAG üblich, wenn wir die gleiche Verteilung wie 2008 hinsichtlich der Sonderstatusstädte haben wollen, die beschlossene Übergangsregelung des Hessischen Landtags verlängern. Dazu dient der vorgelegte Gesetzentwurf, der von der kommunalen Seite erwartet wird und über den wir verschiedentlich sehr intensiv diskutiert haben. Die Signale, die wir bisher zu dieser Frage haben, zeigen, dass der Verlängerung der Übergangsregelung zugestimmt wird. Ich gehe davon aus, dass dieser Gesetzentwurf im Interesse der betroffenen Städte und Landkreise und im Interesse einer verlässlichen Partnerschaft zwischen Land und Kommunen in diesem Haus auch eine entsprechend breite Mehrheit finden wird. Ich bitte um Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Herr Finanzminister. – Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Kahl für die SPD-Fraktion das Wort.

**Reinhard Kahl (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Gesetzentwurf der Landesregierung hat nichts mit großer Regierungskunst zu tun, sondern ist weiter nichts als eine Notlösung. Ich will auch sagen, dass wir dem zustimmen werden, weil es nicht mehr anders geht.

Aber ich möchte doch noch einmal auf Folgendes hinweisen. Im Jahr 2005 hat der Landtag beschlossen, den Ermäßigungssatz für die Kreisumlage der Sonderstatusstädte zu reduzieren, weil durch Hartz IV die Verwaltung der Sozialhilfe wieder auf die Landkreise zurückfällt. Das hätte finanziell eine entsprechende Auswirkung gehabt, die man darstellen kann. Diese Regelung war aber innerhalb der kommunalen Familie stark umstritten. Es ging auch weiter um die Angemessenheit der Höhe des Ermäßigungssatzes von 50 % bei der Kreisumlage. Deshalb haben sich alle Beteiligten darauf geeinigt, dass der Landesrechnungshof dazu ein Gutachten erstellt. Deswegen hat

der Landtag damals zu Recht beschlossen, dieses Gutachten erst abzuwarten. Am 28.09.2006 lag das Gutachten der überörtlichen Prüfung vor. Es wurde weiterhin die Übergangsregelung verlängert. 2007 legte die Landesregierung sogar eine weitere Verlängerung der Übergangsregelung vor, und dieses Jahr geschieht das wieder.

Es ist schon erstaunlich, dass sich die Landesregierung bei einer solch wichtigen Frage immer nur darauf beschränkt, die Übergangsregelung wieder zu verlängern, und zwar von einer Verlängerung zur anderen. Deswegen muss doch einmal die Frage gestellt werden, welche zusätzlichen Informationen – zusätzlich zu dem Gutachten, das vorliegt – noch gebraucht werden, um hier endlich eine Regelung zu treffen. Dann kommt wahrscheinlich der Hinweis auf die Strukturreform des Kommunalen Finanzausgleichs. Ich will nur auf Folgendes hinweisen, Herr Finanzminister: Diese Strukturreform wurde auf der Kommunalkonferenz im Jahr 2006 angekündigt, aber bisher ist zu diesem Thema nichts passiert. Deswegen ist es eine Notlösung, die jetzt wieder in den Landtag eingebracht wird. Wir sehen dabei sicherlich keine andere Möglichkeit. Aber man muss festhalten, dass sie nach dem Gutachten daran hätten gehen müssen, das Problem zu lösen. Wenn Sie das im Rahmen einer Strukturreform des Kommunalen Finanzausgleichs machen wollen, dann müssen Sie auch damit anfangen, statt im Jahr 2006 eine große Ankündigung zu machen, und anschließend passiert nichts. Es kann ja nicht sein, dass wir bei dieser wichtigen Frage von einer Übergangsregelung zur anderen gehen. Das hat mit vernünftigem Regierungshandeln nur bedingt zu tun.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Kaufmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In zwei Sätzen kann man sagen, in diesem Gesetzentwurf geht es ausschließlich um die Aussetzung der Reduzierung des Ermäßigungssatzes der Kreisumlage der Sonderstatusstädte von 50 auf 43,5 % und die Anpassung der konkreten Beiträge infolge der Änderung des Kommunalen Finanzausgleichs aufgrund des Nachtragshaushalts 2007.

Sie merken schon an dieser Ein-Satz-Beschreibung, das ist eigentlich kein Thema, das eine Plenardebatte erfordert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Deswegen denke ich, die Überprüfung des Gesetzentwurfs auf konkrete Zahlen und auf den Inhalt machen wir im Haushaltsausschuss. Dorthin wird der Gesetzentwurf ja gleich überwiesen.

Der Herr Kollege Kahl hat ein Stück weit das Grundsätzliche angesprochen. Da hat er ja nicht unrecht. Aber am heutigen Tag, am 25. September 2008, die Regierung Koch/Weimar aufzufordern, den Kommunalen Finanzausgleich grundsätzlich zu regeln, erübrigt sich. Das werden andere tun, und zumindest ich meine, wir haben den Mut dazu und werden es nicht auf die lange Bank schieben, denn es wird erwartet, dass hier vernünftige Rege-

lungen kommen. Dass sich die amtierende Regierung nicht mehr darin geübt hat, finde ich nicht so schlimm.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Danke schön. – Nächste Wortmeldung, Herr Abg. Milde für die Fraktion der CDU.

**Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat beschäftigt uns das Thema Sonderstatusstädte und Kommunalen Finanzausgleich seit einigen Jahren. Es hat uns schon viele Stunden Diskussionen gekostet.

Der Kollege Kahl und der Kollege Kaufmann haben darauf hingewiesen, dass man dieses Thema nur im Kontext mit einer Änderung des Kommunalen Finanzausgleichs insgesamt wirklich vernünftig anpacken kann. Es wäre wirklich Unfug, in diesem Jahr, in der jetzigen politischen Konstellation zu versuchen, den gesamten Kommunalen Finanzausgleich neu zu ordnen. Dafür braucht man eine stabile Mehrheit. Die werden wir demnächst haben, und mit dieser stabilen Mehrheit werden wir in aller Ruhe den Kommunalen Finanzausgleich neu ordnen, sodass dabei auch die Sonderstatusstädte gut wegkommen. Für den Augenblick sage ich zu, dass wir den Vorschlag, die Übergangslösung noch einmal zu verlängern, unterstützen werden, und bitte auch um Ihre Unterstützung im Haushaltsausschuss.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Herr Kollege Blum hat das Wort für die Fraktion der FDP.

**Leif Blum (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es fällt mir nicht ganz leicht, das zu sagen, aber vieles von dem, was der Kollege Kahl gesagt hat, ist richtig. Natürlich handelt es sich hierbei um eine Übergangslösung, die eigentlich auf Endlichkeit angelegt war. Das Gutachten des Landesrechnungshofs liegt vor, und man hätte Schlussfolgerungen daraus ziehen können. Das ist nicht erfolgt, zumindest nicht so, wie sich das viele in diesem Hause gewünscht haben.

Diese Feststellung hilft uns aber an der Stelle nicht. Wir brauchen jetzt eine Regelung für die Sonderstatusstädte. Wir brauchen Planungssicherheit für die Städte und die betroffenen Kreise. Von daher gesehen, werden auch wir diesem Gesetzentwurf positiv gegenüberstehen und ihm zustimmen. Wir verbinden diese Zustimmung allerdings in der Tat mit der Bedingung, dass dann, wenn in diesem Hause wieder stabile Verhältnisse herrschen, der Kommunale Finanzausgleich grundlegend reformiert wird, die Finanzbeziehungen der Kommunen untereinander grundlegend neu geordnet und geregelt werden. Das wird eine große Aufgabe sein, die es hier zu bewältigen gilt. Ich denke, dieser Landtag in der derzeitigen Zusammensetzung wird das nicht schaffen. Es wird ihm nicht gelingen. Von daher gesehen, ist es vernünftig, dass wir dieser Übergangslösung im Interesse der kommunalen Familie noch

einmal zustimmen. Genau das werden wir tun. Die Aufgabe für die Zukunft bleibt aber bestehen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, die Aussprache ist beendet. Die erste Lesung ist vollzogen.

Zur Vorbereitung der zweiten Lesung überweisen wir den Gesetzentwurf der Landesregierung an den Haushaltsausschuss. – Dem widerspricht niemand, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Anpassung des Beamtenrechts in Hessen an das Beamtenstatusgesetz (Hessisches Beamtenrechtsanpassungsgesetz HBRAnpG) – Drucks. 17/644 –**

Der Herr Innenminister bringt den Gesetzentwurf ein.

**Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich bringe für die Landesregierung den Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Beamtenrechts in Hessen an das Beamtenstatusgesetz ein.

Zum Hintergrund will ich noch einmal in Erinnerung rufen, dass durch die Föderalismusreform I das Recht des öffentlichen Dienstes, insbesondere das Beamtenrecht, eine grundlegende Änderung hinsichtlich der Zuständigkeit erfahren hat. Während früher der Bund durch das Beamtenrechtsrahmengesetz das Beamtenrecht für das gesamte Bundesgebiet geregelt hat, sind nun die Länder für die wesentlichen Verhältnisse der Beamtenschaft und des öffentlichen Dienstes zuständig.

Wir sind, wie Sie wissen, seit eineinhalb Jahren sehr engagiert mit den Berufsverbänden und den Gewerkschaften dabei, eine Reform des öffentlichen Dienstrechts vorzubereiten. Das, was ich Ihnen heute hier vorstelle, trifft dieses ausdrücklich nicht. Eine Gesamtreform des öffentlichen Dienstes braucht natürlich mehr und intensivere Beratungszeit. Ich will daran erinnern, dass der Herr Ministerpräsident Mediatoren gebeten hat, uns in diesem Verfahren zu unterstützen. Ich darf Sie davon unterrichten, dass wir am Montag konkret mit der Arbeit beginnen werden.

Worum es hier und heute zunächst gehen muss, ist Folgendes. Das bisher maßgebende Gesetz, nämlich das Beamtenrechtsrahmengesetz, wird abgelöst durch das Beamtenstatusgesetz; dieses tritt am 1. April 2009 in Kraft. Damit die hessischen Beamtinnen und Beamten nicht in einer Lücke zwischen zwei Regelungssystemen fallen, brauchen wir ein Anpassungsgesetz an das neue Beamtenstatusgesetz, um dort das Laufbahnrecht, die Besoldung, die Versorgung und vieles andere mehr zu regeln. Die inhaltlichen Veränderungen sind einer generellen Reform des Dienstrechtes vorbehalten.

Aus Zeitgründen will ich darauf verzichten, Ihnen alle Einzelheiten vorzutragen. Ich will auf zwei Sachverhalte hinweisen, die in diesem Gesetzentwurf zur Regelung vorgeschlagen werden.

Sie wissen, dass es im Beamtenrecht die Regelung gab, dass man nicht gleich Lebenszeitbeamter, sondern zunächst Beamter auf Probe, Beamter im Vorbereitungsdienst oder Beamter zur Anstellung wird. Erst wenn man diesen Weg erfolgreich hinter sich gebracht hatte, konnte man nach bisherigem Recht weiterhin im Staatsdienst bleiben. Dieses Institut – wie es so schön heißt – ist im Beamtenstatusgesetz aufgehoben worden. Es wird in Zukunft so sein, dass die Anstellung generell entfällt. Es wird für alle Bereiche nur noch eine einheitliche Probezeit von drei Jahren geben. Das heißt konkret, die Beamtin und der Beamte, die in Zukunft in den Staatsdienst eintreten, werden nicht mehr Beamte zur Anstellung – oder was auch immer –, sondern Probebeamte. Daraus folgt, dass für viele Menschen – das ist nicht ganz unwichtig – die magische Altersgrenze von 27 Jahren für die Lebenszeitverbeamtung wegfällt. In Zukunft wird es möglich sein, auch früher auf Lebenszeit verbeamtet zu werden. Das Gegenstück ist, dass die Probezeit jetzt zwingend erforderlich und länger ist, nämlich drei Jahre. Deshalb ist die Probezeit von ihrer Bedeutung her in Zukunft wesentlich höher anzusetzen; denn die Frage, ob jemand auf Lebenszeit ernannt wird oder nicht, mit der Folge, dass der Staat, letztlich der Steuerzahler, diese Beamten bis ans Lebensende finanziell versorgt, alimentiert, wie es im Beamtenrecht heißt, ist eine sehr grundlegende. Sie muss sorgfältig geprüft werden.

An diesem Beispiel können Sie ersehen: Wir müssen handeln. Wir können als Land im Beamtenrecht nicht das Institut der Anstellung und das Institut der Probezeit nebeneinanderher laufen lassen, sondern wir müssen das kongruent machen. Ich bitte das Haus sehr, im Rahmen der weiteren Beratungen darauf zu achten, dass dieses Anpassungsgesetz bis spätestens Ende März kommenden Jahres rechtskräftig wird.

Ich will noch auf einen zweiten Sachverhalt hinweisen. Wir haben in diesen Gesetzentwurf auch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aufgenommen, über die ich mit den Obleuten der Fraktionen vor Kurzem gesprochen habe. Das Bundesverfassungsgericht hat das Rechtsinstitut des Beamten auf Zeit für verfassungswidrig erklärt. Nach unserem Hessischen Beamtengesetz gibt es das aber bisher.

Da diese Vorschrift nun für verfassungswidrig erklärt wurde, nutzen wir die Gelegenheit, um das hessische Beamtenrecht anzupassen. Es wird also nicht mehr auf Zeit ernannt werden können. Vielmehr schlagen wir in unserem Gesetzentwurf vor, all die Betreffenden zu Probebeamten zu ernennen. Nach einer erfolgreichen Probezeit würden sie dann Beamte auf Lebenszeit.

Meine Damen und Herren, ich will darauf verzichten, Sie mit den höchst interessanten, aber für einen größeren Zuhörerkreis doch sehr spezifischen Fragen des Beamtenrechts zu konfrontieren. Da ich gehört habe, dass wir jetzt keine Aussprache durchführen, will ich es dabei belassen und biete Ihnen an, das in den Ausschussberatungen zu vertiefen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Herr Minister. – Wir haben vereinbart, dass die erste Lesung beendet ist, da keine Wortmeldungen vorliegen.

Es ist vorgeschlagen, diesen Gesetzentwurf nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den Innenausschuss zu überweisen. – Dem widerspricht niemand. Somit ist das beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zu dem Elften Rundfunkänderungsstaatsvertrag – Drucks. 17/624 zu Drucks. 17/421 –**

Berichtersteller ist Herr Kollege Siebel. Ich bitte um den Bericht. – Herr Kollege Quanz, können Sie das übernehmen?

**Lothar Quanz, Berichterstatter:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen stellvertretend für Herrn Kollegen Siebel die Beschlussempfehlung und den Bericht vortragen.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Hauptausschuss in der 15. Plenarsitzung am 28. August 2008 nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden.

Der Hauptausschuss hat sich in seiner Sitzung am 10. September 2008 mit dem Gesetzentwurf befasst und ist einstimmig zu der Beschlussempfehlung gekommen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Herr Kollege Quanz. – Wir gehen ohne Aussprache in die Beschlussfassung.

Wer dem vorgelegten Gesetzentwurf in zweiter Lesung zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Gesetzentwurf für ein Gesetz zum Rundfunkänderungsstaatsvertrag in zweiter Lesung einstimmig angenommen worden und wird zum Gesetz erhoben.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 12** auf:

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (HAG/SGB XII) – Drucks. 17/630 zu Drucks. 17/46 –**

Berichterstellerin ist Frau Kollegin Kühholz.

**Elke Kühholz, Berichterstatterin:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen vortragen: Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (HAG/SGB XII), Drucks. 17/630 zu Drucks. 17/46, hierzu: Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 17/603.

Der Sozialpolitische Ausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf unter Berücksichtigung des Änderungsantrags sowie des mündlich eingebrachten Änderungsantrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zum eigenen Änderungsantrag, die Worte „sowie die Kostentragung“ zu streichen, in zweiter Lesung anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Sozialpolitischen Ausschuss in der 3. Plenarsitzung am 22. April 2008 nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden.

Der Sozialpolitische Ausschuss hat am 16. Juni 2008 eine öffentliche Anhörung betroffener Verbände und Organisationen zu dem Gesetzentwurf durchgeführt.

Der Sozialpolitische Ausschuss hat den Gesetzentwurf zuletzt in seiner Sitzung am 11. September 2008 behandelt und ist einstimmig zu dem oben genannten Votum gelangt. Zuvor war der Änderungsantrag Drucks. 17/603 bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE, im Übrigen einstimmig, angenommen worden. – Danke schön.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Frau Abg. Kühholz. – Auch hier ist keine Aussprache vorgesehen.

Ich lasse abstimmen. Wer dem Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Zwölften Buch Sozialgesetzbuch zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand der Stimme? – Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf einstimmig angenommen worden ist und zum Gesetz erhoben wird.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 57** auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Sicherung der Qualität und Schaffung weiterer Plätze im betreuten Wohnen – Drucks. 17/631 zu Drucks. 17/529 –**

Berichtersteller ist Herr Kollege Rentsch. – Wir verzichten auf die Berichterstattung.

Ich lasse abstimmen. Wer der Beschlussempfehlung zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der CDU, der FDP und der GRÜNEN bei Enthaltung des übrigen Hauses angenommen worden.

(Reinhard Kahl (SPD): Auch mit den Stimmen der SPD!)

– Okay, die SPD ist auch dabei. Der Beschlussempfehlung ist also mit den Stimmen der CDU, der SPD, der FDP und der GRÜNEN bei Enthaltung der LINKEN zugestimmt worden.

Tagesordnungspunkt 13 ist abgesetzt worden.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 72** auf:

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Hessische Steuerberaterversorgung – Drucks. 17/669 neu zu Drucks. 17/506 –**

Berichterstellerin ist Frau Abg. Gottschalck.

**Ulrike Gottschalck, Berichterstatterin:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Haushaltsausschuss in der 15. Plenarsitzung am 28. August 2008 überwiesen worden.

Der Haushaltsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 17. September 2008 beraten und mit den Stimmen der CDU, der FDP, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD und der LINKEN die oben genannte Beschlussempfehlung ausgesprochen.

(Beifall)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Frau Gottschalck. – Wir haben den Bericht gehört. Wortmeldungen liegen nicht vor. Es findet also keine Aussprache statt.

Wer diesem Gesetzentwurf in zweiter Lesung zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist diesem Gesetzentwurf bei Enthaltung der LINKEN, aber mit den Stimmen aller anderen Fraktionen zugestimmt worden. Er ist hiermit zum Gesetz erhoben.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 80** auf:

**Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Gesetz zur Einrichtung einer Härtefallkommission (Härtefallkommissionsgesetz – HFKG) – Drucks. 17/699 zu Drucks. 17/679 zu Drucks. 17/109 –**

Berichterstatter ist Herr Abg. Schaus.

(Berichterstatter Abg. Hermann Schaus geht zum Präsidenten und bleibt dort eine Zeit lang stehen. – Peter Beuth (CDU): Machen wir weiter? – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann man helfen?)

– Solange der Präsident hier noch sitzt, brauchen Sie sich hinsichtlich der Fortsetzung der Sitzung keine Sorgen machen. – Bitte schön.

**Hermann Schaus, Berichterstatter:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Innenausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung unter Berücksichtigung des Änderungsantrags der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 17/694, und nach Übernahme des durch folgenden mündlichen Änderungsantrag geänderten Punktes 4 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucks. 17/696, durch den Antragsteller in dritter Lesung anzunehmen:

Die Worte „§ 6 Abs. 1 Satz 5“ werden ersetzt durch die Worte „§ 7 Abs. 1 Satz 5“.

Der Gesetzentwurf und die Änderungsanträge waren dem Innenausschuss in der 16. Plenarsitzung am 23. September 2008 überwiesen worden.

Der Innenausschuss hat sich in seiner Sitzung am 23. September 2008 mit dem Gesetzentwurf befasst und mit den Stimmen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN gegen die Stimmen der CDU und der

FDP die zuvor wiedergegebene Beschlussempfehlung gefasst.

Zuvor waren Punkt 1 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucks. 17/696, mit den Stimmen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP, die Punkte 2 und 3 des Änderungsantrags mit den Stimmen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN gegen die Stimmen der CDU und der FDP abgelehnt worden.

Dann war der Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 17/694, unter Berücksichtigung der Übernahme von Punkt 4 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucks. 17/696, der, wie oben ausgeführt, geändert wurde, mit den Stimmen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN gegen die Stimmen der CDU und der FDP angenommen worden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Schaus, vielen Dank. – Meine Damen und Herren, ich eröffne die Aussprache. Die erste Wortmeldung stammt von Frau Kollegin Öztürk. Sie spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Präsident! Wir debattieren heute in dritter Lesung über den Gesetzentwurf für ein Gesetz zur Einrichtung einer Härtefallkommission und die dazu eingereichten Änderungsanträge. Wie wir den Ausführungen des Berichterstatters entnehmen konnten, wurden eine Menge Änderungen vorgenommen. Denn wir, die Mitglieder des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, die den Gesetzentwurf eingebracht haben, und auch später die Mitglieder der SPD, mit denen wir gemeinsam einen Änderungsantrag eingebracht haben, waren sehr an einer ausgewogenen Zusammensetzung der Härtefallkommission interessiert. Denn uns sind die Arbeit dieser Kommission und die Akzeptanz ihrer Arbeit sehr wichtig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Thema Härtefallkommission ist kein neues. Wenn Sie sich die Plenardebatten dazu anschauen, werden Sie erkennen, dass fast alle Argumente bereits ausgetauscht wurden. Die einen sind der Meinung, in der Härtefallkommission sollten durchaus Abgeordnete sitzen. Wir sind der Meinung, das Gremium des Landtags, in dem die Abgeordneten sitzen, ist der Petitionsausschuss. Die Härtefallkommission hingegen sollte eine Kommission sein, die dem Innenministerium unterstellt ist. Von daher sollte sie ohne Abgeordnete sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Anhörung, die wir durchgeführt haben, hat der Gesetzentwurf unserer Meinung nach große Zustimmung gefunden. Auch bei den anderen Fraktionen fand er Akzeptanz. Das wurde gemeinsam mit der LINKEN beschlossen. Mit der SPD haben wir gemeinsam einen Änderungsantrag eingebracht.

In der zweiten Lesung erfolgte die eine oder andere Kritik der Fraktionen der FDP und der CDU. Das möchte ich hier aufgreifen. Dabei ging es um die Frage: Wie geht man in dieser Situation mit Straftätern um?



Ich möchte kurz erwähnen, dass wir in den Debatten immer gesagt haben, dass die Härtefallkommission nur nach § 23a Aufenthaltsgesetz arbeiten kann. In diesem Paragraf wird ganz klar geregelt, dass sich die Härtefallkommission nicht mit Menschen befassen soll, die eine Straftat „von erheblichem Gewicht“ begangen haben. Die gesetzliche Grundlage ist also ganz klar. Straftäter können keine Beachtung finden. Man muss darauf achten, ob eine Straftat „von erheblichem Gewicht“ vorliegt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir gewisse Erfahrungen durch die Härtefallkommissionen der anderen Landesregierungen gesammelt haben. Wir GRÜNEN haben dorthin einen Blick geworfen.

Schauen wir uns einmal an, wie das mit der Härtefallkommission in Schleswig-Holstein geregelt ist. Dort gibt es einen ganz klaren Grundsatz, dem zufolge Personen, bei denen die Ausweisungstatbestände nach § 53 oder 54 des Aufenthaltsgesetzes erfüllt sind, in der Härtefallkommission keine Beachtung finden können. Die Härtefallkommission darf demnach die Fälle von Ausländern, die in der Regel wegen der Gefahr terroristischer Aktivitäten, oder weil Straftaten eines bestimmten Umfangs vorliegen, ausgewiesen werden sollen, nicht behandeln. Also auch dort gibt es eine solche Regelung. An die wollte ich hier nur erinnern.

Ich möchte festhalten, dass wir mit unserem Änderungsantrag versucht haben, zu signalisieren, dass wir uns in alle Richtungen um eine große Akzeptanz bemühen. Wir haben den Vorschlag der Fraktion der CDU, den sie im ihrem letzten Änderungsantrag unterbreitet hat, aufgegriffen. Dabei geht es darum, mit welchen Mehrheiten etwas bestimmt werden soll. Mit dem Änderungsantrag haben wir auch festgelegt, dass eine Entscheidung mit der vom Gesetz bestimmten Mehrheit zustande kommen soll. Wir sind Ihnen da entgegengekommen.

Ich denke, damit wird jetzt wirklich eine Kommission zusammengestellt, die den Namen Härtefallkommission verdient. Ich möchte hier noch einmal ausdrücklich bei den Mitgliedern der Fraktionen der FDP und der CDU um Unterstützung werben.

Ich möchte mich bei den Mitgliedern der Fraktionen der SPD und der LINKEN für die Unterstützung bedanken. Ich möchte mich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Innenministerium und der Staatskanzlei bedanken, die bei der Verwirklichung der Änderungsanträge konstruktiv mitgewirkt haben.

Ich glaube, wir werden damit einen guten Anfang machen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass diese Härtefallkommission in Zukunft gut mit den Flüchtlingsbehörden und den Ministerien zusammenarbeiten und die Angelegenheit der Betroffenen gut bearbeiten wird.

Die Härtefallkommission, die in Hessen endlich in dieser Art eingerichtet werden wird, wird eine sein, die ihren Namen verdient. Stimmen Sie dem zu. Unterstützen Sie das. Ich glaube, das ist es in der Sache auf jeden Fall wert. – Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Die nächste Wortmeldung stammt von Herrn Kollegen Bellino. Er spricht für die Fraktion der CDU.

(Frank Gotthardt (CDU): Holger, sag, wie es wirklich ist!)

#### **Holger Bellino (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich mag keine Wiederholungen. Deshalb verweise ich zunächst einmal auf meine Ausführungen, die ich während der ersten und zweiten Lesung gemacht habe, die wir in diesem Haus zu diesem wichtigen Thema abgehalten haben.

Zusammenfassend möchte ich feststellen, dass zum einen zahlreiche Änderungen vorgenommen werden mussten – darauf hat die Frau Kollegin eben hingewiesen –, weil die Vorarbeit entsprechend war. Trotz der zahlreichen Änderungen, die notwendig wurden, ist das Werk nicht so gut geworden, dass wir ihm zustimmen könnten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir müssen den vorliegenden Gesetzentwurf ablehnen.

Wir begrüßen die Öffnung der Härtefallkommission. Das habe ich hier mehrfach gesagt. Wir sind der Meinung, dass es gut wäre, wenn sie so geöffnet würde und sich so zusammensetzen würde, wie wir es uns gewünscht haben. Anders als die Vorrednerin sind wir aber der Meinung, dass die bisher bestehende Härtefallkommission in Zusammenarbeit mit einem stets kooperativen Innenministerium sehr gute Arbeit geleistet hat.

(Beifall der Abg. Margarete Ziegler-Raschdorf (CDU))

Deswegen weise ich den zumindest indirekt ausgesprochenen Vorwurf auf das Deutlichste zurück, dass dies nicht so gewesen sei. Denn Sie haben sich hierhin gestellt und gesagt: Endlich bekommen wir eine Kommission, die diesen Namen verdient.

Wir sind der Meinung, dass auch in dieser neuen Härtefallkommission Mitglieder des Hessischen Landtags vertreten sein sollten. Wir begrüßen, dass Sie eine Änderung hinsichtlich der Mehrheitsfindung vorgenommen haben. Was Sie ursprünglich vorhatten, hätte bedeutete, dass von den 17 oder 18 Mitgliedern – je nachdem, wie groß die Kommission sein wird – drei ausgereicht hätten, um zu entscheiden. Es sind ja „ganz nebensächliche Dinge“, die dort behandelt werden. Da sind Sie erfreulicherweise auf unsere Anmerkungen eingegangen.

Den Verzicht auf Ausschlussgründe halten wir für unannehmbar.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben immer wieder hier und im Innenausschuss darauf hingewiesen. Da bestand eigentlich Konsens, dass wir gerade bei so schwierigen Entscheidungen wie Härtefallentscheidungen eine möglichst breite Akzeptanz benötigen. Die finden Sie mit Sicherheit nicht, wenn Sie es Menschen ermöglichen, die straffällig geworden sind, die schon fünfstelligen Subventionsbeträge erlangt haben – das sind Fälle, die man hier nicht namentlich zitieren darf, aber allgemein erwähnen kann, die liegen vor –, dass ihre Fälle der Härtefallkommission vorgelegt werden.

Wenn Sie das so sehen, dass Sie diese Leute entsprechend ausschließen wollen, dann schreiben Sie das auch in den Gesetzestext. Wir haben Ihnen mehrfach dazu die Gelegenheit geboten. Wir haben entsprechende Vorschläge gemacht. Sie haben das abgelehnt und damit gezeigt, dass das für Sie nicht relevant ist und dass auch straffällig gewordene Menschen, die sich durch Straffälligkeit dafür bedanken, dass sie bei uns Aufnahme und Subvention gefunden haben, entsprechend berücksichtigt werden können.

(Beifall bei der CDU)

Das ist nicht der Weg, den wir einschlagen. Das ist nicht der Weg, den wir für richtig halten. Deshalb werden wir auch in dritter Lesung diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen können.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abg. Greilich für die FDP-Fraktion.

**Wolfgang Greilich (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich kann es relativ kurz machen. Wir haben hier schon zweimal im Plenum, zweimal ausführlich im Ausschuss und einmal in einer Anhörung über die Fragen debattiert, die zur Entscheidung anstehen. Ich will deswegen nur in aller Kürze das zusammenfassen, was ich vorgestern bereits in voller Ausführlichkeit dargelegt habe. Es gibt drei konkrete Einzelpunkte, die gegen den vorliegenden Gesetzentwurf und gegen die Beschlussempfehlung sprechen. Und es gibt einen besonders schweren Mangel des Gesetzentwurfs, der die Ablehnung erforderlich macht.

Der erste Punkt, der dagegen spricht, ist, wir brauchen kein Gesetz. Es ist kein Gesetz erforderlich. Deswegen ist es notwendig, kein Gesetz zu machen. Wir hätten das längst auf dem Ordnungswege erledigt haben können. Die Initiative der GRÜNEN hat die Betroffenen fast ein halbes Jahr Zeit gekostet.

Zweiter Punkt. Sie haben es trotz heftiger Diskussionen nicht verstanden, dass es notwendig ist, die Anbindung der Härtefallkommission auch an das Parlament und damit an die direkt gewählten Volksvertreter vorzunehmen. Sie haben mit Ihrer Mehrheit entschieden, dass Abgeordnete in der Härtefallkommission nicht mehr vertreten sein werden. Damit fehlt die Anbindung an die direkt vom Souverän gewählten Vertreter. Damit fehlt ein Stück demokratischer Legitimation. Deswegen kann das so nicht unsere Zustimmung finden.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Der dritte Punkt, der vielleicht aus Ihrer Sicht nicht nur am Rande eine Rolle spielt: Sie bauen natürlich wieder zusätzliche Bürokratie mit einer zusätzlichen Geschäftsstelle auf. Bürokratie neben der Bürokratie hat noch nie dazu geführt, dass die Interessen der Betroffenen besser gewahrt werden, sondern das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der FDP)

Es gibt einen besonders schweren Mangel, auf den eben Herr Kollege Bellino schon hingewiesen hat. Wir haben das vorgestern ausführlich diskutiert, und Sie haben sich

geweigert, das, was bislang in der Verordnung wiedergegeben war und das bekräftigt, was im Aufenthaltsgesetz niedergelegt ist, in den Gesetzentwurf aufzunehmen, nämlich die Tatsache, dass die Menschen, die sich aktiv gegen diese Rechtsordnung stellen, die sich nicht an die sonstigen Gesetze halten, die als Verbrecher verurteilt worden sind, die sich aktiv in einer verbotenen Art und Weise gegen die Anordnungen unserer Behörden stellen, das Recht auf Härtefallentscheidung verwirkt haben. Diese grundlegende Regelung wollen Sie offensichtlich nicht als wesentlich angesehen im Gesetz stehen haben.

Bislang war es in der Verordnung unstrittig. Ich erinnere daran: Wir haben zu Beginn dieser Wahlperiode schon einmal einen entsprechenden Fehler von Rot-Rot-Grün anschließend im Innenausschuss korrigieren müssen, weil Sie es versäumt hatten, in Ihren Beschluss gegen den Abschiebestopp diese Ausnahme aufzunehmen. Wir wollten Sie davor bewahren. Sie sind uneinsichtig. Also müssen Sie auch das Gesetz allein verantworten.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Danke schön. – Nächste Wortmeldung, Frau Kollegin Waschke von der SPD-Fraktion.

**Sabine Waschke (SPD):**

Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach den Reden, insbesondere der des Herrn Kollegen Greilich am Dienstagnachmittag, habe ich den Eindruck, doch noch einmal etwas zur vergangenen Legislaturperiode sagen zu müssen, denn da gibt es offensichtlich Wissenslücken. Im Dezember 2004 hat die SPD einen Antrag zur Einrichtung der Härtefallkommission eingebracht, Drucks. 16/3318. Herr Kollege Greilich, ich habe mir die Mühe gemacht und ihn extra für Sie ausgedruckt – bei Bedarf, wenn Sie Interesse haben, gerne zum Nachlesen. Darin finden Sie nämlich unter Nr. 4 Folgendes:

Die Härtefallkommission ist zusammenzusetzen aus Personen, die über eine fachliche und sachliche Qualifikation verfügen.

(Beifall bei der SPD)

Dies sollten je ein Vertreter der im Petitionsausschuss des Hessischen Landtags vertretenen Fraktionen ...

– dann kam eine weitere Aufzählung –  
sein.

Unter der Begründung finden wir den Satz:

Des Weiteren haben die Erfahrungen in den anderen Bundesländern gezeigt, dass die Einbindung der aufgeführten nicht staatlichen Organisationen bei der Überprüfung von ausländerrechtlichen Einzelfällen ... zu einer größeren Akzeptanz in der Öffentlichkeit und bei den Betroffenen sowie zu verantwortungsvollen Entscheidungen geführt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP, Sie brauchen hier heute gar keine Krokodilstränen zu vergießen. Herr Bellino hat sich eben hierher gestellt und hat die Öffnung der Härtefallkommission begrüßt.

Das hätten wir schon längst machen müssen, und das finde ich interessant.

(Beifall bei der SPD)

Das hätten Sie schon im Dezember 2004 haben können, denn da hätten Sie unserem Antrag zustimmen können. Wenn es, wie von Ihnen behauptet wird, von Anfang an nur um ein wirkliches Interesse an einer sachorientierten und qualifizierten Zusammensetzung der Härtefallkommission gegangen wäre, dann hätten Sie unserem Antrag zustimmen müssen. Aber das Gegenteil war der Fall. Damals haben CDU und FDP unsere Initiative abgelehnt, um heute übrigens ganz ähnliche Anträge selbst vorzulegen.

Damals wie heute laufen CDU und FDP der Entwicklung hinterher. Im Jahr 2004 haben Sie gegen die Auffassung aller Experten mit Ihrer damaligen absoluten Mehrheit, die heute Gott sei Dank Geschichte ist, eine ausschließlich mit Landtagsabgeordneten besetzte Härtefallkommission durchgesetzt.

Heute, nach unserer Anhörung, wollen Sie gegen die erfolgreiche Praxis der anderen Bundesländer und gegen die Auffassung zahlreicher Experten immer noch auf einer Beteiligung von Mitgliedern des Landtags an einer Kommission der Exekutive bestehen. Rückblickend hat dies der Arbeit der Härtefallkommission und damit den Betroffenen mehr geschadet als genützt.

(Peter Beuth (CDU): Das ist unglaublich! So ein Unsinn!)

– Herr Kollege Beuth, Sie wissen genau, von was ich rede.

(Peter Beuth (CDU): So ein Unsinn!)

– Hören Sie mir doch einmal zu, dann erkläre ich es Ihnen einmal. – Im ersten Jahr wurde alles von der CDU-Mehrheit niedergestimmt. Manchmal hat man schon beim zweiten Satz des Kollegen den Eindruck gehabt: Warum habe ich mich eigentlich vorbereitet?

Mindestens im ersten Jahr der Arbeit der Härtefallkommission – alle, die darin gearbeitet haben, wissen, von was ich rede – war sehr deutlich zu spüren, dass es um die Demonstration politischer Macht ging.

(Beifall bei der SPD – Peter Beuth (CDU): Das ist unerhört! – Anhaltende Zurufe des Abg. Peter Beuth (CDU))

– Herr Kollege, ich trete den Beweis gern an. Sie wissen genauso gut wie ich – –

(Fortgesetzte Zurufe des Abg. Peter Beuth (CDU))

– Ich habe das Wort. Kommen Sie doch ans Pult, wenn ich fertig bin. – Sie wissen ganz genau, dass im ersten Jahr der Arbeit in der Härtefallkommission nur ein Fall positiv empfohlen worden ist. Wir haben damals als SPD sehr ernsthaft darüber nachgedacht, ob wir die Arbeit in der Härtefallkommission niederlegen. Danach gab es übrigens bei der CDU einen Sprecherwechsel. Der Herr Kollege Beuth ist abgelöst worden.

(Günter Rudolph (SPD): Das war wahrscheinlich notwendig!)

Insofern gebe ich seinem Nachfolger, Herrn Bellino, gerne recht. Seitdem hat sich das Klima in der Härtefallkommission tatsächlich verbessert.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LIN-

KEN – Peter Beuth (CDU): Das einem Kollegen zu unterstellen, ist unanständig!)

An vielen Stellen – das sage ich an dieser Stelle – hat uns das Fachwissen Unabhängiger gefehlt.

Herr Kollege Greulich, Sie haben am Dienstag das düstere Bild gemalt, ohne die Politikbeteiligung wäre die Härtefallkommission nicht arbeitsfähig. Jeder, der sich ernsthaft mit diesem Thema befasst, sollte das allerdings besser wissen.

Wie sonst ist zu beurteilen, dass die Härtefallkommissionen in Bayern, in Baden-Württemberg, in Niedersachsen, in Nordrhein-Westfalen, in Rheinland-Pfalz, im Saarland, kurz: in 14 Bundesländern ohne die Beteiligung von Politikern sehr erfolgreich arbeiten? Aufgrund dieser Erfahrung und den Ergebnissen der Anhörung sind wir von der SPD zu der Auffassung gelangt, dass Vertreter des Landtags

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ihre Redezeit ist zu Ende, Frau Waschke.

**Sabine Waschke (SPD):**

– ich komme zum Schluss – ganz aus der Härtefallkommission herauszuhalten sind. Dafür gibt es mittlerweile eine Mehrheit in diesem Landtag. Das ist auch gut so.

Die viele Arbeit, die wir seit dem Jahr 2004 geleistet haben, hat sich letztendlich gelohnt. Das freut uns. Ich sage auch ganz ehrlich:

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ihre Redezeit ist zu Ende, noch eine Sekunde.

**Sabine Waschke (SPD):**

Herr Präsident, mein letzter Satz.

Wenn heute dieses Gesetz mit der Mehrheit des Hessischen Landtags beschlossen wird, dann ist das ein guter Tag für ein tolerantes und weltoffenes Hessen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat der Abg. Schaus für die Fraktion DIE LINKE.

**Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben jetzt mehrmals intensiv im Ausschuss und auch durch die Anhörung der Experten das Thema Härtefallkommission diskutiert. Ich glaube, das, was uns heute vorliegt, ist ein gutes Ergebnis.

Es ist durchaus ein Kompromiss, der darin besteht, dass unter anderem die Regelung, die seitens der CDU – und, soweit ich weiß, auch der FDP – hinsichtlich der Abstimmungsmehrheit in der Härtefallkommission gewünscht war, in der letzten Sitzung des Innenausschusses noch in den Gesetzentwurf aufgenommen wurde.

Wir sind sehr wohl der Meinung, die Härtefallkommission soll oder muss eine Kommission sein, die unabhängig arbeitet und in der Expertinnen und Experten entscheiden und Empfehlungen an den Innenminister, die Innenministerin geben – in der Hoffnung, dass zukünftig die Empfehlungen dieser Härtefallkommission umgesetzt werden.

Insbesondere nach der Anhörung haben wir Abstand von unserer Forderung genommen, Politikerinnen und Politiker der Fraktionen mit einzubeziehen. Denn wir sind der Meinung, sowohl die Experten aus den Organisationen, den Kirchen und Verbänden als auch die Expertinnen und Experten aus den Ministerien – das muss an dieser Stelle ebenfalls gesagt werden – sowie die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände sollen dort gemeinsam zu Entscheidungen kommen.

Insofern denken wir als Fraktion, das ist ein guter Tag für Hessen, wenn es heute gelingt, mit dieser Entscheidung eine unabhängige Härtefallkommission zu institutionalisieren und insbesondere dann die Entscheidungen über die Einzelfälle auch ohne Ausnahmetatbestände durch die Mitglieder der Kommission selbst vornehmen zu lassen.

Daher ist es wichtig, dass sich die Härtefallkommission selbst eine Geschäftsordnung geben soll und auch eigenständig – mit Unterstützung des Ministeriums – arbeiten soll und wird.

Wir bitten, dem Gesetzentwurf in dieser Fassung zuzustimmen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Herr Abg. Holger Bellino für die Fraktion der CDU.

**Holger Bellino (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! – Ach, sehr geehrte Frau Fuhrmann, im Gegensatz zu Ihnen habe ich eine Uhr und kann sie auch lesen. Ich habe noch Redezeit.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Leute, was ist denn los? Macht einmal langsam!)

Es ist ein ernstes Thema. Trotz aller Gegensätze, die bestanden haben, haben wir dieses Thema im Innenausschuss sehr seriös und mit dem richtigen Ernst, den diese Sache verdient, diskutiert. Frau Kollegin Waschke, so sehr ich Ihre Arbeit in der Härtefallkommission wie im Petitionsausschuss geschätzt habe und nach wie vor schätze, was Sie dort geleistet haben, so sind Sie dieser Aufgabe in Ihrem Wortbeitrag eben nicht gerecht geworden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das jeweilige Verhalten einzelner Mitglieder, egal welcher Fraktion sie angehören, hat nichts damit zu tun, wann irgendein Sprecherwechsel stattgefunden hat. Das hat etwas damit zu tun, dass das für uns alle Neuland war, bei dem wir uns vernünftig einarbeiten mussten. Wir haben dort unsere Rollen gefunden, und ich meine, wir haben das richtig getan – wenn ich mir anschau, wie häufig wir einstimmig entschieden haben. Insofern haben Sie heute voll danebengegriffen, als Sie hier Ihren emotionalen Vortrag gehalten haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Lassen Sie mich zum Schluss zwei Dinge feststellen, und nehmen Sie das bitte mit nach Hause.

Bei dem ersten Härtefall, der dort positiv entschieden wurde, stammte die Anregung dazu von einem CDU-Abgeordneten.

(Zuruf der Abg. Sabine Waschke (SPD))

– Entschuldigung, schauen Sie sich die Protokolle an. Es ging um eine türkische Mitbürgerin, eine türkische Staatsbürgerin, die ein Brandmal hatte und die wir hier behalten haben. Diesen Fall habe ich bearbeitet; ich habe darum gebeten, ihn positiv zu bescheiden. Tun Sie also doch bitte nicht so, als ob es gewisse Mitglieder oder Fraktionen gegeben hätte, die gesagt hätten: Wir winken einfach alles negativ durch, nur weil wir im Petitionsausschuss schon einmal so entschieden haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ein Allerletztes. Wenn Sie jetzt so tun, als bräuchten wir eine Härtefallkommission ohne Politiker, dann frage ich: Warum hat denn Ihre Fraktion zu Anfang dieser Debatte gesagt: „Wir wollen Landtagsabgeordnete dabei haben“? Sie waren doch wie wir der Meinung, dass dadurch die Arbeit nicht schlechter geworden wäre.

(Zuruf der Abg. Sabine Waschke (SPD))

Das hat auch die Mehrzahl der Anzuhörenden so gesehen. Insofern bedauere ich, dass Sie sich derart haben hinreißen lassen. Ich hoffe aber, dass wir alle die gute und wertvolle Arbeit des Petitionsausschusses und der Härtefallkommission entsprechend würdigen. – Besten Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Nächste Wortmeldung, Herr Abg. Rentsch.

**Florian Rentsch (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Waschke, ich muss mich über Sie wirklich wundern. Eigentlich haben Sie doch im Petitionsausschuss und in der Härtefallkommission erleben müssen, dass wir trotz der unterschiedlichen politischen Einstellungen der vier Fraktionen, die wir damals waren, sehr gut kollegial zusammengearbeitet haben.

Sehr häufig haben wir der SPD aus der Patsche geholfen, wenn sie nicht vollzählig war, und haben nach Fraktionen abgestimmt. Wir haben gesagt, okay, es sind viele SPD-Kollegen nicht da, wir stimmen nach Fraktionen ab. Wir haben Ihnen geholfen und immer ein Auge zugedrückt.

(Günter Rudolph (SPD), lachend: Das war aber auch notwendig – bei diesen Mehrheitsverhältnissen!)

Jedenfalls kann ich für die Kollegen der FDP sagen – Kollege Frömmrich würde das, glaube ich, auch unterstützen –, was diese Zusammenarbeit angeht, aber auch für die Kollegen der Union: Ich habe es immer als sehr kollegial empfunden. Und, wie gesagt, dort, wo wir der SPD helfen konnten, haben wir das getan. An dieser Stelle muss ich sagen: Es ist wirklich ein ziemlich schlechter Stil

der Sozialdemokraten, diese Diskussion heute hier zu einer solch billigen und nicht gerechtfertigten Abrechnung zu nutzen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das hat der Kollege Beuth in keiner Weise verdient, und das gilt für alle Mitglieder der Unionsfraktion wie für alle Mitglieder dieses Ausschusses, sowohl von der SPD als auch von den GRÜNEN und den Freien Demokraten.

Abschließend – der Kollege Bellino hat das zum Schluss gesagt –: Frau Kollegin Waschke, ich weiß nicht, woher Sie Ihre Beispiele bekommen. Meistens sucht man die in seinem eigenen Umfeld. Wenn Sie Abgeordnete für so ungebildet und unfähig halten, warum wollten Sie sie dann in dieser Konstellation noch im Ausschuss haben? Ich weiß nicht, sind die Beispiele in Ihrer eigenen Umgebung so abschreckend? Dann kann ich das ja verstehen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Frau Kollegin Waschke, dann hätten Sie aber konsequenterweise diesen Gesetzentwurf gar nicht vorlegen sollen. Wenn Sie hier von Deeskalation sprechen – das war das Wort, das Sozialdemokraten und GRÜNE in den letzten Tagen sehr häufig in den Mund genommen haben, Herr Al-Wazir hat das hier überzeugend getan –, dann sollten Sie in den nächsten Tagen diesen Worten auch Taten folgen lassen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Innenminister Bouffier.

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann nur sagen, ich bedauere diese Diskussion. Frau Kollegin Waschke, ich glaube, insbesondere Sie haben sich da heute vergaloppiert. Ich weiß um Ihr Engagement in diesen Dingen. Ganz ausdrücklich will ich das würdigen.

Wenn wir über Härtefälle sprechen, will ich einfach nochmals in Erinnerung rufen: Wir haben in 65 Fällen – das ist eine beachtliche Zahl – sehr kluge und sehr intensive Beratungen gehabt und im Sinne der Härtefallkommission entschieden. Das ist kein Grund, sich dafür zu schämen oder kleinzumachen, sondern es ist Anlass für gemeinsame Zufriedenheit – und für die bisherige Härtefallkommission durchaus Anlass zu Stolz auf die Arbeit, die dort bisher geleistet wurde.

Meine Damen und Herren, was diesen neuen Gesetzentwurf angeht, so mache ich Ihnen folgenden Vorschlag für den Gang der Beratungen. Ich beziehe mich ausdrücklich auf meine Ausführungen in der zweiten Lesung und schließe mich für heute insbesondere den Kollegen Bellino und Greilich an.

Aus meiner Sicht hat auch die heutige Debatte nicht wirklich die bestehenden Bedenken entkräften können. Ich halte diesen Gesetzentwurf in wesentlichen Punkten für fehlerhaft, für einen Rückschritt. Ich bin überzeugt, mit diesem Gesetz werden die Dinge nicht besser, sondern davon werden falsche Signale ausgehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Wolfgang Greilich (FDP))

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat der Kollege Rudolph.

#### **Günter Rudolph (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Beuth, ich will in aller Deutlichkeit klarmachen: Wer wie Sie gelegentlich parlamentarisch austeielt, der ist wie ich gewohnt, auch parlamentarisch einzustecken. Daher weise ich die Angriffe auf Frau Kollegin Sabine Waschke entschieden zurück. Sie ist eine sehr engagierte Kollegin der sozialdemokratischen Fraktion – gerade bei diesem Thema.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Michael Bodenberg (CDU))

Wenn ich aus den Diskussionen der vergangenen fünf Jahre zur Härtefallkommission und zu diesem Gesetz eines mitnehme, dann dies: Allein dafür hat es sich gelohnt, dass die CDU nicht mehr die absolute Mehrheit hat. Wir werden jetzt eine Regelung hinbekommen, wie sie in vielen anderen Bundesländern üblich ist und praktiziert wird. Selbst in Bayern gibt es eine Beteiligung ohne Abgeordnete – und das funktioniert. Das hat nichts damit zu tun, dass wir unsere Arbeit unter Wert darstellen, sondern dass man möglicherweise eine andere Sichtweise bekommt.

Wenn es darum geht, Einzelfälle und Einzelschicksale angemessen zu beurteilen, spreche ich niemandem ab, dass die Kollegen aller Fraktionen einer engagierten und verantwortungsvollen Tätigkeit nachgehen, wie auch die Mitarbeiter des Innenministeriums sowie der anderen Landesbehörden. Wir gehen mit dem neuen Instrumentarium verantwortungsvoll um. Es wird ein guter Weg sein, im Interesse der Menschen sorgfältig abzuwägen; und ich glaube, da sollten wir die Kolleginnen und Kollegen, aber auch diejenigen, die in die Härtefallkommission kommen, bei ihrer verantwortungsvollen Arbeit unterstützen. Insofern bekräftige ich gern: Es ist ein guter Tag für die Menschen in Hessen und für diejenigen, die unsere Hilfe brauchen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, ich danke allen Abgeordneten, die bisher in der Härtefallkommission waren, für ihre engagierte Arbeit. Vielen Dank. Sie werden sie in Zukunft ja nicht mehr tun müssen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir können nun in dritter Lesung abstimmen. Wer diesem Gesetzentwurf zur Einrichtung einer Härtefallkommission in dritter Lesung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann stelle ich fest, dass dieses Gesetz in dritter Lesung mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE gegen die Stimmen – –

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

– Frau Kollegin Ypsilanti, Ihr Beifall kam zu früh. Was Sie gemacht haben, war objektiv falsch, da ich erst einmal den Gesetzentwurf zum Gesetz erheben musste. Das geht einfach nicht, da es Verfahrensregeln gibt, die man einhalten muss, auch wenn es zu anderen Mehrheiten kommt. Ich beginne noch einmal von vorn:

Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf bei Zustimmung der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE bei Ablehnung der Fraktionen von CDU und FDP in dritter Lesung beschlossen und zum Gesetz erhoben worden ist. – Bitte sehr, nun können Sie klatschen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum letzten Tagesordnungspunkt, der heute behandelt wird.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 81** auf:

**Dritte Lesung des Dringlichen Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Sparkassengesetzes (HSpG) und zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung der Frankfurter Sparkasse als Anstalt des öffentlichen Rechts (Fraspa-Gesetz) – Drucks. 17/698 zu Drucks. 17/682 zu Drucks. 17/326 –**

Berichterstatter ist Herr Kollege Reif.

(Wortmeldung des Abg. Florian Rentsch (FDP))

– Herr Kollege Rentsch, Sie erhalten zur Geschäftsordnung das Wort, bitte schön.

**Florian Rentsch (FDP):**

Herr Präsident, zu Tagesordnungspunkt 80 war eigentlich Tagesordnungspunkt 74 – Beschlussempfehlung und Bericht zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Härtefallkommission, Drucks. 17/681 – vorgesehen. Dieser sollte eigentlich mit abgestimmt werden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Tagesordnungspunkt 74 wird nach dem Tagesordnungspunkt 81 aufgerufen durch Herrn Kollegen Quanz, der mich bald ablösen wird.

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Reif ist Berichterstatter. Herr Kollege Reif, ich darf Sie um Ihren Bericht bitten.

**Clemens Reif, Berichterstatter:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich gebe nun den Bericht ab: Beschlussempfehlung und Zweiter Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Dringlichen Gesetzentwurf der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Sparkassengesetzes und zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung der Frankfurter Sparkasse als Anstalt des öffentlichen Rechts (Fraspa-Gesetz), Drucks. 17/698 zu Drucks. 17/682 zu Drucks. 17/326; hierzu: Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucks. 17/697.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr empfiehlt dem Plenum, den Dringlichen Gesetzentwurf in der Fassung der zweiten Lesung in dritter Lesung anzunehmen.

Der Dringliche Gesetzentwurf und der Änderungsantrag waren dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr in der 16. Plenarsitzung am 23. September 2008 nach der zweiten Lesung zur Vorbereitung der dritten Lesung überwiesen worden.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr hat sich in seiner Sitzung am 23. September 2008 mit dem Dringlichen Gesetzentwurf befasst und ist mit den Stimmen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von SPD und LINKEN zu dem genannten Votum gelangt.

Zuvor war der Änderungsantrag Drucks. 17/697 zu Nr. I.4 a, Nr. I.7 b und Nr. I.8 mit den Stimmen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von SPD und LINKEN und im Übrigen mit den Stimmen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der SPD bei Stimmhaltung der LINKEN abgelehnt worden.

Wiesbaden, 23. September 2008. Der Ausschussvorsitzende und Berichterstatter.

**Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herzlichen Dank, Herr Reif. – Frau Hölldobler-Heumüller hat sich als Erste zur Aussprache zu Wort gemeldet. Frau Hölldobler-Heumüller, Sie haben für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Die Redezeit beträgt fünf Minuten.

**Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei den gegenwärtigen Turbulenzen auf den Finanzmärkten wäre es sträfliche Ignoranz gewesen, die Sparkassen nicht mit dem nötigen Werkzeug auszustatten, mit dem sie während dieser Turbulenzen bestehen können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich danke daher ausdrücklich allen, die sich in dieser Frage bewegt haben. Das sind die Fraktionen von CDU und FDP gewesen – und auch die SPD-Fraktion hat sich noch einmal bewegt, indem sie festgestellt hat, dass es notwendig ist, hier zu handeln. Ich glaube, das war elementar.

Zum Glück warten nicht alle Sparkassen auf diesen Gesetzentwurf, doch für die, die warten, ist er dringend erforderlich. Daher war es für uns wichtig, diesen Gesetzentwurf gemeinsam mit den anderen Fraktionen einzubringen und dem Gesetz heute hoffentlich Gültigkeit zu verschaffen.

Unsere Verantwortung als Politikerinnen und Politiker bestand darin, einen vielfältig ausgestatteten Werkzeugkasten zu geben: einen Werkzeugkasten, den die Kommunen – ich betone – freiwillig nutzen können. Aus diesem Werkzeugkasten ist das Stammkapital, das noch früher enthalten war, herausgeflogen.

(Reinhard Kahl (SPD): Nicht ganz!)

Hineingekommen sind vielfältige Werkzeuge zur Zusammenarbeit: stille Einlage, Beteiligung und Holding, und zwar mit und ohne Stiftungsvariante. In diesem Zusammenhang haben wir die Anregungen aus der Anhörung aufgegriffen.

Das Werkzeug entspricht den von den Sparkassen, Kommunen und Gewerkschaften geforderten Sicherheitsvorschriften. Diese bestehen in der regionalen Verankerung, der EU-Festigkeit und darin, dass aus dem Sparkassensystem kein Geld ausfließt. Diese bestehen aber auch in einer Begrenzung der Holding auf das Rhein-Main-Gebiet, damit keine Sogwirkung eintreten kann. Auch das ist eine Forderung der Gewerkschaften und aus der Anhörung, die wir aufgegriffen haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben den gemeinnützigen Auftrag festgeschrieben. Wir haben festgeschrieben, dass Gewinnmaximierung nicht Ziel der Tätigkeit der Sparkassen ist. Wir haben auch das „Girokonto für alle“ festgeschrieben. Bei den ersten beiden Punkten ist es mir aber ein Rätsel, weshalb DIE LINKE nicht in der Lage gewesen ist, diesen zuzustimmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Dem stimmen sie zu, aber nicht den anderen Punkten. – Die demokratische Beteiligung ist erweitert und die Rechte der Verwaltungsräte sind verbessert worden. Auch da ist es mir ein Rätsel, weshalb sich DIE LINKE nicht in der Lage sieht, dem zuzustimmen. Vielleicht können Sie sich kurz vor Augen halten, dass auch Sie in Zukunft in den Verwaltungsräten sitzen könnten. Wenn Sie dies selber ablehnen, spricht das Bände.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben uns heute mit einem offenen Brief gegen die unsachliche und unbegründete Kritik der Gewerkschaften gewehrt. Ich glaube, es ist angesichts der gegenwärtigen Lage ziemlich fatal, die Mitarbeiter und Gewerkschaftsmitglieder auf die Barrikaden zu hetzen – zumal mit unsachlichen Argumenten, die teilweise noch an unseren alten Gesetzentwurf anknüpfen. Da hätte ich mir wirklich eine sachliche Debatte gewünscht. Das hätte dieses Gesetz sicher verdient.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der FDP)

Wir haben vielfältige Anregungen der Anzuhörenden eingearbeitet, denen ich an dieser Stelle danke. Ich danke allen, die an diesem Gesetzentwurf mitgearbeitet haben, ganz speziell den Mitarbeitern, die wirklich sehr viel Arbeit, teilweise in Nachtsitzungen, hineingesteckt haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Ich hoffe und wünsche, dass wir mit diesem Gesetz auf einem guten Weg sind. Die SPD hatte noch zwei Punkte angemahnt, bei denen ich schon in der letzten Rede Handlungsbereitschaft signalisiert habe. Wir haben bereits im Vorfeld gesagt: Die personalrechtlichen Fragen der Sparkassen werden zusammen mit den anderen personalrechtlichen Fragen geregelt. Ich glaube, es ist sehr sinnvoll, dieses Gesetz in einem Jahr zu evaluieren. Wir haben dieses Gesetz geschrieben, damit es genutzt wird. Es ist sehr wichtig, in einem Jahr zu schauen, ob damit auch etwas passiert ist. Aber das müssen wir nicht extra in den Gesetzestext aufnehmen.

Von daher hoffe ich, dass wir mit diesem Gesetz die Sparkassen im Rhein-Main-Gebiet sowie im gesamten Hessen zukunftsfähig aufgestellt haben und dass die Träger, die Kommunen, dieses Gesetz nutzen können, damit die

Sparkassenlandschaft erhalten bleibt, damit die dritte Säule im Bankenwesen erhalten bleibt und damit die Möglichkeit für kleine und mittlere Unternehmen, gut und regional versorgt zu sein, ebenfalls erhalten bleibt. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke sehr, Frau Hölldobler-Heumüller. – Herr Posch, Sie haben als Nächster für die FDP-Fraktion das Wort.

#### **Dieter Posch (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will noch einmal ein paar Aspekte des Diskussionsverlaufs nachzeichnen. Wir haben in der Tat einen Kompromiss gefunden. Wir haben ein Gesetz gehabt, das in der Vergangenheit durchaus sichergestellt hat, dass die Zukunftsfähigkeit unserer Sparkassen gesichert werden kann. Das will ich ausdrücklich sagen. Denn die Einführung von Stammkapital bot die Möglichkeit, unterhalb von Fusionen Kooperationsmöglichkeiten zu eröffnen, die insbesondere im Rhein-Main-Gebiet dringend notwendig sind. Wir alle kennen jedoch die Diskussion, dass dies problematisiert worden ist. Ob zu Recht oder zu Unrecht, lasse ich an dieser Stelle dahingestellt. Es ist nämlich bezweifelt worden, ob das europarechtlich tauglich ist, und gefragt worden, ob die Gefahr besteht, dass sich Dritte der Sparkassen in unzulässiger Weise bemächtigen können. Wir haben damals diese Bedenken nicht geteilt. Uns ging es aber zuvörderst darum, einen Kompromiss zu finden, der die Möglichkeiten, die das Stammkapital eröffnet hat, auf andere Weise auch in Zukunft sicherstellt. Das ist durch diesen Gesetzentwurf von CDU, GRÜNEN und uns tatsächlich gewährleistet. Insofern ist es ein echter Kompromiss, der für die Zukunftsfähigkeit der Sparkassen in Hessen eine Vielzahl von Möglichkeiten eröffnet. Allerdings müssen sie dann auch tatsächlich genutzt werden; denn es sind lediglich Optionen.

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt ansprechen. Das Thema Vertikalisierung wird in der Diskussion weiter eine Rolle spielen. Sie wissen, dass die Europäische Kommission in dieser Frage – gerade im Zusammenhang mit der WestLB – ganz wichtige Marksteine gesetzt hat. Durch dieses Gesetz wird das, was in dem vertikalen Bereich mit der Frankfurter Sparkasse und der Helaba erreicht worden ist, sichergestellt. Es wird auf die Rhein-Main-Sparkassen ausgedehnt. Auch dies ist ein wichtiger Punkt, um das öffentlich-rechtliche Sparkassenwesen am Finanzplatz Frankfurt zu stabilisieren und zu stärken. Meine Damen und Herren, das ist ein ganz, ganz wichtiger Faktor.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Den Liberalen wird alles Mögliche unterstellt. Ich will an dieser Stelle noch einmal betonen: Wir haben immer ein elementares Interesse daran, das öffentlich-rechtliche Sparkassenwesen als dritte Säule im Bankensystem zu stärken, weil wir wissen, dass gerade das Regionalprinzip, die Gemeinnützigkeit und die regionale Verbundenheit eines Kreditinstituts mit den mittelständischen Unternehmen in der Region besonders wichtig sind. Die Sparkassen waren, sind und werden auch in Zukunft die wichtigsten Mittelstandsfinanzierer in diesem Land bleiben.

Allerdings wird sich der Wettbewerbsdruck verstärken, weil manche, die sich in der Vergangenheit aus diesem Geschäft zurückgezogen haben, mittlerweile gemerkt haben, dass das Schnuppern am Duft der großen Welt für sie nicht unbedingt das Günstigste war, und auch wieder ins Privatkundengeschäft zurückkommen.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Daraus ergibt sich eine neue Wettbewerbssituation für die öffentlich-rechtlichen Sparkassen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein Wort zur Landesbank sagen, weil die Frage der Vertikalisierung etwas damit zu tun hat, ob die Landesbanken in Zukunft noch eine Chance haben oder nicht. Ich sage das sehr deutlich. Wir gehören nicht zu denen, die es sich im Zusammenhang mit der allgemeinen Diskussion über die Finanzkrise so leicht machen und sagen: Auf diese Landesbanken könnte man verzichten. – Das ist falsch. Die Hessische Landesbank hat durch ihre Arbeit bewiesen, dass sie durchaus in der Lage ist, eine europäische Regionalbank zu werden, die ihr Geschäft im Interesse der Wirtschaft vernünftig erbringt.

(Beifall des Abg. Frank Lortz (CDU))

Das ist unter anderem durch die Vertikalisierung, durch das Verbundmodell ermöglicht worden. Das wollen wir auch in Zukunft sicherstellen.

Ich habe eingangs gesagt – das will ich noch einmal betonen –: Es entspricht nicht in allen Bereichen den Idealvorstellungen, die Liberale haben – und denen der Union auch nicht. Aber es ist ein vertretbarer und guter Kompromiss, der sowohl den Sparkassen im Rhein-Main-Gebiet als auch den Sparkassen im ländlichen Raum ausreichend Perspektiven zur Kooperation gibt oder beispielsweise die Möglichkeit, über eine Holding oder Stiftungsparkassen neue Wege zu gehen, die im Interesse der Mittelstandsförderung dringend geboten sind.

Was nach einem Jahr ist, werden wir evaluieren. Dann werden wir sehen, in welchem Umfang die Sparkassen von den angebotenen Möglichkeiten Gebrauch gemacht haben. Es ist alles in allem ein durchaus tragbarer und positiver Kompromiss im Interesse der Förderung der mittelständischen Wirtschaft in diesem Land. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN))

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Posch. – Herr Kahl, jetzt haben Sie Gelegenheit, für die SPD-Fraktion Ihre Position darzulegen. Bitte schön.

#### **Reinhard Kahl (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Hinblick auf die Finanzkrise brauchen wir schon einen sorgsam Umgang mit den Sparkassen zur Sicherung der dritten Säule im Bankenwesen. Deswegen wäre es sinnvoll gewesen, die Anhörung in aller Ruhe auszuwerten und keine Schnellschüsse zu machen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Denn was ist von dem Dringlichen Gesetzentwurf der FDP übrig geblieben, Herr Kollege Posch? – Außer der Überschrift nichts mehr.

(Lachen des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Die Realität ist: Es ist ein völlig neuer Gesetzentwurf. – Meine Damen und Herren, das Land Hessen ist kein Träger von Sparkassen, höchstens indirekt bei der FraspA. Deswegen wäre es eigentlich sinnvoll, nichts gegen die betroffenen Kommunen, den Sparkassenverband und die Beschäftigten zu tun.

(Frank Lortz (CDU): Na, na, na! – Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Das wäre sinnvoll. Die Anhörung hat eindeutig gezeigt, dass das, was meine Fraktion vorgelegt hat, von den kommunalen Spitzenverbänden, dem Sparkassenverband und den Beschäftigten mitgetragen worden wäre. Das spricht nicht für Ihren Gesetzentwurf, um das klar und deutlich auszudrücken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Die meisten waren gegen einen Millimeter Bewegung!)

Herr Kollege Reif, dass Ihre wiederholten Formulierungen gegen den Sparkassen- und Giroverband Ihnen in dem Bereich nicht nur Freunde gemacht haben, das wissen wir mittlerweile.

(Zuruf des Abg. Frank Lortz (CDU))

Wir haben uns trotz Bauchschmerzen in der Frage der Holding und der Stiftungsparkasse ein Stück bewegt. Ich kann nur jedem kommunalen Träger empfehlen, mit der Stiftungsparkasse sehr, sehr vorsichtig zu sein. Denn auf dieser Basis eine Stiftungsparkasse einzurichten, führt im Grunde genommen dazu, dass der öffentliche Auftrag verloren geht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Frank Lortz (CDU): Das kann er doch machen! Das ist eine Option!)

Jetzt zum Stammkapital. Wir sind natürlich dafür, dass das Stammkapital abgeschafft wird. Aber ich will sehr deutlich sagen: An keiner Stelle des Entwurfs bzw. der Begründung wird erläutert, was unter dem Begriff Trägeranteil zu verstehen ist. Der Begriff Anteil legt zunächst nahe, dass es sich um eine prozentuale Beteiligung an etwas handelt. Aber gleichzeitig wird gesagt: „Stammkapital kann ... in Trägeranteile umgewandelt werden“.

Widersprüche über Widersprüche, alles andere als Klarheiten. Der schlimmere Teil ist im Grunde genommen die Frage der Übertragung von Sparkassen. Das ist total misslungen. Sie schreiben: „Dem Träger oder den Trägern der Sparkasse, deren Anteile übertragen werden, werden Anteile, Trägerschaften oder Mitgliedschaften an dem übernehmenden Träger gewährt.“ Mit anderen Worten: Angenommen, übernehmender Träger ist die Kommune A. Dem übertragenden Träger B können doch keine Anteile an der Kommune, keine Trägerschaft und natürlich keine Mitgliedschaft in der Kommune angeboten werden. Das ist total daneben, was Sie an dieser Stelle schreiben. Das wissen Sie im Grunde genommen auch.

(Beifall bei der SPD)

Bei der stillen Einlage wird es noch schlimmer. Kann denn ein Träger einer Sparkasse stiller Gesellschafter eines anderen Trägers sein? Unmöglich, das geht nicht. In diesem



Zusammenhang weisen wir darauf hin, dass die Frage der stillen Einlage alles andere als europatauglich ist. Wir haben in der Frage des gebildeten Stammkapitals sehr klar darauf hingewiesen, dass wir im Gesetzentwurf festhalten wollen, dass eine Veräußerung nicht möglich ist. Trotzdem haben Sie unseren Änderungsantrag abgelehnt.

Sie haben auch die Regelungen zur Mitbestimmung abgelehnt. Sie haben die Frage der Evaluierung abgelehnt. Im Klartext heißt das: Wir waren bereit, in diesen Fragen einen Kompromiss mitzutragen. Sie waren nicht bereit, das Stammkapital endgültig abzuschaffen, die Europatauglichkeit festzuhalten und die Mitbestimmung der Betroffenen zu regeln. Aus diesem Grund können wir nur sagen, dass wir diesen Gesetzentwurf ablehnen. Ein Gesetzentwurf zu den Sparkassen, der sich eindeutig gegen die kommunalen Träger stellt, ist kein guter.

(Beifall bei der SPD)

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Kahl, vielen Dank. – Frau Wissler, jetzt haben Sie die Gelegenheit, für die Fraktion DIE LINKE das Wort zu ergreifen.

(Michael Boddenberg (CDU): Kompletzt verstaatlichen! – Weitere Zurufe von der CDU)

#### **Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich höre, hier wird Georg Büchner zitiert.

(Zuruf von der CDU: Oh!)

Ich möchte nicht mehr unsere gesamte Kritik darstellen, das habe ich bereits am Dienstag getan. Ich finde es auch gut, dass am Dienstag der offene Brief von ver.di Gegenstand dieser Debatte gewesen ist, in dem viele Argumente aufgezählt sind. Unsere Kritik ist, dass die Bedenken – –

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Sie hätten heute Mittag, als die ver.di-Kollegen vor dem Landtag demonstriert haben, herauskommen und erklären können, dass sie das alles falsch verstanden haben. Dann hätten Sie auch erklären können, wie das alles richtig ist. Das haben Sie leider nicht getan.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich war nicht eingeladen, ich wäre sonst gekommen!)

Die Bedenken aus der Anhörung sind nicht aufgenommen worden. Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen, die Kommunalen Spitzenverbände, Gewerkschaften, Personalräte, sie alle wollen dieses Stiftungsmodell nicht. Sie führen es trotzdem ein. Die einzige Stellungnahme, die ich in dem ganzen Block gefunden habe, die sich eindeutig für das Stiftungsmodell ausspricht, ist die Stellungnahme des Bundesverbands Deutscher Stiftungen.

(Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt nicht!)

Jetzt kann man natürlich sagen: „Das haben sie alles nicht verstanden.“ Ich will nur darauf hinweisen, dass die Problematik keine neue ist. Es ist schon seit Jahren ein Thema. Die Gewerkschaft ver.di hat mithilfe der Kommunalen Spitzenverbände über 70.000 Unterschriften ge-

gen das Gesetz der Koch-Regierung zur Veränderung des Sparkassengesetzes gesammelt.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Den Leuten zu unterstellen, sie hätten keine Ahnung, oder sie hätten sich nicht damit beschäftigt, entbehrt jeder Grundlage. Der SPD-Antrag, der vorgestern noch eingebracht wurde, beinhaltet aus unserer Sicht einige Verbesserungen. Deswegen würden wir gern einigen Punkten zustimmen, insbesondere der Evaluierung. Dafür hat sich Frau Hölldobler-Heumüller gerade ausgesprochen, leider hat sie im Ausschuss dagegen gestimmt.

Heute haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparkassen vor dem Landtag ihren Protest zum Ausdruck gebracht. Sie waren auch völlig überrascht über die Kurzfristigkeit, mit der das Ganze vonstatten ging. Sie haben symbolisch einen Kranz für die Sparkassen niedergelegt.

(Michael Boddenberg (CDU): Ach du liebe Zeit! – Zuruf des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es ist wichtig, dass die Sparkassen nicht zum Spielball der politischen Parteien werden. Dazu sind die Sparkassen und der öffentlich-rechtliche Bankensektor, gerade im Hinblick auf die weltweiten Krisen auf den Finanzmärkten, zu wichtig.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Gesetzentwurf lässt Fragen offen, beispielsweise, ob er europafest ist.

(Michael Boddenberg (CDU): Sie sind auch nicht ganz europafest!)

Es besteht auch die Gefahr, dass die Sparkassen vom Regionalitätsprinzip wegkommen. Darin sehen wir eine Gefahr. Wir wollen starke Sparkassen, die regional verankert und dem Gemeinwohl verpflichtet sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich hoffe, dass wir bald wieder zu Veränderungen dieses Sparkassengesetzes kommen. Die vielen offenen Fragen, die jetzt noch enthalten sind, müssen geklärt werden. Wir brauchen eine Definition des Begriffs der Trägeranteile. Das wird zu definieren sein. Ich hoffe – auch im Interesse aller Beschäftigten bei den Sparkassen –, dass wir möglichst schnell dazu kommen, die Mitbestimmungslücken, die in Ihrem Gesetzentwurf vorkommen, zu schließen.

In diesem Sinne hoffe ich, dass das nicht das letzte Wort über die hessischen Sparkassen ist. Ich hoffe, damit werden jetzt keine Fehler gemacht, die irreparabel sind. Wir müssen gemeinsam mit den Betroffenen, mit den Kommunen, mit den Beschäftigten weiter nach Wegen suchen, wie wir den öffentlich-rechtlichen Bankensektor erhalten und stärken können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Reif, Sie haben das Wort.

#### **Clemens Reif (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ein gutes Gesetz. Es ist deshalb ein gutes Gesetz, weil es auf breiter parlamentarischer Basis verabschiedet

wird. Es ist ein gutes Gesetz, weil die parlamentarische Basis auf drei Fraktionen gründet, die bisher dazu unterschiedliche Auffassungen hatten. Die drei Fraktionen sind aufeinander zugegangen, und auch deshalb ist es ein guter Kompromiss.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Alle Idealvorstellungen konnten nicht verwirklicht werden. Aber jeder hat den Kern dessen, von dem er meint, dass es im öffentlich-rechtlichen Bankenwesen getan werden müsse, zu diesem Gesetzentwurf eingebracht. Somit erfolgt es in guter Absicht, um den Bankenstandort Hessen im Bereich des öffentlich-rechtlichen Bankenwesens einen wesentlichen Schritt nach vorne zu bringen.

Nach reiflichen Überlegungen wurde dieser Kompromiss geschnürt. Vorgegangen ist eine intensive Konsultation von Fachleuten in der Anhörung. Wir haben zwei intensive Anhörungen in der ersten und zweiten Phase durchgeführt.

(Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

In der Politik muss man manchmal auch schnell sein. Verehrter Herr Kahl, deshalb darf ich Ihnen etwas vorlesen, was heute durch den Bundesfinanzminister, der sicherlich kein Anhänger der CDU ist,

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Na ja!)

sondern in Nordrhein-Westfalen für die SPD Ministerpräsident war und im Bundeskabinett für die SPD Finanzminister ist, geäußert wurde. Er spricht von einer „globalen Bankenkrise“, die „tiefe Spuren hinterlassen“ habe und „das Weltfinanzsystem tiefgreifend umwälzen“ werde. Auch für Deutschland zeichnet er ein „düsteres Bild“.

Ich zitiere aus dem heutigen „Handelsblatt“:

Steinbrück untermauerte in der Regierungserklärung auch seine Forderung nach Fusionen in dem stark von der Finanzkrise betroffenen Landesbankensektor.

Ich füge hinzu: Wir sind davon nicht betroffen. Damit ist die Hessische Landesbank die einzige Landesbank.

Am Zug seien hier vor allem die Bundesländer als Miteigentümer der öffentlich-rechtlichen Spitzeninstitute. [...] „Sie müssen regionale politische Egoismen überwinden und sich endlich überregionalen Zusammenschlüssen öffnen.“

(Reinhard Kahl (SPD): Das hat mit dem Sparkassensektor nichts zu tun!)

... die Landesbanken müssten neue Geschäftsmodelle definieren, um übermäßige Risiken zu vermeiden und angemessene Erträge zu erwirtschaften.

Dabei müssten die Sparkassen in der Vertikalität in ihrem Kundengeschäft auch durch die Landesbanken im Rahmen von Kooperationen unterstützt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Gesetz ermöglicht das, was Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, SPD, fordert und was die SPD in diesem Hause ablehnt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich würde Ihnen empfehlen, sich Gedanken zu machen, ob Sie diesem Gesetzentwurf nicht doch Ihre Zustimmung geben.

Ich sage noch einmal, dass wir das öffentlich-rechtliche Bankenwesen in unserem Lande nach vorne bringen wollen. Ich sage noch einmal, dass wir an starken und leistungsfähigen Sparkassen interessiert sind. Wir sind an einer starken, weiterhin prosperierenden Landesbank interessiert, die in diesen wirren Zeiten weiterhin ein Fels in der Brandung ist. Außerdem sind wir daran interessiert, dass Bürger, Unternehmen und Kommunen wie auch der Staat in diesem Bereich Vorteile durch ein öffentlich-rechtliches Bankenwesen haben.

Ich glaube, dass wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Sparkassen insbesondere in den Ballungszentren des Rhein-Main-Gebietes durch dieses Gesetz stärken werden. Wir werden ihnen neue Kooperationsmöglichkeiten eröffnen. Wir werden mit diesen Kooperationsmöglichkeiten die Sparkassen neue Stärken entfalten lassen. Ich bin überzeugt, dass dies zum Wohle der Bürger, zum Wohle des öffentlich-rechtlichen Bankenwesens und zum Wohle einer gesamten Region und unseres Landes sein wird. In diesem Sinne werden wir diesem Gesetzentwurf in dritter Lesung unsere Zustimmung geben.

(Beifall bei der CDU, der FDP und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Reif, vielen Dank. – Herr Staatsminister Rhiel verweist auf seine Stellungnahme in zweiter Lesung und verzichtet auf einen weiteren Beitrag. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der dritten Lesung des Dringlichen Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Sparkassengesetzes und zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung der Frankfurter Sparkasse als Anstalt des öffentlichen Rechts.

Wer in dritter Lesung dem Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Die Fraktionen der CDU, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? – Die Fraktionen der SPD und DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf in dritter Lesung angenommen und zum Gesetz erhoben.

(Beifall bei der CDU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 74** auf – der Punkt ist eben schon von Herrn Rentsch angesprochen worden –:

#### **Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Härtefallkommission nach § 23a des Aufenthaltsgesetzes – Drucks. 17/681 zu Drucks. 17/57 –**

Auf Berichterstattung können wir verzichten.

Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? Den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Meine Damen und Herren, ich komme damit zum sogenannten Abräumen bzw. zu dem Verfahren, welche Anträge wie weiterbehandelt werden.

**Tagesordnungspunkt 17**, Bericht des Landesschuldenausschusses – nächstes Plenum.

**Tagesordnungspunkt 18**, Antrag der Fraktion der FDP betreffend erneuerbare Energien in Hessen ausbauen, und der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – abschließende Beratung im Umweltausschuss.

**Tagesordnungspunkt 19**, Antrag der Fraktion der FDP betreffend 105-prozentige Lehrerversorgung verbessert die Qualität des Unterrichts und stärkt die Eigenverantwortung aller Schulen, sowie **Tagesordnungspunkt 22**, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend 1.000 zusätzliche Stellen zur Verbesserung der Lehrerversorgung und der Qualität von Schule – nächstes Plenum.

**Tagesordnungspunkt 20**, Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend ungewollt Kinderlosen helfen – abschließende Beratung im Sozialpolitischen Ausschuss.

**Tagesordnungspunkt 21**, Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Gleichstellung der Abgeordneten des Hessischen Landtags in der gesetzlichen Rentenversicherung – nächstes Plenum.

Wenn Sie einverstanden sind, kürze ich ein bisschen ab und nenne nur die Nummer der Tagesordnungspunkte, und wie damit verfahren wird.

(Allgemeiner Beifall)

– Ich nehme das als Zustimmung.

**Tagesordnungspunkt 23** – nächstes Plenum.

**Tagesordnungspunkt 24** – abschließende Beratung im Rechtsausschuss.

**Tagesordnungspunkt 25** – abschließende Beratung im Rechtsausschuss.

**Tagesordnungspunkte 26, 28 und 29** – nächstes Plenum.

**Tagesordnungspunkt 30** – abschließende Beratung im Innenausschuss.

**Tagesordnungspunkte 31 und 32** – nächstes Plenum.

**Tagesordnungspunkt 33** – abschließende Beratung im Innenausschuss.

**Tagesordnungspunkte 34, 35, 36, 38, 39 und 40** – nächstes Plenum.

**Tagesordnungspunkt 41** – abschließende Beratung im Sozialpolitischen Ausschuss.

**Tagesordnungspunkte 45, 47 und 51** – nächstes Plenum.

**Tagesordnungspunkt 53** – abschließende Beratung im Hauptausschuss.

**Tagesordnungspunkt 62** – nächstes Plenum.

Jetzt kommen wir zu den Abstimmungen über die Beschlussempfehlungen. Wir kommen zunächst zu **Tagesordnungspunkt 55**:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Europaausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend EU-Gleichbehandlungsgrundsatz weiterentwickeln – Drucks. 17/625 zu Drucks. 17/551 –**

Ich schlage Ihnen vor, dass wir zu allen noch aufzurufenden Punkten auf die Berichterstattung verzichten.

(Zuruf: Sehr vernünftig!)

Wer möchte der Beschlussempfehlung zustimmen? – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und LINKE. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

**Tagesordnungspunkt 56:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend DDR-Unrechtsregime durch Handreichung für Hessens Lehrerinnen und Lehrer aufarbeiten – Drucks. 17/626 zu Drucks. 17/461 –**

Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – Alle. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall, einstimmig angenommen.

**Tagesordnungspunkt 58:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend Handeln für Hessen: Gute Arbeit braucht soziale Rahmenbedingungen – Drucks. 17/632 zu Drucks. 17/257 –**

Herr Wintermeyer, zur Geschäftsordnung.

**Axel Wintermeyer (CDU):**

Herr Präsident, ich bitte darum, dass wir über Punkt 1 und Punkt 2 getrennt abstimmen.

**Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Wer Punkt 1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKEN. Wer ist dagegen? – Die CDU. Damit ist Punkt 1 angenommen.

Wer ist für Punkt 2? – CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE. Wer ist dagegen? – Die FDP. Damit ist Punkt 2 angenommen.

Darf ich über die übrigen Punkte komplett abstimmen?

(Florian Rentsch (FDP): Es gibt keine weiteren Punkte!)

– Entschuldigung, ich war beim Antrag, nicht bei der Beschlussempfehlung. Sie haben recht. Es macht einfach Spaß, abstimmen zu lassen.

(Heiterkeit – Norbert Schmitt (SPD): Aufmerksamkeitstest!)

Ich komme damit zu **Tagesordnungspunkt 59**:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Starterpaket für sozial bedürftige Schulanfänger – Drucks. 17/633 zu Drucks. 17/417 –**

Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – Das sind CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Wer ist dagegen? – Das ist DIE LINKE. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

**Tagesordnungspunkt 60:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Abg. Fuhrmann, Dr.**

**Spies, Eckhardt, Kühholz, Merz, Roth, Yüksel (SPD) und Fraktion betreffend Personalabbau in Kliniken stoppen – Qualität in der Gesundheitsversorgung sichern – Drucks. 17/634 zu Drucks. 17/526 –**

Wer möchte der Beschlussempfehlung zustimmen? – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das sind die übrigen Fraktionen. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

**Tagesordnungspunkt 61:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der FDP betreffend Verschlechterung der Krankenhausversorgung durch Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt stoppen – Hessens Patienten brauchen lebensfähige Krankenhäuser – Drucks. 17/635 zu Drucks. 17/566 –**

Zur Geschäftsordnung, Herr Wintermeyer.

**Axel Wintermeyer (CDU):**

Herr Präsident, auch hier bitten wir um getrennte Abstimmung über die Punkte 1 und 2.

**Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Wer möchte Punkt 1 zustimmen? Ich bitte um das Handzeichen. – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit ist Punkt 1 angenommen.

Punkt 2. Wer ist für Annahme? – CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE. Wer ist dagegen? – FDP. Damit ist Punkt 2 angenommen.

Ich komme damit zu **Tagesordnungspunkt 63:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Verbraucherschutz bei unlauterer Telefonwerbung stärken – Drucks. 17/637 zu Drucks. 17/549 –**

Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Niemand. Damit ist die Beschlussempfehlung einstimmig angenommen.

**Tagesordnungspunkt 64:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Kurhessenbahn reaktivieren – modernen ÖPNV realisieren – Drucks. 17/640 zu Drucks. 17/483 –**

Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – Das sind FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE. Wer ist dagegen? – CDU. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

**Tagesordnungspunkt 65:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ältestenrats zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betreffend Missbilligung demokratie- und rechtsstaatswidriger Äußerungen – Drucks. 17/661 zu Drucks. 17/572 –**

Wer stimmt für die Beschlussempfehlung? – Das sind CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP.

(Zuruf: Und DIE LINKE?)

Wer ist dagegen? – Niemand. Enthaltungen? – Niemand. Also ist die Beschlussempfehlung einstimmig angenommen.

**Tagesordnungspunkt 73:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag des Präsidenten des Hessischen Rechnungshofs betreffend Rechnung über den Haushalt des Hessischen Rechnungshofs – Epl. 11 – für das Haushaltsjahr 2007 – Drucks. 17/670 zu Drucks. 17/466 –**

Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – Das ist das ganze Haus. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nein. Dann ist das einstimmig beschlossen.

Wir sind damit am Ende der Tagesordnung der Plenarwoche in diesem Monat. Herzlichen Dank. Ich wünsche Ihnen eine gute Heimfahrt.

(Schluss: 18.42 Uhr)